Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

30. Juli 1979
Jg. 7 Nr. 31

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

SU und USA bauen Kriegspositionen im Pazifik aus

Vietnamflüchtlinge im Kalkül / Das Demokratische Kampuchea ist beiden Supermächten im Wege

z.scc. Am 3. Juli erhielt die sowjetische Pazifikflotte Verstärkung: Der Flugzeugträger Minsk lief nach viermonatiger Kreuzfahrt durch das Schwarze Meer und den Indischen Ozean in seinen zukünftigen Heimathafen Wladiwostok ein. Seit 1975 haben die Sozialimperialisten damit ihre Pazifikflotte allein um 14 große Kriegsschiffe erweitert und zu ihrer mit Abstand zweitgrößten Flotte von 755 Kriegsschiffe, 350 Flugzeugen und insgesamt 130000 Mann ausgebaut. Man verfüge nunmehr, brüstete sich in unverhüllt drohendem Ton unlängst der sowjetische Admiral Gorchkov, über eine machtvolle Flotte, die auch zu Angriffen in entfernten Gewässern in der Lage sei.

In der Tat haben die Sozialimperialisten die Operationsbasis ihrer Pazifikflotte erheblich ausgeweitet. Mit Cam Ranh in der zentralvietnamesischen Provinz Phu Kanh nahmen sie einen für die Beherrschung des Indischen Ozeans und damit der Seeroute zwischen Japan, Südostasien und dem Nahen Osten sowie Europa günstig gelegenen Stützpunkt in Besitz. Ebenfalls in diesem Frühjahr besetzten sie zwei nördliche japanische Pazifikinseln, während sie sich in immer ausgedehnteren Manövern ständig nach Westen vorschieben, Richtung Hawai-Inseln, einem Knotenpunkt der Seewege zwischen den USA und Japan.

Auf jeden Ausbau der sozialimperialistischen Kriegspositionen antworten die US-Imperialisten mit einem Gegenzug. Spätestens Ende letzten Monats hat sich die einstige Ankündigung Carters, die US-Infanterietruppen aus Südkorea abzuziehen, endgültig als bloßes Täuschungsmanöver herausgestellt. Während der Flugzeugträger Minsk in Wladiwostok anlegte, warteten die USA auf der Jahrestagung des ANZUS-Paktes (USA, Australien, Neuseeland) offiziell mit dem „Vorschlag" auf, den Militärpakt um Japan zu erweitern. Für die eine wie die andere Supermacht ist Hegemonie über den pazifischen Raum und Südostasien unverzichtbar. Unverzichtbar nicht nur wegen des großen Reichtums an Menschen und Bodenschätzen in dieser Region, sondern auch jeweils als Rückendeckung für die Entscheidungsschlacht um Europa. Mit der Einbeziehung Japans hätten die US-Imperialisten dem von ihnen beherrschten Nord-Atlantik-Pakt einen in seiner Schlagkraft *erheblich* verstärkten Pazifik-Pakt zur Seite gestellt. Ausdrücklich übrigens nicht nur gegen den imperialistischen Hauptrivalen, sondern auch gegen das sozialistische China. Wie man sich erinnern wird, waren es ja letztjährlich keineswegs nur die Sozialimperialisten, die schwere Geschosse gegen die Anti-Hegemonie-Klausel im chinesisch-japanischen Freundschaftsvertrag abfeuerten.

In dem an Heftigkeit und Aggressivität zunehmenden Kampf um die Beherrschung der Region ziehen beide Supermächte den vietnamesischen Flüchtlingsexport in ihr imperialistisches Kalkül.

Unablässig stacheln die sozialimperialistischen Hintermänner die in Hanoi herrschende Revisionistenclique zu neuen Massenvertreibungen an, ebenso wie zu ständigen Grenzprovokationen gegen die VR China, um jedesmal lautes Geschrei über die „chinesische Gefahr" loszulassen. Rund 400000 Flüchtlinge – neben Kampucheanern und Laoten, die vor den Massakern der vietnamesischen Besatzertruppen fliehen, vor allem Vietnamesen meist chinesischer Nationalität – hat deren Aggressions- und Expansionspolitik allein in den letzten Monaten in die südostasiatischen Länder geschwemmt. Die sozialimperialistische Rechnung ist durchsichtig. Mit jedem Flüchtlingsboot verschärft sich der wirtschaftliche und politische Druck auf die Staaten Südostasiens. Hinzu kommt: Vor allem in Malaysia und Indonesien leben starke chinesische Minderheiten, und lange schon haben die Sozialimperialisten dies zum Anlaß für „Warnungen" vor „chinesischer Subversion" genommen. Jedes Mittel ist ihnen recht, um Unruhe zu stiften, sich einzumischen, um so Land für Land unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die US-Imperialisten ihrerseits sehen in der Flüchtlingsfrage die Gelegenheit, verlorenen indochinesischen Boden wiedergutzumachen. Nachdem er gerad die ASEAN-Staaten im Namen der „Weltgemeinschaft", der zivilisierten, wegen „inhumaner Haltung gegenüber den Flüchtlingen" gerügt hatte, gab US-Außenminister Vance auf einer gemeinsamen Konferenz in Bali die feierliche Erklärung ab, daß „wir zu unseren Verpflichtungen in der Region stehen". Mit den „Verpflichtungen" war der Vertrag der „Südostasiatischen Verteidigungsorganisation" (SEATO) gemeint, die vor zwei Jahren nach dem Austritt Pakistans und dem Anschluß Thailands und der Philippinen an die Blockfreienbewegung für aufgelöst erklärt worden war. Sprach's, und beorderte die Siebte Amerikanische Flotte samt Fernaufklärern ins Südchinesische Meer – zur „Flüchtlingssuche".

Währenddessen läuft die US-Geheimdiplomatie auf Hochtouren. Man arbeite an einer „Lösung des Kambodscha-Problems", schickte Vance auf der gleichen Konferenz den japanischen Außenminister vor. Das Demokratische Kampuchea ist beiden Supermächten im Wege. Die sozialimperialistische Expansion stockt in den Wäldern und Bergen Kampucheas. Die vietnamesischen Aggressoren sind in den Städten eingekreist und behaupten nur unter großen Opfern die wichtigen Straßenverbindungen. In den letzten Wochen ist Vietnam verstärkt dazu übergegangen, laotische Truppen nach Kampuchea zu verlegen. Sie haben es in Laos selbst gleich zu spüren bekommen. Innerhalb einer Woche töteten Befreiungskämpfer 200 vietnamesische Besatzer. Wie sich die US-Imperialisten die „Lösung des Kambodscha-Problems" denken? Sie basteln an einer „unabhängigen Regierung" und wünschen sich Sihanouk an die Spitze. Ob ihre „Regierung" zum Stehen kommt, wird man sehen. Aber warum sollte sie mehr Erfolg haben als die Marionetten der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren?

Erste Maßnahmen der Regierung Nicaraguas

z.nop. Am 26. Juli hat die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit alle sieben Privatbanken Nicaraguas, im wesentlichen US-Gründungen, verstaatlicht. Entsprechend ihrem Programm vom 26. Juni hat sie ferner die Verstaatlichung der Fischindustrie, der Holzindustrie, des Bergbaus sowie der Spar- und Kreditgesellschaften angekündigt. Gleichzeitig hat die Provisorische Regierung ihre Aufnahme in die Konferenz Blockfreier Staaten beantragt. Die Imperialisten reagieren nervös: während die Sozialimperialisten Fidel Castro vorschicken, hat der Präsident der „Sozialistischen Internationale", Willy Brandt, eine Delegation unter Leitung des früheren portugiesischen Ministerpräsidenten Soares zusammengestellt, die in Nicaragua die Möglichkeiten „künftiger politischer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit" ausmachen soll.

Wahlen in Nigeria

z.hef. Die Nigerianische Volkspartei (NPP) gewann bei der ersten Wahl zum Repräsentantenhaus seit 14 Jahren 168 von 449 Sitzen, gefolgt von der Nigerianischen Partei der Einheit mit 111 Sitzen und drei weiteren Parteien. Die Regierung, wahrscheinlich eine Koalition, wird nach der Präsidentenwahl am 11. August gebildet. Alle fünf Parteien treten im Wahlprogramm für die größtmögliche Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika ein. Große Widersprüche gibt es in der Wirtschaftspolitik. Die Volksbefreiungspartei (49 Sitze) z.B. fordert die Nationalisierung aller Bodenschätze und von Schlüsselbetrieben wie Öl, Banken und Versicherungen. Die NPP tritt u.a. für die Förderung ausländischer Investitionen zur „Schaffung von Arbeitsplätzen" ein, außerdem plant sie ein Mitbestimmungsmodell.

Ghana: Neue Regierung für nationale Unabhängigkeit

z.evd. Am 9.7. wurde H. Limann von der Nationalen Volkspartei (PNP) zum Präsidenten von Ghana gewählt. Die PNP knüpft an der Tradition von K. Nkrumah an, der 1957 die Unabhängigkeit Ghanas erklärt und den nationalen Aufbau bis zu seinem Sturz 1966 geleitet hatte. Am 4.6. hatten jüngere Offiziere unter Führung des Hauptmanns Rawlings die Regierung Akuffo gestürzt und eine Delegation des Internationalen Währungsfonds jäh zur Abreise veranlaßt. Die Militärregierung erklärte, sie halte an der aktiven Rolle im ECOWAS (Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten), an den Prinzipien der OAU-Charta, an der moralischen und materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen von Zimbabwe, Namibia und Azania, sowie an den Prinzipien der Blockfreiheit fest. Am 1.10. tritt Limann sein Amt an.

Zionisten ermorden den Leiter der PLO-Militärabteilung

z.pei.Paris. Am Mittwoch, dem 25.7., ist der Leiter der Militärischen Abteilung der PLO und Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation Al Saika Zouheir Mohsen in Cannes erschossen worden. Als Kommandant der Saika-Truppen in Libanon hat Mohsen lange Zeit in vorderster Front des militärischen Kampfes gegen das zionistische Siedlerregime gestanden. Sechs führende Mitglieder der PLO sind seit 1971 in Frankreich ermordet worden. Nie hat die französische Polizei einen der Täter gefaßt. Wen wundert's, hat sie doch immer in der Richtung „gesucht", die die Bourgeoisie auch jetzt wieder vorschlägt: „Rechnung zwischen palästinensischen Führern beglichen?" (Figaro, 26.7.) „Terroristenbanden des israelischen Premiers Begin sind die Urheber des Attentats, sie werden nicht ungestraft bleiben", erklärte dazu die PLO.

USA: Autoarbeiter bereiten Tarifstreik vor



Am 14. September läuft der Tarifvertrag für die 781000 in der Gewerkschaft UAW (United Automobile Workers, Vereinigte Automobilarbeiter) organisierten Arbeiter aus. Am 16. Juli nahm die Gewerkschaft Verhandlungen mit General Motors, Ford und Chrysler auf. General Motors allein beutet in den USA 460000 Arbeiter aus. Die verrenteten Arbeiter erhalten nur 35 – 40% ihres letzten Lohns als Rente. 3500 Arbeiter demonstrierten vor dem Hauptquartier von General Motors bei Verhandlungsbeginn. Sie fordern 20% mehr Lohn, höhere Renten, Inflationsausgleich für Lohn und Rente, höhere Zuschüsse zum Arbeitslosengeld, Verkürzung der Arbeitszeit.

wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit" ausmachen soll.

Wahlen in Nigeria

z.hef. Die Nigerianische Volkspartei (NPP) gewann bei der ersten Wahl zum Repräsentantenhaus seit 14 Jahren 168 von 449 Sitzen, gefolgt von der Nigerianischen Partei der Einheit mit 111 Sitzen und drei weiteren Parteien. Die Regierung, wahrscheinlich eine Koalition, wird nach der Präsidentenwahl am 11. August gebildet. Alle fünf Parteien treten im Wahlprogramm für die größtmögliche Unterstützung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika ein. Große Widersprüche gibt es in der Wirtschaftspolitik. Die Volksbefreiungspartei (49 Sitze) z.B. fordert die Nationalisierung aller Bodenschätze und von Schlüsselbetrieben wie Öl, Banken und Versicherungen. Die NPP tritt u.a. für die Förderung ausländischer Investitionen zur „Schaffung von Arbeitsplätzen" ein, außerdem plant sie ein Mitbestimmungsmodell.

Ghana: Neue Regierung für nationale Unabhängigkeit

z.evd. Am 9.7. wurde H. Limann von der Nationalen Volkspartei (PNP) zum Präsidenten von Ghana gewählt. Die PNP knüpft an der Tradition von K. Nkrumah an, der 1957 die Unabhängigkeit Ghanas erklärt und den nationalen Aufbau bis zu seinem Sturz 1966

sten die Operationsbasis ihrer Pazifikflotte erheblich ausgeweitet. Mit Cam Ranh in der zentralvietnamesischen Provinz Phu Kanh nahmen sie einen für die Beherrschung des Indischen Ozeans und damit der Seeroute zwischen Japan, Südostasien und dem Nahen Osten sowie Europa günstig gelegenen Stützpunkt in Besitz. Ebenfalls in diesem Frühjahr besetzten sie zwei nördliche japanische Pazifikinseln, während sie sich in immer ausgedehnteren Manövern ständig nach Westen vorschieben, Richtung Hawai-Inseln, einem Knotenpunkt der Seewege zwischen den USA und Japan.

Auf jeden Ausbau der sozialimperialistischen Kriegspositionen antworten die US-Imperialisten mit einem Gegenzug. Spätestens Ende letzten Monats hat sich die einstige Ankündigung Carters, die US-Infanterietruppen aus Südkorea abzuziehen, endgültig als bloßes Täuschungsmanöver herausgestellt. Während der Flugzeugträger Minsk in Wladiwostok anlegte, warteten die USA auf der Jahrestagung des ANZUS-Paktes (USA, Australien, Neuseeland) offiziell mit dem „Vorschlag" auf, den Militärpakt um Japan zu erweitern. Für die eine wie die andere Supermacht ist Hegemonie über den pazifischen Raum und Südostasien unverzichtbar. Unverzichtbar nicht nur wegen des großen Reichtums an Menschen und Bodenschätzen in dieser Region, sondern auch jeweils als Rückendeckung für die Entscheidungsschlacht um Europa. Mit der Einbeziehung Ja-

Unablässig stacheln die sozialimperialistischen Hintermänner die in Hanoi herrschende Revisionistenclique zu neuen Massenvertreibungen an, ebenso wie zu ständigen Grenzprovokationen gegen die VR China, um jedesmal lautes Geschrei über die „chinesische Gefahr" loszulassen. Rund 400000 Flüchtlinge – neben Kampucheanern und Laoten, die vor den Massakern der vietnamesischen Besatzertruppen fliehen, vor allem Vietnamesen meist chinesischer Nationalität – hat deren Aggressions- und Expansionspolitik allein in den letzten Monaten in die südostasiatischen Länder geschwemmt. Die sozialimperialistische Rechnung ist durchsichtig. Mit jedem Flüchtlingsboot verschärft sich der wirtschaftliche und politische Druck auf die Staaten Südostasiens. Hinzu kommt: Vor allem in Malaysia und Indonesien leben starke chinesische Minderheiten, und lange schon haben die Sozialimperialisten dies zum Anlaß für „Warnungen" vor „chinesischer Subversion" genommen. Jedes Mittel ist ihnen recht, um Unruhe zu stiften, sich einzumischen, um so Land für Land unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die US-Imperialisten ihrerseits sehen in der Flüchtlingsfrage die Gelegenheit, verlorenen indochinesischen Boden wiedergutzumachen. Nachdem er gerad die ASEAN-Staaten im Namen der „Weltgemeinschaft", der zivilisierten, wegen „inhumaner Haltung gegenüber den Flüchtlingen" gerügt hatte, gab US-Außenminister Vance

kratische Kampuchea ist beiden Supermächten im Wege. Die sozialimperiali-

Marionetten der sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren?

USA: Autoarbeiter bereiten Tarifstreik vor



Am 14. September läuft der Tarifvertrag für die 781000 in der Gewerkschaft UAW (United Automobile Workers, Vereinigte Automobilarbeiter) organisierten Arbeiter aus. Am 16. Juli nahm die Gewerkschaft Verhandlungen mit General Motors, Ford und Chrysler auf. General Motors allein beutet in den USA 460000 Arbeiter aus. Die verrenteten Arbeiter erhalten nur 35 – 40% ihres letzten Lohns als Rente. 3500 Arbeiter demonstrierten vor dem Hauptquartier von General Motors bei Verhandlungsbeginn. Sie fordern 20% mehr Lohn, höhere Renten, Inflationsausgleich für Lohn und Rente, höhere Zuschüsse zum Arbeitslosengeld, Verkürzung der Arbeitszeit.

Energieprogramm: Preiserhöhungen für die Kriegskasse

Verbindliche Heizkostenabrechnung / Öffentliche Dienste: 20 Grad

z.wig. Helmut Schmidt, gerade vom Wirtschaftsgipfel in Tokio zurückgekehrt, hatte die Marschrichtung in Sachen Energieprogramm in seiner Regierungserklärung vom 4. Juli festgelegt: Gegenwärtig bestehe noch keine Notwendigkeit für eine erneute Fortschreibung des Energieprogramms. Wohl aber sei eine Verstärkung und Beschleunigung bei der Einsparung notwendig. Der Kurs der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms vom Dezember 1977 – „das große Energiesparprogramm" – müsse fortgesetzt werden. „Natürlich beschäftigen uns alle in diesen Wochen vorangig die akuten Mengen- und Preisprobleme beim Öl. Aber die eigentlichen Probleme werden erst richtig deutlich, wenn wir diese Energieversorgungsprobleme in ihrer langfristigen, weiträumigen Perspektive sehen."

Nach wie vor geht es den BRD-Imperialisten darum, den Zugriff auf das billige Öl zu sichern und auszubauen und die „Mengen und Preisprobleme" – also die Beschränkung des Zugriffs und die Preiserhöhungen für Öl durch die Beschlüsse der OPEC – durch die Schaffung von wirksamen Kriegsmitteln im Kampf um das Öl zu lösen. Um zu verhindern, daß die erdölexportierenden Länder der Ausplünderung ihrer nationalen Reichtümer zu Spottpreisen weiter Riegel vorschieben, soll daran festgehalten werden, den Steinkohlebergbau zu fördern und die Kernenergie auszubauen und mit diesen Kriegsmitteln im Kampf um das Öl „die Risiken zu streuen, zu mischen, um uns für später, wenn sie genauer abgeschätzt und beurteilt werden können, Optionen offenzuhalten."

Option heißt: Voranwartschaft auf den Erwerb einer Sache oder das Recht auf die künftige Lieferung einer Sache. Die Lieferung des billigen Öls wollen die Imperialisten sich mit allen Mitteln erhalten. Schmidt hat ja in letzter Zeit oft genug vom Krieg um das Öl gesprochen. Einstweilen hat er die Kriegserklärung an die Arbeiterbevölkerung gerichtet, die die Mittel für den Kampf ums Öl zahlen soll. „Wir gehen davon aus, daß die erhöhten Energiepreise zu einem noch sorgsameren Umgang mit der Energie führen werden ... Uns erscheint dies wirksamer, als Vorschriften und Verbote zu erlassen." Fünf Pfennig mehr für den Liter Benzin und es wäre doch gelacht, wenn der Fuß nicht ohne Verbot vom Gashebel genommen würde oder noch besser ein „sehr vernünftiger Gebrauch von Entscheidungsfreiheit" gemacht wird und „das Auto mal stehen gelassen wird". Weitere 2 Pfennig mehr für den Liter Heizöl und es wäre doch gelacht, wenn der „Energieverschwendung beim Heizen" nicht auf den Leib gerückt werden könnte. Und gleich die passenden Vorschriften des Kabinetts dazu: Verbindliche Heizkostenabrechnung mit einer Festschreibung des Anteils der nach einem festen Maßstab umzulegenden Kosten auf 20 bis maximal 50% und Zahlung des Restbetrages nach Verbrauch, Abschaffung von Warmmiete und Pauschalzahlungen für die Heizkosten. Zusätzlich wurde beschlossen, die Temperatur an den Arbeitsplätzen in den öffentlichen Diensten auf 20 Grad zu senken.

Um der Kapitalistenklasse die Lieferung billigster Energie zu sichern, müssen die Massen zahlen, daran hat Schmidt keinen Zweifel gelassen: „das Geld, das wir durch höhere Ölpreise ausgeben müssen, kann nur einmal ausgegeben werden. Es gibt keine Tricks, sich daran vorbeizumogeln, weder über die Notenpresse noch über die Löhne."

Philippinen: Das Moro-Volk kämpft um Unabhängigkeit und Freiheit



Der bewaffnete Kampf der Nationalen Befreiungsfront des Moro-Volks (MNLF) und der von der Kommunistischen Partei geführten Neuen Volksarmee (NPA) gegen den US-Imperialismus hat alle größeren Inseln der Philippinen erfaßt.

z.hev. **Am 22.7.79 hat die westdeutsche Polizei 10 Mitglieder der Conföderation Iranischer Studenten (CIS) in Hamburg, Göttingen und Hannover verhaftet.** Als Vorwand diente angebliche Selbstjustiz gegen ehemalige Angehörige des persischen Geheimdienstes SAVAK. Dazu erklärte die CIS am 24.7. u.a.: „Wir halten die gegen unsere Mitglieder erhobenen Vorwürfe, die auf falschen Aussagen und Anschuldigungen einiger SAVAK-Mitglieder basieren, für völlig absurd. Mit solchen Unterstellungen versuchen die bundesrepublikanischen Behörden den gerechten Kampf unserer Conföderation Iranischer Studenten zu unterdrücken. Indem sie SAVAK-Spitzel schonen und aufgrund ihrer absurden Aussagen iranische Studenten verhaften und sie als ‚Schlägertrupps' abstempeln, versuchen sie die iranische Revolution in schlechten Ruf zu bringen. – Die enge Zusammenarbeit zwischen SAVAK und dem Verfassungsschutz ist nunmehr ein offenes Geheimnis, das selbst der Regierungssprecher Grünewald zu verheimlichen nicht imstande war. Diese führte mehrere Male zu regelmäßigen Beschattungen, Hausdurchsuchungen und sogar Ausweisungen und Abschiebungen iranischer Studenten. Diesen Vorfall betrachten wir als eine Fortführung der Zusammenarbeit zwischen der SAVAK und dem Verfassungsschutz." Die CIS erklärt weiter, daß sie den Kampf gegen die SAVAK fortsetzen werde, und fordert die sofortige Freilassung der Verhafteten. Die Bundesregierung kündigt die Anwendung des Ausländergesetzes an. Staatssekretär Bölling am 25. 7. im ZDF: „Die Bundesregierung geht davon aus, daß die zuständigen Behörden der Bundesländer dabei mit Vorrang, ich betone, mit Vorrang, die Möglichkeit prüfen, Ausländer, die durch ihr Verhalten das Gastrecht mißbrauchen, alsbald, das heißt ohne Zeitverlust, aus dem Gebiet der Bundesrepublik auszuweisen." Dregger spricht als Retourkutsche jetzt von „Khomeinis Jubelpersern", Strauß von „ausländischen Exekutivkommandos auf deutschem Boden", und die „Süddeutsche Zeitung" stellt sich „immer wieder die Frage nach dem Recht von Ausländern zu politischer Betätigung in der Bundesrepublik". In § 6 Abs. 2 des Ausländergesetzes heißt es: „Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder von Beeinträchtigungen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland es erfordern." Die iranische Revolution hat allerdings „erhebliche Belange" der westdeutschen Imperialisten getroffen, und sie wollen nach der Niederlage ihres Mannes in Teheran wieder Boden gut machen, den Sturz des Schahregimes als das Machwerk reaktionärer Desperados diffamieren und verhindern, daß ihre intimen SAVAK-Verbindungen offengelegt werden.

Staatssekretär Bölling am 25. 7. im ZDF: „Die Bundesregierung geht davon aus, daß die zuständigen Behörden der Bundesländer dabei mit Vorrang, ich betone, mit Vorrang, die Möglichkeit prüfen, Ausländer, die durch ihr Verhalten das Gastrecht mißbrauchen, alsbald, das heißt ohne Zeitverlust, aus dem Gebiet der Bundesrepublik auszuweisen." Dregger spricht als Retourkutsche jetzt von „Khomeinis Jubelpersern", Strauß von „ausländischen Exekutivkommandos auf deutschem Boden", und die „Süddeutsche Zeitung" stellt sich „immer wieder die Frage nach dem Recht von Ausländern zu politischer Betätigung in der Bundesrepublik". In § 6 Abs. 2 des Ausländergesetzes heißt es: „Die politische Betätigung von Ausländern kann eingeschränkt oder untersagt werden, wenn die Abwehr von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder von Beeinträchtigungen der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland es erfordern." Die iranische Revolution hat allerdings „erhebliche Belange" der westdeutschen Imperialisten getroffen, und sie wollen nach der Niederlage ihres Mannes in Teheran wieder Boden gut machen, den Sturz des Schahregimes als das Machwerk reaktionärer Desperados diffamieren und verhindern, daß ihre intimen SAVAK-Verbindungen offengelegt werden.

z.evd. **Mit jährlich 600 Mio. DM will die Bundesregierung in Südafrika für die strategische Rohstoffreserve einkaufen.** An Chrom, Kobalt, Mangan, Vanadium und Asbest will sich der BRD-Imperialismus einen „eisernen Bestand für echte Krisenzeiten" (Matthöfer, Handelsblatt 22./23. Juni) für den Bedarf von einem Jahr anlegen. Alle diese fünf „sensiblen Rohstoffe" sind für die Rüstungsindustrie unverzichtbar. Chrom dient als Legierungsmittel für die Erzeugung besonders harten, korrosions- und zunderbeständigen Stahls, Kobalt wird für Magnetlegierungen verwandt, wie sie in der Elektrotechnik gebraucht werden. Außerdem ist Kobalt Kontaktsubstanz bei der Treibstoffsynthese nach Fischer-Tropsch. Mangan wird als Zusatz zu Leichtmetall-Legierungen wie u.a. im Flugzeugbau gebraucht, Manganverbindungen dienen als Sauerstoffträger und Katalysatoren in Zündmischungen; Vanadium ist eines der wichtigsten Legierungselemente in Edelstählen, Asbest wird für feuerfeste Schutzkleidung und entsprechendes angewandt. Den Einkauf in Südafrika sollen die erfahrenen Kapitalisten tätigen. Das Geld dafür holen sie sich von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt. Die bekommt es gegen Wechsel aus den Devisenreserven der Bundesbank. Die Lagerung bezahlen die Kapitalisten selbst, die gegenwärtig schon Vorräte für 4 Monate angelegt haben. Durch Vertrag sichert sich die Bundesregierung jederzeitige Verfügungsgewalt über die eingelagerten Rohstoffe „in Krisenzeiten". Damit will sich der BRD-Imperialismus nach dem Vorbild der USA ein wirksames Druckmittel gegen die Revolution in Azania, sowie gegen Störungen der Lieferwege durch die Sozialimperialisten im Krieg schaffen. Der US-Senat hat Mitte Juni den „Stockpile"-(Vorrats-)Gesetzentwurf gebilligt.



z.gih. **Ab dem 1. September will die Landesregierung von Baden-Württemberg nichtberufstätigen Müttern bei der Geburt eines Kindes 2000 Mark „Familiengeld" zahlen.** „Die Zahlung des ‚Familiengeldes', die beantragt werden muß, soll allen nichtberufstätigen deutschen und ausländischen Müttern gewährt werden, die nach dem 1. September ein Kind zur Welt bringen und ihren Hauptwohnsitz mindestens ein Jahr vor der Geburt des Kindes im Land hatten. Das ‚Familiengeld' ist steuerfrei und wird als zinsloser Zuschuß bei Vorliegen bestimmter Einkommensgrenzen (bei Ehepaaren ohne Kind 2800 DM netto) gewährt." Aus Steuern, die den Volksmassen abgepreßt worden sind, wird einem Teil von ihnen wieder etwas zugeschoben. Bei der Mutterschaftsgeldregelung der Bundesregierung werden die Frauen der besser verdienenden Facharbeiter, Meister und mittleren Angestellten, die noch nicht arbeiten gehen müssen, aus


von Preiserhöhungen abzusehen, die nicht durch Ölpreiserhöhungen gerechtfertigt seien." WAZ 16.7.

z.gih. **Ab dem 1. September will die Landesregierung von Baden-Württemberg nichtberufstätigen Müttern bei der Geburt eines Kindes 2000 Mark „Familiengeld" zahlen.** „Die Zahlung des ‚Familiengeldes', die beantragt werden muß, soll allen nichtberufstätigen deutschen und ausländischen Müttern gewährt werden, die nach dem 1. September ein Kind zur Welt bringen und ihren Hauptwohnsitz mindestens ein Jahr vor der Geburt des Kindes im Land hatten. Das ‚Familiengeld' ist steuerfrei und wird als zinsloser Zuschuß bei Vorliegen bestimmter Einkommensgrenzen (bei Ehepaaren ohne Kind 2800 DM netto) gewährt." Aus Steuern, die den Volksmassen abgepreßt worden sind, wird einem Teil von ihnen wieder etwas zugeschoben. Bei der Mutterschaftsgeldregelung der Bundesregierung werden die Frauen der besser verdienenden Facharbeiter, Meister und mittleren Angestellten, die noch nicht arbeiten gehen müssen, aus
der Zahlung herausgenommen. Auf sie zielt die baden-württembergische Landesregierung.

z.hek. **Es pressiert mit den neuen Fregatten F-122.** Das war schon ersichtlich, als die Schiffbauer auf dem Bremer Vulkan in den Streik gegen Akkordkürzungen traten. Unerträglich ist die Antreiberei. Immerhin ist das Verhältnis der Antreiber gegenüber dem Handelsschiffbau erheblich größer: inklusive Marineaufsicht pro Modul sechs Antreiber. So wurde am 9.7.79 das erste Fregattenmodul auf dem Vulkan auf Kiel gelegt. Die Fregatte soll planmäßig im September aufschwimmen. Zur Ausrüstung steht dann das neuerbaute Fregattendock bereit. Das nächste Schiff folgt neun Monate später, die weiteren vier – alle auf anderen Werften erbaut – jeweils sechs Monate danach. Die Ausbildung des Gesamtpersonals (1400 Mann) ist in drei Phasen unterteilt. Die erste, für Ausbilder, läuft momentan in der einschlägigen Industrie an. Die zweite Phase beinhaltet die Schulung des Funktionspersonals durch die Ausbilder in marineeigenen Schulen. Die Bordeinweisung erfolgt vor der Probefahrt im Herbst 1980 in den Werften. Die endgültige Ablieferung der Fregatte ist für den Herbst 1981 vorgesehen. Alle Fregatten sollen bis 1984 in Dienst gestellt werden.

z.kam. **Noch dieses Jahr will die Deutsche Bundesbahn 2730 Arbeitskräfte neu einstellen, trotzdem aber an ihrer Politik des Personalabbaus festhalten.** In fünf Jahren hat sie die Beschäftigten um nahezu 67000 verringert, das sind fast 17%. Seit 1958 sind es rund 176000 Beschäftigte (34%). Bis Ende des Jahres soll der jetzige Stand mit 339000 nochmals um 8000 auf 331000 verringert werden. – Frische Arbeitskraft braucht die DB-Führung jetzt in den Bereichen, wo der Arbeitsaufwand enorm gestiegen ist und sie die Arbeiter durch die Rationalisierungsmaßnahmen und unerträglichen Arbeitsbedingungen aufgrund Schichtdienst, hohem Gefährdungsgrad, Lärm und Schmutz bereits verschlissen hat: im Rangier- und Ladedienst, in den Ausbesserungswerken sowie im Kraftfahrdienst. Allein im Ausbesserungswerk Witten hat die Bundesbahn die Pro-Kopf-Leistung gegenüber 1958 um 60% hochgeschraubt. Bis 1990 will sie die Reisegeschwindigkeit der Intercityzüge um 50% erhöhen. Denn: „Für ein Prozent Reisezeitverkürzung ist ebenfalls etwas ein Prozent Zuwachs der gefahrenen Personenkilometer zu erwarten." (Jahrbuch des Eisenbahnwesens 1978). Die Maßnahmen hierfür: Zwang zu Überstunden, Urlaubssperren und gezielte Neueinstellungen.

z.ebk. **Das Bundesverfassungsgericht hat die Verfassungsbeschwerde des Flugleiterverbandes abgelehnt.** Die Flugleiter hatten in ihrem jahrelangen Kampf gegen die Bundesregierung um kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Bezahlung im Jahr 1973 zu Kampfmaßnahmen gegriffen. „Auffallend viele Flugleiter meldeten sich krank; andere setzten ihre Arbeitsleistung herab", stellte der Bundesgerichtshof 1978 fest. Weil der Flugleiterverband diese Kampfaktionen der Flugleiter geleitet und unterstützt habe, habe er für den dadurch entstanden Schaden aufzukommen, da es sich um einen rechtswidrigen Streik gehandelt habe. Rechtswidrig, weil „die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums... Beamten, die die Fluglotsen ganz überwiegend waren, den Streik oder ähnliche Kampfmaßnahmen zu solchen Zielen (versagen)". Unabhängig davon sei der Streik aber auch rechtswidrig, denn „es verstößt gegen das Prinzip der Waffengleichheit, statt klarer Fronten eine anonyme Mauer passiven Widerstands zu setzen und dem Sozialpartner das Gewicht der ganzen Aktionen zu überbürden." Das Bundesverfassungsgericht dazu: das sei weder ein Verstoß gegen das Koalitionsrecht noch gegen die Meinungsäußerungsfreiheit.

z.brf. **Zahlreiche Empfehlungen für Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst hat der Haushaltausschuß des Bundestages in seiner Beschlußempfehlung vom 13.6.1979 zur Entlastung der Regierung für die Haushaltsjahre 1975 und 1976 untergebracht.** Im Bereich der Oberfinanzdirektion Hamburg hat der Bundesrechnungshof fünf neugebaute Zollämter ausfindig gemacht, in denen ihm zu große Fenster, zu viele Teeküchen, zuviele Waschgelegenheiten waren, und in einem Fall war ihm der Witterungsschutz für die Lastkraftwagenabfertigung zu großzügig gebaut worden. Der Ausschuß hat daraus folgende Beschlußempfehlung redigiert: Gestalterische Aspekte sollen bei Bauvorhaben des Bundes nicht überbewertet werden. Neben dieser Aufforderung, rentablere Arbeitssilos für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu errichten, findet sich folgendes: Die Deckenvertäfelung aus ausländischen Hölzern und die Anschaffung von 116 Gehölzen für die Gestaltung des Gartens einer Dienstwohnung eines Hamburger Behördenleiters werden für aufwendiger als notwendig erachtet. Kauf und Ausbau des Einfamilienhauses kosteten runde 497000 DM. Der Versuch der Parlamentarier, die Rationalisierungsmaßnahmen und ihre Stoßrichtung gegen die im öffentlichen Dienst Beschäftigten zu verwischen, ist lächer-

Zweiter Schritt der Europa-Umsatzsteuerharmonie

BRD im Verzug / Im Visier Deutschland in den Grenzen von 1937

z.joh. Während das Europaparlament im Straßburger Glaspalast seine ersten Theaterproben veranstaltet, ist die BRD bei einem der wichtigsten Einigungswerke in Verzug geraten. Alle anderen EG-Länder haben inzwischen Gesetze gemäß der 6. EG-Richtlinie zur Harmonisierung der Umsatzsteuer von 1977 eingeführt. Sechs Länder zahlen für das Bauernlegen, die Zoll- und Währungsoperationen und den Apparat der EG bereits dieses Jahr 0,66% aus ihren Mehrwertsteuereinnahmen. Gibt die BRD bis zum 17.8.79 keine feste Zusage für die Anwendung der 6. Richtlinie, will die EG-Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof klagen.

Die angestrebte Vereinheitlichung soll den Monopolen in allen EG-Ländern gleiche Bedingungen schaffen. Das jetzt noch erforderliche umständliche Verfahren für die Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer und der Rückerstattung der Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr kann wegfallen, durch einheitliche Marktgrenzen gegenüber den USA und Japan die Position gestärkt werden. Der BRD-Imperialismus verspricht sich davon, daß so seine ökonomische Schlagkraft besser zur Geltung kommt. Trotzdem, mit der Verabschiedung des Gesetzes zu warten, was die anderen machen, zeigen, wo der Geldbeutel hängt, das konnte nicht schaden.

Bei den Gesetzesänderungen wurde alles getan, um die Geschäfte der Bourgeoisie zu fördern und die Massen zu schröpfen. Die Umsatzsteuerbefreiung für die Finanzoperationen, für das Wertpapier- und Kreditgeschäft wurde noch ausgedehnt. Dagegen wird die Passagierflußschiffahrt neu mit Umsatzsteuer belegt, ebenso die Selbstabgabe von Brillen durch die Sozialversicherungen und Sportveranstaltungen von Sportvereinen. Matthöfer im Bundesrat: „Nach der 6. Richtlinie wäre es möglich, die (Zahn-) Prothetikumsätze allgemein von der Umsatzsteuer zu befreien. Eine derartige Maßnahme würde aber zu nicht vertretbaren Steuerausfällen führen." So weit wollte Matthöfer nicht gehen, aber die Besteuerung mit dem halben, statt wie jetzt mit dem vollen Steuersatz, ließ sich nicht umgehen. Mit der glänzenden Aussicht allerdings, unter der Europa-Einigungsflagge die Mehrwertsteuerausplünderung der Massen von 13% weiter hochzutreiben, ließ sich darauf gerne verzichten.

1967 hatte die 1. EG-Richtlinie zur Umsatzsteuer den Startschuß für die Einführung der Mehrwertsteuer gegeben. Jetzt folgt die zweite Phase und FDP-Funke schwärmte im Bundestag, die dritte Stufe werde die Angleichung der Steuersätze sein. 1978 lag der Höchstsatz in der EG bei 20%.

Nach der Verabschiedung im Bundestag blockieren derzeit CDU/CSU auf Geheiß von Strauß im Bundesrat die Verabschiedung des Gesetzes. Als Geltungsbereich ist ihnen die BRD zu eng. Schließlich wird nicht nur die Vorherrschaft in der EG angestrebt, der Europa-Einigungsgedanke ist weiter. Strauß will den Anspruch auf Deutschland in den Grenzen von 1937 offen proklamieren. Dazu ist das Gesetz gerade recht, in dem klingende Münze für den staatlichen Säckel gestanzt wird. Daß die DDR für die BRD Binnenmarkt ist, mußten die EG-Konkurrenten schon anerkennen. Sie für die „Eingliederung" des alten Reichsgebietes einzuspannen, da soll der Hebel angesetzt und die Regierung auf Trab gebracht werden. Die hält dagegen für klüger, die Eroberungsabsichten nicht so deutlich herauszulassen. Matthöfer: „... die unveränderte Auffassung der Bundesregierung zur Rechtslage Deutschlands wird hiermit nicht geändert." Die ist mit dem Urteil des BVG von 73 festgelegt, das erklärt, die BRD ist „als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich'."

Brief des Botschafters des Demokratischen Kampuchea bei der UNO Thiounn Prasith an den KBW



New York, 11 July 1979

LIGUE COMMUNISTE DE L'ALLEMAGNE DE L'OUEST (K B W) R.F.A

New York, 11. Juli 1979

Liebe Freunde,
im Namen des Volkes von Kampuchea und der Regierung des Demokratischen Kampuchea möchte ich Euch erneut unseren tiefen Dank für Eure großmütigen Tätigkeiten zur Unterstützung des gerechten Kampfes des kampucheanischen Volkes gegen den Aggressionskrieg der vietnamesischen Expansionisten aussprechen.

Gegenwärtig ist die Lage in diesem Kampf ausgezeichnet. Der von dem kampucheanischen Volk und von der Revolutionären Armee geführte Guerillakampf macht große Fortschritte, trifft den Feind überall im ganzen Land und fügt ihm schwere Verluste an Menschen und militärischer Ausrüstung zu. Viele Dörfer und Gemeinden sind befreit worden. Die Bevölkerung, voller Haß über die barbarischen Verbrechen Vietnams, schließt sich immer zahlreicher den befreiten Gebieten an. Selbst diejenigen, die irregeführt wurden und sich zum Dienst in den Polizeikräften und der Miliz, die das vietnamesische Regime in Phnom Penh aufgebaut hat, hingegeben haben, haben sich erhoben, viele vietnamesische Aggressoren getötet und sich den befreiten Gebieten angeschlossen.

Deshalb verbessert sich die politische und militärische Lage des Widerstandskrieges des Volkes von Kampuchea von Tag zu Tag, während sich die Lage der vietnamesischen Aggressoren und Expansionisten von Tag zu Tag in jeder Hinsicht verschlechtert: militärisch, politisch, ökonomisch und diplomatisch.

Wir glauben, daß diese günstige Lage gut geeignet ist für eine Intensivierung Eurer vielfältigen Tätigkeiten in diesem und den beiden folgenden Monaten August und September. Wir sind davon überzeugt, daß diese Tätigkeiten zur Solidarität mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes einen günstigen Einfluß auf die folgende Gipfelkonferenz der blockfreien Länder in Havanna (28. August bis 7. September) und auf die folgende 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen ausüben werden.

Wir wünschen Euch Erfolg in Euren hoch zu schätzenden Tätigkeiten zur Vorbereitung der Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression.

Brief des Botschafters des Demokratischen Kampuchea bei der UNO Thiounn Prasith an den KBW

New York, 11 July 1979

LIGUE COMMUNISTE DE L'ALLEMAGNE DE L'OUEST (K B W) R.F.A

New York, 11. Juli 1979

Liebe Freunde,
im Namen des Volkes von Kampuchea und der Regierung des Demokratischen Kampuchea möchte ich Euch erneut unseren tiefen Dank für Eure großmütigen Tätigkeiten zur Unterstützung des gerechten Kampfes des kampucheanischen Volkes gegen den Aggressionskrieg der vietnamesischen Expansionisten aussprechen.

Gegenwärtig ist die Lage in diesem Kampf ausgezeichnet. Der von dem kampucheanischen Volk und von der Revolutionären Armee geführte Guerillakampf macht große Fortschritte, trifft den Feind überall im ganzen Land und fügt ihm schwere Verluste an Menschen und militärischer Ausrüstung zu. Viele Dörfer und Gemeinden sind befreit worden. Die Bevölkerung, voller Haß über die barbarischen Verbrechen Vietnams, schließt sich immer zahlreicher den befreiten Gebieten an. Selbst diejenigen, die irregeführt wurden und sich zum Dienst in den Polizeikräften und der Miliz, die das vietnamesische Regime in Phnom Penh aufgebaut hat, hingegeben haben, haben sich erhoben, viele vietnamesische Aggressoren getötet und sich den befreiten Gebieten angeschlossen.

Deshalb verbessert sich die politische und militärische Lage des Widerstandskrieges des Volkes von Kampuchea von Tag zu Tag, während sich die Lage der vietnamesischen Aggressoren und Expansionisten von Tag zu Tag in jeder Hinsicht verschlechtert: militärisch, politisch, ökonomisch und diplomatisch.

Wir glauben, daß diese günstige Lage gut geeignet ist für eine Intensivierung Eurer vielfältigen Tätigkeiten in diesem und den beiden folgenden Monaten August und September. Wir sind davon überzeugt, daß diese Tätigkeiten zur Solidarität mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes einen günstigen Einfluß auf die folgende Gipfelkonferenz der blockfreien Länder in Havanna (28. August bis 7. September) und auf die folgende 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen ausüben werden.

Wir wünschen Euch Erfolg in Euren hoch zu schätzenden Tätigkeiten zur Vorbereitung der Internationalen Konferenz der Solidarität mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression.



Bitte nehmt, liebe Freunde, die Versicherung meiner herzlichen Verbundenheit entgegen.

Thiounn Prasith
Botschafter des Demokratischen Kampuchea



Botschafter Thiounn Prasith auf einer Solidaritätsveranstaltung in New York.

Commonwealth-Konferenz in Lusaka/Sambia

Schlechte Aussichten für Anerkennungsmanöver der britischen Imperialisten

z.rül. Wenn am 1. August die 40 Regierungschefs des Commonwealth in Lusaka in Sambia zusammentreffen, wird die britische Königin neben dem britischen Premier die Regierungschefs von 15 weiteren Staaten begrüßen, in denen sie heute noch Staatsoberhaupt ist und dieses Hoheitsrecht auch über einen von ihr eingesetzten Generalgouverneur eifrig ausübt: Australien, Bahamas, Barbados, Kanada, Dominica, Fidschi, Grenada, Jamaika, Kiribati, Mauritius, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Swaziland, Tuvalu und Tonga. Vor zwei Jahren etwa setzte der britische Generalgouverneur in Australien kurzerhand die dortige Labour-Regierung ab, nachdem diese nicht in der Lage war, die Kämpfe der Arbeiter und der unterdrückten australischen Nationen zu zerschlagen. Der königliche „Justizausschuß des Staatsrats“ in London ist gleichzeitig für zwölf Länder oberstes Gericht, kann also von den Imperialisten als „Berufungsgericht“ angerufen werden, wenn diese Staaten Maßnahmen gegen die imperialistische Ausplünderung ergreifen. Es handelt sich um Australien, Neuseeland, Jamaika, Trinidad und Tobago, Malaysia, Singapur, Gambia, Barbados, Mauritius, Fidschi, Bahamas und Grenada (Stand 1978). In einem Fall dieser Sorte hob der Justizausschuß des Staatsrats Anfang letzten Jahres ein australisches Gerichtsurteil wieder auf, in dem die unterdrückten australischen Nationen hohe Entschädigungszahlungen für den Raub ihres Landes von dem britischen Bergwerksmonopol Rio Tinto Zinc durchgesetzt hatten.

Lange nachdem die ehemals britischen Kolonien ihre staatliche Unabhängigkeit erkämpften, ist das Commonwealth immer noch ein Instrument der britischen Imperialisten zur Plünderung der Rohstoffe dieser Länder, zur Sicherung von Höchstprofiten aus Kapitalexporten und zur Ausplünderung über Kredite. Noch heute ist die britische Finanzbourgeoisie der Hauptabnehmer der Exporte fast aller ihrer ehemaligen afrikanischen Kolonien.

Trotz Fortbestehen dieser neokolonialen Abhängigkeit schlossen sich die Länder des Commonwealth aus der Dritten Welt schon frühzeitig gegen die imperialistische Ausplünderung zusammen. Selbst auf den Konferenzen des Commonwealth kann man dies verfolgen.

Noch 1952 hatten die britischen Imperialisten die 1947 unabhängig gewordenen Staaten Indien, Pakistan und Ceylon zur Annahme einer Schlußerklärung pressen können, daß „die Konferenz die Vorschläge einer Gruppe wichtiger finanzieller, industrieller und kommerzieller Konzerne begrüßt, eine Gesellschaft zur Förderung der Entwicklung in anderen Ländern des



des Staatsrats Anfang letzten Jahres ein australisches Gerichtsurteil wieder auf, in dem die unterdrückten australischen Nationen hohe Entschädigungszahlungen für den Raub ihres Landes von dem britischen Bergwerksmonopol Rio Tinto Zinc durchgesetzt hatten.

Lange nachdem die ehemals britischen Kolonien ihre staatliche Unabhängigkeit erkämpften, ist das Commonwealth immer noch ein Instrument der britischen Imperialisten zur Plünderung der Rohstoffe dieser Länder, zur Sicherung von Höchstprofiten aus Kapitalexporten und zur Ausplünderung über Kredite. Noch heute ist die britische Finanzbourgeoisie der Hauptabnehmer der Exporte fast aller ihrer ehemaligen afrikanischen Kolonien.

Trotz Fortbestehen dieser neokolonialen Abhängigkeit schlossen sich die Länder des Commonwealth aus der Dritten Welt schon frühzeitig gegen die imperialistische Ausplünderung zusammen. Selbst auf den Konferenzen des Commonwealth kann man dies verfolgen.

Noch 1952 hatten die britischen Imperialisten die 1947 unabhängig gewordenen Staaten Indien, Pakistan und Ceylon zur Annahme einer Schlußerklärung pressen können, daß „die Konferenz die Vorschläge einer Gruppe wichtiger finanzieller, industrieller und kommerzieller Konzerne begrüßt, eine Gesellschaft zur Förderung der Entwicklung in anderen Ländern des
Commonwealth und des kolonialen Weltreichs zu bilden.“ 1957, ein Jahr nach der Konferenz von Bandung und nachdem Ghana und die Malayische Föderation unabhängig geworden waren, mußten die britischen Imperialisten bereits zähneknirschend ins Kommunique aufnehmen: „In dieser Vereinigung von freien und unabhängigen Nationen ist es unvermeidlich, daß es einige unterschiedliche Meinungen und Standpunkte gibt.“ Worin diese bestanden, wurde im folgenden Jahr deutlich: „Einige Länder wurden schwer durch stark schwankende Rohstoffpreise getroffen und durch unvorteilhafte Austauschbeziehungen (terms of trade)...“

Im Januar 1971 beschlossen dann die inzwischen über 25 Commonwealth-Staaten eine „Erklärung über die Prinzipien des Commonwealth“, in der es u.a. heißt: „Wir widersetzen uns allen Formen kolonialer Beherrschung und rassischer Unterdrückung. (...) Wir werden deshalb alle unsere Anstrengungen darauf richten..., die Prinzipien der Selbstbestimmung zu fördern.“

Trotz dieser Erfolge der Länder der Dritten Welt, von denen nach dem Austritt Pakistans und Maltas noch 36 Mitglieder des Commonwealth sind (sowie die Siedlerstaaten Australien, Neuseeland und Kanada), ist und bleibt das Commonwealth ein Instrument des britischen Neokolonialismus. Gleichzeitig nutzen es die britischen Imperialisten gegenüber den anderen Imperialisten, vor allem dem US-Imperialismus, für die Behauptung ihrer Einflußgebiete. Auf der diesjährigen Commonwealth-Konferenz wollen sie versuchen, die Anerkennung einer modifizierten „internen Lösung“ in Zimbabwe vorzubereiten und durch Druck und Erpressung vor allem afrikanische Länder aus der Front der Dritten Welt herauszubrechen.

Die Sache eilt. Premierministerin Thatcher erklärte am 25. Juli vor dem Unterhaus: „Wenn wir keinen Fortschritt in diesem Jahr in Richtung auf eine legale Unabhängigkeit machen, glaube ich nicht, daß es irgendeine bessere Aussicht im nächsten Jahr gibt...“

Die britischen Imperialisten drängen die Muzorewa-Regierung zu kosmetischen Änderungen der Verfassung, mehr Posten in dem von den Imperialisten kontrollierten Staatsapparat sollen an Schwarze vergeben werden, Smith soll aus der Regierung zurückgezogen werden. Gleichzeitig bauen sie eine „Opposition“ zu Muzorewa auf, aus Chikerema (siehe KVZ 27, S.2) und Sithole, der letzte Woche zu Gesprächen mit dem britischen Außenministerium in London weilte. Mit diesem Gespann betreiben sie einerseits erneut die Spaltung der Patriotischen Front, andererseits versuchen sie so, den US-Mann Muzorewa zurückzudrängen und ihren eigenen Einfluß auszuweiten.

Bereits am 18.5. hatte das Commonwealth-Komitee für das südliche Afrika, dem 23 Mitgliedsstaaten angehören, die britische Regierung vor solchen Manövern und vor jeder Anerkennung des rhodesischen Regimes gewarnt. Am 3.6. kündigten die Frontstaaten Tansania, Botswana, Mozambique, Sambia und Angola gemeinsam mit Nigeria nach einer Konferenz den Imperialisten im Falle einer Anerkennung des Regimes Sanktionen an.

Den stärksten Rückschlag aber erlitten die Imperialisten auf der OAU-Konferenz. Am 20.7. erneuerte diese „die Verurteilung und vollständige Zurückweisung der verräterischen sogenannten inneren Verfassung.“ Sie rief „alle Staaten auf, in keiner Form das illegale Regime anzuerkennen, ... verurteilt die konzertierten diplomatischen Manöver gewisser westlicher Mächte, vor allem des Vereinigten Königreichs, den Befreiungskampf in Zimbabwe zu ersticken“, und erklärte, „daß die Patriotische Front die einzige legitime und authentische Vertretung des Volkes von Zimbabwe ist.“ Die OAU betonte, daß „der gerechte bewaffnete Kampf, geführt durch die Front, intensiviert werden muß, und beschließt, die politische, materielle und finanzielle Unterstützung zu steigern, um einen schnellen und vollständigen Sieg und die Unabhängigkeit des Volkes von Zimbabwe zu sichern.“

Einflußgebiete. Auf der diesjährigen Commonwealth-Konferenz wollen sie versuchen, die Anerkennung einer modifizierten „internen Lösung“ in Zimbabwe vorzubereiten und durch Druck und Erpressung vor allem afrikanische Länder aus der Front der Dritten Welt herauszubrechen.

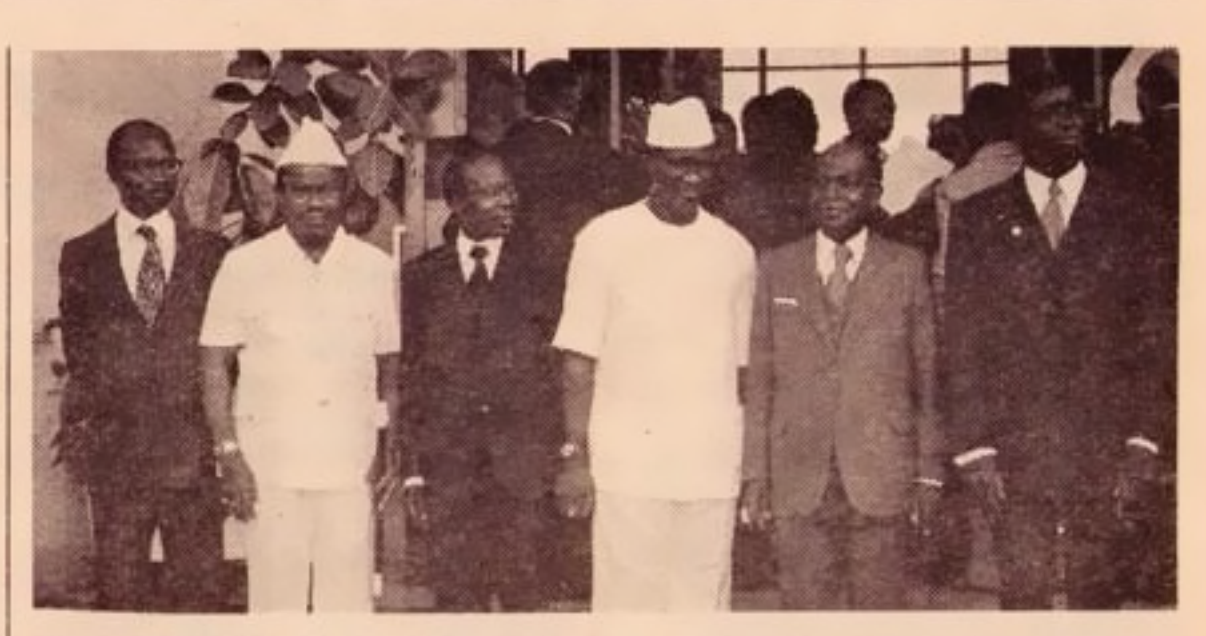
Die Sache eilt. Premierministerin Thatcher erklärte am 25. Juli vor dem Unterhaus: „Wenn wir keinen Fortschritt in diesem Jahr in Richtung auf eine legale Unabhängigkeit machen, glaube ich nicht, daß es irgendeine bessere Aussicht im nächsten Jahr gibt...“

Die britischen Imperialisten drängen die Muzorewa-Regierung zu kosmetischen Änderungen der Verfassung,

rückweisung der verräterischen sogenannten inneren Verfassung.“ Sie rief „alle Staaten auf, in keiner Form das illegale Regime anzuerkennen, ... verurteilt die konzertierten diplomatischen Manöver gewisser westlicher Mächte, vor allem des Vereinigten Königreichs, den Befreiungskampf in Zimbabwe zu ersticken“, und erklärte, „daß die Patriotische Front die einzige legitime und authentische Vertretung des Volkes von Zimbabwe ist.“ Die OAU betonte, daß „der gerechte bewaffnete Kampf, geführt durch die Front, intensiviert werden muß, und beschließt, die politische, materielle und finanzielle Unterstützung zu steigern, um einen schnellen und vollständigen Sieg und die Unabhängigkeit des Volkes von Zimbabwe zu sichern.“



Präsident Nyerere erklärte der Queen, Tansania werde bei einer Anerkennung des rhodesischen Regimes durch Britannien aus dem Commonwealth austreten.



Vor der OAU-Konferenz: Die Präsidenten Jawara (Gambia), Tolbert (Liberia), Senghor (Senegal), Tomé (Guinea), Houphouet-Boigny (Elfenbeinküste), Eyadema (Togo)

OAU-Konferenz – Stärkung der Einheit gegen imperialistische Spaltungsversuche

z.erm. In zwei entscheidenden Punkten hat die OAU-Gipfelkonferenz in Monrovia zur Stärkung der Einheit der afrikanischen Staaten gegen die Imperialisten beigetragen: in der Behandlung des Smith-Muzorewa-Regimes und des Abkommens zwischen Carter, Begin und Sadat. In beiden Fragen wollten die Imperialisten Spaltung unter den afrikanischen Staaten säen. Das ist ihnen nicht gelungen.

Die Hoffnung der US- und der britischen Imperialisten war, einzelne, von ihnen abhängige afrikanische Staaten zur Anerkennung des Muzorewa-Marionetten-Regimes bewegen und so die Einheit der OAU im Kampf gegen die Kolonialregimes im südlichen Afrika zerbrechen zu können. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution erklären die afrikanischen Staaten dagegen die Anerkennung des „rassistischen Muzorewa-Regimes“ als „feindlichen Akt gegen ganz Afrika“ und drohen allen Ländern, an erster Stelle Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland „wirksame Sanktionen“ an, wenn diese „weiterhin politische, wirtschaftliche, militärische ... und andere Beziehungen zu den rassistischen Regimen in Südafrika und Rhodesien [illegible] kräftigt, daß die Patriotische Front „einziger und authentischer Vertreter des Volkes von Zimbabwe“ ist, und „verstärkte politische, materielle und finanzielle Hilfe“ für deren „legitimen bewaffneten Kampf“ zugesagt.

Die Sozialimperialisten hatten gehofft, die Ablehnung des Carter-Begin-Sadat-Abkommens durch mehrere afrikanische Staaten in einen Ausschluß Ägyptens aus der OAU ummünzen zu können. Ohne Erfolg. Auch dem Druck der US-Supermacht und anderer westlicher Imperialisten, die einige afrikanische Staaten zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel bewegen und so die einheitliche Haltung der OAU sprengen wollten, gaben die afrikani-

ihnen abhängige afrikanische Staaten zur Anerkennung des Muzorewa-Marionetten-Regimes bewegen und so die Einheit der OAU im Kampf gegen die Kolonialregimes im südlichen Afrika zerbrechen zu können. In einer einstimmig verabschiedeten Resolution erklären die afrikanischen Staaten dagegen die Anerkennung des „rassistischen Muzorewa-Regimes“ als „feindlichen Akt gegen ganz Afrika“ und drohen allen Ländern, an erster Stelle Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland „wirksame Sanktionen“ an, wenn diese „weiterhin politische, wirtschaftliche, militärische ... und andere Beziehungen zu den rassistischen Regimen in Südafrika und Rhodesien [illegible] kräftigt, daß die Patriotische Front „einziger und authentischer Vertreter des Volkes von Zimbabwe“ ist, und „verstärkte politische, materielle und finanzielle Hilfe“ für deren „legitimen bewaffneten Kampf“ zugesagt.

Die Sozialimperialisten hatten gehofft, die Ablehnung des Carter-Begin-Sadat-Abkommens durch mehrere afrikanische Staaten in einen Ausschluß Ägyptens aus der OAU ummünzen zu können. Ohne Erfolg. Auch dem Druck der US-Supermacht und anderer westlicher Imperialisten, die einige afrikanische Staaten zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Israel bewegen und so die einheitliche Haltung der OAU sprengen wollten, gaben die afrikani-schen Staaten nicht nach. Sie einigten sich dagegen auf eine Resolution, in der sie die „expansionistischen, kolonialistischen und rassistischen Pläne und Ziele Israels“ und „alle Teilabkommen und Separatverträge, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes verletzen“, verurteilen und dem „Kampf des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO“ ihre Unterstützung erklären.

Die Eritrea-Frage wurde nicht behandelt. Die Lage im Tschad und die Auseinandersetzung zwischen Uganda und Tansania konnten auf der Konferenz nicht geklärt werden. In der Hauptsache sind es die sowjetischen und französischen Imperialisten, die aus diesen Konflikten Nutzen ziehen. Die sowjetischen und kubanischen Soldaten z.B., die das Derg-Regime in Äthiopien zur Zerschlagung der eritreischen Revolution angefordert hat, dienen den Sozialimperialisten, nicht nur Äthiopien noch tiefer in ihre Abhängigkeit zu bringen, sondern gleichzeitig auch ihre expansionistischen Interessen gegenüber Eritrea durchzusetzen. Aus diesem Grund schüren die Imperialisten die Konflikte der afrikanischen Staaten untereinander und versuchen, sie in kriegerische Auseinandersetzungen zu treiben.

So auch in der West-Sahara-Frage. In diesem Punkt haben sich jedoch die afrikanischen Staaten in der OAU mit 33 Stimmen, darunter auch der Mauretaniens, mehrheitlich gegen die – von [illegible]rialisten geschürte – marokkanische Aggression gegen das saharauische Volk ausgesprochen. Die Resolution sieht einen Waffenstillstand und ein Referendum des saharauischen Volkes über seine Unabhängigkeit vor. Auf die Forderung nach vollständigem Abzug der Besatzertruppen konnten sich die afrikanischen Staaten dagegen nicht einigen. Dennoch ist die Resolution ein Fortschritt, weil sie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des saharauischen Volkes beinhaltet.

Daß die entscheidende Kraft zur Stärkung der Einheit gegenüber den Imperialisten der bewaffnete, selbständige Kampf der afrikanischen Volksmassen ist, hat die Geschlossenheit der OAU-Staaten in der Verurteilung des

daten z.B., die das Derg-Regime in Äthiopien zur Zerschlagung der eritreischen Revolution angefordert hat, dienen den Sozialimperialisten, nicht nur Äthiopien noch tiefer in ihre Abhängigkeit zu bringen, sondern gleichzeitig auch ihre expansionistischen Interessen gegenüber Eritrea durchzusetzen. Aus diesem Grund schüren die Imperialisten die Konflikte der afrikanischen Staaten untereinander und versuchen, sie in kriegerische Auseinandersetzungen zu treiben.

So auch in der West-Sahara-Frage. In diesem Punkt haben sich jedoch die afrikanischen Staaten in der OAU mit 33 Stimmen, darunter auch der Mauretaniens, mehrheitlich gegen die – von [illegible]rialisten geschürte – marokkanische Aggression gegen das saharauische Volk ausgesprochen. Die Resolution sieht einen Waffenstillstand und ein Referendum des saharauischen Volkes über seine Unabhängigkeit vor. Auf die Forderung nach vollständigem Abzug der Besatzertruppen konnten sich die afrikanischen Staaten dagegen nicht einigen. Dennoch ist die Resolution ein Fortschritt, weil sie die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des saharauischen Volkes beinhaltet.

Daß die entscheidende Kraft zur Stärkung der Einheit gegenüber den Imperialisten der bewaffnete, selbständige Kampf der afrikanischen Volksmassen ist, hat die Geschlossenheit der OAU-Staaten in der Verurteilung des
Marionetten-Regimes in Zimbabwe gezeigt. Die auf der Konferenz beschlossene Aufnahme der Arbeit der pan-afrikanischen Nachrichtenagentur mit Sitz in Dakar (Senegal) wird zur Unterstützung dieser gerechten Kämpfe beitragen.

---

lich. Zum Personalbedarf und -bestand der Bundesbahn und Post schreibt der Ausschuß: „Die Angelegenheit wird auch in Nr. 218 und 219 der Bemerkungen 1976 behandelt. Der Ausschuß nimmt von der Bemerkung zustimmend Kenntnis.“ Gemeint ist die Verfeinerung der Schweißauspressung bei der Post. „Die Einführung genauerer, arbeitswissenschaftlich begründeter Methoden zur Personalbemessung hat erheblich dazu beigetragen, daß der durchschnittliche Bestand an Arbeitskräften im Jahr 1975 und 1976 um 6395 vermindert worden ist.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Die Bundesbahn wird aber auch weiterhin dafür sorgen müssen, daß alle Möglichkeiten zum Abbau des Überbestandes ausgeschöpft werden.“

z.kbw.zk.Frankfurt **Die KVZ wird mit der Ausgabe Nr. 32/79 statt bisher 50 Pfennig 70 Pfennig kosten.** Selbst wenn man außer acht läßt, daß die KVZ in zwölf verschiedenen Ausgaben erscheint, ist die Zeitung die derzeit billigste Wochenzeitung in der BRD und Westberlin. Eine Vergleichsrechnung (bezogen auf das Satzvolumen) würde auf einen Preis zwischen 1 DM und 1,60 DM pro Exemplar hinweisen. Solche Preise müssen wir nicht nehmen. Obgleich wir mit 70 Pfennig immer noch ziemlich preiswert liegen, fällt uns die Trennung von dem alten Preis nicht leicht. Immerhin ist es in den sechs Jahren seit Gründung des KBW gelungen, diesen günstigen Preis zu erhalten und die Qualität wie den Umfang der Zeitung erheblich zu bessern. In den ersten Jahren nach Gründung des KBW erlitten wir trotz nominal hoher Auflagen erhebliche Verluste. 1976 trennten wir uns, zugleich mit der Trennung von den Rechten, die damals in der Redaktion ihr Wesen trieben, von der Idee, daß die Verbreitung nützlicher Tatsachen notwendig ein Verlustgeschäft sein müsse. Ziemlich schnell gelang es, sowohl einen bedeutenden Teil der Umstellungskosten auf die Regional- und die Bezirksausgaben, wie auch den großen Teil der Kosten für die Schaffung internationaler Nachrichtenverbindungen aus dem Vertriebsergebnis der KVZ zu erwirtschaften. (Die KVZ verfügt inzwischen über Korrespondenzbüros in London, Brüssel, Paris, Rom und Wien, im Aufbau begriffen sind Stockholm, Aarhus, Sydney, im Planstadium befindlich die USA.) Zugleich haben wir in zwölf Städten der BRD technische Anlagen, die für die vollständige Produktion der Zeitung wie anderer Drucksachen ausreichen und durch Datenverbund zusammenwirken können. Würden wir jetzt versuchen, mit dem Preis von 50 Pfennig weiterzumachen (was noch eine ganze Zeitlang vielleicht ginge), so müßten wir sowohl bei der Ausstattung der bezirklichen Redaktionsebenen mit Bibliotheksmaterial und anderem für die analytische Arbeit wichtigem Gerät langsam tun oder gar verzichten, wie auch Schwierigkeiten beim Ausbau der internationalen Nachrichtenverbindungen auftreten würden. Wir würden also einen äußerst niedrigen Preis halten und die Kosten dafür bestünden in einer Blockade der erforderlichen Qualitätsverbesserung. Das wäre unverantwortlich. Die Preiserhöhung bringt ungefähr eine Viertelmillion pro Jahr ein. Das ist nicht so sehr viel, aber trotzdem ein Betrag, der uns helfen wird, die Qualität der Anlagen und damit die Qualität der Zeitung zu steigern. Für „Kommunismus und Klassenkampf“ können wir uns mit einer Preiserhöhung um 0,40 DM auf dann DM 2,40 begnügen, die Preise für die Spezialnachrichtendienste können bleiben wie sie sind. Wir erwarten eigentlich, daß wir die laufenden Materialpreissteigerungen durch technische Umwälzungen weiterhin auffangen können, so daß der Mehrerlös ganz in die Festigung und Hebung der Qualität gesteckt werden kann.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2 DM, Jahresabonnement incl. Porto 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 10 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 50, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.scm. **Weitere 5½ Werfthilfemillionen hat der niedersächsische Landtag im Nachtragshaushalt 1979 bewilligt.** 20 Millionen waren bereits vorher vorgesehen. Niedersachsen beteiligt sich an dem Ende Juni in Kraft getretenen Bund-Länder-Programm zur Förderung von Schiffbauaufträgen. Die Landesregierung will zusätzlich ein Landesprogramm zur Gewährung von „Umstellungshilfen" noch dieses Jahr zustande bringen. In welche Richtung die geförderte „Strukturanpassung" gehen soll, zeigt der Bau neuentwickelter Spezialschiffe, wie der diese Woche fertiggestellte Baco-Liner 1 z.B., der mit Schwimmcontainern arbeitet, wodurch die Hafenliegezeiten verkürzt werden, und der für den Handel mit der Dritten Welt sich deshalb gut eignen soll. Es geht der Regierung nicht allein um die Bereicherung der Werftkapitalisten: Die Werfthilfe ist Rüstung für den Handelskrieg und – wie der Fregattenbau – für den Krieg mit Waffen.

b.thc.Kiel. **Der neue Sozialminister Walter Braun hat die Schwerpunkte seiner Tätigkeit festgelegt.** Er wolle sich besonders um das Wohlergehen der vielen Bürger kümmern, die ihre berechtigten Interessen nicht organisiert vertreten könnten. Gegenüber 1979 steigt der Sozialetat um 5,3% auf 728 Mio. DM. 503 Mio. DM sind für gesetzlich festgelegte Leistungen (wie z.B. Sozialhilfe) eingeplant. Die laufenden Programme des Sozialministeriums sollen fortgeführt und ausgebaut werden. Als Schwerpunkte gelten das seit 49 bestehende Jugendaufbauwerk (JAW), zur Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft, die sozialen Dienste, Hilfen für Familien, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Ausdehnung der Zwangsarbeit, der Bau von Behinderteneinrichtungen und Krankenhäusern. Insgesamt ein Programm, das die direkte Durchsetzung der Maßnahmen des Ehrenberg-Ministeriums beinhaltet. Bereitstellung billigster Arbeitskräfte für die Kapitalisten durch JAW, ABM und Behinderten-Werkstätten, Ausbau der Bespitzelung durch das Sozialamt und Rentnermord durch Ausbau der Sozialstationen. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches sollen erstmals die Betriebskosten für Kindergärten mit einem Betrag von 5 Mio. DM mitgetragen werden. Weiter gab er bekannt, daß die vier dem Sozialministerium unterstehenden Gewerbeaufsichtsämter sich verstärkt um den technischen und sozialen Schutz der arbeitenden Menschen in den Betrieben kümmern sollten.

b.heh.Stade. **„So gute Kirschen wie in diesem Jahr haben wir seit langem nicht mehr gehabt", wird von der Erzeugerorganisation erklärt und gleichzeitig eingeschränkt, daß sie es mit dem Verkauf in den ersten beiden Juliwochen „schwer hatten".** Die Preise sind hoch: 1,98 DM - 1,35 DM (Juli) laut Preisspiegel der Verbraucherzentrale Niedersachsen. In Hamburg Harburg

fenden Programme des Sozialministeriums sollen fortgeführt und ausgebaut werden. Als Schwerpunkte gelten das seit 49 bestehende Jugendaufbauwerk (JAW), zur Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft, die sozialen Dienste, Hilfen für Familien, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Ausdehnung der Zwangsarbeit, der Bau von Behinderteneinrichtungen und Krankenhäusern. Insgesamt ein Programm, das die direkte Durchsetzung der Maßnahmen des Ehrenberg-Ministeriums beinhaltet. Bereitstellung billigster Arbeitskräfte für die Kapitalisten durch JAW, ABM und Behinderten-Werkstätten, Ausbau der Bespitzelung durch das Sozialamt und Rentnermord durch Ausbau der Sozialstationen. Im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches sollen erstmals die Betriebskosten für Kindergärten mit einem Betrag von 5 Mio. DM mitgetragen werden. Weiter gab er bekannt, daß die vier dem Sozialministerium unterstehenden Gewerbeaufsichtsämter sich verstärkt um den technischen und sozialen Schutz der arbeitenden Menschen in den Betrieben kümmern sollten.

b.heh.Stade. „So gute Kirschen wie in diesem Jahr haben wir seit langem nicht mehr gehabt", wird von der Erzeugerorganisation erklärt und gleichzeitig eingeschränkt, daß sie es mit dem Verkauf in den ersten beiden Juliwochen „schwer hatten". Die Preise sind hoch: 1,98 DM - 1,35 DM (Juli) laut Preisspiegel der Verbraucherzentrale Niedersachsen. In Hamburg Harburg
kosten letzte Woche die Kirschen bei Edeka 2,49 DM, alles gerechnet fürs Pfund. von der Vermarktungsorgani-



sation erhalten die Bauern ganze 90 Pfg./Pfund. „Auch wenn jetzt gut verkauft wird, und die Bauern nicht auf ihrer Ernte sitzenbleiben, ist die wirtschaftliche Lage für sie nicht rosig", erklärte der Geschäftsführer der Elbe-Obst, „schließlich habe die Intervention (der EG) bei den Äpfeln große Lücken in den Kassen der Obstbauern hinterlassen", und die Absatzlage ist besser als vor einem Jahr. Der Preis deckt aber gerade die Unkosten." Durch Straßenverkauf versuchen sich die Bauern über Wasser zu halten. Knapp 100 Stände wurden am vergangenen Sonntag gezählt. Dabei erhalten die Bauern immerhin für das Pfund Kirschen 1,50 DM am Wochenende, oder 1 DM bis 1,20 DM in der Woche. Das bedeutet Mehrarbeit, denn so ist eine Arbeitskraft weniger für das Pflücken (10 Stunden pro Tag) und das Sortieren (nochmal 2 Stunden) da. Geleistet kann die Arbeit der Obstbauern nur von Familienbetrieben werden; beim Arbeitsamt Stade wurden so auch nur 25 Pflücker angefordert und 2 vermittelt.

b.ham.Treia. **In der Flurbereinigung Treia, Kreis Schleswig-Flensburg, ist das Amt für Land- und Wasserwirtschaft (ALW) 6000 DM als Kredit an die Bauern nicht losgeworden.** Das ALW hat daraufhin den Bauern ein Angebot zum Drainieren gemacht: 60 bis 70 DM/ha jährlich über einen Zeitraum von zehn Jahren bliebe für die Bauern als Belastung, das sind 600 bis 700 DM/ha insgesamt. Fast alle Bauern in Treia haben daraufhin drainieren lassen. Jetzt bekamen sie die Rechnung der Drainagefirma: 60% der Drainkosten müssen sofort bezahlt werden, das sind pro ha 1200 bis 1300 DM. 30% werden vom Staat bezuschußt. Die Rechnung über die restlichen 10% kommen nächstes Jahr. Die Drainagefirma stützt sich auf die entsprechenden Gesetze und Ausführungsbestimmungen der Regierung, die das ALW Flensburg den Bauern anders mitgeteilt hat. Die Bauern können die geforderten Summen nicht aufbringen. Die Raiffeisenbank Treia fordert für zu diesem Zweck bereitgestellte Kredite 9% Zinsen. Das ALW Flensburg muß für diese Zinslasten aufkommen.

r.frd. **Remmers legt Entwurf für neue Heimrichtlinien zur Stellungnahme vor.** Sie sind eine Reaktion auf die Enthüllungen über die Zwangsarbeit und Unterdrückung im Mädchenheim Birkenhof. Ihre Zielsetzung: Die Heimaufsicht ist zu lasch, deshalb muß nicht nur das Kind im Heim, sondern auch der lohnabhängige Erzieher von lauter Staat umstellt werden. Schriftlicher „Erziehungsplan" bei Heimeintritt eines Kindes – der Aufsicht zur Kenntnis. In den Paragraphen ist ein Mensch angeordnet, der „das besondere Vertrauen" des Kindes haben soll, und der nicht dem Heim zugehören soll. Nicht nur körperliche Strafen, sondern jedes „besondere Vorkommnis" ist in das Buch einzutragen, das bisher bloß „Strafbuch" heißt. „Pädagogische" Isolation in baulich vorgeschriebenen Kammern soll gemeldet werden. Daß ein Kind oder Jugendlicher drei Monate keine Schule besucht, keine Ausbildung macht oder für Arbeit kein Entgelt erhält, wird nebenbei als häufig vorkommend vorausgesetzt und ist bloß Grund zur Meldung. Abbau der Schulpflicht und Zwangsarbeit, sowie die Züchtung einer Reserve, die nicht lesen und schreiben kann und käuflich sein soll, ist das Heimziel.

b.hem.Buxtehude **Am 19.7. ist im Krankenhaus Buxtehude die Patientenaufnahme in das ca. 500 m entfernte Verwaltungsgebäude ausgelagert worden.** Die Dienstaufsicht informierte die Krankenschwestern, daß sie von jetzt an die Aufnahmebögen vor allem der älteren Patienten, denen man den weiten Weg nicht zumuten kann, aus-

hüllungen über die Zwangsarbeit und Unterdrückung im Mädchenheim Birkenhof. Ihre Zielsetzung: Die Heimaufsicht ist zu lasch, deshalb muß nicht nur das Kind im Heim, sondern auch der lohnabhängige Erzieher von lauter Staat umstellt werden. Schriftlicher „Erziehungsplan" bei Heimeintritt eines Kindes – der Aufsicht zur Kenntnis. In den Paragraphen ist ein Mensch angeordnet, der „das besondere Vertrauen" des Kindes haben soll, und der nicht dem Heim zugehören soll. Nicht nur körperliche Strafen, sondern jedes „besondere Vorkommnis" ist in das Buch einzutragen, das bisher bloß „Strafbuch" heißt. „Pädagogische" Isolation in baulich vorgeschriebenen Kammern soll gemeldet werden. Daß ein Kind oder Jugendlicher drei Monate keine Schule besucht, keine Ausbildung macht oder für Arbeit kein Entgelt erhält, wird nebenbei als häufig vorkommend vorausgesetzt und ist bloß Grund zur Meldung. Abbau der Schulpflicht und Zwangsarbeit, sowie die Züchtung einer Reserve, die nicht lesen und schreiben kann und käuflich sein soll, ist das Heimziel.

b.hem.Buxtehude Am 19.7. ist im Krankenhaus Buxtehude die Patientenaufnahme in das ca. 500 m entfernte Verwaltungsgebäude ausgelagert worden. Die Dienstaufsicht informierte die Krankenschwestern, daß sie von jetzt an die Aufnahmebögen vor allem der älteren Patienten, denen man den weiten Weg nicht zumuten kann, aus-
füllen müßten. Die beiden Angestellten, die bisher dafür zuständig waren, sollen dann die Daten nur noch in den Computer eingeben. Die Schwestern wehrten sich gegen die zusätzliche Belastung. Sie forderten eine Angestellte der Verwaltung, die diese Aufnahmebögen am Krankenbett ausfüllen solle. Darauf wurde ihnen erklärt, es sei nach dem niedersächsischen Krankenhausgesetz üblich, daß diese Arbeit durch Schwestern übernommen werde. Wenn sie sich weigerten, verstießen sie gegen dieses Gesetz, und das sei ein Grund zur fristlosen Entlassung.

b.chg.Heide. **Die ÖTV-Mitgliederversammlung des Kreiskrankenhauses Heide erklärte sich in ihrer letzten Versammlung am 19. Juli einstimmig mit den Medizinstudenten im Praktischen Jahr solidarisch** und richtete über die Delegiertenversammlung folgenden Antrag an den ÖTV-Hauptvorstand: „Wir unterstützen die unter den Medizinstudenten seit Jahren bestehende Forderung nach Gleichstellung mit allen Auszubildenden (entsprechend dem Berufsbildungsgesetz) am Krankenhaus. Das heißt, Abschluß eines Ausbildungs- und Tarifvertrages, beinhaltend eine Ausbildungsvergütung von 700 DM, Sozialleistungen, Vertretung durch den Personalrat, Recht auf politische und gewerkschaftliche Betätigung am Krankenhaus, einschließlich Streikrecht. Die Delegiertenversammlung beschließt, der ÖTV-Hauptvorstand möge die Bundesregierung auffordern, einen entsprechenden Ausbildungs- und Tarifvertrag mit den Vertretungsorganen der Studenten (das ist hier die Fachtagung Medizin innerhalb der Vereinigten Deutschen Studentenschaften) abzuschließen." Die Versammlung war sich einig, daß die Medizinstudenten gewerkschaftlich organisiert sein müssen, um ihren Forderungen besser Nachdruck verleihen zu können. Gegnerische Organisationen wie z.B. der Marburger Bund versuchen durch allerlei Tricks wie billige Haftpflichtversicherung, kostenlose Mitgliedschaft usw. die Studenten für ihre Organisation zu gewinnen. Dagegen wandte sich die ÖTV-Versammlung mit ihrem Antrag an die Delegiertenversammlung im Kreis Dithmarschen, die nötigen Schritte zur Aufnahme der Studenten im Praktischen Jahr am Kreiskrankenhaus Heide in die ÖTV einzuleiten, da sie einen Teil der Krankenhausbeschäftigten darstellen würden und unter den Studenten ein großes Interesse an der Mitgliedschaft in der ÖTV besteht.

b.bif.Norderstedt. **Die maximale Raumtemperatur solle höchstens 20 Grad betragen.** So appellierte der Vorstand der Volksbank Elmshorn in der letzten Woche in einem Rundschreiben an die Belegschaft. Außerdem sei das private Telefonieren grundsätzlich verboten. Überwacht wird der „Appell" von der Innenrevision, die dann dem Vorstand über die Kostenentwicklung berichten soll. In der Zweigstelle Norderstedt wird weiter telefoniert, man wird sich auch die Senkung der Raumtemperatur nicht gefallen lassen.

b.kaq.Lübeck. **Mit Sparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen wartet die Stadt Lübeck auf, um ihren Haushalt zu decken.** Erst im Mai hatte der Innenminister, als Kommunalaufsicht, dem Haushalt zugestimmt und eine Wiedereinführung der Straßenreinigungsgebühren gefordert. Im Haushalt war bei einem Umfang von 575 Mio. eine Kreditaufnahme von 50 Mio. geplant. Die Steueränderungen der Jahre 77/78 werden sich ab 1980 mit einem jährlichen Finanzdefizit von 30 Mio. niederschlagen. Für die Planjahre 1980 bis 83 gibt es im Vermögenshaushalt eine Deckungslücke von 63 Mio.Als erstes sucht die Stadt einen „Energiespar-Ingenieur". Welche Maßnahmen erreicht werden sollen, hat die Stadt bereits gezeigt. Die Lübecker Schwimmhalle GmbH hat die Temperatur im Schlutuper Freibad von 25 Grad auf 23 gesenkt.Der Senator für Stadtreinigung und Marktwesen ließ jetzt veröffentlichen, daß der Müllfuhrpark völlig veraltet sei: Der zur Zeit erwirtschaftete Überschuß werde von der Stadt völlig verbraucht, so daß eine Erhöhung der Müllgebühren unumgänglich sei. Bis zum Nachtragshaushalt im September werden sich die Senatoren alle mit ihren „Sorgen" gemeldet haben, um ein ordentliches Paket an Gebührenerhöhungen den Volksmassen zu präsentieren.

r.cas. **Ergebnisse der Sozialerhebung 79 des Göttinger Studentenwerks.** Im Sommersemester wurden ca. 50% der Göttinger Studenten vom Studentenwerk befragt, was erheblich weniger („trotz Datenschutz", Stud.werk) als im letzten Jahr sind. Männlich sind 61,5%, Ausländer sind nur zu 4,5% an der Universität vertreten. Von 10,8% Verheirateten an der Universität haben nur 3,1% ein Kind, 1,0% haben zwei Kinder. Reale Verschlechterungen der finanziellen Lage nach der 6. Bafög-Novelle spiegeln sich in der „Erfolgsbilanz" des Studentenwerks wider: Die Konsumsumme stieg von 1977 auf 1979 nur um ganze 4 DM auf 552, demgegenüber geben 54,4% zwischen 500 und 650 DM aus, 22,3% müssen mit weniger als 500 DM im Monat auskommen(1977: 32,4%). Daher müssen knapp ⅔ durch Geld der Eltern ihr Studium finanzieren, mit 400 bis 700 DM „eine grobe Orientierung an den BafőG-Sätzen", wie das Studenten-

Baulöhne können Winterverluste nicht ausgleichen

r.wol. Die „Schneekatastrophe" müsse jetzt wieder aufgeholt werden, sagen die Baukapitalisten. Dabei meinen sie aber weniger die Löhne der Bauarbeiter als ihre Aufholjagd in Sachen Mehrwertauspressung und Profitschinderei.

Der letzte Winter hat die Bauarbeiter in der Tat hart getroffen. Für den Januar hat die IG Bau-Steine-Erden das für einen verheirateten Facharbeiter mit einem Kind berechnet:

Stundenlohn: 11,30 DM × 176 Std.	1988,80 DM
÷ 25,56% Abzüge	1480,46 DM
Schlechtwettergeld, Leistungsgruppe C SWG-Tabelle 1979 bei 11,30 DM: 5,73 DM × 176 Std.	1008,48 DM
Unterschied zwischen Nettolohn und SWG	471,98 DM
entgangenes Wintergeld für 176 Std.	352,00 DM
Gesamtausfall	823,98 DM

Weitergerechnet auf knapp drei Monate Schlechtwetter im letzten Winter macht das etwa 2400,- DM, die fehlen. Das aufzuholen bei steigenden Preisen, vor allem für Benzin und Heizöl, ist schwierig.

Ein Arbeiter der Firma Corneel in Hamburg kommt mit 13,22 DM pro Stunde Vorarbeiterlohn und Überstunden auf ca. 2000 DM Netto im Monat, seine Frau verdient nochmal 500 DM zusätzlich. Den Winter hat er ohne Verschuldung überstanden, weil er während der Schneefälle auf abenteuerliche Weise von Bad Oldesloe nach Hamburg zum Schneeräumen u.ä. Arbeiten gefahren ist, wodurch der Lohnausfall relativ gering blieb. Im Juni mußte er sich für Heizölkosten um 2100 DM verschulden. Das wird durch eine Lohnsteuerrückzahlung von ca. 4100 DM im August gedeckt. Die übrig bleibenden 2000 DM werden entweder für eine Urlaubsreise oder als Rücklage für den Winter verwendet.

Für den Kapitalisten Corneel sieht die Sache anders aus: Aufträge sind mehr als genug vorhanden; allgemein ist der Auftragseingang 1978 im öffentlichen Tiefbau um 38,9%, im Straßenbau um 16,9% sowie im Wirtschaftsbau um 10,1% gestiegen, der durchschnittliche Auftragsbestand lag bereits im Januar 79 bei 3 bis 4 Monaten.

Geschafft werden soll das mit einem unveränderten Personalbestand. Tägliche Überstunden, oft auch samstags, sind gang und gebe, vor allem bei kleineren Kolonnen für Straßenbauflick, für die HEW und für die Post, die bei geringem Maschineneinsatz hohen Profit bringen. Das gleiche gilt für LKW- und Baggerfahrer.

Zwei LKW-Fahrer sowie mehrere Kolonnen sollen jetzt zum Verzicht auf den Anfang August beginnenden dreiwöchigen Betriebsurlaub gezwungen werden. Dagegen wehren sich die Kollegen. Einige Kolonnen haben gegen den Willen des Kapitalisten ihren Urlaub durchgesetzt. Eine Flickkolonne, der um 15 Uhr noch eine Ladung Teer hingekippt wurde mit der Bemerkung, der müsse heute noch eingebaut werden, was mindestens bis 19 Uhr gedauert hätte, hat den Teer Teer sein lassen und pünktlich um 16 Uhr Feierabend gemacht.

Debattiert wird zur Reallohnabsicherung eine Sonderzahlung, wie sie von den Metallern gefordert wird. Eine anstehende Betriebsversammlung ist geeignet, eine Forderung von 1000 DM zu vereinheitlichen und das zu verbinden mit der Aufstellung einer Forderung für den Lohnkampf. Zwei Jahre Relationstarifvertrag haben eine starke Spaltung der Löhne bewirkt. Konkret gab es dieses Jahr für den Bauwerker 5,9% für höhere Lohngruppen mehr bis hin zum Werkpolier mit 10,2%. Da in der nächsten Tarifrunde noch einmal ähnliches bevorsteht, kann nur eine hohe Festgeldforderung dem entgegenwirken.

Es wird nützlich sein, den im Oktober stattfindenden Gewerkschaftstag aufzufordern, dazu Stellung zu beziehen, d.h. der Lohnfortzahlung, zumindest aber Lohnausgleichszahlung durch die Kapitalisten bei Schlechtwetter zuzustimmen.

MaK: Versorgungskasse sorgt für doppelte Ausplünderung

r.lij. Wer bei der MaK arbeitet, ist zwangsweise in der Versorgungskasse, die als Zusatzrentenversicherung gilt. §8 der Satzung sagt vornehm „Pflichtmitgliedschaft". 1,6% vom Bruttolohn werden gleich einbehalten (§§14 u. 16.) Die MaK zahlt in der gleichen Höhe Zuschüsse, die aber auf die Höhe der Rente keinen Einfluß haben (§15). Klug eingefädelt ist die Sache: die Herren spekulieren damit, daß durch die Satzung eh keiner durchblickt, daß sich jedes zwangsverpflichtete Mitglied als Individuum begreift und als ein solches die Chancen für eine höhere Rente als die gesetzlich mickrige ausrechnet. Dabei ist interessant ein Vergleich mit der Provinzial Lebensversicherung und der Kruppschen Kasse von 1908, wie die Tabelle zeigt. Der Einfachheit halber haben wir so getan, als würde ein MaK-Arbeiter 35 Jahre lang immer den gleichen Beitrag zahlen. (Die Richtigkeit der Rechenbeispiele ändert sich dadurch nicht.) Zeile 3 zeigt das Kapital an, welches die Kapitalisten machen, legen sie die Beiträge nur mit 6% an. Zeile 4 gibt an, welche Summe das Mitglied mit 65 Jahren von der Provinzial erhält

Ziff. 3: „Soweit ein sich nach Ziff. 1 ergebener Fehlbetrag nicht aus der Sicherheitsrücklage gedeckt werden kann, ist der aus der Rückstellung für Herabsetzung der Leistung auszugleichen." So ist denn die jetzt gültige Fassung der Satzung vom 1.1.77, worin festgelegt ist, daß die Höhe der Altersrente jetzt nicht mehr 40% des Beitrages beträgt, sondern ab dann nur 30%.

Gleichfalls ungesichert ist, ob die Mehrheit der Kollegen überhaupt wird Anspruch auf Leistungen erheben können. § 33 Ziff. 1 besagt doch: „Wenn der sachverständige Versicherungsmathematiker die Überzeugung gewinnt, daß die Einnahmen der Kasse zur Deckung der Kassenleistungen auf die Dauer nicht genügen ... so ist gem. §5, Absatz 1c darüber zu beschließen, ob die Kasse aufzulösen ist." Mit anderen Worten: wenn es den Herren beliebt, die Angelegenheit als nicht mehr profitabel genug einzuschätzen, dann müssen die Versicherten in die Röhre gucken. Der Betriebrat kann allenfalls entscheiden, ob von rechts oder von links.

Zwischen vier und fünf Stunden muß ein Lohnabhängiger auf der MaK für diesen Betrug schaffen. Wenn er Glück hat, und er überlebt die Plackerei bis zu seinem 65. Lebensjahr, kann er vielleicht mit 160,- DM im Monat rechnen.

Die MaK-Geschäftsleitung ist der VK nicht beigetreten, um den Arbeitern eine Zusatzrente zu sichern, sondern, um sich Teile des Lohnes für eigene Geschäfte zurückzuholen. Das sieht man am § 6, der der VK die Möglichkeit mit Grundstücken zu spekulieren, eröffnet. Die St. Georgs Wohnungsbaugesellschaft ist ausdrücklich Teil der VK. Die Kollegen auf der MaK kennen sie gut. Die Werkwohnungen, die in ihrem Auftrag gebaut wurden, sind klein, zugig und haben dünne Wände. Über die Mieten wird ein gutes Geschäft damit von der MaK gemacht. Solche Versicherungen brauchen die MaK-Arbeiter und Angestellten nicht. Sie brauchen eine gesetzliche Rentenversicherung, die ausschließlich von den Kapitalisten bezahlt wird und über die sie die volle Verfügungsgewalt haben.

Versorgungs- Provinzial Kruppsche
Verschuldung überstanden, weil er während der Schneefälle auf abenteuerliche Weise von Bad Oldesloe nach Hamburg zum Schneeräumen u.ä. Ar-
geringem Maschineneinsatz hohen Profit bringen. Das gleiche gilt für LKW- und Baggerfahrer.
Zwei LKW-Fahrer sowie mehrere
hen, d.h. der Lohnfortzahlung, zumindest aber Lohnausgleichszahlung durch die Kapitalisten bei Schlechtwetter zuzustimmen.

MaK: Versorgungskasse sorgt für doppelte Ausplünderung

r.lij. Wer bei der MaK arbeitet, ist zwangsweise in der Versorgungskasse, die als Zusatzrentenversicherung gilt. §8 der Satzung sagt vornehm „Pflichtmitgliedschaft". 1,6% vom Bruttolohn werden gleich einbehalten (§§14 u. 16.) Die MaK zahlt in der gleichen Höhe Zuschüsse, die aber auf die Höhe der Rente keinen Einfluß haben (§15). Klug eingefädelt ist die Sache: die Herren spekulieren damit, daß durch die Satzung eh keiner durchblickt, daß sich jedes zwangsverpflichtete Mitglied als Individuum begreift und als ein solches die Chancen für eine höhere Rente als die gesetzlich mickrige ausrechnet. Dabei ist interessant ein Vergleich mit der Provinzial Lebensversicherung und der Kruppschen Kasse von 1908, wie die Tabelle zeigt. Der Einfachheit halber haben wir so getan, als würde ein MaK-Arbeiter 35 Jahre lang immer den gleichen Beitrag zahlen. (Die Richtigkeit der Rechenbeispiele ändert sich dadurch nicht.) Zeile 3 zeigt das Kapital an, welches die Kapitalisten machen, legen sie die Beiträge nur mit 6% an. Zeile 4 gibt an, welche Summe das Mitglied mit 65 Jahren von der Provinzial erhält

Ziff. 3: „Soweit ein sich nach Ziff. 1 ergebener Fehlbetrag nicht aus der Sicherheitsrücklage gedeckt werden kann, ist der aus der Rückstellung für Herabsetzung der Leistung auszugleichen." So ist denn die jetzt gültige Fassung der Satzung vom 1.1.77, worin festgelegt ist, daß die Höhe der Altersrente jetzt nicht mehr 40% des Beitrages beträgt, sondern ab dann nur 30%.

Gleichfalls ungesichert ist, ob die Mehrheit der Kollegen überhaupt wird Anspruch auf Leistungen erheben können. § 33 Ziff. 1 besagt doch: „Wenn der sachverständige Versicherungsmathematiker die Überzeugung gewinnt, daß die Einnahmen der Kasse zur Deckung der Kassenleistungen auf die Dauer nicht genügen ... so ist gem. §5, Absatz 1c darüber zu beschließen, ob die Kasse aufzulösen ist." Mit anderen Worten: wenn es den Herren beliebt, die Angelegenheit als nicht mehr profitabel genug einzuschätzen, dann müssen die Versicherten in die Röhre gucken. Der Betriebrat kann allenfalls entscheiden, ob von rechts oder von links.

Zwischen vier und fünf Stunden muß ein Lohnabhängiger auf der MaK für diesen Betrug schaffen. Wenn er Glück hat, und er überlebt die Plackerei bis zu seinem 65. Lebensjahr, kann er vielleicht mit 160,- DM im Monat rechnen.

Die MaK-Geschäftsleitung ist der VK nicht beigetreten, um den Arbeitern eine Zusatzrente zu sichern, sondern, um sich Teile des Lohnes für eigene Geschäfte zurückzuholen. Das sieht man am § 6, der der VK die Möglichkeit mit Grundstücken zu spekulieren, eröffnet. Die St. Georgs Wohnungsbaugesellschaft ist ausdrücklich Teil der VK. Die Kollegen auf der MaK kennen sie gut. Die Werkwohnungen, die in ihrem Auftrag gebaut wurden, sind klein, zugig und haben dünne Wände. Über die Mieten wird ein gutes Geschäft damit von der MaK gemacht. Solche Versicherungen brauchen die MaK-Arbeiter und Angestellten nicht. Sie brauchen eine gesetzliche Rentenversicherung, die ausschließlich von den Kapitalisten bezahlt wird und über die sie die volle Verfügungsgewalt haben.

bzw. wieviel Rente ein MaK-Arbeiter zwischen 65 und 71 Jahren erhält. Die letzte Zeile haben dann die Kapitalisten in der Tasche.

Von Rechtsanspruch auf die Höhe von bestimmten Leistungen kann auch nicht die Rede sein. Sie kann nämlich beliebig geändert werden. Dazu § 32

	Versorgungs-Kasse 1979	Provinzial Tarif 2	Kruppsche Kasse 1908
Mitgliedsjahre (DM)	35,00	35,00	35,00
Monatsbeitrag (DM)	40,00	22,20	4,70
Einzahlungssumme plus 6% Zinsen (DM)	56695,00	31032,00	5904,00
Auszahlungssumme (DM)	30240,00	25811,00	7992,00
Profit aus Beiträgen (DM)	26455,00	5221,00	2088,00

Die Bewohner der Erdbrandsiedlung sollen weichen
Begründung: Fluglärm

r.bre.Nordhorn. Oberkreisdirektor Dr. Terwey ist zu der Ansicht gekommen, daß die Lärmbelästigung für die Anwohner der Erdbrandsiedlung, die direkt in der Einflugschneise des NATO-Bombenabwurfplatzes Nordhorn-Range liegt, ,,unzumutbar'' ist. Diese richtige Einsicht kommt dem Herrn gerade jetzt, wo es zum einen wieder ,,Unruhe unter der Bevölkerung'' gibt, und wo zum anderen die Gemeinde Wietmarschen verpflichtet ist, im nächsten Jahr endlich die Kanalisation für die Erdbrandsiedlung einzurichten, was sie 500000 DM und mehr kosten würde. Die Lösung für das Problem ist einfach – jedenfalls für Dr. Terwey: Wenn man den Bewohnern den Lärm nicht zumuten kann, müssen die Bewohner eben weg. Sie dürfen 5 km weiter aufs Neue siedeln, wo der Lärm dann wohl zumutbar ist – auch wenn die Düsenjäger gerade hier kreisen, um die Ziele neu anfliegen zu können. Vor allem ist Dr. Terwey offensichtlich der Meinung, daß es für die Erdbrandbewohner – fast alles Textilarbeiter – zumutbar ist, ihre Siedlung, die sie seit 1949 selbst erschlossen haben, und ihre Häuser, die sie mit viel Mühe aufgebaut haben und die z.T. gerade schuldenfrei geworden sind, aufzugeben, nachdem die Besatzungstruppen mit ihren Düsenjägern das Leben dort nun einmal so unerträglich gemacht haben.

Bei dieser Zumutung stützt sich Dr. Terwey auf das Gerücht, das überall hartnäckig verbreitet wird: Die Erdbrandbewohner hätten ja gewußt, was auf sie zukommt, dafür hätten sie das Land ja auch billig bekommen. Richtig daran ist nur, daß sie das Land billig bekommen haben, als Krupp 1949 im Rahmen seiner ,,sozialen Wiedergutmachung'' das Land zu dem Preis verkauft hat, zu dem sein Vater es seinerzeit den Bauern abgepreßt hatte: 3 Pfg. pro qm plus 7 Pfg. Umschreibgebühr. Wo jetzt die Ziele aufgebaut sind, war den Siedlern 1949 Land zur Urbarmachung und zum Beackern zugewiesen worden. Jetzt erhalten die Bewohner das Versprechen, alles irgendwie ersetzt zu kriegen. Die Erfahrungen in Pferdsfeld bei Bad Kreuznach zeigen, daß man selbst bei einer ,,Vollentschädigung'' (das Haus wird in gleicher Größe wieder erstellt) kräftig zuzahlt: Tapeten, Gardinen, Teppiche, Gartenanlagen, teilweise neue Möbel sind Sache der ,,Umgesiedelten''. Demgegenüber fordern die Erdbrandbewohner die Verlegung der Einflugschneise, und, falls das nicht möglich ist, die *volle* Entschädigung. Das ist eine richtige Antwort auf die erneuten Versuche der Kreisverwaltung, die Rechte der Besatzungsmächte gegenüber der Bevölkerung durchzusetzen.

Aber selbst wenn die Einflugschneise z.B. wieder über das Freiherr-von-Arnimsche Gut verlegt würde – wie es bis 1965/66 war und was der Erdbeer- und Heidelbeerproduktion dort sicher sehr abträglich wäre (wer kauft schon Erdbeeren mit einem schwarzen Ölfilm) – selbst in diesem für die Mehrheit der Bewohner sicher günstigstem Fall bleibt der Fluglärm für das ganze Gebiet bestehen (s. Karte). Außerdem haben die Besatzer das Recht, alle Absprachen jederzeit zu übergehen, wie es im Besatzungsstatut garantiert ist und wie sie in der Vergangenheit auch immer wieder bewiesen haben. So wird ein wirksamer Schutz vor dem Fluglärm nur unter der Forderung nach Abschaffung des Bombenabwurfplatzes zu erreichen sein. Zur ,,Friedenssicherung'' brauchen wir nicht Besatzertruppen und Aufrüstung der NATO für einen 3. Weltkrieg, sondern den Abzug aller fremden Truppen aus beiden deutschen Staaten und einen Friedensvertrag mit den Siegermächten, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt. Daran haben weder die Besatzer noch die BRD-Regierung ein Interesse, die eben nicht die Grenzen anerkennen, sondern ausdehnen wollen. Deshalb haben sie 1973 mit Polizeigewalt, Einschüchterung und Spaltung die Aufrechterhaltung des Bombenabwurfplatzes durchgesetzt, und deshalb sollen jetzt die Erdbrandbewohner dem NATO-Düsenlärm weichen.



Landesregierung betreibt Schmudes ,,Differenzierung des Studienangebots'' in der Lehrerausbildung

b.kas. In seinen Empfehlungen zur ,,Differenzierung des Studienangebots'' vom November 1978 hatte der Wissenschaftsrat für die Lehrerstudiengänge empfohlen: ,,Die Abschlußprüfung sollte als akademische Prüfung eingerichtet werden, die staatlich anerkannt ist. Die Festlegung auf das Lehramt und die Anspruchshaltung der Laufbahnbewerber könnten dadurch gemildert werden. Bei einer hochschuleigenen Abschlußprüfung stünde es dem Ministerium frei, den Lehrernachwuchs in eigener Regie auszuwählen. Eine solche Regelung würde den erwünschten Nebeneffekt haben, daß die Hochschulprüfungen durch die nachgeschaltete Bewährung der Bewerber in der Konkurrenz um die freien Stellen miteinander vergleichbar würden.''

Zur ,,Milderung der Anspruchshaltung der Laufbahnbewerber'' hat die Landesregierung bereits den Numerus Clausus für Lehramtsanwärter eingeführt. Um die bereits beachtliche Reservearmee in vollem Umfang auf das Lohnniveau drücken zu lassen, wird jetzt zügig an der Durchsetzung der ,,Differenzierung des Studienangebots'' wie sie Schmude und Wissenschaftsrat vertreten, gearbeitet.

Am Fachbereich Anglistik ist mit Beginn des Sommersemesters ein Pilot-Studiengang für ein sechssemestriges Kurzstudium eingerichtet worden. Unter Einbeziehung ,,einzelner neuer Studienkomponenten'' wie der Ausweitung von Landeskunde, der Sprachpraxis mit Kursen wie ,,Bankenglisch'', ,,Englisch für Juristen'' und der Einführung von EDV-Kursen sowie der kostenlosen Vernutzung der Arbeitskraft durch Ferienpraktika bei den Kapitalisten im In- und Ausland soll erreicht werden, daß die Absolventen dieses Ausbildungsganges ,,künftig auch in mittleren Positionen, d.h. unterhalb der bisher für sie üblichen Funktions- und Einkommensebenen Beschäftigung suchen und akzeptieren müssen.''

Durchsetzen will Projektleiter Buchloh dies ,,ganz in der Nähe der Lehrerausbildung'', wobei bei einem ,,einigermaßen stringenten Grundstudium'' ,,die Verpflichtungen natürlich stärker sein müssen.'' An das fachwissenschaftliche Grundstudium soll sich für die Lehrerstudenten dann im 5. und 6. Semester das pädagogische Begleitstudium als Block anschließen.

Als erster Schritt soll jetzt die Ausbildung von Realschullehrern an Universität und Pädagogischen Hochschulen ,,angeglichen'' werden. Für die Universitätsstudenten bedeutet das Ausweitung der Ferienpraktika, für die PH-Studenten Ausweitung des fachwissenschaftlichen Studiums auf den Umfang der Universitätsausbildung. Zur *Durchsetzung* der Realschullehrerprüfungsordnung von 1976, die bereits einen sechssemestrigen Studiengang mit 120 Semesterwochenstunden vorsieht, sind jetzt vom Kultusministerium Musterstudienordnungen für Deutsch und Englisch vorgelegt worden. Vorgesehen ist für das Fach Deutsch Kontrolle der Pflichtstundenzahlen durch Teilnahmenachweise, Erweiterung der Zwischenprüfungsanforderungen und Einführung zusätzlicher Leistungsnachweise, Einschränkung der Wiederholbarkeit der Seminare, Festlegung von Teilnahmebeschränkungen in den Seminaren, sowie die Einführung eines ,,Studiengespräches'' bei Studienverzögerung, an der PH bereits zum Wintersemester Einführung von zwei obligatorischen Mittelhochdeutschkursen, als ,,Ersatz'' für die Zwischenprüfungen, die es bislang noch nicht gibt.

Gegen diese Pläne können sich die Lehrerstudenten nur durchsetzen, wenn sie den Kampf um die Begrenzung der Arbeitszeit im Studium und die Bezahllung der Praktika fordern. Kämpfe darum hat es in diesem Semester in einer Reihe von Seminaren gegeben. Der Zusammenschluß mit den Lehrern entwickelt sich. Auf einer Veranstaltung des PH-AStA gegen den Numerus Clausus für Lehramtsanwärter, zu der die GEW einen Vertreter geschickt hatte, beteiligten sich 60 Studenten.

Senkung der Sozialhilfeausgaben der Stadt Kiel auf Kosten der Beschäftigten und Empfänger

b.brr. Von 1970 bis 1977 ist die Anzahl der Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein in bezug auf Hilfe zum Lebensunterhalt von 69000 Personen auf 102000 angestiegen. Die Stadt Kiel hat davon den weitaus größten Anteil zu verzeichnen. Berücksichtigt man noch einmalige Geld- oder Sachleistungen, so liegt die Zahl wesentlich höher. Dauernde Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit zwingen immer größere Teile der arbeitenden Klassen, ganz oder teilweise von Sozialhilfe leben zu müssen. Die Gewährung von Sozialhilfe wird vom Staat als große soziale Tat verkauft, tatsächlich ist der Sozialhilfesatz für den Haushaltsvorstand in den letzten zwei Jahren nur um 12 DM = 4% auf 300 DM erhöht, die Zeiträume, in denen ein Mantel oder ein Paar Schuhe bewilligt werden, sind laufend verlängert worden. Daß man von der Sozialhilfe nicht leben kann und die Empfänger gezwungen sind, sich möglichst viel zusätzlich zu verdienen, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Zur Abschreckung führte die Stadt Kiel gegen eine Sozialhilfeempfängerin, Mutter von sieben Kindern, einen Prozeß wegen Betrugs durch. Das Gericht

Jeder, der auf dem Sozialamt einen Antrag stellt, weiß, daß man dort Stunden warten muß und dann meist in ein paar Minuten abgefertigt wird. Der Grund ist die unheimliche Arbeitshetze, der die Beschäftigten im Sozialamt ausgesetzt sind. Während der Öffnungszeiten müssen alle Besucher bedient werden und oft geht dabei die Mittagspause drauf. Es existiert ein Wust von internen Dienstanweisungen, die es dem Sachbearbeiter unmöglich machen, sich genügend Zeit für den einzelnen Sozialhilfeempfänger zu nehmen. Außerdem schränken diese Vorschriften die Leistungen an allen Ecken und Enden wieder ein. Der Stellenantrag, der 1977/78 vom Sozialamt gestellt wurde, ist vom Magistrat zurückgewiesen worden. Stattdessen wurde das Wirtschaftsberatungsunternehmen ,,WIBERA'' beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen. Um alle Möglichkeiten der Verdichtung des Arbeitstages zu erkunden, wurde der Krankenstand der Kollegen erfaßt, und sie mußten einen Monat lang über jede Minute ihrer Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Der Zweck ist, notwendige Stellenneuschaffungen so gering wie möglich zu halten und die Arbeit durch Umorganisierung zu bewältigen. So sollen die Fälle nicht [illegible] dert sein, sondern ein Sachbearbeiter soll für einen bzw. mehrere Buchstaben und dann für alle in dieser Familie anfallenden Aufgaben zuständig sein. Die Stadt spart so Stellen und ermöglicht es, daß ein Kollege den Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Familie erhält. Für die Kollegen im Sozialamt bedeuten diese Pläne verschärfte Arbeitshetze und Kontrolle durch den Sozialamtsleiter und das Rechnungsprüfungsamt.

einmal so unerträglich gemacht haben.

Bei dieser Zumutung stützt sich Dr. Terwey auf das Gerücht, das überall hartnäckig verbreitet wird: Die Erdbrandbewohner hätten ja gewußt, was auf sie zukommt, dafür hätten sie das Land ja auch billig bekommen. Richtig daran ist nur, daß sie das Land billig bekommen haben, als Krupp 1949 im Rahmen seiner ,,sozialen Wiedergutmachung'' das Land zu dem Preis verkauft hat, zu dem sein Vater es seinerzeit den Bauern abgepreßt hatte: 3 Pfg. pro qm plus 7 Pfg. Umschreibgebühr. Wo jetzt die Ziele aufgebaut sind, war den Siedlern 1949 Land zur Urbarmachung und zum Beackern zugewiesen worden. Jetzt erhalten die Bewohner das Versprechen, alles irgendwie er-

lärm nur unter der Forderung nach Abschaffung des Bombenabwurfplatzes zu erreichen sein. Zur ,,Friedenssicherung'' brauchen wir nicht Besatzertruppen und Aufrüstung der NATO für einen 3. Weltkrieg, sondern den Abzug aller fremden Truppen aus beiden deutschen Staaten und einen Friedensvertrag mit den Siegermächten, der die bestehenden Staatsgrenzen anerkennt. Daran haben weder die Besatzer noch die BRD-Regierung ein Interesse, die eben nicht die Grenzen anerkennen, sondern ausdehnen wollen. Deshalb haben sie 1973 mit Polizeigewalt, Einschüchterung und Spaltung die Aufrechterhaltung des Bombenabwurfplatzes durchgesetzt, und deshalb sollen jetzt die Erdbrandbewohner dem NATO-Düsenlärm weichen.

Studiengang für ein sechssemestriges Kurzstudium eingerichtet worden. Un-

Umfang der Universitätsausbildung. Zur *Durchsetzung* der Realschullehrer-

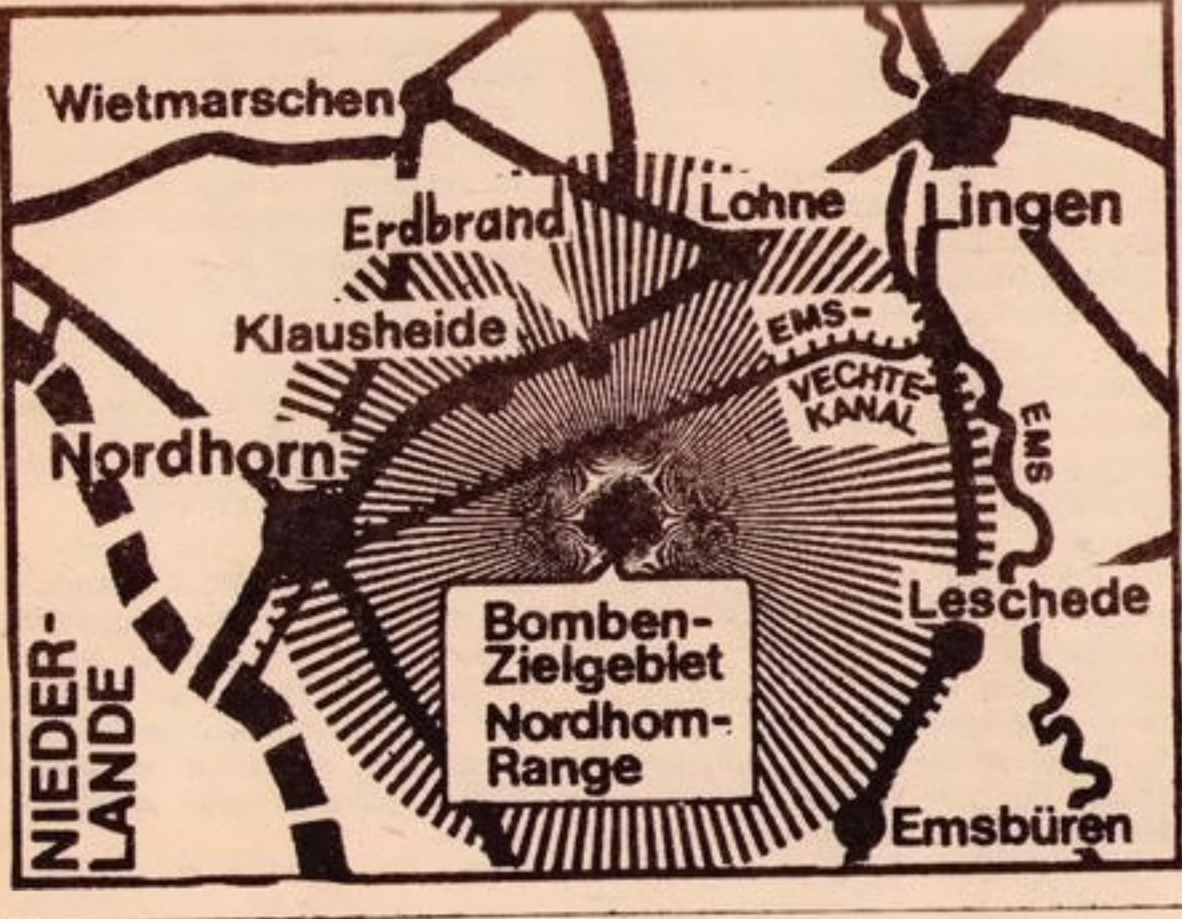
ter, zu der die GEW einen Vertreter geschickt hatte, beteiligten sich 60 Studenten.

Senkung der Sozialhilfeausgaben der Stadt Kiel auf Kosten der Beschäftigten und Empfänger

b.brr. Von 1970 bis 1977 ist die Anzahl der Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein in bezug auf Hilfe zum Lebensunterhalt von 69000 Personen auf 102000 angestiegen. Die Stadt Kiel hat davon den weitaus größten Anteil zu verzeichnen. Berücksichtigt man noch einmalige Geld- oder Sachleistungen, so liegt die Zahl wesentlich höher. Dauernde Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit zwingen immer größere Teile der arbeitenden Klassen, ganz oder teilweise von Sozialhilfe leben zu müssen. Die Gewährung von Sozialhilfe wird vom Staat als große soziale Tat verkauft, tatsächlich ist der Sozialhilfesatz für den Haushaltsvorstand in den letzten zwei Jahren nur um 12 DM = 4% auf 300 DM erhöht, die Zeiträume, in denen ein Mantel oder ein Paar Schuhe bewilligt werden, sind laufend verlängert worden. Daß man von der Sozialhilfe nicht leben kann und die Empfänger gezwungen sind, sich möglichst viel zusätzlich zu verdienen, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Zur Abschreckung führte die Stadt Kiel gegen eine Sozialhilfeempfängerin, Mutter von sieben Kindern, einen Prozeß wegen Betrugs durch. Das Gericht

Jeder, der auf dem Sozialamt einen Antrag stellt, weiß, daß man dort Stunden warten muß und dann meist in ein paar Minuten abgefertigt wird. Der Grund ist die unheimliche Arbeitshetze, der die Beschäftigten im Sozialamt ausgesetzt sind. Während der Öffnungszeiten müssen alle Besucher bedient werden und oft geht dabei die Mittagspause drauf. Es existiert ein Wust von internen Dienstanweisungen, die es dem Sachbearbeiter unmöglich machen, sich genügend Zeit für den einzelnen Sozialhilfeempfänger zu nehmen. Außerdem schränken diese Vorschriften die Leistungen an allen Ecken und Enden wieder ein. Der Stellenantrag, der 1977/78 vom Sozialamt gestellt wurde, ist vom Magistrat zurückgewiesen worden. Stattdessen wurde das Wirtschaftsberatungsunternehmen ,,WIBERA'' beauftragt, eine Untersuchung durchzuführen. Um alle Möglichkeiten der Verdichtung des Arbeitstages zu erkunden, wurde der Krankenstand der Kollegen erfaßt, und sie mußten einen Monat lang über jede Minute ihrer Tätigkeit Rechenschaft ablegen. Der Zweck ist, notwendige Stellenneuschaffungen so gering wie möglich zu halten und die Arbeit durch Umorganisierung zu bewältigen. So sollen die Fälle nicht [illegible] dert sein, sondern ein Sachbearbeiter soll für einen bzw. mehrere Buchstaben und dann für alle in dieser Familie anfallenden Aufgaben zuständig sein. Die Stadt spart so Stellen und ermöglicht es, daß ein Kollege den Gesamtüberblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse einer Familie erhält. Für die Kollegen im Sozialamt bedeuten diese Pläne verschärfte Arbeitshetze und Kontrolle durch den Sozialamtsleiter und das Rechnungsprüfungsamt.

mußte sich aber aufgrund des Nachweises, daß die Familie ohne Nebenarbeit verhungert wäre, gegen die Stadt entscheiden. Dagegen ist der Sozialhilfeempfänger verpflichtet, Zwangsarbeit durchzuführen. Weigert er sich, seine Arbeitskraft für 1 DM zu verkaufen, kann ihm die Sozialhilflfe gestrichen werden.



Entwicklung der Sozialhilfeausgaben der Stadt Kiel 1970 – 1977

Jahr	Hilfe zum Lebensunterhalt	Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von Anstalten	Sozialhilfeempfänger in Kiel
1970	7694036 DM	2958285 DM	10552 Pers.
1971	9292625 DM	3325605 DM	10929 Pers.
1972	11494456 DM	4135858 DM	12223 Pers.
1973	13959100 DM	5284618 DM	13191 Pers.
1974	18706046 DM	4187481 DM	14836 Pers.
1975	20981064 DM	5106842 DM	15116 Pers.
1976	25908186 DM	11063616 DM	
1977	30288894 DM	19726289 DM	15084 Pers.

werk die Plünderungsbilanz aus Lohn nennt. 32,5% finanzieren ihr Studium mit Lohnarbeit in den Semesterferien und/oder im Semester. Dabei kommen 52,2% nicht einmal auf 200 DM im Monat, sei es weil der Lohn so niedrig ist, sei es weil das Studium nicht mehr zuläßt. Immerhin sind 30,7% im 11. Semester und höher, wo das BafföG längst aufgehört hat. Knapp 37% der Studenten erhalten überhaupt nur BaföG. 15% der Studenten wohnen in Wohnheimen, 21% zur Untermiete, 4,6% bei Eltern und 43,1% privat. Auf dem privaten Wohnungsmarkt müssen die Hälfte zwischen 120 und 200 DM zahlen, jeder Dritte zahlt mehr als 200. Rund die Hälfte der Studenten ißt in der Mensa, von denen 84,5% Stammessen (1,20 – 1,50) ißt, obwohl einige zum Verzehr teureren Essens gezwungen werden, weil die Qualität immer mieser wird.

b.sug.Neumünster. **Auf der Vollversammlung der Auszubildenden des Friedrich-Ebert-Krankenhauses in Neumünster am 25.7.79 wurde beschlossen, der vierte Kurs wird in der Verweigerung des Vorexamens unterstützt.** Die Jugendvertretung soll sich dafür einsetzen, daß die Beurteilungsbögen abgeschafft werden und stattdessen Tätigkeitsnachweise eingeführt werden. Außerdem wurde die Forderung ,,keine Anrechnung auf den Stellenplan'' bekräftigt.

b.hka. **Mit Wirkung vom 21. Juni hat die HBV mit der Versicherungsgruppe Volksfürsorge für die BRD und Westberlin einen Tarifvertrag über die Arbeit an Datensichtgeräten abgeschlossen.** Er legt fest, daß an Bildschirmen Beschäftigte vor Aufnahme der Tätigkeit, ein Jahr danach und dann alle 2 Jahre von einem Augenarzt untersucht werden sollen. Wird mindestens eine Stunde zusammenhängend mit Bildschirm- oder Mikrofilmlesegerät gearbeitet, so ist nach jeder Stunde eine Pause von 15 Minuten einzuhalten. In ihrem Flugblatt vom 22. Juni bezeichnet die HBV die Regelung im Vergleich zu anderen Bereichen als gut. Viele Beschäftigte halten den Vertrag jedoch für unzureichend. Sie fordern: Freie Arztwahl und die Einrichtung von Mischarbeitsplätzen, die verhindern, daß man letztlich doch den ganzen Tag am Bildschirm sitzt. Auf der Betriebsversammlung der Volksfürsorge (Leben) am 3.3.79 bekamen Beiträge der Kollegen, die dies vertraten, großen Beifall.

Veranstaltungskalender

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Der Aufbau des Sozialismus in der VR China. Eine große Unterstützung für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker.
Flensburg, 30.Juli bis 3.August, Pestalozzischule, Waitzstraße, 20.00 bis 22.00 Uhr

Die Deutschen Bauernkriege. Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion.
Rendsburg, 30.Juli bis 3.August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Kritische Theorie.
Itzehoe, 30.Juli bis 3.August, Zum Kulmbacher, Große Paaschburg, 20.00 bis 22.00 Uhr

Stalin: ,,Grundlagen des Leninismus''
Kiel-Ost, 30.Juli bis 3.August, Dorfschänke, Zum Brook, 20.00 bis 22.00 Uhr

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien'', Ort im Büro des KBW zu erfragen
Husum, 6. bis 10.August, Bahnhofsgaststätte, 20.00 bis 22.00 Uhr

Revolutionen sind der Motor der Geschichte
Eutin, 6. bis 10.August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Lohnsumme und Lohnsummenverteilung
Neumünster, 6. bis 10.August, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Straße, 20.00 bis 22.00 Uhr

Engels: ,,Anti-Dühring''
Mölln, 6. bis 10.August, Zur Linde, Königsberger Straße 19, 20.00 bis 22.00 Uhr

Lenin: ,,Was tun''
Kiel-West, 6. bis 10.August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Stalin: ,,Grundlagen des Leninismus''
Hamburg-Nord, 6. bis 10.August, Schule Fraenkelstraße, 19.30 bis 21.30 Uhr
Hamburg-Harburg, 6. bis 10.August, Elbschloßklause, Bunatwiete 2, 19.30 bis 21.30 Uhr

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Sportkurs
Gymnastik, Ballspiel, Einführung in die Selbstverteidigung
Kiel, Sonntag, 5.August, 10.00 Uhr Am Grünen Jäger, Eckernförde, B 76. Abfahrt Kiel 9.30 Uhr
Hamburg, Sonntag, 5.August, 10.00 Uhr Stadtpark, große Wiese

Kulturgruppe: Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, 3.August, 18.00 bis 21.00 Uhr, Phil-Turm, Foyer der Universitat, Von Melle Park

Öffentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten
Flensburg, Mittwoch, 1.August, 19.30 Uhr, Hotel Sommerlust

Prozeß gegen Teilnehmer der Demonstrationen zur Unterstützung der Revolution im Iran
Hamburg, Donnerstag, 2.August, 11.50 Uhr DAG-Haus Zimmer 405, Verhandlung gegen Klaus K.

Die Fördereederei ist zum Manövrieren gezwungen

b.chg. Die Flensburger Fördereederei kommt immer mehr in Druck. Große Fernseh- und Rundfunkauftritte ihres Geschäftsführers Nissen sollten den gerechten Kampf der dänischen Fährarbeiter um den Abschluß eines kollektiven Tarifvertrages nach dänischen Gewerkschaftsregeln mit der Fördereederei als isolierten Kampf darstellen, der mit gewerkschaftlichem Kampf nichts mehr zu tun hätte. Nun mußte Nissen am 26. Juli den DGB und die ÖTV in Flensburg um ein Gespräch bitten. Das ist eine gute Lage, denn die ÖTV hatte schon zu Beginn des Streiks die Verhändlungsbefugnis an die dänischen Gewerkschaften abgetreten und so die Forderung nach einem kollektiven Tarifvertrag nach dänischen Gewerkschaftsregeln unterstützt. Daß darüber gesprochen wurde, hat Nissen dementiert, aber worüber sollen sie denn sonst sprechen?

Am selben Tag fand in Kopenhagen eine Beratung der LO mit dem internationalen Transportarbeiterverband ITF statt. Die LO plant den Vollboykott der Faaborg-Gelting-Linie, an der die Fördereederei mit 25% beteiligt ist und den Aufkauf dieser Linie schon ins Auge gefaßt hat.

Der zähe Kampf der dänischen Fährarbeiter zeigt Wirkung, da er aktiv von dänischen und deutschen Arbeitern unterstützt wird. An den Autobahnen werden die Urlauber durch Parolen zum Boykott der Römö-Sylt-Linie aufgefordert, was viele schon durch ihre Umkehr in Havneby unterstützt haben. Der KBW verteilte am Wochenende an den Grenzübergängen Süderlügum und Kupfermühle die Erklärung der Fährarbeiter (siehe KVZ 29), was auf großes Interesse stieß und von vielen Urlaubern unterstützt wurde.

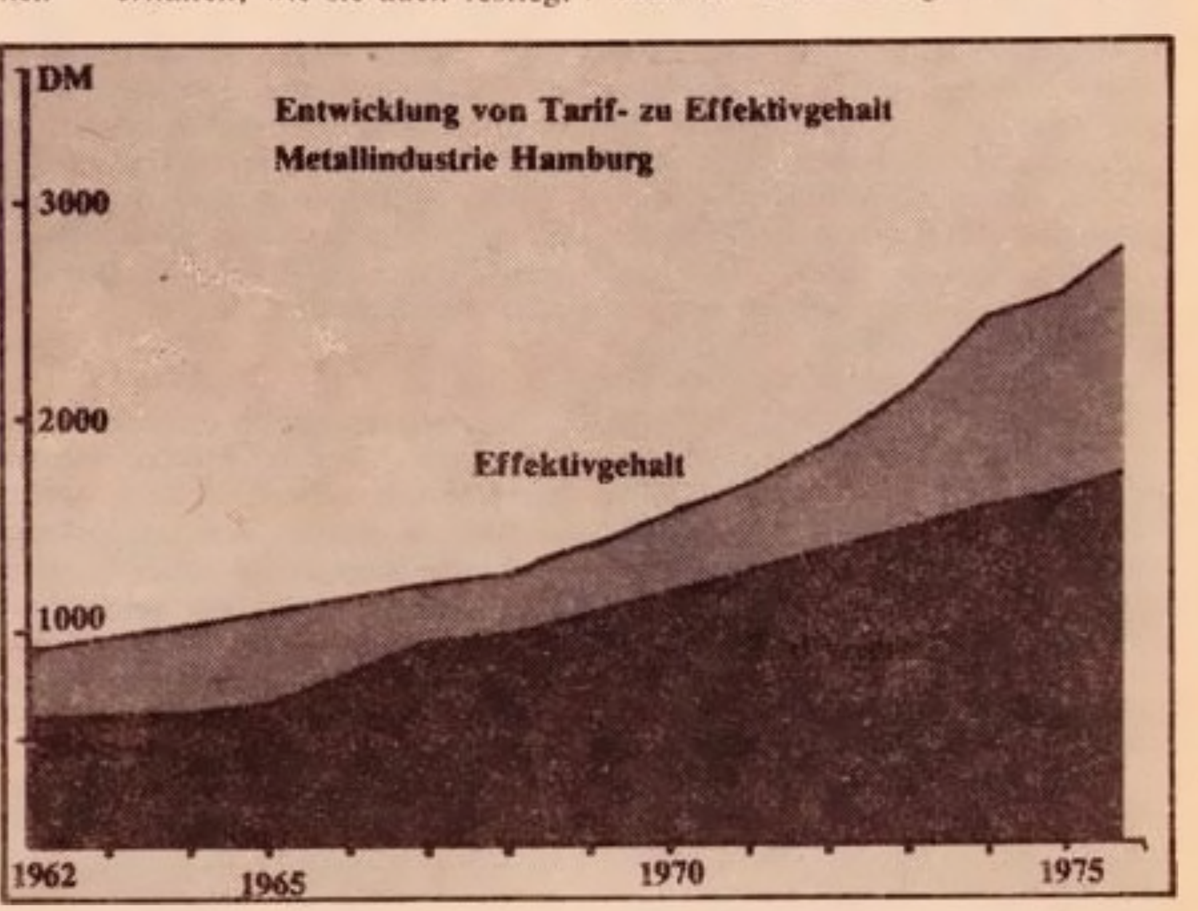


Vertrag der IG-Metall über „Leistungsbeurteilung und Leistungszulagen“

Wie auch bei den Arbeitern auf den Grundlohn im Schnitt eine Leistungszulage von 16% gezahlt werden muß, besteht eine gleiche Regelung auch für die Angestellten. Die Höhe beträgt bloß 10%, im Tarifbezirk Nordwestliches Niedersachsen bis zum 1.1.1980 noch 7,5% im Durchschnitt der Tarifgehaltssumme. Das Zulagenwesen soll aus den Angestellten Mehrarbeit herauspressen, zu der sie unter der Bedingung eines ausreichenden Lohnes sonst nicht bereit wären. Der nackte Tariflohn reicht nicht zum Leben in den unteren Gehaltsgruppen: T/K 1: 805 - 1321 DM je nach Berufsjahr, T/K 2: 1034 - 1641 DM, T/K 3:1154 - 1821 DM, T/K 4: 1800 - 2094 DM (Tarif Nordwestliches Niedersachsen, Hamburg ist ähnlich niedrig). So besteht der Kern einer Zusatzvereinbarung zwischen den Kapitalisten des Nordwestlichen Niedersachsen und der IG Metall zum §5 des Gehaltsrahmentarifvertrages „Leistungsbeurteilung und Leistungszulage“ darin, daß der Angestellte 0 Beurteilungspunkte erhält, sprich keine Zulage, wenn er „die Anforderungen nicht übertrifft“, also normal arbeitet. Läßt er sich antreiben und schikanieren, so kann er mit Zulage rechnen. Die Vereinbarung über die methodische Leistungsbeurteilung läßt der Schikane und Spaltung durch die Kapitalisten großen Raum. „Die Beurteilung der Leistung der Angestellten erfolgt durch den Arbeitgeber unter Einschaltung der betrieblichen Vorgesetzten“(7.) „Führt eine Leistungsbeurteilung zu einer Minderung der individuellen Summe der Beurteilungspunkte, so ist innerhalb von zwei Monaten (Karenzzeit) nach Bekanntgabe des Ergebnisses an den Angestellten eine erneute Leistungsbeurteilung durchzuführen und die Leistungszulage entsprechend festzulegen.(...) Für eine solche Beurteilung ist ein Beanstandungsverfahren ausgeschlossen.“ (6.6) Nach Belieben kann der Kapitalist die Beurteilung ändern und Zulagen streichen. Der Angestellte erhält dann „Bewährung“, wo er ordentlich ranklotzen kann. Tut er das nicht, ist die Runtergruppierung endgültig. Diese widerwärtige „Leistungsbeurteilung“ kann auf „Verlangen des Arbeitgebers“ zu jedem neuen Gehaltstarifvertrag, also jährlich, durchgeführt werden. So wirkt die Leistungsbeurteilung als ständiges Instrument, die Arbeit der Angestellten zu intensivieren, wie auch die oberen Chargen zu schmieren zwecks Antreibung der einfachen Angestellten. Zu beurteilen ist, „in welchem Maße der Angestellte seine Arbeitsaufgaben intensiv, zweckmäßig und terminorientiert erledigt. Das mengenmäßige Arbeitsergebnis ist ... zur Beurteilung heranzuziehen.“(8.1), ob er „seine Arbeitsaufgaben gründlich, formgerecht, genau und zuverlässig erledigt. Die Häufigkeit von Fehlern und Beanstandungen ... ist zur Beurteilung heranzuziehen.“ Für diese „Qualitäten“ kann der Angestellte 0-5 Beurteilungspunkte pro Beurteilungsgesichtspunkt (6Stück) erhalten, die dann multipliziert mit seinem Tarifgehalt und geteilt durch 1000 seine persönlichen Wertpunkte errechnen. Der geldmäßige Wertbetrag pro Wertpunkt errechnet sich aus der Summe der tarifvertraglich auszuschüttenden Leistungszulage geteilt durch die Summe aller Wertpunkte der Angestellten.

Diese Berechnung legt fest, daß die höheren Angestellten immer mehr Leistungszulage – vom Geldbetrag gesehen – erhalten, wie sie auch festlegt die gnadenlose Konkurrenz unter den Angestellten selber. Jeder soll dem anderen einen Wertpunkt abjagen.

Gegen diesen Leistungszauber hilft bloß die Erhöhung der Tarifgehälter auf ein Niveau, das reicht zum Leben. Der erste Schritt muß dafür in der nächsten Tarifrunde gemacht werden.



Durch den Mietenspiegel soll der Kampf gegen Mieterhöhungen zersetzt werden

b.hel. Vor einigen Tagen hat die Baubehörde einen neuen Mietenspiegel veröffentlicht. Die Erhöhungen gegenüber dem letzten Mietenspiegel von 1977 entsprechen einer jährlichen Mieterhöhung von durchschnittlich 8% bei Altbauwohnungen und 3,5% für Neubauten. Er spiegelt wider, daß die Mieten trotz aller „Mieterschutzgesetzgebung“ – auf der der Mietenspiegel beruht – weiterhin rasant steigen; und zwar die Altbaumieten deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate, während die Neubaumieten ohnehin kaum zu bezahlen sind.

Das Gesetz zur Regelung der Miethöhe vom Dezember 1974 ermöglicht diese Mietpreissteigerungen. Danach kann die Miete jeweils nach einem Jahr auf das Niveau der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ erhöht werden. Wie hoch diese Vergleichsmiete ist, soll der Hausbesitzer aus dem Mietspiegel, der auf einer statistischen Erhebung über Hamburger Wohnungsmieten beruht, entnehmen können.

Das Geheimnis besteht in dem Aufschaukeln der ortsüblichen Vergleichsmieten. Dazu haben die Grundeigentümer im wesentlichen zwei Möglichkeiten: 1. Bei Neuvermietung einer Wohnung kann sich der Hausbesitzer die Wohnungsnot zunutze machen und nehmen, „was der Markt hergibt“, mit der Folge, daß sich die „Ortsüblichkeit“ der Mieten wiederum ein Stück erhöht und der Makler auch noch fett dabei geworden ist. 2. Nach § 3 des Mieterhöhungsgesetzes kann der Vermieter die Gesamtkosten der Modernisierung, auch wenn er sie gegen den Willen des Mieters durchführt, mit 11% auf die Jahresmiete umlegen. Hat der Mieter dem Hauseigentümer dann nach 9 Jahren die Modernisierungskosten gezahlt, bleibt die Miete anschließend in gleicher Höhe bestehen, damit dem Vermieter „dadurch der Anreiz zur dringend notwendigen Modernisierung“ gegeben wird (Begründung des Bundesrats). Wie stark der Preistreibungseffekt durch diese Art von Mieterhöhungen in etwa ist, zeigt der Vergleich der Miet(spiegel)steigerungsraten von 8% bei Altbauten und 3,5% bei Neubauten, denn bei den letzteren dürften Modernisierungen kaum anfallen.

Wie der bürgerlichen Presse zu entnehmen war, hält sich der Mietanstieg „in Grenzen“, weil die höheren Mieten aus Alt-Neuvermietungen nur bis einschließlich Juni 1978 einbezogen worden sind. Sowieso ist undurchsichtig, auf Grund welchen statistischen Materials der Mietenspiegel erstellt worden ist. Im Jahre 1977 wurde das ursprüngliche Datenmaterial von ca. 50000 Werten um 20000 Fälle „bereinigt“, die zu einer Verfälschung führen könnten“ (Sternel, Mietenspiegel, S. 24) und aus dem Restmaterial dann der Mietenspiegel errechnet.

Es handelt sich offenbar um politische Preise, diktiert von dem Bestreben, den Volksmassen das Fell über die Ohren zu ziehen. Bekanntlich geht das nicht ohne Spaltung. Kleinere Altbauwohnungen – bis zu 40 qm für Alleinstehende oder kinderlose Ehepaare – sind z.T. über 30% teurer, Wohnungen über 90 qm z.T. nur 2%. Mit der Taktik, jedem seine individuelle Mieterhöhung, versucht die Bourgeoisie die Front gegen die ständigen Mieterhöhungen aufzuweichen.

gegen Mieterhöhungen zersetzt werden

b.hel. Vor einigen Tagen hat die Baubehörde einen neuen Mietenspiegel veröffentlicht. Die Erhöhungen gegenüber dem letzten Mietenspiegel von 1977 entsprechen einer jährlichen Mieterhöhung von durchschnittlich 8% bei Altbauwohnungen und 3,5% für Neubauten. Er spiegelt wider, daß die Mieten trotz aller „Mieterschutzgesetzgebung“ – auf der der Mietenspiegel beruht – weiterhin rasant steigen; und zwar die Altbaumieten deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate, während die Neubaumieten ohnehin kaum zu bezahlen sind.

Das Gesetz zur Regelung der Miethöhe vom Dezember 1974 ermöglicht diese Mietpreissteigerungen. Danach kann die Miete jeweils nach einem Jahr auf das Niveau der „ortsüblichen Vergleichsmiete“ erhöht werden. Wie hoch diese Vergleichsmiete ist, soll der Hausbesitzer aus dem Mietspiegel, der auf einer statistischen Erhebung über Hamburger Wohnungsmieten beruht, entnehmen können.

Das Geheimnis besteht in dem Aufschaukeln der ortsüblichen Vergleichsmieten. Dazu haben die Grundeigentümer im wesentlichen zwei Möglichkeiten: 1. Bei Neuvermietung einer Wohnung kann sich der Hausbesitzer die Wohnungsnot zunutze machen und nehmen, „was der Markt hergibt“, mit der Folge, daß sich die „Ortsüblich-

der Mieter dem Hauseigentümer dann nach 9 Jahren die Modernisierungskosten gezahlt, bleibt die Miete anschließend in gleicher Höhe bestehen, damit dem Vermieter „dadurch der Anreiz zur dringend notwendigen Modernisierung“ gegeben wird (Begründung des Bundesrats). Wie stark der Preistreibungseffekt durch diese Art von Mieterhöhungen in etwa ist, zeigt der Vergleich der Miet(spiegel)steigerungsraten von 8% bei Altbauten und 3,5% bei Neubauten, denn bei den letzteren dürften Modernisierungen kaum anfallen.

Wie der bürgerlichen Presse zu entnehmen war, hält sich der Mietanstieg „in Grenzen“, weil die höheren Mieten aus Alt-Neuvermietungen nur bis einschließlich Juni 1978 einbezogen worden sind. Sowieso ist undurchsichtig, auf Grund welchen statistischen Materials der Mietenspiegel erstellt worden ist. Im Jahre 1977 wurde das ursprüngliche Datenmaterial von ca. 50000 Werten um 20000 Fälle „bereinigt“, die zu einer Verfälschung führen könnten“ (Sternel, Mietenspiegel, S. 24) und aus dem Restmaterial dann der Mietenspiegel errechnet.

Es handelt sich offenbar um politische Preise, diktiert von dem Bestreben, den Volksmassen das Fell über die Ohren zu ziehen. Bekanntlich geht das nicht ohne Spaltung. Kleinere Altbau-

teilung der Leistung der Angestellten erfolgt durch den Arbeitgeber unter Einschaltung der betrieblichen Vorgesetzten“(7.) „Führt eine Leistungsbeurteilung zu einer Minderung der individuellen Summe der Beurteilungspunkte, so ist innerhalb von zwei Monaten (Karenzzeit) nach Bekanntgabe des Ergebnisses an den Angestellten eine erneute Leistungsbeurteilung durchzuführen und die Leistungszulage entsprechend festzulegen.(...) Für eine solche Beurteilung ist ein Beanstandungsverfahren ausgeschlossen.“ (6.6) Nach Belieben kann der Kapitalist die Beurteilung ändern und Zulagen streichen. Der Angestellte erhält dann „Bewährung“, wo er ordentlich ranklotzen kann. Tut er das nicht, ist die Runtergruppierung endgültig. Diese widerwärtige „Leistungsbeurteilung“ kann auf „Verlangen des Arbeitgebers“ zu jedem neuen Gehaltstarifvertrag, also jährlich, durchgeführt werden. So wirkt die Leistungsbeurteilung als ständiges Instrument, die Arbeit der Angestellten zu intensivieren, wie auch die oberen Chargen zu schmieren zwecks Antreibung der einfachen Angestellten. Zu beurteilen ist, „in welchem Maße der Angestellte seine Arbeitsaufgaben intensiv, zweckmäßig und terminorientiert erledigt. Das mengenmäßige Arbeitsergebnis ist ... zur Beurteilung heranzuziehen.“(8.1), ob er „seine Arbeitsaufgaben gründlich, formgerecht, genau und zuverlässig erledigt. Die Häufigkeit von Fehlern und Beanstandungen ... ist zur Beurtei-

Unterschiede im Lohnniveau Hamburg und Randgebiet

b.hek. Das Lohnniveau in den Randgebieten um Hamburg liegt weit unter dem Hamburger. In einer Untersuchung von 1969 wurde der BRD-Durchschnittslohn gleich 100 angenommen. Hamburg lag demnach bei 115, Schleswig-Holstein bei 92,7 und der Kreis Steinburg nur bei 88,6. Während in den Gebieten, die 40 km um Hamburg liegen und in einem gemeinsamen Entwicklungsplan Hamburg und Umland erfaßt sind, häufig ausgelagerte Betriebe aus Hamburg ansiedeln, sind die Kreise außerhalb dieses Radius lediglich Arbeitskräftereservoirs für Hamburger Betriebe. Aus dem Kreis Steinburg pendeln 16649 Arbeiter zur Arbeit, darunter allein 5772 Auszubildende. Stützen können sich die Kapitalisten bei der Senkung des Lohnniveaus auf die hohe Arbeitslosigkeit in dem Kreis, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die Kapitalisten, die in diesem Gebiet angesiedelt sind, sind zum einen die großen Betriebe (Alsen und Breitenburg, Zement, und Gruner und Jahr, Druck), die das niedrige Lohnniveau nutzen und die Arbeitszeit ins Unermeßliche ausdehnen, um Extraprofite zu machen.

Zum anderen aber gibt es die Zulieferer für die großen Werke, wie z.B. Pneutron, eine Firma, die Bremslichter für Ford Köln herstellt. Dort ist im letzten Jahr zum ersten Mal seit 10 Jahren eine Lohnerhöhung durchgesetzt worden. Da diese Zulieferer nicht im Kapitalistenverband sind, liegt z.B. bei Pneutron der Lohn für ungelernte Frauen bei 5,78 DM, bei der Firma Hengstenberg (Nahrungsmittelindustrie) 6,32 DM.

Vielfach wird gerade in den kleineren Betrieben wie z.B. die Lola-Bürsten-Werke Krempe, der Lohn zwei Monate lang nicht ausgezahlt. Angesichts dieser Tatsachen schreibt dann 1974 eine Untersuchungskommission über den Kreis Steinburg strahlend: „Bei einem unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Lohnniveau im Kreisgebiet hat sich der Wirtschaftsbereich produzierendes Gewerbe erfreulich entwickelt.“

Durchsetzen können die Kapitalisten diesen Hungerlohn auch deshalb, weil ein großer Teil der Arbeiter erst kürzlich gelegte Bauern sind aus der Geest, die noch wenig Kampferfahrung haben.

Seit langem jedoch kämpfen die Arbeiter gegen diese Spaltung in den Tariflöhnen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. 1968 streikten die Arbeiter bei HDW lange für eine Angleichung an den Hamburger Tarif. In jedem Lohnkampf in allen Bereichen der HBV wird diese Forderung erhoben. Doch die Tariflöhne liegen in fast allen Branchen noch 4 bis 6 Pfg. auseinander, die Effektivlöhne sind noch weiter gespalten. Die NGG hat für den Bereich Nahrungsmittelindustrie Hamburg und Schleswig-Holstein jetzt gemeinsam verhandelt. Der Hamburger Tarif gilt bis 40 km rund um Hamburg. Durchgesetzt wurde eine gleiche Erhöhung von 5%, bei dem die gleichen DM-Beträge der Hamburger Erhöhung auch auf die Schleswig-Holsteiner Lohngruppen angewandt werden, so daß die Spaltung weiter aufgehoben wird.

Unterschiede im Lohnniveau Hamburg und Randgebiet

b.hek. Das Lohnniveau in den Randgebieten um Hamburg liegt weit unter dem Hamburger. In einer Untersuchung von 1969 wurde der BRD-Durchschnittslohn gleich 100 angenommen. Hamburg lag demnach bei 115, Schleswig-Holstein bei 92,7 und der Kreis Steinburg nur bei 88,6. Während in den Gebieten, die 40 km um Hamburg liegen und in einem gemeinsamen Entwicklungsplan Hamburg und Umland erfaßt sind, häufig ausgelagerte Betriebe aus Hamburg ansiedeln, sind die Kreise außerhalb dieses Radius lediglich Arbeitskräftereservoirs für Hamburger Betriebe. Aus dem Kreis Steinburg pendeln 16649 Arbeiter zur Arbeit, darunter allein 5772 Auszubildende. Stützen können sich die Kapitalisten bei der Senkung des Lohnniveaus auf die hohe Arbeitslosigkeit in dem Kreis, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Die Kapitalisten, die in diesem Gebiet angesiedelt sind, sind zum einen die großen Betriebe (Alsen und Breitenburg, Zement, und Gruner und Jahr, Druck), die das niedrige Lohnniveau nutzen und die Arbeitszeit ins Unermeßliche ausdehnen, um Extraprofite zu machen.

Zum anderen aber gibt es die Zulieferer für die großen Werke, wie z.B. Pneutron, eine Firma, die Bremslichter

strie) 6,32 DM.

Vielfach wird gerade in den kleineren Betrieben wie z.B. die Lola-Bürsten-Werke Krempe, der Lohn zwei Monate lang nicht ausgezahlt. Angesichts dieser Tatsachen schreibt dann 1974 eine Untersuchungskommission über den Kreis Steinburg strahlend: „Bei einem unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Lohnniveau im Kreisgebiet hat sich der Wirtschaftsbereich produzierendes Gewerbe erfreulich entwickelt.“

Durchsetzen können die Kapitalisten diesen Hungerlohn auch deshalb, weil ein großer Teil der Arbeiter erst kürzlich gelegte Bauern sind aus der Geest, die noch wenig Kampferfahrung haben.

Seit langem jedoch kämpfen die Arbeiter gegen diese Spaltung in den Tariflöhnen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. 1968 streikten die Arbeiter bei HDW lange für eine Angleichung an den Hamburger Tarif. In jedem Lohnkampf in allen Bereichen der HBV wird diese Forderung erhoben. Doch die Tariflöhne liegen in fast allen Branchen noch 4 bis 6 Pfg. auseinander, die Effektivlöhne sind noch weiter gespalten. Die NGG hat für den Bereich Nahrungsmittelindustrie Hamburg und Schleswig-Holstein jetzt gemeinsam verhandelt. Der Hamburger

Hell: Spaltungsversuch gescheitert

b.the. Mit der Absicht, den Arbeitstag zu verdichten, wird bei der Hell GmbH (Reprotechnik) der Arbeitsablauf neu organisiert. Im Prüffeld, wo es nur schwer möglich ist, in Schichten oder im Akkord zu arbeiten, gibt es bei der Durchsetzung dieses Programms Stockungen. Gleichzeitig mit der Ankündigung, die Produktion der Farbkorrekturgeräte um 33% zu erhöhen, wurde eine Liste aufgehängt, auf der jeder Arbeiter aus der Abteilung namentlich aufgeführt war. Täglich sollte hier vom Meister der Leistungsstand notiert und kontrolliert werden. Dabei wurde die Prüfzeit um einen Tag gekürzt und Zeiten für die einzelnen Prüfabschnitte festgelegt. Daraufhin wurde eine Resolution verfaßt, mit der Forderung, die Namen sofort wieder von der Liste zu streichen. Der Betriebsrat wurde geholt und ihm die Resolution, die alle bis auf einen unterschrieben hatten, mit der Aufforderung überreicht, darüber mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Nach drei Tagen waren die Namen der Arbeiter von der Liste verschwunden und dies nicht nur in dieser, sondern auch in der Nachbarabteilung.

Im Verlauf der Debatte um diese Maßnahme wurde klargestellt, daß es die Geschäftsleitung darauf abgesehen hat, die Spaltung unter den Arbeitern zu vertiefen. Um der Sache auf den Grund zu gehen, wurde daraufhin mit einem Teil der Arbeiter die Lohnverteilung anhand eines Plakates diskutiert. Schnell wurde man sich darüber einig, daß es darauf ankommt, an dieser Stelle die Unterschiede im Lohn, die vor allem über ein ausgetüfteltes Leistungszulagensystem zustandekommen, auszubügeln und dies über eine entsprechende Lohnforderung zu tun.

In der Urlaubszeit sind die Überstunden verboten worden. Dies bedeutet angesichts des geringen Lohnes für viele Kollegen eine massive Einschränkung ihrer Reproduktionsmittel. Über eine Lohnforderung von ca. 170 DM ist man sich einig. Ob auch Prozente gefordert werden müssen, ist noch nicht allen klar. Am Montag kommt dazu eine Betriebszeitung heraus, die dieses Problem behandelt.

Die Ebbrecht-Kapitalisten nutzen die Erntezeit zum Ausbau der Nachtarbeit

b.kav. Auch in diesem Jahr versuchen die Ebbrecht-Kapitalisten Neumünster die Erntezeit dazu zu nutzen, eine verschärfte Arbeitshetze, Überstunden und Sonderschichten durchzuführen – eine Schicht mußte in der vorletzten Woche 4½ Überstunden bis morgens um halb drei kloppen –, um ihre Profite zu steigern. Zudem sind einige technische Erneuerungen, wie Modernisierung der Vorbearbeitung (Putzen des Gemüses), neue Abfüllanlagen und neue Verpackungsanlagen eingeführt worden, so daß die Produktion in den letzten zwei Jahren um 15% erweitert werden konnte. Zum anderen ist es so, daß bei der Rationalisierung die Anforderungen an die Berufsqualifikation immer geringer werden. Bei allen Neuerungen wird darauf geachtet, daß das Betreiben einfach zu erlernen ist, d.h. daß jederzeit eine Aushilfskraft den Arbeitsplatz besetzen kann und so die Löhne gesenkt werden können.

Im wesentlichen läuft die Produktion mit angelernten Frauen, die für einen Tariflohn von 6,77 DM bzw. 7,16 DM für Maschinenführerinnen, arbeiten müssen. Die angelernten Männer erhalten tariflich 8,63 DM, bezahlt kriegen sie je nach Tätigkeit bis zu 9,20 DM. Jetzt, wo Semesterferien sind, wird zur Aushilfe noch eine Anzahl irischer und deutscher Studenten beschäftigt, die auch unter Tarif arbeiten. Ihre Investitionen wollen die Ebbrecht-Kapitalisten doppelt und dreifach wieder reinkriegen.

Das zeigt sich besonders deutlich an den 12 Autoklaven, in denen Konserven sterilisiert werden. Hier arbeiten vier bis fünf Kollegen, die weiter nichts machen sollen, als jeden Autoklaven mit vier Käfigen zu beschicken, von denen jeder ca. 300 kg wiegt, und auf einen Startknopf zu drücken. Nach Ablauf von 45 bis 90 Minuten müssen sie die Käfige wieder herausholen. Zur Beaufsichtigung konnte ein Techniker nur gezwungen werden. Der steigende Unmut der Kollegen zeigt sich bisher nur in individuellen Aktionen. Immer häufiger wird Bruch gefahren und wenn die Frau am Verleseband nicht mitkommt, läßt sie das Verlesen eben ganz. Daß die Arbeit für den Profit der Ebbrecht-Kapitalisten mörderisch ist, darüber sind sich die Kollegen im klaren. Das zeigt die Diskussion über einen jüngst aufgetretenen Fall von schwerem Herzinfarkt, den ein Kollege bei der Arbeit erlitten hat. Die Belegschaft ist sich einig, daß dies auf die große Arbeitshetze zurückzuführen ist.

Ein Schritt, hier Abhilfe zu schaffen, wird sicherlich eine größere gewerkschaftliche Organisierung der Kollegen und die Bildung eines Vertrauensleutekörpers sein, der den Betriebsrat unterstützt, für die Interessen der Kollegen einzutreten und den Kampf für das gesetzliche Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit zu führen. Weiterhin wird es notwendig sein, beim nächsten Tarifkampf einer weiteren Lohnsenkung durch eine angemessene Festgeldforderung entgegenzuwirken. Dazu wird eine Untersuchung der Lohnverteilung nützlich sein.

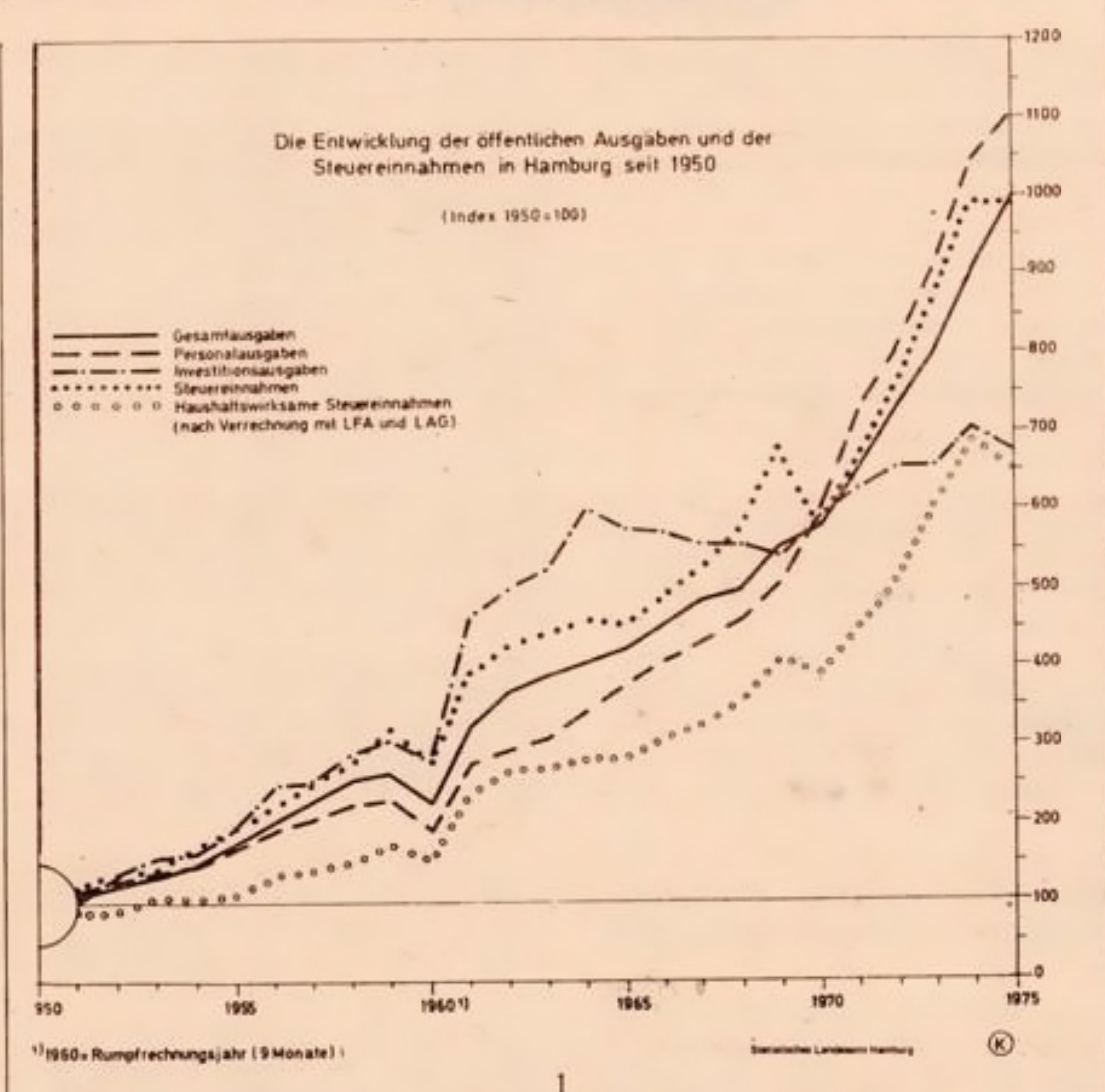
„Personalkostenexplosion" – 1 Polizist auf 58 Beschäftigte

Haushaltsplanentwurf des Hamburger Senats bis 1983

b.ulh. Nachdem der Haushalt des Hamburger Senats für 1979 erst am Anfang des Jahres verabschiedet werden konnte, will es die Klose-Regierung jetzt besser machen. Am 13. Juli hat sie einen Haushaltsplanentwurf 1980 mitsamt einer Finanzplanung bis 1983 vorgelegt.

Mit was für Einnahmen und Ausgaben rechnet die Regierung?

An Einnahmen kommen in Frage: Steuern, Gebühren und Kreditaufnahmen, also Schulden. Die Steuereinnahmen für 1980 schätzt der Finanzsenator Nölling auf 7427 Mio. DM, das sind 9,2% mehr als im Jahr davor. Und das trotz Wegfalls der Lohnsummensteuer, was für 1979 ca. 200 Mio. DM und für 1980 ca. 270 Mio. DM ausmachen wird. Dieser Wegfall der Lohnsummensteuer, die den Kapitalisten an direkter Entlastung 120 Mio. DM bringt, wie Nölling in dem Haushaltsplanentwurf vorrechnet, soll für den Haushalt wettgemacht werden durch schärfere Lohnsteuer-und Verbrauchssteuerplünderung. Der Hamburger Senat rechnet mit den Ergebnissen der Mehrwertsteuererhöhung und mit denen der Steuerreform, die ihm „der große Bruder" die SPD-FDP-Regierung in Bonn, ermöglicht hat.



Außerdem gedenkt sich der Senat bei der Gebühreneintreibung schadlos zu halten. Stolz kräht Nölling: „Die übrigen laufenden Einnahmen erreichen 1980 rd. 2,6 Mrd. DM und nehmen gegenüber 1979 um 230 Mio. DM oder 9,7% zu. Darin enthalten sind u.a. die Anhebung der Krankenhauspflegesätze, Gebührenmehreinnahmen in der Stadtreinigung und Stadtentwässerung, höhere Einnahmen bei Mieten und Pachten." (Haushaltsplanentwurf S.6) Die Senatoren reflektieren bereits auf die Ergebnisse, die der Mietenspiegel zeitigen wird. Schließlich sind die Neue Heimat und die SAGA die größten Wohnungseigentümer in Hamburg und senatseigen. Daran muß man den scheinheiligen Bausenator Lange erinnern, wenn er sich über Mißbrauch – der „gar nicht in unserem Sinne lag" – mit dem Mietenspiegel entrüstet.

Die Gebührenplünderung soll folgenden Umfang annehmen, wenn es nach dem Hamburger Senat geht: (in Mio. DM) 1978 = 2260, 1979 = 2371, 1980 = 2864, 1981 = 2978, 1982 = 3030, 1983 = 3103. Wieviel sich der Hamburger Senat weiter bei den Banken durch Kreditaufnahmen verschulden soll, kann man dem Schaubild entnehmen.

In der Steuerplünderung hält der Hamburger Senat die Spitze im Vergleich mit anderen Bundesländern. Die Zwangsabgaben pro Einwohner haben in Hamburg 1975 1771 DM erreicht.

Anteil an den Gemeischaftssteuern je Einwohner in DM

Welche Ausgaben sollen mit diesen Geldern getätigt werden?

Seit dem letzten Jahr hat in Senatskreisen das Stöhnen über die „Kostenexplosion im Personalbereich" nicht nachgelassen. Tatsächlich geht etwa die Hälfte des Haushalts in den Topf Personalkosten. Nur – was verbirgt sich in diesem Topf? In der Tabelle haben wir ausgerechnet, in welchem Umfang der Hamburger Senat den staatlichen Gewaltapparat aufgebläht hat.

Ein Polizist je Lohnabhängigen

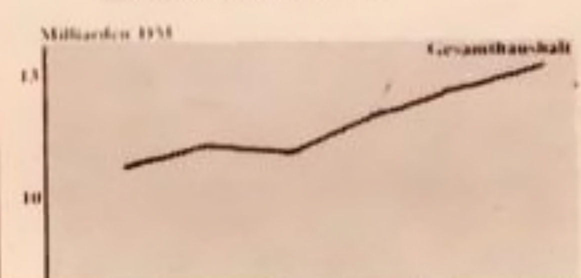
	Polizei	Lohnabh.	Pol./-Lohnabh.
1933	8330	520475	62
1956	7469	773828	104
1964	9120	958227	105
1974	9528	757348	79
1976	9149	744400	81
1978	9850	579520	58

(Quelle: Stat. Jahrbücher bis 1976/77, Haushaltsplan 1978)

Mittlerweile hat er in der Verdichtung des Polizeinetzes den Hitlerfaschismus übertroffen. Das kostet natürlich. Auf der anderen Seite verlangt er von den Krankenhausbeschäftigten Überarbeit und weigert sich, die von der ÖTV geforderten neuen Stellen einzurichten, um die zwangsweisen Bereitschaftsdienste bei den Ärzten, die 36-stündige Dienstzeiten an einem Stück und ständige Nachtarbeit nach sich ziehen, abzustellen. Die ÖTV hat bereits angekündigt, daß sie diesen Stellenplan nicht schlucken wird. Als ebenso un-

Forderung nach 170 DM/8% mindestens aufstellen.

Der Hamburger Senat ist fest an der Seite des Finanzkapitals – über Zinszahlungen und Kreditrückzahlungen. Fast ein Viertel des gesamten Haushalts geht dafür weg. Hauptgläubiger des Senats ist die Hamburger Landesbank, in deren Verwaltungsrat unter anderem sitzen: Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen BP, Beirat für HH und Schleswig-Holstein der Dresdner Bank; Norbert Henke, Vorsitzender des Vorstands der HDW in HH und Kiel, Beirat der Commerzbank und Deutschen Bank für Hamburg; Alfred Toepfer, Getreide- und Futtermittelkonzernherr und Beirat der Deutschen Bank für HH und Schleswig-Holstein. Das Finanzkapital hat den Hamburger Senat völlig in der Hand über die Schulden- und Kreditabhängigkeit. Es sorgt dafür, daß die den Massen abgepreßten Gelder entweder direkt in die Taschen der Finanzkapitalisten kommen durch Zinszahlungen und Tilgungen oder daß sie ausgegeben werden, um den Kapitalisten die Profitbedingungen zu verbessern, durch Subventionen und Investitionen.



zu halten. Stolz kräht Nölling: „Die übrigen laufenden Einnahmen erreichen 1980 rd. 2,6 Mrd. DM und nehmen gegenüber 1979 um 230 Mio. DM oder 9,7% zu. Darin enthalten sind u.a. die Anhebung der Krankenhauspflegesätze, Gebührenmehreinnahmen in der Stadtreinigung und Stadtentwässerung, höhere Einnahmen bei Mieten und Pachten." (Haushaltsplanentwurf S.6) Die Senatoren reflektieren bereits auf die Ergebnisse, die der Mietenspiegel zeitigen wird. Schließlich sind die Neue Heimat und die SAGA die größten Wohnungseigentümer in Hamburg und senatseigen. Daran muß man den scheinheiligen Bausenator Lange erinnern, wenn er sich über Mißbrauch – der „gar nicht in unserem Sinne lag" – mit dem Mietenspiegel entrüstet.

Die Gebührenplünderung soll folgenden Umfang annehmen, wenn es nach dem Hamburger Senat geht: (in Mio. DM) 1978 = 2260, 1979 = 2371, 1980 = 2864, 1981 = 2978, 1982 = 3030, 1983 = 3103. Wieviel sich der Hamburger Senat weiter bei den Banken durch Kreditaufnahmen verschulden soll, kann man dem Schaubild entnehmen.

In der Steuerplünderung hält der Hamburger Senat die Spitze im Vergleich mit anderen Bundesländern. Die Zwangsabgaben pro Einwohner haben in Hamburg 1975 1771 DM erreicht.

Anteil an den Gemeischaftssteuern je Einwohner in DM

	1973	1975
Schlesw.-Holstein	954	1036
Hamburg	1576	1771
Niedersachsen	945	1021
Nordrhein-Westf.	1083	1165
Berlin	701	815

(Quelle: Statistische Jahrbücher HH, 1974/75, 1976/77)

Seit dem letzten Jahr hat in Senatskreisen das Stöhnen über die „Kostenexplosion im Personalbereich" nicht nachgelassen. Tatsächlich geht etwa die Hälfte des Haushalts in den Topf Personalkosten. Nur – was verbirgt sich in diesem Topf? In der Tabelle haben wir ausgerechnet, in welchem Umfang der Hamburger Senat den staatlichen Gewaltapparat aufgebläht hat.

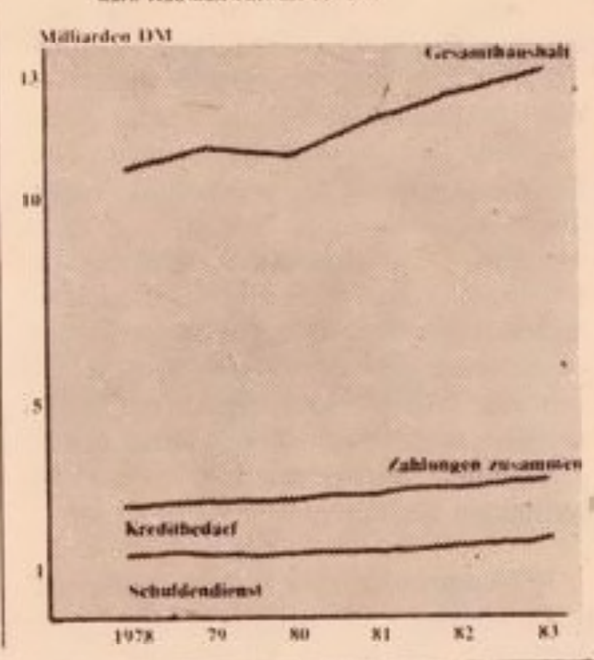
Ein Polizist je Lohnabhängigen

	Polizei	Lohnabh.	Pol./-Lohnabh.
1933	8330	520475	62
1956	7469	773828	104
1964	9120	958227	105
1974	9528	757348	79
1976	9149	744400	81
1978	9850	579520	58

(Quelle: Stat. Jahrbücher bis 1976/77, Haushaltsplan 1978)

Mittlerweile hat er in der Verdichtung des Polizeinetzes den Hitlerfaschismus übertroffen. Das kostet natürlich. Auf der anderen Seite verlangt er von den Krankenhausbeschäftigten Überarbeit und weigert sich, die von der ÖTV geforderten neuen Stellen einzurichten, um die zwangsweisen Bereitschaftsdienste bei den Ärzten, die 36-stündige Dienstzeiten an einem Stück und ständige Nachtarbeit nach sich ziehen, abzustellen. Die ÖTV hat bereits angekündigt, daß sie diesen Stellenplan nicht schlucken wird. Als ebenso un-tragbar entpuppt sich die Planung der Personalkostenentwicklung, die der Senat vorhat. Um 304 Mio. DM sollen die Ausgaben steigen, was einer linearen Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1.3.1980 um 4,5% entsprechen würde. Der Hamburger Senat wird sich da den Krach mit den Beschäftigten einhandeln, die gegen die ständigen Reallohnsenkungen der letzten Jahre die

Der Hamburger Senat ist fest an der Seite des Finanzkapitals – über Zinszahlungen und Kreditrückzahlungen. Fast ein Viertel des gesamten Haushalts geht dafür weg. Hauptgläubiger des Senats ist die Hamburger Landesbank, in deren Verwaltungsrat unter anderem sitzen: Dr. Hellmuth Buddenberg, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen BP, Beirat für HH und Schleswig-Holstein der Dresdner Bank; Norbert Henke, Vorsitzender des Vorstands der HDW in HH und Kiel, Beirat der Commerzbank und Deutschen Bank für Hamburg; Alfred Toepfer, Getreide- und Futtermittelkonzernherr und Beirat der Deutschen Bank für HH und Schleswig-Holstein. Das Finanzkapital hat den Hamburger Senat völlig in der Hand über die Schulden- und Kreditabhängigkeit. Es sorgt dafür, daß die den Massen abgepreßten Gelder entweder direkt in die Taschen der Finanzkapitalisten kommen durch Zinszahlungen und Tilgungen oder daß sie ausgegeben werden, um den Kapitalisten die Profitbedingungen zu verbessern, durch Subventionen und Investitionen.



Bericht über die Wanderung der KJB's

b.row. Wir, die KJBs Flensburg-Westküste, Kiel/Holstein und Hamburg-Unterelbe haben vom 14.-29. Juli eine Wanderung durch Ostholstein durchgeführt. Wir konnten auf der Wanderung verschiedene Dinge lernen. Die Bourgeoisie stellt sich unter Erholung vor, in den Ferien am Strand zu liegen und sich dem Disco Sound hinzugeben. Auseinandersetzungen gab es bei uns über den Zweck der Wanderung. Statt dort, wo wir waren, uns mit den Jugendlichen zusammenzuschließen, sind wir in die Kneipe gegangen. Statt die Lage der Fischer zu erkunden, haben wir uns als Touristen getarnt. In dem weiteren Verlauf der Wanderung sind wir uns nach harten Auseinandersetzungen einig geworden, daß man sich in den Ferien Kenntnisse für den Klassenkampf aneignen muß.

Erstens haben wir praktische Fähigkeiten und Kenntnisse gelernt, wie z.B. den Bau eines Floßes, Behandlung und Bergung eines Verletzten, sowie Orientierung im Gelände usw. Weiter haben wir uns Kenntnisse über die Geschichte Ostholsteins, über das Bauernlegen und die Entstehung der Gutshöfe durch Landraub angeeignet. Am Freitag, den 20. Juli, sind wir von Lensahn nach Schönwalde marschiert, wo wir auf dem Weg am Gut Güldenstein vorbeikamen, das dem Herzog von Oldenburg gehört. Wir sind um das Gut herumgezogen und haben das revolutionäre Bauernlied „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann" gesungen. Unmittelbar hinter dem Schloß stand ein Schild: Sackgasse auch für Fußgänger. Der Staat garantiert damit laut § 7 Landeswaldgesetz dem Herzog 3000 ha Wald für private Jagdvergnügungen. Im Wald trafen wir auf Bauarbeiter, die mit Baggern und Traktoren die Wege verbreiterten, die Förster fuhren mit Autos in der Gegend herum, um die Wanderer zu verscheuchen. Einem Bauarbeiter erzählten wir, daß wir bei unserem Marsch um Güldenstein ein Lied aus den Bauernkriegen gesungen haben. Als wir ihn fragten, woher der Herzog das ganze Land hat, sagte er: „Das sind doch alles Raubritter gewesen." Wir haben uns weitere Kenntnisse über die Geschichte Ostholsteins verschafft und gelernt, daß die ursprünglichen Bewohner Ostholsteins, das Volk der Wagrier, nach jahrhundertelangen Kämpfen schließlich durch Enteignung und völlige Entrechtung vertrieben worden sind und Wagrien 1138/39 durch holsteinische Ritter und Bauern aus dem ganzen deutschen Reich kolonisiert wurde, die vom Herzog von Holstein Privilegien erhielten. Durch systematische Übertragung der Rechte der Bauern auf die Ritter, wie die Gerichtsbarkeit, ließ deren allmähliche Enteignung und Ruinierung eine Grundherrenklasse entstehen, die sich die Bauern zu Leibeigenen machte.

Am 4. Wandertag konnten wir bei einem Pfadfinderlager unsere Zelte aufschlagen. Abends haben wir mit ihnen gemeinsam Lagerfeuer durchgeführt, wo wir über den Zweck unserer Wanderung berichteten und über unseren politischen Standpunkt mit ihnen diskutierten. Wir haben über verschiedene Dinge mit ihnen gesprochen, wie z.B. ob sich nach der Revolution alle Parteien zur Wahl stellen dürfen oder über die Forderung nach Abschaffung der Noten, unterhalten. Für die Jugendlichen dort gibt es kaum Möglichkeiten, ihre Freizeit, speziell in den Ferien, nach ihren Interessen zu gestalten. In dem Lager können sie unbeaufsichtigt ihren Interessen nachgehen. Wir haben gemeinsame Spiele wie Tauziehen oder Messerwerfen gemacht. Zum Abschluß haben wir ein gemeinsames Lagerfeuer durchgeführt, Adressen ausgetauscht und vereinbart, ihnen die Kommunistische Volkszeitung zu schicken.



Tauziehen im Pfadfinderlager

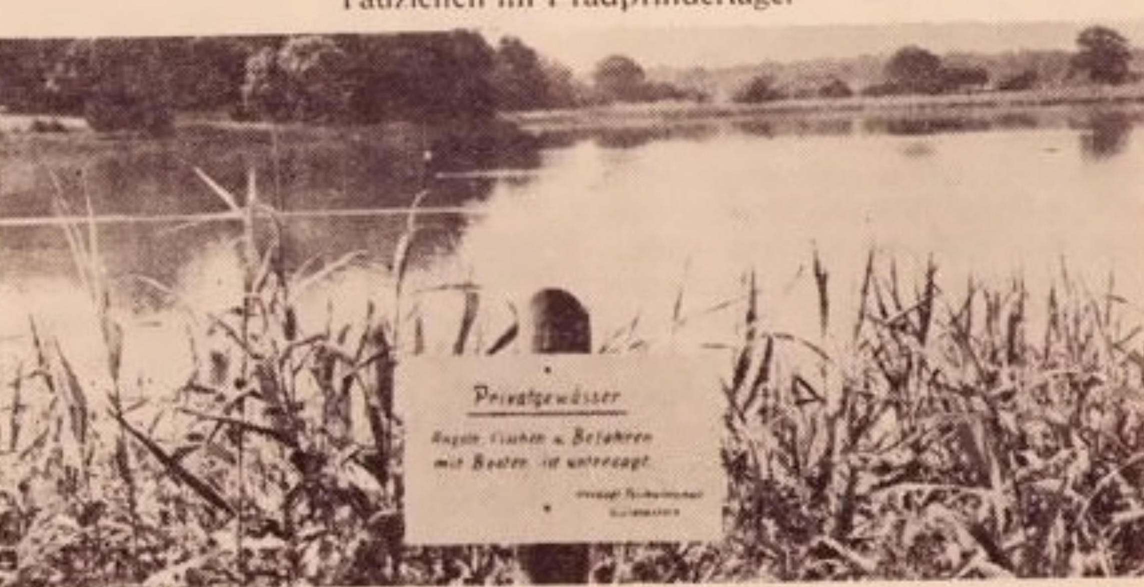


beikamen, das dem Herzog von Oldenburg gehört. Wir sind um das Gut herumgezogen und haben das revolutionäre Bauernlied „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann" gesungen. Unmittelbar hinter dem Schloß stand ein Schild: Sackgasse auch für Fußgänger. Der Staat garantiert damit laut § 7 Landeswaldgesetz dem Herzog 3000 ha Wald für private Jagdvergnügungen. Im Wald trafen wir auf Bauarbeiter, die mit Baggern und Traktoren die Wege verbreiterten, die Förster fuhren mit Autos in der Gegend herum, um die Wanderer

zur Wahl stellen dürfen oder über die Forderung nach Abschaffung der Noten, unterhalten. Für die Jugendlichen dort gibt es kaum Möglichkeiten, ihre Freizeit, speziell in den Ferien, nach ihren Interessen zu gestalten. In dem Lager können sie unbeaufsichtigt ihren Interessen nachgehen. Wir haben gemeinsame Spiele wie Tauziehen oder Messerwerfen gemacht. Zum Abschluß haben wir ein gemeinsames Lagerfeuer durchgeführt, Adressen ausgetauscht und vereinbart, ihnen die Kommunistische Volkszeitung zu schicken.



Tauziehen im Pfadfinderlager



Dorfteich in Lensahn

Letzten Samstag führte der KBW Unterschriftensammlungen unter den Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression und eine Geldsammlung durch. Auf unserem Bild die Sammlung am Gerhard-Hauptmann-Platz in Hamburg. 5 Unterschriften, 32,80 DM wurden gesammelt. Einigkeit herrschte im Mißtrauen gegenüber den Mitleidsaktionen der bürgerlichen Parteien, die unter dem Mantel der Hilfsaktionen für Vietnam-Flüchtlinge Einmischung und Intervention vorbereiten. Richtig dagegen ist es, Vietnam international zu isolieren und den Kampf des kampucheanischen Volkes zu unterstützen.

Sommerschlußverkauf eignet sich gut zum Druckmachen

b.trw. Für die gewerblichen Beschäftigten im Hamburger Einzelhandel besteht eine schwierige Lage. Nachdem die HBV das Angebot des Gesamtverbandes des Hamburger Einzelhandels abgelehnt hat, die Beschäftigten einfacher Qualifikation in ihrer Mehrheit mit einer Lohnerhöhung von 34 DM abzuspeisen, und nachdem sie das Scheitern der Verhandlungen erklärt hat, ist sie jetzt aus der Initiative geraten.

Für die Kapitalisten besteht die Lage, daß sie, auf der Grundlage der niedrigen Tarife, jeden Betrag zahlen könnten. Wir haben in KVZ Nr. 29 an Beispielen veröffentlicht, daß sie es auch tun. Dem Ziel der Kapitalisten, die Belegschaften zu spalten und die Kampfkraft zu schwächen, es als beliebig hinzustellen, was die Gewerkschaft HBV erkämpft, kann nur dadurch entgegengetreten werden, daß man sich breit darüber verständigt, was tatsächlich gezahlt wird und ihre Spaltungstätigkeit enthüllt.

Am 28.3.1979 hat die HBV mit dem Gesamtverband des Hamburger Einzelhandels eine Schlichtungsvereinbarung getroffen. Mit dieser Schlichtungsvereinbarung, die am 1.1.80 in Kraft tritt, werden die Kapitalisten an den Verhandlungstisch gezwungen. Mehr nicht. Wenn es nicht gelingt, den nötigen Druck auf die Kapitalisten auszuüben, dann, wenn es möglich ist, wird dabei kaum mehr herauskommen als bisher. Am 30.7. beginnt der Sommerschlußverkauf. Für verschiedene Abteilungen die große Schlacht. Kollegen werden aufgefordert, Überstunden zu machen, samstags zusätzlich zu arbeiten. Warum sollen sie es eigentlich tun? Viele sind bei dem niedrigen Lohn gerade auf das bißchen mehr Geld durch Überstunden angewiesen. Aber warum an dem Tag, an dem der Kapitalist besonders unter Druck ist? Die „Welt" meldet am Samstag, daß die Einzelhandelskapitalisten langsam Schweißausbrüche kriegen, weil ihre Läger übervoll sind. Fritz Cloppenburg, Vorsitzender des Verbandes der Mittel- und Großbetriebe des Hamburger Einzelhandels jammert scheinheilig über die wachsende Verelendung in der Arbeiterklasse, weil er seine Umsätze schwinden sieht: „Viele Leute haben gerade ihre Heizölabrechnungen erhalten, für die zum Teil viel Geld abgezweigt werden muß. Und dann wird zunächst bei den Textilien gespart."

Das schafft günstige Voraussetzungen, die Kapitalisten unter Druck zu kriegen. Es ist doch leicht möglich, bei dem Lohn zu vergessen, daß der Kapitalist gerade an diesen Tagen Überstunden erfahrungsgemäß verlangt. Wofür abhetzen, der Lohn reicht nicht mal, um genügend Fleisch zu kaufen. Halb so schnell arbeiten dafür reicht allemal. Je länger es braucht, die Waren in die Verkaufsräume zu transportieren, desto besser. Sich absprechen beim Überstunden verweigern, langsamer arbeiten, nicht hetzen, leere Verkaufstische, das wird schon Wirkung machen. Wollen sehen. Das Weihnachtsgeschäft, wo die Kapitalisten sich die dicksten Fische an Land ziehen wollen, kann man da gleich schon mit einplanen.

Kloses Angriffsziel: Iranische Revolution

b.rus. Am 22.7. wurden 8 Mitglieder der Conföderation Iranischer Studenten (CIS) in Hamburg verhaftet und in Einzelhaft isoliert. Die Anwälte bekamen keine Gelegenheit, die Anklageschrift einzusehen. Seit Freitag befinden sich die CIS-Inhaftierten im Hungerstreik. Falschaussagen und Anschuldigungen ehemaliger oder aktiver SAVAK-Agenten, sowie schnell herbeigezauberte Stricke, angeblich zum Aufhängen der SAVAK-Spitzel, schon ist die Lügenpropaganda von „Khomeinis Terrorbanden" (Morgenpost) fertig. Die CIS hat in einer Presseerklärung erklärt: „Die CIS kämpft seit ihrer Gründung gegen die Mord- und Terrorbande SAVAK. Dieser Kampf hatte in der BRD (wie auch in anderen Ländern außerhalb Irans) einen politischen und keinen physischen Charakter. Dasselbe gilt auch für den Kampf in der Zukunft." Die Morgenpost heuchelt Verständnis dafür, daß bei vielen hunderttausend Toten, die das Schah-Regime auf dem Gewissen habe, jetzt ehemals durch den SAVAK Verfolgte wütend sind, aber: „Recht geht vor Rache!" Der Rechtsstaat ist dafür da, die Ziele der Imperialisten durchzusetzen. Und diese Ziele werden von der iranischen Revolution durchkreuzt.

Der persönliche Vertreter von Khomeini in Europa, der Ayatollah Nuri, hat letzte Woche der versammelten bürgerlichen Pressemeute dargelegt, wie der Iran durch das Schah-Regime in eine „100%ige Abhängigkeit vom Imperialismus" geraten ist. Der Iran mußte Grundnahrungsmittel aus dem Ausland einführen, die Bauern wurden vom Land vertrieben, die Felder zerstört, und zuletzt war weder Fleisch, Getreide noch Öl vorhanden. Die Dörfer wurden infolgedessen entvölkert und die Städte überfüllt. Nuri führte weiter aus, daß die Massen völlig verarmt sind und praktisch keine medizinische Versorgung besteht, obwohl es viele Krankenhäuser gibt. Die Heuchelei des Hamburger SPD-Blättchens besteht eben darin, daß sie sich fein raushalten wollen. Der Schah war nur die Marionette. Die Hauptschuldigen für das Elend der Bevölkerung und die wirtschaftliche Fehlentwicklung sind die Imperialisten. Innerhalb Westdeutschlands spielte Hamburg als Tor zur Ausplünderung der Welt auch hier eine besondere Rolle. Ohnehin sind die Hamburger Imperialisten dick drin im Geschäft der Ausplünderung der Dritten Welt. 43% der Hamburger Einfuhr und 28% der Hamburger Ausfuhr wurden 1978 mit Ländern der Dritten Welt abgewickelt. Mit die besten imperialistischen Geschäfte ließen sich im Iran machen. „Die deutsche Wirtschaft nimmt die Chancen, die sich bieten, wahr ... Sicherlich ist es nicht immer einfach, den iranischen Markt zu

Länderregierungen besorgt um Konkurrenzfähigkeit „ihrer" Kapitalisten

r.gör. Rege energiepolitische Aktivitäten werden von den Länderregierungen entwickelt (siehe Kasten). Die Ölpreisbeschlüsse der OPEC werden zum Anlaß genommen, die Strategie ideologisch zu verpacken: Energiesparen und alternative Energien (zum Öl) zu entwickeln, damit Energie ausreichend und billig zur Verfügung stehen könne.

Was wird wirklich bezweckt? Aufschlußreich ist folgende Maßnahme der niedersächsischen Landesregierung, die u.a. das „Ziel (hat), die OPEC-Preiserhöhungen etwa hier in dem Ergebnis aufzufangen" (Breuel): In Absprache mit dem Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasverarbeitung werden von der niedersächsischen Landesregierung die Förderzinse für inländisches Erdöl von bisher 10 auf 15% (ab 1. Juli 1979) und auf 17% (ab 1. Januar 1980) erhöht. Das bringt, wie die Wirtschaftsministerin ausführt, für das Land Niedersachsen „eine Mehreinnahme in diesem Jahr von etwa 75 Mio. DM und im nächsten Jahr von etwas über 200 Mio. DM". Weder der kapitalistische Staat noch die Konzerne, die die Verteilung des Öls in der Hand haben, wollen sich etwas von der Differentialrente, die die Ölpreise aufgrund der niedrigen Förderkosten im Vergleich zum Energiepreisniveau haben, entgehen lassen. Im Gegenteil: die Ölkonzerne geben die OPEC-Preiserhöhungen überproportional weiter – weiten also ihre Extraprofite noch aus – und die Regierungen erwägen eine Anhebung der Mineralölsteuer, „um zum Sparen anzuregen". Es handelt sich also nicht darum, ein niedriges Energiepreisniveau schlechthin durchzusetzen.

Darin sind sich die Kapitalisten auch durchaus einig, wissen sie doch wesentliche Infrastruktur aus der Mineralölsteuer gezahlt. Streit gibt es höchstens um die Extraprofite der Ölkonzerne, wovon alle Kapitalisten gern etwas sähen (wie das Organ der niedersächsischen IHKs in seiner jüngsten Ausgabe ausführt).

Das eigentliche energiepolitische Problem der Kapitalisten ist jedoch: ein höheres Energiepreisniveau *als* schärfere Ausplünderung der Volksmassen durchzusetzen, um auf diese Weise die Volksmassen auch noch zahlen zu lassen für die Behauptung in der imperialistischen Konkurrenz.

Den Erfolg dieser Strategie hat z.B. die Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmensverbände im Auge, wenn sie am 18. Juli erklärt: die Preisexplosion bei Ölprodukten „würde sich nicht lähmend auf das Wirtschaftswachstum auswirken". Durchaus passend stellen sie die Preiserhöhungen als „eine weltweite Steuererhöhung" dar, und „deshalb müsse der durch höhere Ölpreise verursachte allgemeine Preisanstieg in der Lohnpolitik unberücksichtigt bleiben." Einig ist sich die Bourgeoisie darüber, die Einschränkung des Verbrauchs der Volksmassen mittels höherer Preise zu erzwingen. Daß es dabei nicht hauptsächlich um die Einschränkung des *Energie*verbrauchs geht, wissen sie allemal. Denn diese Ausgaben sind kaum einschränkbar, wie die steigenden relativen Anteile der Energiekosten in den Budgets der Haushalte beweisen. Der Angriff der Kapitalisten zielt nicht einfach auf den Energieverbrauch, sondern auf die Gesamtheit der Verbrauchsausgaben. Dazu paßt die allgemeine Verschärfung der Preissteigerungen, die keineswegs bloß von den steigenden Ölpreisen herrührt. (Erhöhten sich die Öleinfuhrpreise um 10%, so reichten schon weniger als 1% Preiserhöhung bei den Endpreisen, um die Profite zu vergrößern.) Die Bourgeoisie weiß, daß allein die Mehrwertsteuererhöhung schon stärker inflatorisch zu Buche schlägt, als die Ölpreiserhöhungen, geschweige denn die OPEC-Preiserhöhungen. Aber sie bieten ihr günstige Gelegenheit, gerade auch von ihrer Steuerpolitik abzulenken. Wenn dieses Manöver der Kapitalisten und ihrer Regierung jetzt von einigen Gewerkschaftsvorständen mitgemacht wird, so ist das scharf zurückzuweisen.

Tatsächlich verbindet sich das „Energiesparen", das gegenüber den Volksmassen mittels höheren allgemeinen Preisniveaus durchgesetzt werden soll, mit doppelter Bereicherung der Kapitalisten. Sie können nicht allein das höhere Energiepreisniveau überproportional auf die Volksmassen abwälzen, sondern sie können sich zudem über die staatlich organisierte Steuerausplünderung für ihre Energie-, also Kosteneinsparung bereichern und alternative Energieträger aufgrund des höheren Energiepreisniveaus zunehmend profitabler ausbeuten. Das treibt die besorgten Landespolitiker.

Das Allerwichtigste: Konkretisierung der Energiesparmaßnahmen

r.her. Als am 2. Juli die Wirtschaftsminister der Länder tagten, haben sie das unter dem Motto „Weg vom Öl" getan, jetzt müsse die Erhöhung der Importkohlekontingente gesichert werden, das *Allerwichtigste* sei jedoch die Konkretisierung der Energiesparmaßnahmen, und deshalb wollen sie sich kurzfristig – Sommerurlaub hin oder her – schon im August wieder zu diesem Thema treffen. Gestützt auf die Forderungen der Energiemonopole haben sie den Juli genutzt und sich „Zuhause" gleich in die „Arbeit" gestürzt.

3.7. Schleswig-Holstein, die Energieversorgung des Landes steht auf der Tagesordnung des Landtages. Der zügige Ausbau des Erdgasnetzes habe sich als richtig erwiesen, lobt sich Westphal, Wirtschaftsminister dieses Landes. Es sei an der Zeit, die Denkpause in Sachen Kernenergie zu beenden, unterstützt Krippen, CDU-Landtagsabgeordneter. – Der Hamburger Senat macht am gleichen Tag seinen Finanzminister Nölling zum Beauftragten für Energieeinsparung. Er soll neue Vorschläge zur Senkung des Strom-, Gas- und Fernwärmeverbrauchs machen und Initiativen erarbeiten, die zur Energieeinsparung *auch* bei privaten Verbrauchern führen.

Am 4.7. tritt derselbe Nölling – diesmal auf der Hauptversammlung der Hamburgischen Elektrizitätswerke – deren Hauptvorsitzender er ist, auf für „Alternativen": Gebrauch der Kernenergie sei unabdingbar. Brunsbüttel müsse wieder in Betrieb genommen werden und der Atommeiler bei Geestacht müsse angefahren werden. (Zumal die Norddeutschen Kraftwerke jetzt eine *Kompakt*lagereinrichtung zur Aufnahme abgebrannter Brennelemente einrichten wollen).

Am 9.7. kündigt Stoltenberg für nach der parlamentarischen Sommerpause eine Gesetzesvorlage für den Bundestag an, nach der die steuerliche Begünstigung von alternativen Technologien drastisch erhöht werden soll. Die 4,35 Mrd. der Bundesregierung sind dem Finanzkapital nicht ausreichend genug. – Sparapelle an *die* Verbraucher allein reichten nicht aus, verkündet am selben Tag einer der größten Mineralölkonzerne der BRD, Mobil-Oil in Hamburg, der Verbraucher sollte sofort zu *tatsächlichen* Energieeinsparungen kommen. Benzin soll um 4 bis 5 Pf. teurer werden. – Auch mit Erdgas sollen dieselben Verbraucher sparsam umgehen fordert der Landesverband Niedersachsen der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft. Man hat sich zwar bis 1990 vertraglich mit Lieferungen eingedeckt, aber ist es nicht eine feine Einrichtung z.B. über Fernwärme den *Verbraucher* zu „animieren", Energie zu sparen.(10.7.). Die Hamburger Gaswerke vergessen bei der Vorlage ihres Geschäftsberichtes auch nicht, auf die Anbindung des Gaspreises an den Ölpreis hinzuweisen, so daß sich also ergäbe, daß die Preise für das Erdgas, wenn auch mit einer Zeitverzögerung, aber jedenfalls doch steigen werden in den nächsten Monaten. (11.7.) Um 20% ist die Erdgasabgabe 1978 gestiegen, Hauptabnehmer waren wieder Industrie und Gewerbe, heißt es lakonisch im Bericht.

Am 20. Juli verkündet das Fernsehen die weiteren Benzinpreiserhöhungen. Reaktionen darauf seien den Treibstoffanbietern in der BRD noch nicht bekannt. – Das wird sich erst noch herausstellen. (Quelle: Regionale Fernsehnachrichten)

400 ha Ackerland sollen Salzkohleabbau zum Opfer fallen

BKB ersetzen Braunkohle durch Salzkohle bei der Stromerzeugung

r.ulm. „Die eigenen Energiequellen besser pflegen als bisher", zitiert die Braunschweiger Zeitung / Ausgabe Helmstedt vom 26.7.79 den niedersächsischen Sozialminister Schnipkoweit. Anlaß war sein Besuch bei den

ten die westdeutschen Imperialisten nicht auf die heimischen Energieträger verzichten; im Gegenteil: „Stein- und Braunkohle sind die einzigen Primärenergieträger, von denen die Bundesrepublik Deutschland große Lagerstätten

gen. Eingeleitet am 17.8. 1977 erging bereits am 17.5. des folgenden Jahres der Beschluß, „daß Planungen ... mit den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung vereinbar sind." Normalerweise ziehen sich derartige Ver-

schaftlichen Nutzung dieser Lagerstätte hängt indessen vor allem von dem Umfang der Auflagen für das Kraftwerk und den Bergbaubetrieb ab" (BKB-Jahresbericht 77). 50 Mio DM wollen die BKB-Kapitalisten mit dem

Iran durch das Schah-Regime in eine „100%ige Abhängigkeit vom Imperialismus" geraten ist. Der Iran mußte Grundnahrungsmittel aus dem Ausland einführen, die Bauern wurden vom Land vertrieben, die Felder zerstört, und zuletzt war weder Fleisch, Getreide noch Öl vorhanden. Die Dörfer wurden infolgedessen entvölkert und die Städte überfüllt. Nuri führte weiter aus, daß die Massen völlig verarmt sind und praktisch keine medizinische Versorgung besteht, obwohl es viele Krankenhäuser gibt. Die Heuchelei des Hamburger SPD-Blättchens besteht eben darin, daß sie sich fein raushalten wollen. Der Schah war nur die Marionette. Die Hauptschuldigen für das Elend der Bevölkerung und die wirtschaftliche Fehlentwicklung sind die Imperialisten. Innerhalb Westdeutschlands spielte Hamburg als Tor zur Ausplünderung der Welt auch hier eine besondere Rolle. Ohnehin sind die Hamburger Imperialisten dick drin im Geschäft der Ausplünderung der Dritten Welt. 43% der Hamburger Einfuhr und 28% der Hamburger Ausfuhr wurden 1978 mit Ländern der Dritten Welt abgewickelt. Mit die besten imperialistischen Geschäfte ließen sich im Iran machen. „Die deutsche Wirtschaft nimmt die Chancen, die sich bieten, wahr ... Sicherlich ist es nicht immer einfach, den iranischen Markt zu
erschließen ... aber es zahlt sich aus. Dies unterstreicht allein schon die Tatsache, daß der iranische Markt für die BRD nicht nur zum größten Absatzmarkt in Asien wurde, sondern unter den nicht-europäischen Absatzmärkten nach den USA an zweiter Stelle steht." Dies schreibt 1978 im Handbuch für Außenwirtschaft jemand, der es wissen muß: Rochus Ernst Freiherr von Lüttwitz, geschäftsführendes Vorstandsmitgried des Nah- und Mittelost Verjemand, der es wissen muß: Rochus Ernst Freiherr von Lüttwitz, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Nah- und Mittelost Vereins, Sitz Hamburg. Auch die iranischen Banken und die Deutsch-Iranische Handelskammer haben ihren Sitz ebenfalls in Hamburg.

Klose als Vertreter der Hamburger Bourgeoisie hat früher als Polizeichef und heute als Bürgermeister gleichermaßen das Geschäft der imperialistischen Ausplünderung koordiniert, wie er andererseits die politische Unterdrückung der antiimperialistischen Propaganda betrieben hat. 1972 bei dem Verbot der Palästinenserorganisationen GUPS und GUPA hat er Palästinenser nach Jordanien abschieben lassen, was damals einem Todesurteil gleichkam. Ein Jahr später hat er den Mord an einem türkischen Antiimperialisten gedeckt, verübt von türkischen Faschisten. An seiner Absicht, Iraner dem Schah-Regime auszuliefern, wurde er des öfteren nur durch öffentlichen Protest gehindert. Anfang dieses Monats mußte der Hamburger Senat bekanntgeben, daß er durch die iranische Revolution im Zusammenhang mit den Wohnungsbaugeschäften der SAGA-Tochter Hamburger Stadtentwicklungsgesellschaft (HStG) 24 Mio. DM verloren hat. Mit den Verhaftungen von 8 Iranern will Klose die iranische Revolution treffen.

Ölkonzerne geben die OPEC-Preiserhöhungen überproportional weiter – weiten also ihre Extraprofite noch aus – und die Regierungen erwägen eine Anhebung der Mineralölsteuer, „um zum Sparen anzuregen". Es handelt sich also nicht darum, ein niedriges Energiepreisniveau schlechthin durchzusetzen.

Darin sind sich die Kapitalisten auch durchaus einig, wissen sie doch wesentliche Infrastruktur aus der Mineralölsteuer gezahlt. Streit gibt es höchstens um die Extraprofite der Ölkonzerne, wovon alle Kapitalisten gern etwas sähen (wie das Organ der niedersächsischen IHKs in seiner jüngsten Ausgabe ausführt).

Das eigentliche energiepolitische Problem der Kapitalisten ist jedoch: ein höheres Energiepreisniveau *als* schärfere Ausplünderung der Volks-

den, das *Allerwichtigste* sei jedoch die Konkretisierung der Energiesparmaßnahmen, und deshalb wollen sie sich kurzfristig – Sommerurlaub hin oder her – schon im August wieder zu diesem Thema treffen. Gestützt auf die Forderungen der Energiemonopole haben sie den Juli genutzt und sich „Zuhause" gleich in die „Arbeit" gestürzt.

3.7. Schleswig-Holstein, die Energieversorgung des Landes steht auf der Tagesordnung des Landtages. Der zügige Ausbau des Erdgasnetzes habe sich als richtig erwiesen, lobt sich Westphal, Wirtschaftsminister dieses Landes. Es sei an der Zeit, die Denkpause in Sachen Kernenergie zu beenden, unterstützt Krippen, CDU-Landtagsabgeordneter. – Der Hamburger Senat macht am gleichen Tag seinen Finanzminister Nölling zum Beauftragten für Energieeinsparung. Er soll neue Vorschläge zur Senkung des

für „Alternativen": Gebrauch der Kernenergie sei unabdingbar. Brunsbüttel müsse wieder in Betrieb genommen werden und der Atommeiler bei Geestacht müsse angefahren werden. (Zumal die Norddeutschen Kraftwerke jetzt eine *Kompakt*lagereinrichtung zur Aufnahme abgebrannter Brennelemente einrichten wollen).

Am 9.7. kündigt Stoltenberg für nach der parlamentarischen Sommerpause eine Gesetzesvorlage für den Bundestag an, nach der die steuerliche Begünstigung von alternativen Technologien drastisch erhöht werden soll. Die 4,35 Mrd. der Bundesregierung sind dem Finanzkapital nicht ausreichend genug. – Sparapelle an *die* Verbraucher allein reichten nicht aus, verkündet am selben Tag einer der größten Mineralölkonzerne der BRD, Mobil-Oil in Hamburg, der Verbraucher sollte sofort zu *tatsächlichen* Energie-

wärme den *Verbraucher* zu „animieren", Energie zu sparen.(10.7.). Die Hamburger Gaswerke vergessen bei der Vorlage ihres Geschäftsberichtes auch nicht, auf die Anbindung des Gaspreises an den Ölpreis hinzuweisen, so daß sich also ergäbe, daß die Preise für das Erdgas, wenn auch mit einer Zeitverzögerung, aber jedenfalls doch steigen werden in den nächsten Monaten. (11.7.) Um 20% ist die Erdgasabgabe 1978 gestiegen, Hauptabnehmer waren wieder Industrie und Gewerbe, heißt es lakonisch im Bericht.

Am 20. Juli verkündet das Fernsehen die weiteren Benzinpreiserhöhungen. Reaktionen darauf seien den Treibstoffanbietern in der BRD noch nicht bekannt. – Das wird sich erst noch herausstellen. (Quelle: Regionale Fernsehnachrichten)

400 ha Ackerland sollen Salzkohleabbau zum Opfer fallen

BKB ersetzen Braunkohle durch Salzkohle bei der Stromerzeugung

r.ulm. „Die eigenen Energiequellen besser pflegen als bisher", zitiert die Braunschweiger Zeitung / Ausgabe Helmstedt vom 26.7.79 den niedersächsischen Sozialminister Schnipkoweit. Anlaß war sein Besuch bei den
„Braunschweigischen Kohlebergwerken" (BKB). Dieser Betrieb – angesiedelt im Helmstedter Raum – ist im Braunkohlen-Tagebau und der anschließenden Verstromung tätig.

„Der Betrieb eines Braunkohletagebaus bedingt zwangsläufig eine vollständige Inanspruchnahme des gesamten abbauwürdigen Gebietes. Neben Äckern, Wiesen und Wäldern fallen Ortschaften, Straßen und Bahnen dem Abbau anheim." (BKB-Nachrichten). 2000 ha Land hat die BKB mit ihren bisherigen Tagebauen bereits vernichtet; riesige schwarze Löcher sprechen Bände davon. Nur ca. 1000 ha sind rekultiviert. Die Dörfer und Siedlungen Büddenstedt, Wulfersdorf, Runstedt, Buschhaus, Trendelbusch und Alversdorf wurden vernichtet, lediglich Büddenstedt bis Anfang der 50er Jahre wieder neu aufgebaut. Die BKB weigert sich, die neue Siedlung, selbst zu bauen und entschädigte unter Drohung von Zwangsenteignung mit Geld; ein großer Teil der 1100 umgesiedelten Einwohner ist durch die Währungsreform um die Entschädigungsbeträge vollständig betrogen worden.

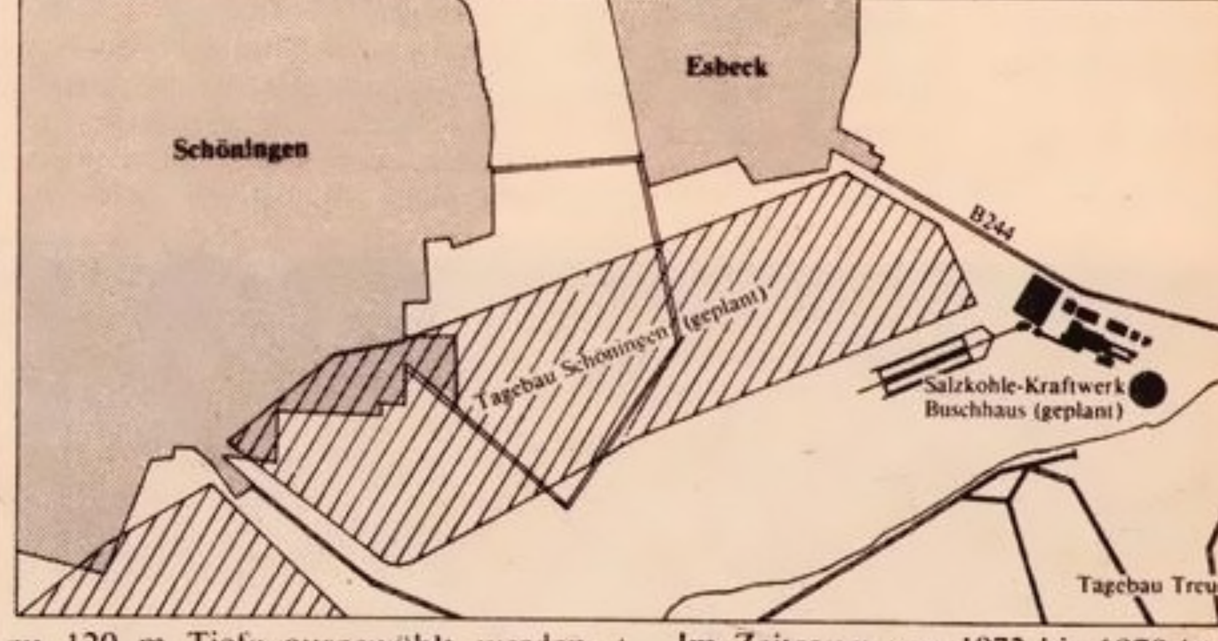
35 t Schwefeldioxid blasen die Kraftwerke Offleben und Harbke (DDR) in diesem Raum stündlich in die Luft. Aus dem nach dem Krieg gebauten Schwelwerk sind Abwasserseen, sog. „Phenolseen", zurückgeblieben. Diese phenolhaltigen Abwässer treten jetzt beim Tagebau zunehmend wieder zutage. Besonders in den Orten der Gemeinde Büddenstedt ist der Gestank unerträglich. Phenol ist dazu hochgiftig und krebserzeugend.

Die Vorräte für die konventionelle Stromerzeugung aus Braunkohle gehen zur Neige. Wurde 1973 für die Gewinnung von 1 t Braunkohle noch 1,8 m³ Abraum bewegt, so waren es 1978 schon 3,9 m³. Gleichzeitig möch-
ten die westdeutschen Imperialisten nicht auf die heimischen Energieträger verzichten; im Gegenteil: „Stein- und Braunkohle sind die einzigen Primärenergieträger, von denen die Bundesrepublik Deutschland große Lagerstätten
besitzt. Die Verwendung heimischer Kohle ... muß auch unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit gesehen werden." (Programm Energieforschung der Bundesregierung). Sich allein auf die Kernenergie zu verlassen, ist zu teuer und die OPEC-Länder setzen der Ausplünderung ihrer Erdölquellen wirksamen Widerstand entgegen. Neue Energiequellen müssen erschlossen werden.

1974 waren den BKB die Schürfrechte für 2 Mrd t ölhaltigen Schiefer, aus dem sich 100 Mio t Mineralöle erzeugen lassen, erteilt worden. Insgesamt mit 4,8 Mio DM vom Bundesforschungsministerium unterstützt, hat die BKB die grundsätzliche Abbaumöglichkeit erforscht. In der laufenden dritten Phase, die ebenfalls vom Forschungsministerium finanziert wird, wird die „Wirtschaftlichkeit" untersucht. Vorgesehen hat die BKB zwei Tagebaue von 40 km², die Vernichtung von den Orten Schandelah und Flechtorf (6000 Einwohner), 80 Bauernhöfen und über 1300 ha Wald. Im letzten Jahr wurden 695 ha mitten im Abbaugebiet zum militärischen Schutzbereich erklärt, in dem die „Grundeigentümer die Errichtung, Unterhaltung und den Abbau von baulichen Anlagen ... zu dulden haben."

Bis 1992 gehen der BKB die bisherigen Braunkohlelager aus. Deshalb will sie bis 1985 bei Esbeck ein neues 350 MW Salzkohlekraftwerk bauen; 40 Mio t Salzkohle, die zwischen Esbeck und Schöningen lagern, sollen in einem neuen Tagebau abgebaut und bis zum Jahre 2005 in dem Kraftwerk verheizt werden. Das neue Kraftwerk ist nötig, weil die Salzkohle-Kohle mit hohem Gehalt an Alkalioxiden – nur in besonderen Kesseln verheizt werden kann. Mit großer Eile wurde das Raumordnungsverfahren durchgezo-
gen. Eingeleitet am 17.8. 1977 erging bereits am 17.5. des folgenden Jahres der Beschluß, „daß Planungen ... mit den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung vereinbar sind." Normalerweise ziehen sich derartige Ver-
fahren über mehrere Jahre hin. So konnte der Herr Minister Schnipkoweit, der zugleich im Aufsichtsrat der bundeseigenen BKB sitzt, bereits den angefangenen Salzkohletagebau besichtigen.

400 ha Ackerland sollen jetzt neu bis



zu 120 m Tiefe ausgewühlt werden.

Das neue Tagebaufeld soll 5,5 km lang und 800 m breit werden. Die Karte zeigt einen Ausschnitt davon. Zwei Landstraßen sollen verlegt werden, der Bach „Mißaue", in den die Abwässer des Kraftwerks geleitet werden sollen, sowie die Bundesbahntrasse Schöningen / Helmstedt. 104 Häuser der Stadt Schöningen sollen abgerissen werden. „Bereits nahezu die Hälfte der Grundstücke (seien) von der BKB erworben worden", weiß die BZ zu berichten und „es gebe bisher keine besonderen Probleme". Mit derartigen Meldungen sollen die Eigentümer zum Verkauf gebracht werden, weil es bisher nicht so richtig klappen will.

Stündlich 18,5 t Schwefeldioxid soll das neue Kraftwerk ungefiltert in die Luft jagen. „Die Möglichkeit zur wirt-
schaftlichen Nutzung dieser Lagerstätte hängt indessen vor allem von dem Umfang der Auflagen für das Kraftwerk und den Bergbaubetrieb ab" (BKB-Jahresbericht 77). 50 Mio DM wollen die BKB-Kapitalisten mit dem
Verzicht auf die Filteranlagen einsparen. Die notwendigen Investitionen von rund 700 Mio DM wollen sie „im wesentlichen aus Eigenmitteln mit geringer Bankunterstützung" aufbringen, 50 Mio. DM bringt die Einbeziehung des Projekts in das 3. Kohleverstromungsgesetz.

Im Zeitraum von 1973 bis 1978 haben sie die Belegschaft (ohne Lehrlinge) von 3415 auf 2893 gesenkt, bis 1978 soll sie auf 2500 incl. der Arbeiter im Salzkohletagebau abgebaut sein. Hat die BKB pro Arbeiter im Jahre 1973 noch 1,64 Mio kWh elektrischen Strom erzeugt, so waren es 1978 schon 1,90 Mio kWh. Oder: 1973 bewegte jeder Arbeiter der BKB durchschnittlich 3,8 Tsd. m³ Abraum, 1978 waren es 7,2 Tsd. m³. Diese Zahlen drücken die verschärfte Auspressung von Mehrwert aus den BKB-Arbeitern aus. 9,5% war 1977 der Krankenstand in den Tagebaubetrieben, 7,1% in den Hauptwerkstätten und 8,6% im Hauptlager. 111.Mio. DM Bilanzgewinn weisen die Geschäftsberichte der BKB in den letzten 6 Jahren aus, für 1977 wurde eine Rekorddividende von 18,8% einschließlich Steuergutschrift ausgeschüttet, 1978 waren es 12%.

Bauerntag lehnt Steuerpläne der Regierung ab

Manöver der Agrarkapitalisten / Zugeständnisse an die Bauern

z.bil. Ist die gegenwärtige Besteuerung der Bauern verfassungsgerecht? Diese Frage ist jetzt vom Niedersächsischen Finanzgericht dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt worden. Seit zwei Jahren sucht die Regierung den Widerstand der Bauern gegen höhere Besteuerung zu brechen. 600000 der rund 850000 Bauern sind der Einkommensteuer nicht unterworfen.

Der Bauerntag lehnte im Juni ,,jede Mehrbelastung der Bauern durch Besteuerung mit Nachdruck ab''. Gleichzeitig spricht er *für* eine Neuregelung der Einkommensbesteuerung. Die Agrarkapitalisten, die den Bauernverband beherrschen, suchen nach Wegen, die Politik der Regierung unter den Bauern durchzusetzen. Dabei sind sie zu Zugeständnissen gezwungen. Der Versuch, den Widerspruch der Masse der Bauern zu den Agrarkapitalisten in der Form der Interessenvertretung *des Bauernstandes* zu binden, wird zunehmend schwieriger.

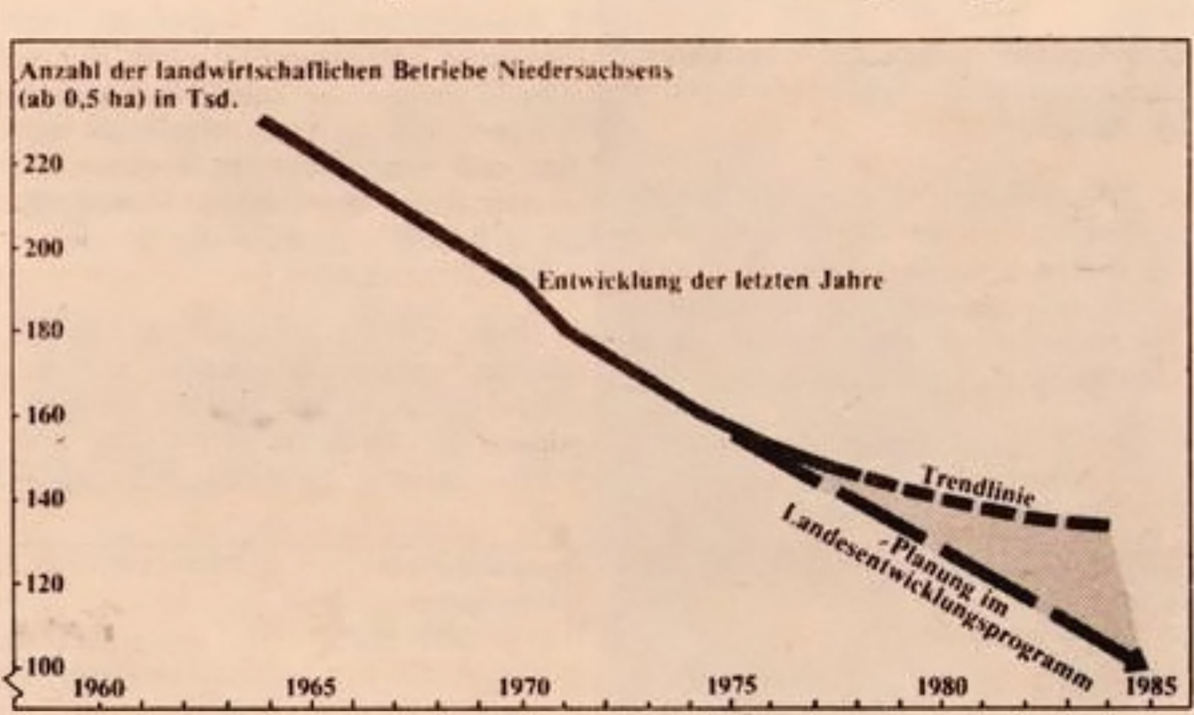
Der Regierungsentwurf sieht eine neue Form der Gewinnermittlung, die Einnahmen-Ausgaben-Überschußrechnung, vor, mit der 130000 Bauern zu einer einfachen Buchführung gezwungen werden sollen. Tatsächlich verweigern die Bauern seit Jahrzehnten ihre steuerliche Erfassung, indem sie keine Bücher führen. Insofern greifen die Agrarkapitalisten scheinbar diese Interessen auf, wenn die Entschließung des Bauerntages ,,eine zusätzliche Einnahmen-Ausgaben-Überschußrechnung ablehnt''.

Entscheidend ist im Regierungsentwurf die vorgeschlagene Anhebung der Durchschnittssätze bei der Gewinnermittlung. 570000 Bauern (bislang 143000) kommen dadurch in die Besteuerung. Nach der Einkommenssteuerstatistik sind es Bauern, die um die 20 ha Land bewirtschaften. Die Entschließung des Bauerntags läßt für diese Maßnahme alles *offen*, wenn gefordert wird, die geplante ,,Heraufsetzung der Durchschnittssätze zu revidieren'', weil ,,sie weit über das vertretbare Maß hinausgeht'', und stattdessen ,,realistische Größen'' bei der steuerlichen Durchschnittsbewertung der Betriebe und der Arbeitsleistung der Bauern fordert. Der Vorschlag der Agrarkapitalisten, der sich scheinbar gegen die Regierungspläne wendet, ist Streit um die *Methoden* der Steuerausplünderung: ,,(Der) Belastungssprung beim Übergang der Besteuerung von Durchschnittssätzen auf Gewinnermittlung durch Buchführung kann durch eine entsprechend *differenziert* ausgestaltete Gewinnermittlung vermieden werden''. Damit ist der Kampf der Bauern gegen die Erhöhung der Bewertungssätze bei der steuerlichen Erfassung aufgegeben und die Freigabe der Masse der Bauern ab 20 ha Landbewirtschaftung zur Besteuerung eingeleitet. Gut möglich, daß die Regierung den Plan der Einnahmen-Ausgaben-Überschußrechnung nach ,,Anhörung der Verbände'' fallen läßt, weil das beabsichtigte Ziel auch so im wesentlichen erreicht wäre.

Im Streit steht die Ausdehnung der schon bestehenden Buchführungspflicht. Die Regierung fordert sie ab einem Wirtschaftswert von 40000 DM, das betrifft alle Bauern etwa ab 30 ha Landbewirtschaftung. Der Bauernverband fordert: ,,Die Verpflichtung zur Buchführung soll mit einem Wirtschaftswert von mindestens 48000 DM einsetzen''. Damit sind die Betriebsgrößen zwischen 25 und 50 ha (Jahresdurchschnittlicher Gewinn: ca. 36000 DM) erfaßt. Auf sie konzentriert sich der Hauptangriff der Agrarkapitalisten als Konkurrenten auf dem Markt. Bislang waren 40000 Bauern in diesem Bereich der Buchführung unterworfen. Neu erfasst würden ca. 116000 Bauern. Prinzipielle Einigkeit besteht zwischen Regierung und Agrarkapitalisten auch in der Frage der Sonderabschreibungen, die für Investitionen bei Neubauten und Anschaffung von großer Maschinerie weitergewährt werden (§§76-78 EStG).

Äußerungen wie die des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft NGG, Döding, ,,das Mißverhältnis zwischen der Einkommensbesteuerung der Landwirte und der Steuerpflichtigkeit der Arbeitnehmer müsse beseitigt werden, den Bauern sei endlich klar zu machen, wie bevorzugt sie behandelt werden'', beabsichtigen zusätzliche Spaltung. Es wäre besser, die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Bauern gegen die steigende Steuerausplünderung zu klären und die Forderungen der Bauern gegen die Ausdehnung der Buchführungspflicht durch die Gewerkschaften zu unterstützen.

Vernichtung der kleinen und mittleren Bauern geht der Bourgeoisie nicht schnell genug



r.kea. Aus Anlaß von Flurbereinigungsmaßnahmen im Raum Duderstadt will die Landwirtschaftskammer Hannover jetzt genauer die wirtschaftliche Lage der Bauern ausforschen. ,,Wir brauchen eine Fülle von Daten, um die Flurbereinigung effektiver zu gestalten (und)... in jedem einzelnen Fall individuell beraten zu können. Deswegen werden nicht nur Landwirte gefragt, wie ihr Betrieb nach Anbau, Ertrag und Gewinn ausssieht, sondern es wird mit jedem Familienmitglied gesprochen, das von diesem landwirtschaftlichen Betrieb abhängt.'' (Herbert Johannig, sozio-ökonomischer Berater der Landwirtschaftskammer Hannover im Eichsfelder Tageblatt vom 28.6.79). Für jeden Betrieb soll dann eine Analyse ausgearbeitet werden. – Die Bourgeoisie hat feststellen müssen, daß die Marschrichtung des Bauernlegeprogramms, welches die Landesregierung 1973 in das Landesentwicklungsprogrammm hat schreiben lassen, in den letzten Jahren nicht eingehalten werden konnte. (Schaubild)

Die Landesregierung ist jetzt hinterher, mit den erwähnten Untersuchungen und z.B. dem Buchführungszwang neue Maßnahmen zur planmäßigen Beschleunigung der kapitalistischen Bodenkonzentration und der Enteignung der kleinen und mittleren Bauern vorzubereiten.

Landarbeiter in der DDR: Rechtlos der Lohnsklaverei ausgesetzt
Neue Bourgeoisie beklagt Arbeitskräftefluktuation / Immer mehr Bauern wandern ab
z.rua. Die Verlustprüferin begutachtet die Körner, die in der Prüfschale zurückgeblieben sind und entscheidet: der Mähdrescher kann noch eine Stufe schneller gefahren werden – die Motoren haben noch Reserven. So und ähnlich steht es tagtäglich im ,,Bauern-Echo'', dem Zentralorgan der Bauernpartei der DDR, unter der Rubrik: Aus jeder Mark, aus jeder Stunde den höchsten Nutzeffekt für die Volkswirtschaft erbringen. Mag sein, daß die Motoren noch Reserven haben. Ob der Mähdrescherfahrer und die das Stroh bergenden Landarbeiter noch welche nung ablehnt''.
Entscheidend ist im Regierungsentwurf die vorgeschlagene Anhebung der Durchschnittssätze bei der Gewinnermittlung. 570000 Bauern (bislang 143000) kommen dadurch in die Besteuerung. Nach der Einkommenssteuerstatistik sind es Bauern, die um die 20 ha Land bewirtschaften. Die Entschließung des Bauerntags läßt für diese Maßnahme alles offen, wenn gefordert wird, die geplante ,,Heraufset-
wird. Ohnehin kann sie nur zu 90% aus einheimischen Ressourcen gedeckt werden. Die Halbjahresbilanz für 1979 weist für Milch eine Planuntererfüllung von 2% aus, der Plan für Schlachtvieh konnte nur deshalb um 0,2% überboten werden, weil 3% aller Kälber im Winter mangels Futter geschlachtet werden mußten.
Der anfangs freiwillige Zusammenschluß der Bauern zu Produktionsgenossenschaften verschiedenen Typs (je nachdem, ob Boden oder Boden und Geräte oder Boden, Geräte und Vieh in die LPG eingebracht wurden) ist längst durchschnittlicher Gewinn: ca. 36000 DM) erfaßt. Auf sie konzentriert sich der Hauptangriff der Agrarkapitalisten als Konkurrenten auf dem Markt. Bislang waren 40000 Bauern in diesem Bereich der Buchführung unterworfen. Neu erfasst würden ca. 116000 Bauern. Prinzipielle Einigkeit besteht zwischen Regierung und Agrarkapitalisten auch in der Frage der Sonderabschreibungen, die für Investitionen bei Neubauten und Anschaffung von großer
die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte nur in Ausnahmefällen und für kurze Zeit gestattete, ist darin die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte ausdrücklich festgehalten. Damit soll die zunehmende Landflucht aufgefangen
Durchschnittliches Monatseinkommen der Arbeiter und Angestellten (in Mark)
Jahr Gesamt Industrie Landwirtschaft
1955.. 439 460 324
brauchen eine Fülle von Daten, um die Flurbereinigung effektiver zu gestalten (und)... in jedem einzelnen Fall individuell beraten zu können. Deswegen werden nicht nur Landwirte gefragt, wie ihr Betrieb nach Anbau, Ertrag und Gewinn ausssieht, sondern es wird mit jedem Familienmitglied gesprochen, das von diesem landwirtschaftlichen Betrieb abhängt.'' (Herbert Johannig, sozio-ökonomischer Berater der Landwirtschaftskammer Hannover im Eichsfelder Tageblatt
stößen gegen die Arbeitsdisziplin'' wie Zuspätkommen, unentschuldigtes Fehlen, unsachgemäße Bedienung der Maschinerie usw. werden ihnen Strafen bis zu 30 Arbeitseinheiten auferlegt. Außerhalb der Saison werden sie von der LPG entsprechend ihrer erlernten Qualifikation an Industriebetriebe ,,delegiert''.
Unter den LPG tobt die Konkurrenz, um sich gegenseitig Arbeitskräfte abzuwerben und so die Planaufgaben zu realisieren. In Stellenanzeigen werden den Arbeitern Vergünstigungen wie Prämienzahlungen oder die Mög- Landesregierung 1973 in das Landesentwicklungsprogrammm hat schreiben lassen, in den letzten Jahren nicht eingehalten werden konnte. (Schaubild)
Die Landesregierung ist jetzt hinterher, mit den erwähnten Untersuchungen und z.B. dem Buchführungszwang neue Maßnahmen zur planmäßigen Beschleunigung der kapitalistischen Bodenkonzentration und der Enteignung der kleinen und mittleren Bauern vorzubereiten.

Landarbeiter in der DDR: Rechtlos der Lohnsklaverei ausgesetzt

Neue Bourgeoisie beklagt Arbeitskräftefluktuation / Immer mehr Bauern wandern ab

z.rua. Die Verlustprüferin begutachtet die Körner, die in der Prüfschale zurückgeblieben sind und entscheidet: der Mähdrescher kann noch eine Stufe schneller gefahren werden – die Motoren haben noch Reserven. So und ähnlich steht es tagtäglich im ,,Bauern-Echo'', dem Zentralorgan der Bauernpartei der DDR, unter der Rubrik: Aus jeder Mark, aus jeder Stunde den höchsten Nutzeffekt für die Volkswirtschaft erbringen. Mag sein, daß die *Motoren* noch Reserven haben. Ob der *Mähdrescherfahrer* und die das Stroh bergenden Landarbeiter noch welche haben, ist eine andere Sache. Ihr Lohn ist davon abhängig, innerhalb einer vorgegebenen Zeit eine bestimmte Menge Getreide eingebracht zu haben. Wird diese Zeit überschritten, gibt es Lohneinbußen. Der volle Lohn wird aber auch bei Einhalten des Termins nur gezahlt, wenn die Verluste des Getreides unter 1% liegen. Bei Verlusten von 1,5% erhalten die Landarbeiter nur 90% des Lohnes, bei 2% sind es nur noch 80% (Bauern-Echo, 25.7.).

Mit Sonnenaufgang beginnt die Arbeit auf den Feldern. 20 Stunden am Tag könne gedroschen werden, haben Agrarwissenschaftler ermittelt, die zur Kontrolle auf die Felder geschickt werden. Das Arbeitsgesetz der DDR legt den Normalarbeitstag auf 8,75 Stunden an 5 Wochentagen fest. Jedoch kann dieser – insbesondere während der Aussaat und der Ernte – ausgedehnt werden. Im Gesetz verbrieft ist nur, daß der Arbeitstag *auf Dauer* 12 Stunden nicht überschreiten *soll*, und daß dem Landarbeiter ein freier Sonntag nur alle 14 Tage zusteht. Während der Ernte werden die Pausen auf ein Minimum reduziert. Die Nahrungsmittelaufnahme erfolgt auf den Feldern.

Am 26. Juli waren im Durchschnitt der DDR 60% der Wintergerste eingebracht. Mit der Ernte von Frühkartoffeln, die normalerweise schon abgeschlossen ist, wurde noch gar nicht begonnen. Erst auf einem geringen Teil der Anbaufläche ist das Sommergetreide in den Boden gebracht. Es zeichnet sich deutlich ab, daß die landwirtschaftlichen Erträge unter den vorgegebenen Planziffern liegen werden, und die Nahrungsmittelversorgung der Volksmassen der DDR noch enger wird. Ohnehin kann sie nur zu 90% aus einheimischen Ressourcen gedeckt werden. Die Halbjahresbilanz für 1979 weist für Milch eine Planuntererfüllung von 2% aus, der Plan für Schlachtvieh konnte nur deshalb um 0,2% überboten werden, weil 3% aller Kälber im Winter mangels Futter geschlachtet werden mußten.

Der anfangs freiwillige Zusammenschluß der Bauern zu Produktionsgenossenschaften verschiedenen Typs (je nachdem, ob Boden oder Boden und Geräte oder Boden, Geräte und Vieh in die LPG eingebracht wurden) ist längst zu einer Zwangsgemeinschaft geworden. Mit Ausnahme der Kirchen, die über große Ländereien verfügen, ist heute sämtlicher privater Boden enteignet. Zwar haben die LPG-Mitglieder noch formal den Besitztitel über das eingegebrachte Land; entscheiden, was darauf angebaut wird, können sie jedoch nicht. Im Laufe der letzten 20 Jahre hat die neue Bourgeoisie systematisch die Ruinierung der kleineren LPGs durch Konzentration in spezialisierten Großbetrieben der Pflanzen- und Tierproduktion betrieben.

Die LPG erhalten Planaufgaben über Menge und Qualität der an staatliche Verarbeitungs- und Vermarktungsbetriebe abzuliefernden Produkte. Werden die Planauflagen nicht erreicht, werden die Aufkaufspreise reduziert. Das Jahreseinkommen der LPG-Mitglieder wird entsprechend den Planaufgaben in tägliche Arbeitseinheiten umgerechnet. Auf dieser Grundlage erhalten sie während der einzelnen Monate 80% Abschlag. Die restlichen 20% werden zum Jahresende erst dann ausgezahlt, wenn die vorgegebenen Planziffern realisiert wurden. Die unsichere materielle Lage zwang viele Bauern zur Aufgabe des Bodens und zur Umsiedlung in die Städte, um ihre Arbeitskraft teurer zu verkaufen. Sind ihre Kinder nicht bereit, an ihre Stelle in der LPG zu treten, verfällt der Besitzanteil am Boden an den Staat, der ihn der LPG verpachtet.

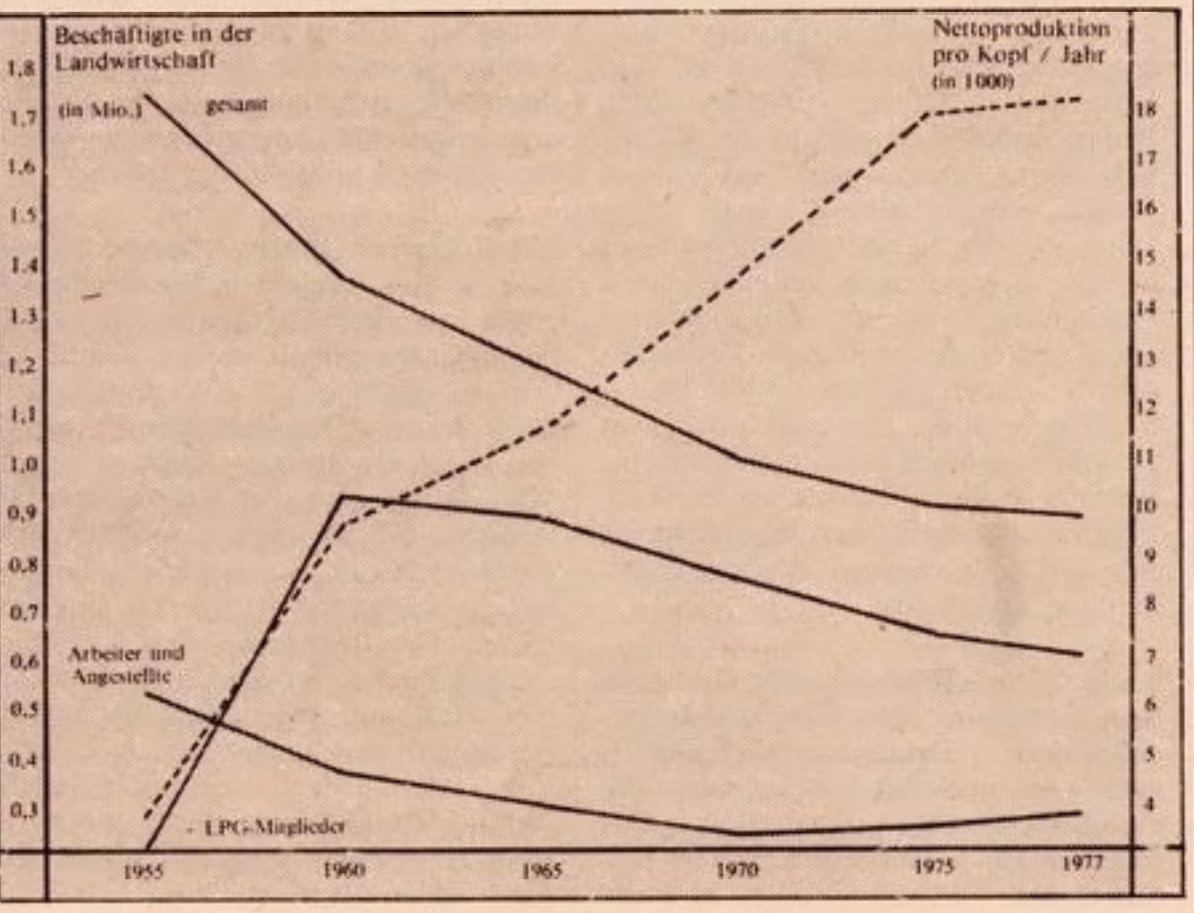
Seit dem 1.1.1978 ist ein neues Musterstatut der LPG in Kraft. Im Gegensatz zum Musterstatut von 1959, das die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte nur in Ausnahmefällen und für kurze Zeit gestattete, ist darin die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte ausdrücklich festgehalten. Damit soll die zunehmende Landflucht aufgefangen werden. Haben die LPG-Mitglieder, deren materielle Lage sich nicht wesentlich von der der Landarbeiter unterscheidet, wenigstens noch das Recht, in Vollversammlungen, im Vorstand und Kommissionen der LPG ihre Einwände und Vorschläge zu erörtern, ist den Landarbeitern von vornherein dieses Recht beschnitten. Ihre Löhne werden staatlich festgesetzt. Bei ,,Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin'' wie Zuspätkommen, unentschuldigtes Fehlen, unsachgemäße Bedienung der Maschinerie usw. werden ihnen Strafen bis zu 30 Arbeitseinheiten auferlegt. Außerhalb der Saison werden sie von der LPG entsprechend ihrer erlernten Qualifikation an Industriebetriebe ,,delegiert''.

Durchschnittliches Monatseinkommen der Arbeiter und Angestellten (in Mark)

Jahr	Gesamt	Industrie	Landwirtschaft
1955..	439	460	324
1960..	558	571	475
1965..	640	656	573
1970..	762	770	710
1975..	897	895	886
1977..	954	955	939

(Quelle: Statistische Jahrbücher der DDR)

Unter den LPG tobt die Konkurrenz, um sich gegenseitig Arbeitskräfte abzuwerben und so die Planaufgaben zu realisieren. In Stellenanzeigen werden den Arbeitern Vergünstigungen wie Prämienzahlungen oder die Möglichkeit privater Nutzung von maximal 0,5 ha Land als Köder angeboten. In der ,,Neuen Deutschen Bauernzeitung'' 23/79 greift die neue Bourgeoisie diese Praktiken an, insbesondere weil dadurch ,,besonders Umzugsfreudige, die nirgendwo warm werden und bis zur Neige alle Vorteile ausschöpfen'', ermutigt würden. Zum 1. Juli ist ein neues Gesetz in Kraft getreten, das die Arbeitsvermittlung noch stärker in den Händen des Staates konzentriert und sowohl Arbeiter als auch Betriebe ihrer Entscheidungsfreiheit beraubt. Eine Maßnahme, die den Ruin der kleineren Betriebe beschleunigt und die Arbeiter auf Lebenszeit an die ,,rentablen'' Betriebe binden soll.



Spanische Landarbeiter streiken gegen Rationalisierung

z.jon. Die Landarbeiter in der Zuckerrübenproduktion der südspanischen Provinzen Cadiz und Sevilla haben am 16. und 17.7. gegen Entlassungen nach dem Einsatz neuer Erntemaschinen gestreikt. Der Streik wurde durch Solidaritätsstreiks in der Bauindustrie, auf den Weingütern und von seiten der Kaufleute unterstützt. Bei Angriffen der Polizei auf die Streikenden, die die Erntemaschinen, Straßenkreuzungen und Eisenbahnlinien blockierten, wurden mehrere Arbeiter verletzt und festgenommen. Am 18.7. erzwangen alle Landarbeiter der beiden Provinzen mit einem Streik die Freilassung der Festgenommenen. Die Landarbeitergewerkschaft SOC erklärte: Wir sind nicht gegen den Einsatz von Landmaschinen, aber dagegen, daß mithilfe dieser Maschinen die Arbeitslosigkeit vergrößert wird. – In den Provinzen Cadiz und Sevilla wird auf großen Gütern ein Viertel der spanischen Zuckerrüben produziert. Die Landarbeiter bilden die Mehrheit aller Lohnabhängigen. Die Arbeitslosigkeit ist mit 14,5% bzw. 16,2% die höchste in ganz Spanien (Durchschnitt: 7,14%). 1976 verdiente ein spanischer Landarbeiter durchschnittlich 483 Peseten am Tag, die Hälfte des Hilfsarbeiterlohns in der Metallindustrie. Im Vergleich zur Industrie sinken die Landarbeiterlöhne. Der Metallarbeiterlohn war zwischen 1972 und '76 nominal um 180% gestiegen, der Landarbeiterlohn um 125%.

Französische Schafzüchter kämpfen gegen Bauernlegen

z.inl.Paris. Über 10000 Schafzüchter demonstrierten am 26.7. in Limoges gegen die geplante EG-Marktordnung für Hammelfleisch. Wie die kleinen Winzer, Kartoffelproduzenten und Schweinezüchter kämpfen die 150000 Schafzüchter gegen die Ruinierung ihrer Existenz durch den Konkurrenzkampf der Imperialisten. Frankreich hat in der EG den zweitgrößten Schafbestand (11 Mio.) nach Großbritannien (20 Mio.). Sein Anteil an der Hammelfleischproduktion beträgt 29% (GB: 46%). Aber der britische Schutzzöllen wird der französische Markt dicht gehalten, den Profit dabei nachen die Nahrungsmittelmonopole. Mit der Marktordnung sollen die Zölle im Inneren der EG fallen, ein einheitlicher Preis wird festgesetzt. ,,Modernisierung der Produktionsstrukturen'' nennt die EG-Kommission in Einklang mit dem französischen Agrarministerium den Vorgang, der dann folgt: Die Preise sinken von etwa 24 auf 17 FF/kg, die kleinen Züchter sind gezwungen aufzugeben. ,,Weil ich auf meinem Land von einer anderen Produktion nicht leben kann, hat man mich veranlaßt, einen Entwicklungsplan zu unterschreiben. Ich habe mich eingerichtet, verschuldet. Der Hammel ist die einzige Produktion, von der wir auf unserem Land leben können'', sagt

z.inl.Paris. Über 10000 Schafzüchter demonstrierten am 26.7. in Limoges gegen die geplante EG-Marktordnung für Hammelfleisch. Wie die kleinen Winzer, Kartoffelproduzenten und Schweinezüchter kämpfen die 150000 Schafzüchter gegen die Ruinierung ihrer Existenz durch den Konkurrenzkampf der Imperialisten. Frankreich hat in der EG den zweitgrößten Schafbestand (11 Mio.) nach Großbritannien (20 Mio.). Sein Anteil an der Hammelfleischproduktion beträgt 29% (GB: 46%). Aber der britische Schutzzöllen wird der französische Markt dicht gehalten, den Profit dabei nachen die Nahrungsmittelmonopole. Mit der Marktordnung sollen die Zölle im Inneren der EG fallen, ein einheitlicher Preis wird festgesetzt. ,,Modernisierung der Produktionsstrukturen'' nennt die EG-Kommission in Einklang mit dem französischen Agrarministerium den Vorgang, der dann folgt: Die Preise sinken von etwa 24 auf 17 FF/kg, die kleinen Züchter sind gezwungen aufzugeben. ,,Weil ich auf meinem Land von einer anderen Produktion nicht leben kann, hat man mich veranlaßt, einen Entwicklungsplan zu unterschreiben. Ich habe mich eingerichtet, verschuldet. Der Hammel ist die einzige Produktion, von der wir auf unserem Land leben können'', sagt ein Bauer. Bis zum Agrarministertreffen im September sind zwei weitere Kundgebungen beschlossen.

Viehseuchenbekämpfungsgesetz zur Ruinierung irischer Bauern

z.rül.London. Nachdem die irische Regierung vor gerade drei Monaten eine Verdreifachung der Steuerausplünderung der Bauern von 45 Mio. Punt (1978) auf ca. 142 Mio. Punt 1980 (1 Punt = 3,79 DM) beschlossen hatte, legte letzte Woche Donnerstag der irische Senat eine weitere Abgabe der Bauern in Höhe von umgerechnet 38 Mio. DM im Jahr fest. Angeblich soll diese Abgabe der Finanzierung von Programmen zur Bekämpfung der Viehseuchen dienen. Tatsächlich sind die bisherigen Programme etwa zur Bekämpfung von TB bei Rindern nichts anderes als Goldgruben für die Fleischfabriken der Imperialisten gewesen, die den Löwenanteil der seit 1965 aufgewendeten 250 Mio. Punt als Preissubventionen für krankes Vieh in die Tasche steckten, während die Zahl der von TB befallenen Herden auf 4% *anstieg.* Allein 5 Mio. Punt oder 19 Mio. DM sollen jetzt die etwa 95000 Milchbauern zahlen, 0,5 Pence je Gallone oder 0,42 Pfennig je Liter Milch. Gegenwärtig erhalten die in der Regel kleinen Milchbauern – 80% haben weniger als 20 Stück Vieh, die durchschnittliche Herdengröße liegt bei 13 Milchkühen – 49 Pfennig je Liter Milch, bei Ablieferung an die Molkereien sogar nur 44,5 Pfennig. Der irische Bauernverband lehnt die neue Abgabe ab und fordert eine Erhöhung der Milchpreise für die Bauern um 8%.

Lohnsumme – Lohnsummenverteilung (V)

– Die effektive Lohn- und Gehaltssumme 1974 bis 1978 –

Der Durchschnittslohn, den man aus den Löhnen und Gehältern der in der Rentenversicherung Pflichtversicherten errechnet, erreichte 1974 149% des Ecklohns in der metallverarbeitenden Industrie, 1976 stand er bei 151% und 1978 bei 150%. Tatsächlich liegt der Durchschnitt der Löhne und Gehälter, die in der metallverarbeitenden Industrie gezahlt werden, höher als der allgemeine Durchschnitt. Wir haben die metallverarbeitende Industrie nach vier Hauptzweigen, dem Maschinenbau, der Elektroindustrie, dem Fahrzeugbau und dem Schiffbau eingeteilt und erhalten: für den Maschinenbau 1978 Durchschnitt = 158% Ecklohn, für die Elektroindustrie 1978 Durchschnitt = 151% Ecklohn, für den Fahrzeugbau 1978 Durchschnitt = 173% Ecklohn und für den Schiffbau 1978 Durchschnitt = 162% Ecklohn. – Von der in der metallverarbeitenden Industrie effektiv gezahlten Lohn- und Gehaltssumme sind also aller Wahrscheinlichkeit nach nicht einmal zwei Drittel tariflich gesichert. Die Tarife sind, mit anderen Worten, so niedrig, daß die Kapitalisten durch die Belegschaften gezwungen werden können, das Anderthalbfache zu zahlen.

Um diese riesige Geldmasse gibt es scharfe Kämpfe. Die Kapitalisten versuchen diese Summe einzusetzen, um sich Antreiber und Zuträger zu züchten und zu erhalten. Die Belegschaften, geführt durch die Betriebsräte und Vertrauensleute, versuchen, diese umherschwappende Spaltmasse wenigstens auf betrieblicher oder auch auf Konzernebene tariflich sicher zu bekommen. Eine unseelige Verkettung mit den Tarifbewegungen tritt ein. Der Tarifkampf splittet sich in zwei Abschnitte auf. Zuerst versuchen die Belegschaften der Metallindustrie mit vereinter Kraft, den Gesamttarif zu sichern. Aber es steht schon fest, wie hoch immer die erkämpfte Erhöhung auch sein mag, rechnerisch könnten die Kapitalisten sie in der Effektivlohnsumme gemütlich verschwinden lassen. Also folgt eine zweite Phase, in der die einzelnen Belegschaften versuchen müssen, die Tariferhöhung ins „Effektive" sozusagen zu überwälzen. Die falsche Idee liegt da schon nahe, daß hohe Tarifabschlüsse bloß dies Geschäft der Überwälzung ins Effektive erschweren würden; auf diese Weise kommt eine gewisse „Entschärfung" in den Tarifkampf und das mag ein Grund sein, warum die IG-Metall so schlechte Abschlüsse tätigen konnte, wie sie getan hat in den letzten Jahren.

Unter diesen Umständen war es für die Kapitalisten ein leichtes, auf die besondere Vereinbarung des Lohngruppenschlüssels zu verzichten. Sie mögen sich denken, daß bei dieser Spanne

ten und zu erhalten. Die Belegschaften, geführt durch die Betriebsräte und Vertrauensleute, versuchen, diese umherschwappende Spaltmasse wenigstens auf betrieblicher oder auch auf Konzernebene tariflich sicher zu bekommen. Eine unseelige Verkettung mit den Tarifbewegungen tritt ein. Der Tarifkampf splittet sich in zwei Abschnitte auf. Zuerst versuchen die Belegschaften der Metallindustrie mit vereinter Kraft, den Gesamttarif zu sichern. Aber es steht schon fest, wie hoch immer die erkämpfte Erhöhung auch sein mag, rechnerisch könnten die Kapitalisten sie in der Effektivlohnsumme gemütlich verschwinden lassen. Also folgt eine zweite Phase, in der die einzelnen Belegschaften versuchen müssen, die Tariferhöhung ins „Effektive" sozusagen zu überwälzen. Die falsche Idee liegt da schon nahe, daß hohe Tarifabschlüsse bloß dies Geschäft der Überwälzung ins Effektive erschweren würden; auf diese Weise kommt eine gewisse „Entschärfung" in den Tarifkampf und das mag ein Grund sein, warum die IG-Metall so schlechte Abschlüsse tätigen konnte, wie sie getan hat in den letzten Jahren.

Unter diesen Umständen war es für die Kapitalisten ein leichtes, auf die besondere Vereinbarung des Lohngruppenschlüssels zu verzichten. Sie mögen sich denken, daß bei dieser Spanne
zwischen Tariflohnsumme und effektiv gezahlter Lohnsumme sie fast jede Forderung würden ausgleichen können.

Welche Gefahren für den einheitlichen Kampf um einheitliche Tarife aus dieser umherschwappenden Geldsumme kommen, das kann man eigentlich nur absehen, wenn man die Verteilung der effektiv gezahlten Löhne und Gehälter untersucht. Wir haben diese Verteilung für die vier Hauptzweige der metallverarbeitenden Industrie untersucht, und damit man besser versteht, was da abläuft, haben wir die Entwicklung dieser Verteilung gleich mit untersucht.

Die ganze Lohn- und Gehaltskatastrophe in der metallverarbeitenden Industrie wird anschaulich. Damit der Vergleich leichter fällt, haben wir die Verteilung für die jeweiligen Jahre jeweils auf den Punktedurchschnitt der Rentenversicherten = 100% gleich gestellt, so daß die jeweils senkrecht übereinander liegenden Lohnklassen sich entsprechen. Folgendes Ergebnis hat man da:

1. Das Maximum, d.h. die Entlohnungsklasse, in der die meisten Arbeiter und Angestellten beschäftigt sind, sinkt, bezogen auf den Durchschnitt der Rentenversicherten. Dies ist in allen vier Sparten ganz auffällig.

2. Der Abstand dieses Maximums zu den höchsten Entlohnungsklassen, in denen den Kapitalisten verpflichtetes Aufsichtspersonal hockt, nimmt auch andauernd zu.

3. Besonders deutlich beim Schiffbau: Die Schichtung der zwischen den Kapitalisten und der Belegschaft stehenden Angestellten und ausgesprochen überdurchschnittlich verdienender Arbeiter wurde so viel wie vernichtet. Man ist jetzt entweder „oben", d.h. bei den Kapitalisten, oder ziemlich nahe beim Gros der Belegschaft.

4. Gut zu erkennen beim Maschinenbau: Die etwas besser verdienenden Facharbeiter, die 1974 noch das Maximum bilden, sind 1978 in der Verteilung so gut wie eingeebnet.

5. Vorderhand noch undeutlich, aber insgesamt unverkennbar schält sich in allen Zweigen der metallverarbeitenden Industrie ein neues Maximum heraus, und zwar direkt am äusseren untersten Rand der ganzen Verteilung, am weitesten fortgeschritten ist dies in der Elektroindustrie.

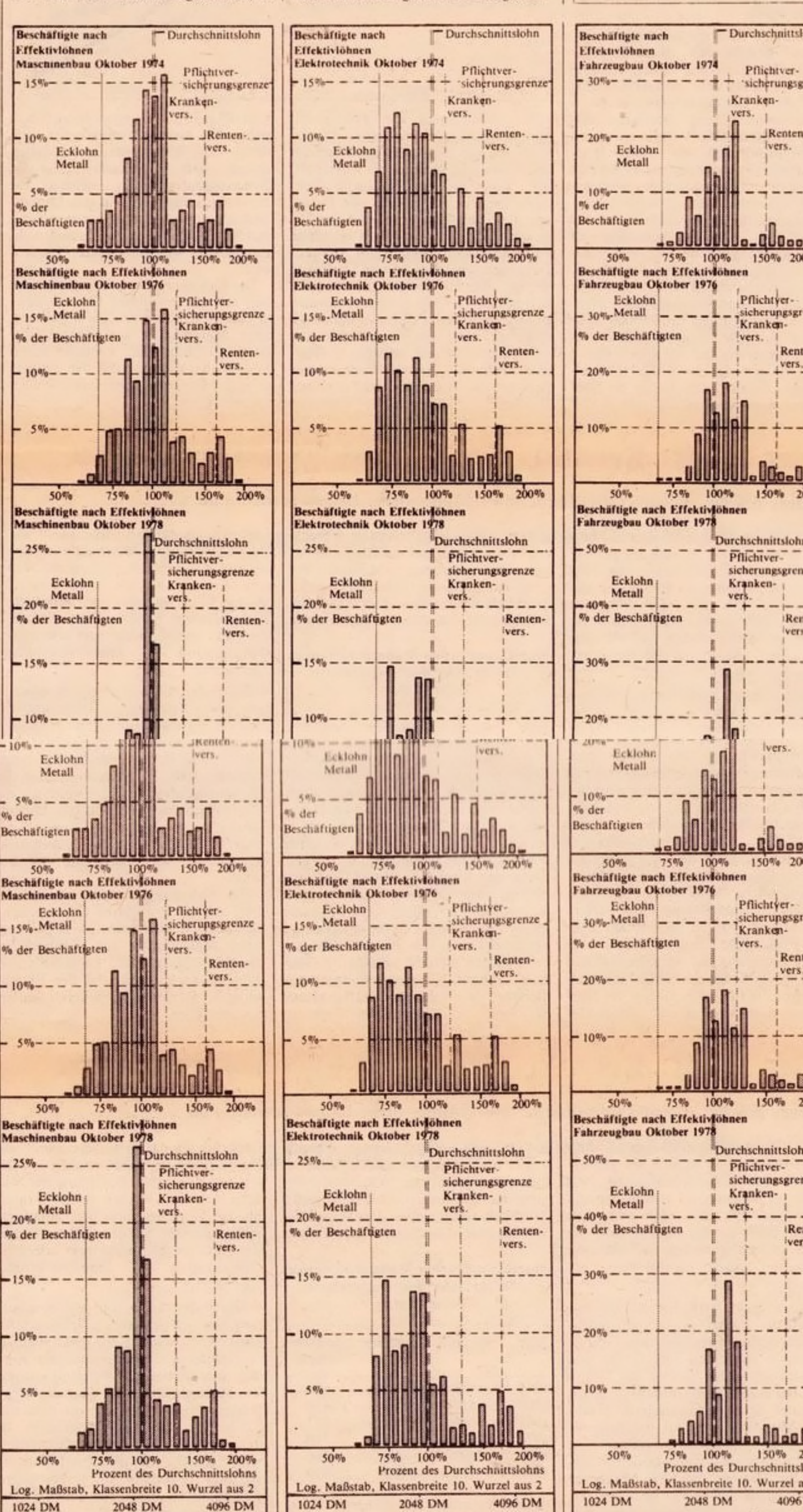
Insgesamt: Das Maximum der Belegschaften wandert langsam auf den tariflich sicheren Lohn zu. Die Anstrengungen der durch die Betriebsräte und Vertrauensleute geführten Belegschaften haben nicht ausgereicht, um die Effektivlohnstruktur sichern zu können. Die Kapitalisten haben den Arbeitsmarkt benutzt, um eine sehr erhebliche Umwälzung der Effektivlohnverteilung einzuleiten. Die Hauptleidtragenden werden bei dem ganz schlecht verdienenden Teil der Belegschaften und beim deutlich etwas besser verdienenden Teil zu finden sein.

Und bei dem ganzen darf man ja sowieso nicht vergessen, daß wir die Verteilung der Bruttolöhne und -gehälter berechnet haben, und den Kaufkraftverlust bloß herausbereinigt, indem wir auf den Durchschnitt der Rentenversicherten gleichgestellt haben. Das ganze hat mit hoher Sicherheit auch noch auf einem insgesamt abschüssigen Niveau stattgefunden.

Es wäre wirklich die höchste Zeit, etwas Deutliches für die Tariflöhne zu tun. Zum Abschluß: Wie würde eine Forderung von 170 DM, 8% mindestens auf die Effektivlöhne wirken? In der Hauptsache strategisch sichernd, denn die Tarifmarken würden hochgeschoben werden. Wahrscheinlich jedoch würde es in der jetzt beginnenden Lohnbewegung noch möglich sein, die volle Überwälzung dieser Forderung auf die Effektivlöhne durchzusetzen, genaueres dazu in der nächsten Ausgabe der Betriebszeitungen.

Sonderzahlungen, Steinkühler, Loderer ...

Steinkühler hat den Tarifvertrag für die Sonderzahlungen kündigen lassen wollen, ohne eine Vorstellung über die Forderung zu äußern und ohne über den Zusammenhang mit der Tarifforderung etwas zu sagen. Daran kann man sehen, es war ihm nichts ernst gewesen. Loderer hat sich dagegen ausgesprochen und auf die Notwendigkeit von Tarifforderungen verwiesen, ohne sich über diese Tarifforderungen zu äußern. Daran kann man sehen, es kam ihm in der Hauptsache darauf an, zu bremsen. Weder mit Steinkühler gegen Loderer noch umgekehrt ist die Sache einen Konflikt wert. Wichtig ist, daß die Forderung auf die Tarife bald steht, dann wird sich zeigen, wer mit wem geht. Inzwischen holen viele Betriebsräte noch Sonderzahlungen heraus und das geht auch. SKF in Schweinfurt hat jetzt 500 DM bezahlen müssen.





z.hef.London. **Mehr als 5000 Stahlarbeiter demonstrierten nach Ende der Nachtschicht am 20. Juli in Corby gegen die geplante Entlassung von 5000 Arbeitern.** Auf der anschließenden Kundgebung nahmen sie eine Resolution an, in der sie die Gewerkschaftsführung zur Durchführung eines Streiks aller britischen Stahlarbeiter gegen die Stillegungen auffordern. Zwischen März 1975 und März 1979 reduzierte das staatliche Stahlmonopol British Steel Corporation die Gesamtbelegschaft bereits von 228300 auf 186000, also um 19%. Von den 11000 Arbeitern in Corby wollen die Kapitalisten die 5000, die in der Stahlherstellung arbeiten, entlassen. Das Röhrenwerk soll mit Stahl aus anderen BSC-Werken weiterproduzieren, jedenfalls vorerst. Corby liegt inmitten großer Erzlager. Zur profitabelsten Nutzung dieser Erzlager gründeten schottische Stahlkapitalisten in den dreißiger Jahren das Werk. Inzwischen wirft die Ausbeutung in neuen Stahlwerken an der Küste, mit billigem Transport ausländischer Erze, mehr Profit ab. Ein entlassener Arbeiter würde 17,50 Pfund Arbeitslosengeld in der Woche bekommen, knapp über 300 DM im Monat, weniger als ein Viertel seines Lohns. Vielleicht noch Familienbeihilfe. Die Entlassungen bedeuten einen erheblichen Druck auf den Lohn für alle Arbeiter in der Region. Die Stahlarbeiter finden deswegen große Unterstützung. British Steel hat noch kein Angebot für einen Sozialplan gemacht. Bei anderen Schließungen waren sie gezwungen worden, zwei Jahre lang einen Teil des Lohns zu zahlen, zusätzlich zur Abfindung.

z.whm. **Die „Internationale Grafische Konföderation", Dachverband der europäischen Druckergewerkschaften, teilt in einem Solidaritätsaufruf an die einzelnen Druckgewerkschaften in Europa am 16. 7. 1979 mit,** „daß im Unternehmen NEOGRAVURE in Paris ein Konflikt ausgebrochen ist. Die Unternehmensleitung versucht, ‚Télé 7 jours' und ‚Paris Match' im Ausland drucken zu lassen. Diese Publikationen werden normalerweise im Tiefdruckverfahren hergestellt, doch ist es auch möglich, daß NEOGRAVURE diese Zeitschriften im Ausland im Offsetverfahren drucken läßt. Dringend bitten wir die uns angeschlossenen Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß in ihrem Organisationsgebiet keine von dem genannten Unternehmen verlagerten Arbeiten ausgeführt werden."

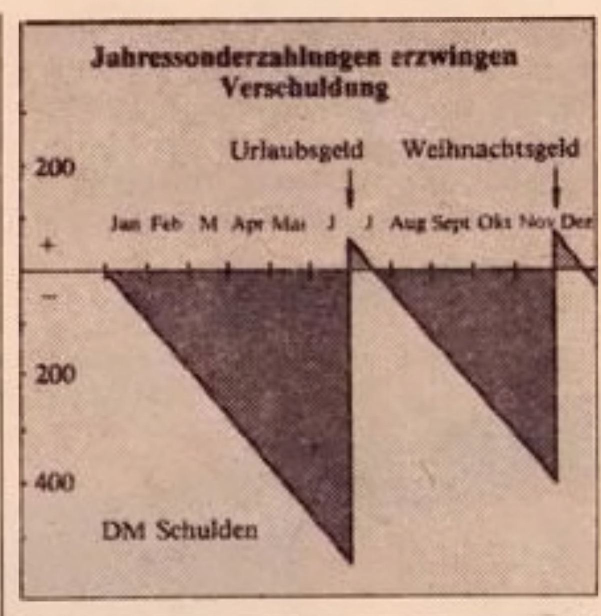
z.bag.Aarhus. **In den letzten 5 Jahren sind in der dänischen Werftindustrie 6000 von 20000 Beschäftigten wegrationalisiert worden.** Davon allein 2000 Anfang 1976 bei B+W (Burmeister und Waines), Kopenhagen. Anfang dieses Jahres arbeiteten dort nur noch 800. Von diesen haben jetzt weitere 150 Arbeiter die Kündigung erhalten und die Werftleitung gab bekannt, daß damit die Stillegung des Werkes eingeleitet sei. Die Belegschaft von B+W ist mit zahlreichen großen Streiks und Demonstrationen gegen diese Rationalisierungen vorgegangen, ist dabei aber nicht entscheidend vorangekommen, weil der von Revisionisten beherrschte Betriebsrat den Kampf auf die Forderung nach Verstaatlichung ablenkte und sich sogar selbst auf die Suche nach neuen Aufträgen machte, um die „Werft zu retten". Der B+W-Konzern selber – die Werft ist nur eins seiner insgesamt 14 verschiedenen Unternehmen – sieht die „Rettung" offensichtlich gerade in der Stillegung des Betriebes: nach Bekanntwerden seiner Pläne stiegen die Aktien an zwei aufeinanderfolgenden Tagen um jeweils 2¼%.

z.rül.London. **Drei Wochen lang verhinderten 600 Ölhafenarbeiter und Tankwagenfahrer in Dublin (Irland) mit einem Dienst nach Vorschrift, dem Boykott von Überstunden und der Bestreikung der unsicheren Löschanlagen jede Entladung von eintreffenden Öltankern, um ihre Forderung nach 25% Grundlohnerhöhung, längerem Urlaub und besseren Sicherheitsvorschriften an den Löschanlagen durchzusetzen.** Gegenwärtig verdienen sie umgerechnet zwischen 1312 bis ca. 1400 DM brutto im Monat. Nachdem Anfang letzter Woche die Ölvorräte im Dubliner Hafen aufgebraucht waren, drohte die Regierung „zum Schutz der nationalen Ölversorgung" mit dem Einsatz der Armee als Streikbrecher. Aber erst nachdem die Kapitalisten sich am Donnerstag bereiterklärten, Lohnerhöhungen von 16% bei 15 Monaten Laufzeit zu zahlen und über die anderen Forderungen mit allen Arbeitern einheitlich zu verhandeln, beendeten die Arbeiter am vergangenen Freitag ihre Aktion.

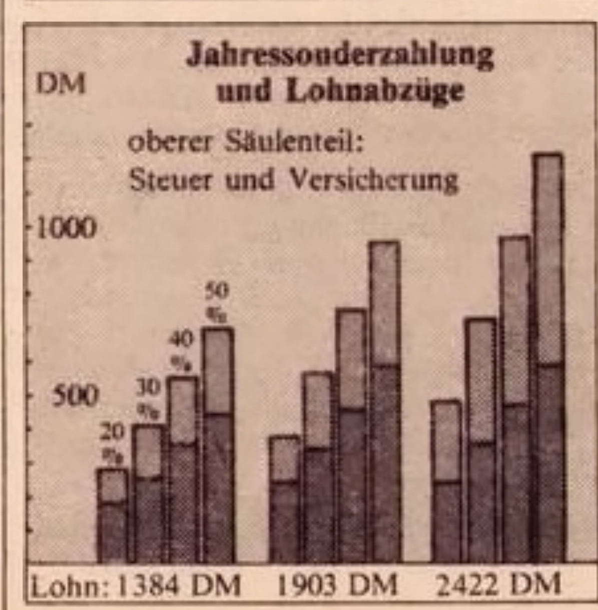
z.hef. **Seit mehr als zwei Monaten sind die 80 Kfz-Mechaniker und anderen Reparaturarbeiter der Dubliner Müllabfuhr im Bummelstreik.** Sie verlangen, daß ihre seit langem erhobene Forderung nach gleicher Bezahlung wie Reparaturarbeiter in anderen Betrieben endlich erfüllt wird. Gegenwärtig verdienen sie zwischen 62 und 69 Pfund brutto (das sind ca. 1070 bis 1200 DM im Monat). Sie fordern eine Angleichung um ca. 10 Pfund in der Woche (170 DM im Monat). Die Arbeiter bestehen auf der Nachzahlung der Summe für die letzten Monate, das macht zwischen 450 und 500 Pfund pro Arbeiter aus. Die Aktion ist Teil der großen Lohnbewegung im öffentlichen Dienst, deren stärkster Ausdruck der Postarbeiterstreik war. Vor den Mechanikern hatten die Müllmänner selbst für mehr als zwei Monate einen Bummelstreik durchgeführt und damit eine Erhöhung um wöchentlich sieben Pfund durchgesetzt. – 38 von 50 Müllwagen in Dublin sind inzwischen nicht mehr fahrbereit, weil die Arbeiter keine Reparaturen ausführen. Die Regierung setzt seit dem 5. Juni die Ar-

Weihnachtsgeld – nur ein Notbehelf gegen die Erbärmlichkeit der SPD-Lohnpolitik

z.frb. Runde zehn Prozent der Lohnsumme werden mittlerweile als Urlaubsgeld und jährliche Sonderzahlung ausgezahlt. Dem Schein nach zusätzlicher Lohn, sind es in Wirklichkeit Gelder, die der Kapitalist einbehält und profitlich anwendet, ehe er sie von Zeit zu Zeit herausrückt. Braucht der Arbeiter das Geld das Jahr über, so muß er sich verschulden und Zins zahlen. – Zu alledem hat sich etwa die IGM auch noch darauf eingelassen, daß die Zahlung von der Dauer der Betriebszugehörigkeit abhängig gemacht wird. So richten sich diese Zahlungen direkt gegen die Möglichkeit, durch Wechsel der Arbeitstelle die Konkurrenz unter den Kapitalisten auf dem Arbeitsmarkt nutzen zu können. – Und durch die Verknüpfung der Zahlung mit der Betriebszugehörigkeit wird die Spaltung im Lohngefüge verschärft. Denn in den unteren Lohngruppen ist die Fluktuation relativ höher und sie erhalten nur einen geringeren Teil der Sonderzahlung. – Schließlich haben die Kapitalisten dadurch, daß bei jeder Entlassung ein Teil der Sonderzahlung verloren geht, ein zusätzliches Drohmittel in der Hand, und nebenbei sparen sie dadurch, daß sie durch baldigen Rausschmiß den Lohn kürzen können, rund ein Prozent der gesamten Lohnsumme. – Die Kapitalisten waren darangegangen, „Treueprämien", „Gratifikationen" usw. zu zahlen, nachdem einzelne Belegschaften mehr erreichten als die Lohnpolitik der Sozialdemokratie. In den Streiks der Chemie- und Metallarbeiter 1971 hat dann die Gewerkschafts-SPD die tarifliche Absicherung als „Nebenforderung" eingebracht. Schon damals war dies gegen eine passende Forderung auf den Tariflohn gerichtet. Die Wirkungen der sozialdemokratischen Politik, die nachweislich der gesamten Gewerkschaft weniger bringt, als den Kapitalisten abverlangt werden kann, sind damit nicht beseitigt. Es wurde bloß „abgesichert", was schon lange erkämpft war, gerade *weil* die SPD-Politik so erbärmlich hinter der wirklichen Kampfkraft der Gewerkschaft *zurückbleibt.*





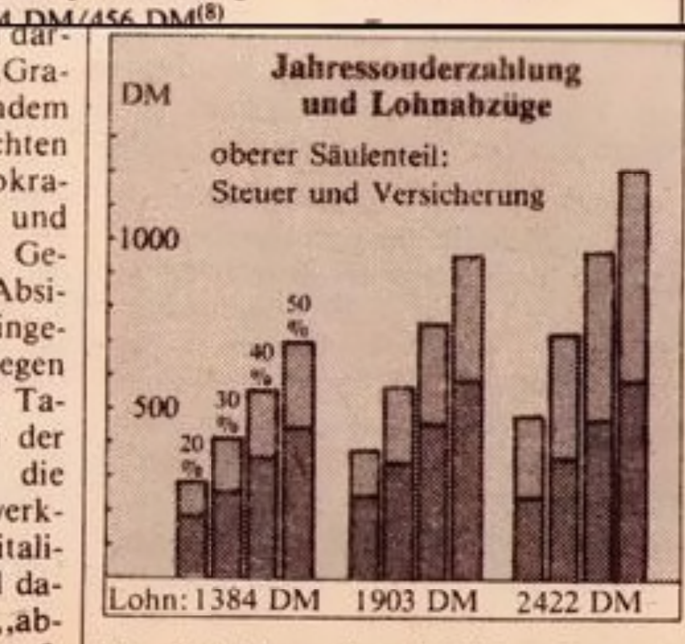


Urlaubsgeld und Jahressonderzahlungen in ausgewählten Tarifbereichen
Stand: 31.12.1978

Tarifbereich	Urlaubsgeld	Jahressonderzahlung
Steinkohlenbergbau	300 DM	1901 DM
Eisen- u. Stahlindustrie NRW	–	110% eines ME
Metallindustrie	50% des Urlaubsentgeltes	25 – 50% eines ME(1)
Chemische Industrie	23 DM je Urlaubstag	100% eines ME
Textilindustrie Nordbayern	508 DM	45% eines ME
Bekleidungsindustrie Westfalen ...	405 DM(2)	40% eines ME
Papierverarbeitende Industrie	45% des Urlaubsentgeltes	55 – 65% eines ME(3)
Druckindustrie	50% des Urlaubsentgeltes	100% eines ME
Holzindustrie Nordwestdeutschl. ..	45% des Urlaubsentgeltes(4)	50% eines ME
Süßwarenindustrie	14 DM je Urlaubstag	35% eines ME
Baugewerbe, Arbeiter	25% des Urlaubsentgeltes(5)	48 Gesamtstd.löhne(6)
Baugewerbe, Angestellte	26 DM je Urlaubstag	28% eines ME(7)
Groß- u. Außenhandel BW	384 DM/456 DM(8)	–
Einzelhandel NRW	600 DM(9)	–
Bankgewerbe	–	100% eines ME
Versicherungsgewerbe	50% eines ME	80% eines ME
Öffentlicher Dienst	150 DM	100% eines ME

(1) je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit (Höchststufe ab 36 Monaten) (2) für Arbeiter; für Angestellte: 35% des Tarifgehaltes (3) je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit (Höchststufe wird mit 3 Jahren erreicht); ab 1979 = 70 – 80%, ab 1980 = 80 – 90%, ab 1981 = 90 – 100% (4) ab 1980 = 50% (5) wenn Urlaub in der Zeit vom 1.12. bis 31.3. angetreten wird = 35% (ab 1979 = 55%) (6) ab 1979 = 60 Gesamttarifstundenlöhne (7) ab 1979 = 35% (8) je nach Lebensalter, Höchststufe wird mit 30 Jahren erreicht; ab 1979 = 408/480 DM, ab 1980 = 432/504 DM (9) ab 1979 = 650 DM

summe. – Die Kapitalisten waren darangegangen, „Treueprämien", „Gratifikationen" usw. zu zahlen, nachdem einzelne Belegschaften mehr erreichten als die Lohnpolitik der Sozialdemokratie. In den Streiks der Chemie- und Metallarbeiter 1971 hat dann die Gewerkschafts-SPD die tarifliche Absicherung als „Nebenforderung" eingebracht. Schon damals war dies gegen eine passende Forderung auf den Tariflohn gerichtet. Die Wirkungen der sozialdemokratischen Politik, die nachweislich der gesamten Gewerkschaft weniger bringt, als den Kapitalisten abverlangt werden kann, sind damit nicht beseitigt. Es wurde bloß „abgesichert", was schon lange erkämpft war, gerade *weil* die SPD-Politik so erbärmlich hinter der wirklichen Kampfkraft der Gewerkschaft *zurückbleibt.*



Anti-Streik-Gesetze der britischen Regierung

Ziel: Entscheidender Durchbruch bei der Verschärfung der Ausbeutung

z.acr.London. Die britische Bourgeoisie bereitet als Waffe gegen die kommenden Lohnkämpfe weitere Einschränkungen des Streikrechts vor. Die Regierung veröffentlichte am 9.7. in einem Diskussionspapier, mit welchen Mitteln sie den Angriff auf die Arbeiterklasse zu führen gedenkt.

Der Hauptstoß richtet sich gegen die Streikposten. *Secondary Picketing,* Streikposten vor nicht direkt betroffenen Betrieben werden verboten und die Immunität vor Schadensersatz weiter eingeschränkt. Begründung: „In den letzten Jahren gab es verstärkt die Tendenz, Streikposten zu nutzen, um Druck auf Firmen auszuüben, die nicht direkt am Streik beteiligt waren. (...) Die Streiks im letzten Winter haben gezeigt, wie weit diese Entwicklung gegangen ist und daß es notwendig ist, sie rechtzeitig einzuschränken." In hartnäckigen Streiks hatte die Arbeiterklasse die 5%-Lohnleitlinie der Callaghan-Regierung zu Fall gebracht und für einen großen Teil der Arbeiter weitere Lohnsenkungen verhindert. Die LKW-Fahrer hatten ihren Streik u.a. deshalb gewonnen, weil sie Streikposten vor großen Industriebetrieben und den Häfen aufstellten, um den Streikbruch durch Einsatz von Werksfahrern zu verhindern.

In *Closed shops,* Betrieben, in denen die Arbeiter durchgesetzt haben, daß die Kapitalisten nur Gewerkschaftsmitglieder einstellen dürfen, sollen künftig als Grund zur Ablehnung der Mitgliedschaft außer religiösen alle „angemessenen" Gewissensgründe gelten. Damit greift die Bourgeoisie die Organisierung der Arbeiterklasse an, die in diesem Jahr ihren höchsten Stand überhaupt erreichte. Weiter verlangt die Regierung, daß über „wichtige" Fragen in der Gewerkschaft nicht mehr *offene Abstimmungen,* sondern geheime Abstimmungen stattfinden.

Die englische Arbeiterklasse muß sich mit jedem Streik das Streikrecht neu erkämpfen. Jeder streikende Arbeiter kann wegen „Vertragsbruch" entlassen und von den Kapitalisten zu „Schadensersatz" gezwungen werden. Streikbrecher müssen nach dem seit 1974 geltenden Gesetz über Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen von den Streikposten „friedlich überzeugt" werden, nicht zu arbeiten. Die Polizei bestimmt die Zahl der Streikposten. Versperrung des Gehweges, Behinderung der Polizei bei ihrer Dienstausübung, Gewaltandrohung und -anwendung sowie „Bruch des Friedens" sind Gründe für Gefängnisstrafen.

In ihrem Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung konnte die Arbeiterklasse in den letzten zehn Jahren zwei Mal weitere Zwangsgesetze zu

zu verhindern.

In *Closed shops,* Betrieben, in denen die Arbeiter durchgesetzt haben, daß die Kapitalisten nur Gewerkschaftsmitglieder einstellen dürfen, sollen künftig als Grund zur Ablehnung der Mitgliedschaft außer religiösen alle „angemessenen" Gewissensgründe gelten. Damit greift die Bourgeoisie die Organisierung der Arbeiterklasse an, die in diesem Jahr ihren höchsten Stand überhaupt erreichte. Weiter verlangt die Regierung, daß über „wichtige" Fragen in der Gewerkschaft nicht mehr *offene Abstimmungen,* sondern geheime Abstimmungen stattfinden.

Die englische Arbeiterklasse muß sich mit jedem Streik das Streikrecht neu erkämpfen. Jeder streikende Arbeiter kann wegen „Vertragsbruch" entlassen und von den Kapitalisten zu „Schadensersatz" gezwungen werden. Streikbrecher müssen nach dem seit 1974 geltenden Gesetz über Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen von den Streikposten „friedlich überzeugt" werden, nicht zu arbeiten. Die Polizei bestimmt die Zahl der Streikposten. Versperrung des Gehweges, Behinderung der Polizei bei ihrer Dienstausübung, Gewaltandrohung und -anwendung sowie „Bruch des Friedens" sind Gründe für Gefängnisstrafen.

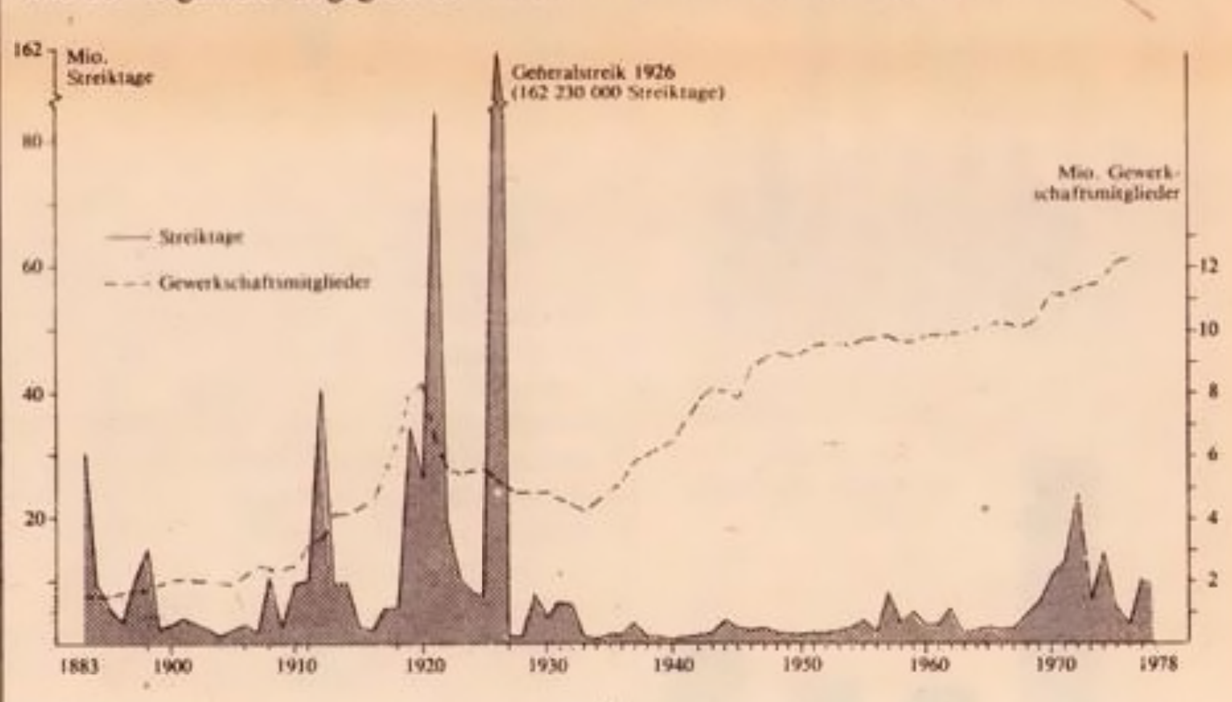
In ihrem Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung konnte die Arbeiterklasse in den letzten zehn Jahren zwei Mal weitere Zwangsgesetze zu

Fall bringen. 1969 wollten Labour-Premier Wilson und Arbeitsministerin Castle, jetzige Labour-Fraktionsführerin im EG-Parlament, der Regierung das Recht auf Anordnung von 28-tägigen „Schlichtungspausen" und Urabstimmungen verschaffen. Die Arbeiter verhinderten das. Der Gesetzentwurf kam nicht mal bis ins Parlament. 1971 verabschiedete das Parlament unter dem konservativen Premierminister Heath Gesetze, die „Lohnerhöhungshöchstgrenzen" und „Lohnpausen" festlegten, sowie ein Verbot von Streiks, wenn nicht vorher eine Schlichtung stattgefunden hatte. Zahlreiche Streiks gegen die Lohnsenkung und für die Aufhebung der Gesetze waren die Folge. 1974 mußte die Bourgeoisie die Gesetze zurücknehmen. In den folgenden Jahren setzte eine neue Labour-Regierung unter Wilson und Callaghan mit Hilfe der Gewerkschaftsführung „freiwillige" Lohnleitlinien durch, bis auch diese Ende 1978 endgültig durchbrochen wurden.

Für die kommenden Lohnkämpfe drohte Margret Thatcher, „daß dieses Budget keinerlei Rechtfertigung für höhere Lohnerhöhungen" als die Inflationsrate biete. Im Gegenteil sei sie der Meinung, daß Lohnerhöhungen wegen der „Steuersenkungen" darunter liegen müßten. Das Schaubild zeigt, daß der Organisierungsgrad der Arbeiterklasse seit Anfang der 70er Jahre ständig zunimmt und die Kampftätigkeit erheblich gestiegen ist. In den ersten fünf Monaten 1979 streikten die Arbeiter bereits 6,823 Mio. Tage, 1978 insgesamt 9,306 Mio. Tage. Diese Bewegung jetzt in die Knie zu zwingen, ist der Auftrag der Thatcher-Regierung, um einen entscheidenden Durchbruch bei der Verschärfung der Ausbeutung zu erzielen und einen Angriff um die Vorherrschaft in Europa zu führen. Arbeitsminister Prior erklärte, daß „einige unserer schlimmsten Probleme, wie die sehr schlechten Handelsbilanzzahlen während der letzten Monate, fast ausschließlich auf das zurückzuführen sind, was im letzten Winter geschah. Und wenn Sie sich die Profitabilität britischer Firmen ansehen, und das meiste unseres Wohlstandes hängt von der Profitabilität von Firmen ab, dann sehen Sie, daß nahezu alle Geld verloren haben, eine Menge Geld, eine Menge Aufträge und eine Menge Exporte in diesem Winter."

Die Gewerkschaften werden auf einem Kongreß im September die Linie für den Kampf gegen den Angriff festlegen. Sozialdemokratische Führer wie der Generalsekretär des Dachverbandes TUC, Len Murray, wollen den Kampf auf die Verteidigung der „geerbten" Rechte lenken und mit der Regierung verhandeln. Die Gewerkschaft der Druckarbeiter, die National Graphical Association (Nationale Graphische Vereinigung) wird auf dem Kongreß eine Resolution einbringen, nicht nur den Kampf gegen die geplanten Einschränkungen aufzunehmen, sondern auch gegen bereits bestehende Gesetze, die „die Freiheit der Gewerkschaften bedrohen."



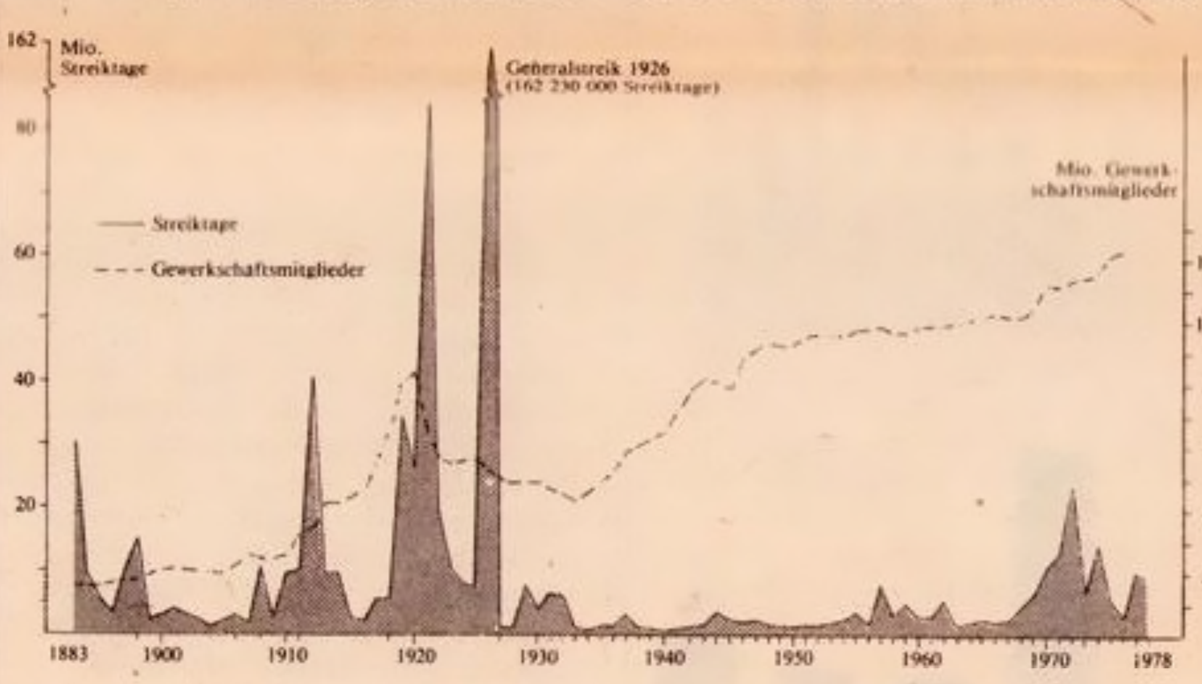


den folgenden Jahren setzte eine neue Labour-Regierung unter Wilson und Callaghan mit Hilfe der Gewerkschaftsführung „freiwillige" Lohnleitlinien durch, bis auch diese Ende 1978 endgültig durchbrochen wurden.

Für die kommenden Lohnkämpfe drohte Margret Thatcher, „daß dieses Budget keinerlei Rechtfertigung für höhere Lohnerhöhungen" als die Inflationsrate biete. Im Gegenteil sei sie der Meinung, daß Lohnerhöhungen wegen der „Steuersenkungen" darunter liegen müßten. Das Schaubild zeigt, daß der Organisierungsgrad der Arbei-

und das meiste unseres Wohlstandes hängt von der Profitabilität von Firmen ab, dann sehen Sie, daß nahezu alle Geld verloren haben, eine Menge Geld, eine Menge Aufträge und eine Menge Exporte in diesem Winter."

Die Gewerkschaften werden auf einem Kongreß im September die Linie für den Kampf gegen den Angriff festlegen. Sozialdemokratische Führer wie der Generalsekretär des Dachverbandes TUC, Len Murray, wollen den Kampf auf die Verteidigung der „geerbten" Rechte lenken und mit der Re-



---

mee ein: 150 Soldaten mit Armeelastwagen werden zum Müllabfahren befohlen. Die Gewerkschaftsführung hatte damals durchgesetzt, daß die betroffenen Gewerkschaften statt des vorgeschlagenen Streikaufrufs gegen den Truppeneinsatz nur einen Protestbrief an Premierminister Lynch verabschiedeten.

z.zik. **Ein Experiment „freiwilliger Frühverrentung" will die Regierung van Agt ab 1. Januar gegen die Beschäftigten der holländischen Post (PTT) starten.** Beamte können bei niedrigerer Rente mit 60 anstatt mit 65 Jahren in Pension gehen. In allen Teilen des holländischen Staatsapparats will van Agt mit der Durchsetzung des Lohnsenkungs- und Rationalisierungsprogramms „Bestek 81" weiterkommen. Bei der PTT baut van Agt darauf, daß der Verschleiß der Arbeitskraft der Beschäftigten in den letzten Jahren enorm gestiegen ist.

	1965	1977	+/– in %
Briefe/Pak. (Mio. kg)	13,5	25,5	+ 89
Tel.Gespräche (Mrd.)	1,5	3,9	+ 161
Besch. (1000)	64,9	80,3	+ 23

z.hef. **Mit mehr als 1000 Soldaten versuchte die indische Regierung in der letzten Woche, den Streik der Polizisten des Bataillons 19 der Bereitschaftspolizei in Avadi bei Madras zu zerschlagen.** Die Armee besetzte am 19. Juli die Polizeikaserne und entwaffnete die Polizisten. Sie verhaftete 243 Polizisten, als diese die Kaserne verlassen und in den umliegenden Dörfern Unterstützung gesucht hatten. Die Polizisten setzen den Streik fort. Mit dem Einsatz der Armee auf der einen und Zugeständnissen auf der anderen Seite will die Regierung den Polizistenstreik *schnell* zerschlagen. Bisher mit geringem Erfolg. Vor allem im Staat Punjab und in der ganzen Bereitschaftspolizei wird der Streik weitergeführt. Am 20. Juli gab die Regierung neue Zugeständnisse für die Bereitschaftspolizisten bekannt: Der Verpflegungssatz wird von 78 auf 100 Rupien bzw. von 48 auf 78 Rupien angehoben. Die Zahl der freien Tage soll 60 statt bisher 45 betragen. Die Gewerkschaften der Polizei aber will die Regierung weiterhin nicht anerkennen.

z.erm.Rom. **Die Arbeiter der italienischen Textil-, Bau- und privaten Chemieindustrie und die LKW-Fahrer haben letzte Woche den Abschluß der neuen Tarifverträge durchgesetzt.** Trotz der teilweise spalterischen und, was den Lohn angeht, unzureichenden Forderungen der Gewerkschaften, haben die Arbeiter der verschiedenen Branchen durch zahlreiche Streiks (ca. 100 Stunden die Chemiearbeiter, bis zu 160 Stunden die Bauarbeiter und LKW-Fahrer) ihre Lohnforderungen zwischen 30 – 35000 Lire (66 – 73 DM) durchsetzen können. Mit Hilfe der Revisionisten ist es den Chemiekapitalisten allerdings gelungen, den in der Faserindustrie Beschäftigten „wegen schwieriger Lage" 4000 Lire weniger zu zahlen. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung konnte außer in der Bauindustrie nicht allgemein, sondern nur für die Schichtarbeiter durchgesetzt werden, was den Kapitalisten die Ausdehnung der Schichtarbeit erleichtert. Die Arbeitszeit für die Contischicht in der Textilindustrie wurde um 1,5 auf 36 Stunden, die in der Chemie- 1,5 auf 36 Stunden, die in der Chemieindustrie auf 37,4 Stunden verkürzt. In der Frage der Alterszuschläge haben die revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer in allen Branchen einer faktischen Lohnsenkung für die Angestellten zugestimmt.

z.mif. **Ohio, USA: Am 4. August hält die Landarbeitergewerkschaft Farm Labor Organizing Committee (FLOC) ihren ersten Kongreß der Farmarbeiter im mittleren Westen ab.** Bis dahin hofft sie 50000 Dollar für die Streikkasse zusammen zu haben. Im letzten Jahr hat sie 2000 Wanderarbeiter im Streik gegen die Tomatenanbaukapitalisten organisiert. Zur Unterstützung des Arbeitskampfs sind Boykottmaßnahmen gegen Campbell's und Libby's geplant, die Hauptaufkäufer der Tomaten, die in ihren Verträgen mit den Agrarkapitalisten die Löhne und Arbeitsbedingungen der Wanderarbeiter gleich mit festlegen. Im ganzen Land werden Boykottkomitees aufgebaut, seit Juni finden Versammlungen statt. Die FLOC sieht sich als Teil der aufzubauenden einheitlichen Gewerkschaft der Landarbeiter und arbeitet mit der Gewerkschaft United Farm Workers in Kalifornien zusammen, die weiter im Lohnstreik steht (KVZ 28/79).

z.hev. **Als Antwort auf die am 1. Juli per Dekret der Regierung des Generals Bermudez erfolgten Preiserhöhungen streikten die Arbeiter und Bauern Perus am 19. Juli im ganzen Land.** Dieser Generalstreik ist der vorläufige Höhepunkt der monatelangen Kämpfe der Lehrer, der Bank- und Versicherungsangestellten, der Metall- und Minenarbeiter. (s. KVZ 28) 36% betragen die Preiserhöhungen beim Reis, 14% bei den Bohnen, 21% bei den Kartoffeln. Vierteljährlich sollen die Preise um ähnliche Raten angehoben werden, verlangt der IWF. Einer der Hauptgläubiger des Schuldenkonsortiums, das zum Jahreswechsel 1,9 Mrd. Dollar der insgesamt 8 Mrd. Dollar Auslandsschulden Perus stundete, ist die Sowjetunion. In einer schwierigen Lage befinden sich die Metallarbeiter, weil ihre Dachgewerkschaft FETIMP auf ihrem Gründungskongreß im Mai gespalten und nur die von den Revisionisten geführte Fraktion von der Regierung als Gewerkschaft anerkannt wurde. Ähnlich bei den Lehrern, wo die revisionistische Gewerkschaft, in der nur einige Prozent der Lehrer organisiert sind, von der Regierung anerkannt ist, die SUTEP aber, die zur Speerspitze des Kampfes gegen das IWF-Programm geworden ist, abgelehnt wird und ihre Führer verfolgt, eingesperrt und auch liquidiert werden, weil, so Innenminister General Fernando Velit Sabattini am 11. Juli, ihr Statut „den Klassenkampf als Methode zur Erziehung der Kinder und der peruanischen Jugend enthält." Der Wille zur Einheit aber ist ungebrochen. Anfang Juli stellten die Minenarbeiter (FNTMMP) den Antrag zur Aufnahme in den gewerkschaftlichen Dachverband CGTP.

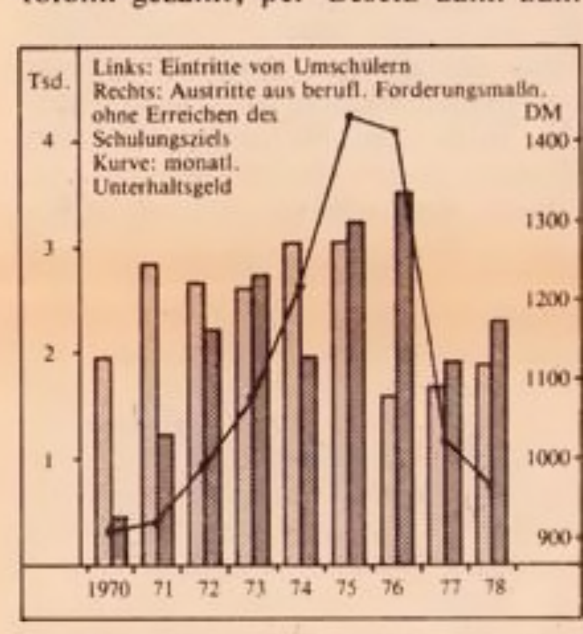
„Hilfen zur Integration" der ausländischen Kinder in den Ausbeutungsprozeß

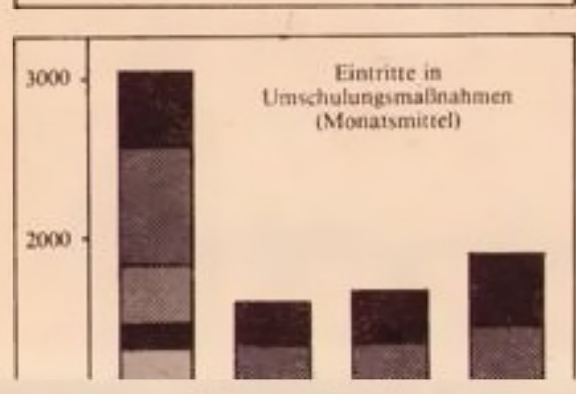
z.gid. 45000 ausländische Jugendliche, die jährlich auf den Arbeitsmarkt geworfen werden, 60% ohne Hauptschulabschluß und die meisten mit geringen oder gar keinen Deutschkenntnissen. – Sie haben ihre Eigenständigkeit als Teil einer anderen Nation beibehalten und unterliegen nicht ausreichend dem ideologischen Einfluß der westdeutschen Bourgeoisie. Zuviel ungenutzte Arbeitskraft, die *so* für die westdeutschen Kapitalisten nicht optimal zu gebrauchen ist. Das soll nun geändert werden. Mit Erreichung des Kindergartenalters sollen, nach Bildungsminister Schmudes Plänen, die Kinder der ausländischen Arbeiter unter die verschärfte Kontrolle des Staatsapparats genommen werden: nur 30% der Ausländerkinder sind in Kindergärten untergebracht, ihre Zahl soll erhöht werden, um gleichzeitig die ausländischen Frauen als Arbeitskräfte freizusetzen. Schmude will deshalb als „Fördermaßnahme" die Öffnungszeiten der Kindergärten an die Arbeitszeiten anpassen. Ab dem Grundschulalter beinhaltet der „Integrierungsvorschlag" des Bildungsministeriums die vollständige Unterwerfung der Kinder unter das Erziehungs- und Ausbildungssystem des deutschen Staatsapparats und die Zerstörung ihrer kulturellen Eigenständigkeit: die Maßnahmen dazu sind die zwangsweise Eingliederung in deutsche Regelklassen, Wegfall der Vorbereitungsklassen, bzw. Beschränkung auf maximal 2 Jahre, wenn der Jugendliche keinerlei Deutschkenntnisse hat, und Kürzung des Unterrichts in der Muttersprache auf maximal 3-5 Wochenstunden. Mit dem Ergebnis, daß nur die Kinder, die sehr gut Deutsch können, in der Lage sind, den Unterricht überhaupt zu verstehen. Dem Großteil der Kinder wird schon aufgrund der Sprachschwierigkeiten nur bruchstückhaftes Wissen eingetrichtert, um sie nach der Schulzeit als „teilqualifizierte Kräfte" in den Produktionsprozeß einzusaugen. Für die Jugendlichen, die sich nicht unterwerfen, tritt das „arbeitsplatzschaffende Rückkehrprogramm" in Kraft, das zur Zeit von einer Arbeitsgruppe im Ehrenbergministerium ausgearbeitet und auf die Abschiebung dieser Jugendlichen hinauslaufen wird.

Durchgesetzt sind diese Pläne allerdings noch nicht: die ausländischen Arbeiter schließen sich dagegen zusammen und fordern, wie z.B. der griechische Elternverein Offenbach: Unterricht in der Muttersprache, Einrichtung eines 10., 11. und 12. Schuljahres, mindestens 6 Stunden Deutschunterricht, Mitbestimmungsrecht der Eltern.

Umschulung – nach dem jeweiligen Bedarf der Kapitalisten

z.ind. Seit 1970 haben immer mehr Arbeiter an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung teilgenommen. Bis 1976 wurde dafür als Unterhaltsgeld 80% vom vorherigen Nettolohn gezahlt, per Gesetz dann zum Teil auf 58% gedrückt, die Zahl der Umschulungen ist gleich um die Hälfte gesunken. Das war auch der Zweck, um insgesamt die Maßnahmen besser am Bedarf der Kapitalisten zu orientieren. Die Umschüler sollen vor allem als Lohndrücker wirken. Die Anforderungen in den Kursen werden hochgeschraubt, wer nicht mithält, muß vorher raus oder besteht die Prüfung nicht. Die völlige Rechtlosigkeit der Umschüler macht Maßnahmen wie den Fehlzeitenerlaß möglich, womit das UHG für den vollen Tag gestrichen werden kann, bei Verspätung oder „unentschuldigtem" Fehlen.





Das Schaubild zeigt, daß die Umschulungmaßnahmen nach den Plänen der Kapitalisten geregelt werden, und nichts mit Berufswünschen der Arbeiter zu tun haben. Die zahlreichen Umschulungen für Metallberufe füllen ihnen den Facharbeitermarkt, von den Umschulungen für das Gesundheitswesen erhoffen sie sich bessere Bedingungen bei der Durchsetzung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes, Umgeschulte für den Verwaltungsapparat sollen ihnen die Rationalisierungen in den Büros und die Ausweitung der Teilzeitarbeit erleichtern.

Landesgesetze legen Studenten auf FdGO fest

z.gug. Während die 1. Sitzung des neuen Zentralrats der VDS am 4. Juli „unter dem Eindruck der Kandidatur von Franz-Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten" stand, so die Mitteilung im Rundbrief vom 6.7.79, standen die Studenten jedenfalls in den letzten Wochen vor Ende des Semesters in zähen Kämpfen um ihre Vertretungsorgane und Koalitionsrechte. In allen Bundesländern stehen die Studentenparlamente und ASten, soweit es sie gibt, unter Rechtsaufsicht der Kultusbürokratie; die Finanzhoheit ist Staatsangelegenheit; daß sie die Interessen der Studenten nicht vertreten sollen, ist festgelegt; teilweise sind die Organe der Studenten auch gleich in die Hochschulverwaltung eingegliedert worden. Es ist unumgänglich, daß die Studenten jetzt den gewerkschaftlichen Zusammenschluß suchen, wie es sich in den Wahlen zu den Fachschaften ausgedrückt hat. Im folgenden ein grober Überblick über die Gesetzgebung der Länder:

Schleswig-Holstein. Seit 1973 ist die verfaßte Studentenschaft nur noch als Kann-Bestimmung im Gesetz verankert, im letzten Jahr wurde der AStA unter Finanzkontrolle eines „unabhängigen Wirtschaftsprüfers" gestellt und Fachschaften auf der Ebene der Studiengänge wiedereingeführt. Die Aufgaben des AStA sind auf „hochschulpolitische" Fragen eingeschränkt.

Hamburg. Organe sind Studentenparlament und AStA, die Satzung ist genehmigungspflichtig, so daß jetzt die stattgefundenen Wahlen von den Hamburger Behörden geprüft werden.

Bremen. Organe sind AStA und Studentenrat. Die Grenzen des politischen Mandats der Studentenschaft werden ausdrücklich gezogen, Rechtsaufsicht führt die Universitätsleitung und der Wissenschaftssenator.

Niedersachsen. Die Studentenschaft wird verpflichtet, an Verwaltung und Grundordnung der Hochschule mitzuwirken, sie steht unter Rechtsaufsicht des Leiters der Hochschule, Studentenparlamentsbeschlüsse sind genehmigungspflichtig.

Westberlin. Nach der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft an der FU und TU mit dem Universitätsgesetz 1969 ist sie nach einer Novelle vom letzten Jahr wieder vorgesehen, Wahlen haben gerade stattgefunden.

Nordrhein-Westfalen. Die Studentenschaft wird verpflichtet, die politische Bildung und staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein nach der verfassungsmäßigen Ordnung zu fördern. Beschlüsse der Vollversammlungen sind nicht bindend, der AStA-Vorsitzende muß Maßnahmen beanstanden, wenn sie gegen geltendes Gesetz verstoßen, er kann sonst zu Entschädigungszahlungen verurteilt werden. Der Haushaltsplan der Studentenschaft muß dem Hochschulleiter innerhalb von 2 Wochen zur Genehmigung vorgelegt werden.

Rheinland-Pfalz. Studentenparlament und AStA stehen unter Rechtsaufsicht des Kultusministeriums, Wahl- und Beitragsordnung, sowie Satzung sind genehmigungspflichtig.

Hessen. Studentenparlaments- und Fachschaftswahlen sind gekoppelt an die Wahlen zu den Kollegialorganen der Hochschule. Wahlen nur zum Studentenparlament sind in Kassel und Frankfurt im Wintersemester verboten worden, der jetzt gewählte AStA in Darmstadt wurde nicht anerkannt.

Saarland. Studentenschaft und AStA stehen unter Rechtsaufsicht des Kultusministers, Wahl- und Beitragsordnung sowie Satzung sind genehmigungspflichtig.

Baden-Württemberg. Die Studenten wählen nur noch Vertreter zum Großen Senat, in dem die Grundordnung der Hochschule und Leiter festgelegt werden, und Vertreter zum Fakultätsrat, der für Lehre und Forschung zuständig ist. Mit einer Ausschließlichkeitsklausel ist die Bildung anderer Organe verboten: „Die Bildung anderer Organe, Gremien mit Entscheidungsbefugnis und öffentlich rechtlicher Gliederung der Mitglieder, die in diesem Gesetz nicht vorgesehen sind, ist nicht zulässig." (§ 27) Die Aufgaben sind „im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung ... wahrzunehmen."

Bayern. 1973 wurde der AStA beseitigt und durch Sprecherräte ersetzt, die unter Aufsicht des Hochschulpräsidenten stehen. Fachschaften wurden wieder eingeführt. Die Leitung hat das Recht, gegen Beschlüsse der Sprecherräte und des studentischen Konvents vorzugehen.



Mit seinen letzten Rundschreiben verschickte der VDS die Resolution der Fachtagung Ernährung, Land- und Forstw. und Gartenbau: „Die Fachtagung ELFG spricht sich für die Verfaßte Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat aus. Wir begrüßen und unterstützen den Wiederaufbau von Fachschaften und ASten in den Bundesländern..." (Bild: VDS-Demonstration in Bonn, Sommer 1976)

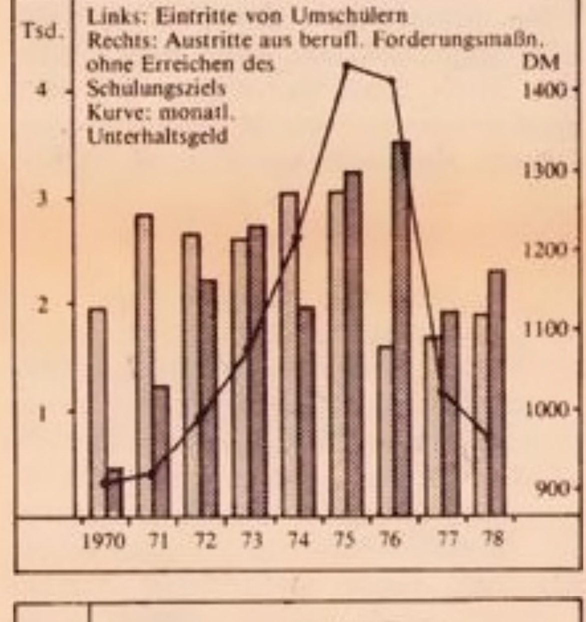
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 261a, Tel. 6160455 Kommunistischer Jugendbund
Jugend der Kreise Coesfeld, Steinfurt, Borken 2.7.1979 26b3e0400n

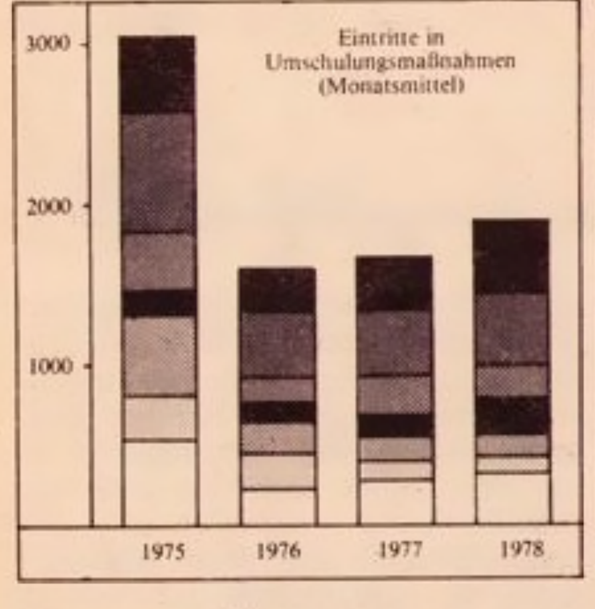
die die Herren Richter derart in Panik versetzte, daß sie einen zweiten Prozeß, bei dem für sie rein juristisch nichts zu verlieren war, absagten. Bei diesem Prozeß war ein Mitglied der JZ-Bewegung der Rädelsführerschaft angeklagt. Damals war eine Demonstration durchgeführt worden, weil ein Fixer, der in ein Krankenhaus gehört hät-

Studiengänge wiedereingeführt. Die Aufgaben des AStA sind auf „hochschulpolitische" Fragen eingeschränkt.
Hamburg. Organe sind Studentenparlament und AStA, die Satzung ist genehmigungspflichtig, so daß jetzt die stattgefundenen Wahlen von den Hamburger Behörden geprüft werden.
Bremen. Organe sind AStA und Studentenrat. Die Grenzen des politischen Mandats der Studentenschaft werden ausdrücklich gezogen, Rechtsaufsicht führt die Universitätsleitung und der Wissenschaftssenator.
Niedersachsen. Die Studentenschaft wird verpflichtet, an Verwaltung und Grundordnung der Hochschule mitzuwirken, sie steht unter Rechtsaufsicht des Leiters der Hochschule, Studentenparlamentsbeschlüsse sind genehmigungspflichtig.
Westberlin. Nach der Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft an der FU und TU mit dem Universitätsgesetz 1969 ist sie nach einer Novelle vom letzten Jahr wieder vorgesehen, Wahlen haben gerade stattgefunden.
und politischem Mandat aus. Wir begrüßen und unterstützen den Wiederaufbau von Fachschaften und ASten in den Bundesländern..." (Bild: VDS-Demonstration in Bonn, Sommer 1976)
sind nicht bindend, der AStA-Vorsitzende muß Maßnahmen beanstanden, wenn sie gegen geltendes Gesetz verstoßen, er kann sonst zu Entschädigungszahlungen verurteilt werden. Der Haushaltsplan der Studentenschaft muß dem Hochschulleiter innerhalb von 2 Wochen zur Genehmigung vorgelegt werden.
Rheinland-Pfalz. Studentenparlament und AStA stehen unter Rechtsaufsicht des Kultusministeriums, Wahl- und Beitragsordnung, sowie Satzung sind genehmigungspflichtig.
Hessen. Studentenparlaments- und Fachschaftswahlen sind gekoppelt an die Wahlen zu den Kollegialorganen der Hochschule. Wahlen nur zum Studentenparlament sind in Kassel und Frankfurt im Wintersemester verboten worden, der jetzt gewählte AStA in Darmstadt wurde nicht anerkannt.
Saarland. Studentenschaft und AStA
wählen nur noch Vertreter zum Großen Senat, in dem die Grundordnung der Hochschule und Leiter festgelegt werden, und Vertreter zum Fakultätsrat, der für Lehre und Forschung zuständig ist. Mit einer Ausschließlichkeitsklausel ist die Bildung anderer Organe verboten: „Die Bildung anderer Organe, Gremien mit Entscheidungsbefugnis und öffentlich rechtlicher Gliederung der Mitglieder, die in diesem Gesetz nicht vorgesehen sind, ist nicht zulässig." (§ 27) Die Aufgaben sind „im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung ... wahrzunehmen."
Bayern. 1973 wurde der AStA beseitigt und durch Sprecherräte ersetzt, die unter Aufsicht des Hochschulpräsidenten stehen. Fachschaften wurden wieder eingeführt. Die Leitung hat das Recht, gegen Beschlüsse der Sprecherräte und des studentischen Konvents vorzugehen.

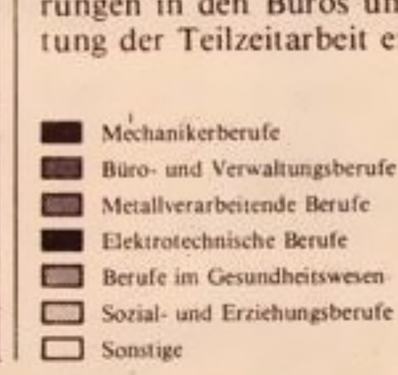
Umschulung – nach dem jeweiligen Bedarf der Kapitalisten

z.ind. Seit 1970 haben immer mehr Arbeiter an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung teilgenommen. Bis 1976 wurde dafür als Unterhaltsgeld 80% vom vorherigen Nettolohn gezahlt, per Gesetz dann zum Teil auf 58% gedrückt, die Zahl der Umschulungen ist gleich um die Hälfte gesunken. Das war auch der Zweck, um insgesamt die Maßnahmen besser am Bedarf der Kapitalisten zu orientieren. Die Umschüler sollen vor allem als Lohndrücker wirken. Die Anforderungen in den Kursen werden hochgeschraubt, wer nicht mithält, muß vorher raus oder besteht die Prüfung nicht. Die völlige Rechtlosigkeit der Umschüler macht Maßnahmen wie den Fehlzeitenerlaß möglich, womit das UHG für den vollen Tag gestrichen werden kann, bei Verspätung oder „unentschuldigtem" Fehlen.





Das Schaubild zeigt, daß die Umschulungmaßnahmen nach den Plänen der Kapitalisten geregelt werden, und nichts mit Berufswünschen der Arbeiter zu tun haben. Die zahlreichen Umschulungen für Metallberufe füllen ihnen den Facharbeitermarkt, von den Umschulungen für das Gesundheitswesen erhoffen sie sich bessere Bedingungen bei der Durchsetzung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes, Umgeschulte für den Verwaltungsapparat sollen ihnen die Rationalisierungen in den Büros und die Ausweitung der Teilzeitarbeit erleichtern.



Österreich: Praktikum im Betrieb „kein entgeltliches Verhältnis"

z.lik.Wien. Während der derzeitigen 8wöchigen Sommerferien müssen in Österreich wieder Tausende Schüler und Studenten über Ferienarbeit ihre weitere Ausbildung finanzieren. Gleichzeitig sind rund 30% der berufsschulpflichtigen Jugendlichen gezwungen, eine „Ferialpraxis" im Betrieb zu suchen. In der Steiermark sind das allein 3000 Jugendliche, vor allem Absolventen der Höheren Technischen Lehranstalten (HTL – berufliche Gymnasien). Während der fünfjährigen Schulzeit muß zweimal ein Praktikum von vier Wochen abgeleistet werden, in den Ferien und in dem Bereich, in die spezielle Ausbildung fällt (Maschinenbau, Elektrotechnik, Landwirtschaft u.ä.).

Da es keine tarifvertragliche Regelung solcher Praktika gibt, ist die Bezahlung für die Vernutzung der jugendlichen Arbeitskraft von den jeweiligen Bedingungen im Betrieb abhängig, d.h. in den meisten Fällen haben es die Arbeiter gar nicht zugelassen, daß „umsonst" gearbeitet wird. Je mehr aber der Druck des Arbeitsmarktes die Konkurrenz verschärft, je offener die Kapitalisten diesen Druck nutzen, indem sie z.B. keine Plätze „anbieten", umso nachteiliger wirkt sich die fehlende gesetzliche Regelung aus.

Derzeit bekommt ein Praktikant bei Steyr-Daimler-Puch in Graz im Akkord den Ecklohn von rund 60 Schilling pro Stunde (8,40 DM). Beim staatlichen Stahl-Konzern VOEST dagegen muß er sich gleich als „Saisonarbeiter" auf 2 Monate verpflichten und bekommt nur die Hälfte. Zunehmend werden Fälle bekannt, wo die Kapitalisten überhaupt nichts mehr zahlen.

Jetzt hat der Kapitalistenverband in seiner Verbandszeitung einen deutlichen Vorstoß unternommen: das Betriebspraktikum sei grundsätzlich kein „entgeltliches Verhältnis" im Sinne des Sozialversicherungsgesetzes. Sie wollen nicht nur den Lohn, sondern auch die Versicherungsbeiträge einbehalten, unfallversichert seien die Jugendlichen ja als Schüler.

Der Zweck, den die Kapitalisten verfolgen, ist Druck auf den Lohn, vor allem auch der Lehrlinge, die – im gleichen Alter – sie bis zu 3000 Schilling im dritten Lehrjahr „kosten". Unter den Schülern der HTL wird die Forderung beraten, daß allemal die Zwangsverpflichtung zu solchen Praktika als Zulassungsvoraussetzung zum Abitur aus dem Schulgesetz gestrichen werden muß.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 261a, Tel. 6160455 Kommunistischer Jugendbund
Jugend der Kreise Coesfeld, Steinfurt, Borken 2.7.1979 26b3e0400n

Jugendzentrumsbewegung auf dem Lande – Parlamentarismus führt in die Sackgasse

Anfang und Mitte der 70er Jahre entstanden in vielen Städten die Jugendzentrumsbewegungen. Dies war eine Front, an der die Arbeiterbewegung und ihre Jugend den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung führte und noch führt. Die Forderung nach Selbstverwaltung ist wesentlicher Bestandteil dieser Bewegung. Wo die Jugendlichen sie ganz oder teilweise durchsetzten, konnten sie das Jugendzentrum als Operationsbasis nutzen gegen die Kapitalisten, deren Willkür sie acht Stunden und länger täglich ausgesetzt sind, gegen die Schulbürokratie, die den Notenknüppel über ihren Köpfen schwingt und gegen die örtliche Stadtbourgeoisie, deren Kontrolle und Schikane sie in vielfältiger Form zu spüren kriegen, ob per Polizeieinsatz oder mittels Stadtjugendpfleger. Im folgenden die Lage der Jugendzentrumsbewegung, wie sie sich an den Beispielen Emsdetten und Coesfeld darstellt.

Der Stadtbourgeoisie gelang es in Emsdetten, daß praktisch selbstverwaltete JZ im Sommer 76 zu schließen und geschlossen zu halten. Die Herren hatten damals „beängstigend" an Einfluß und Kontrolle über die Jugendzentrumsbewegung verloren. Ihre Reaktion: Schließung des JZ. Wie immer in einer so zugespitzten Situation – wo sich Stadtdirektor Ammermann „über den Druck von der Straße" beschwerte – mußte neben Polizeiknüppel und Gerichtsvollzieher ganz ganz schnell die richtige Leimrute her, um die selbständige Bewegung von innen zu zerschlagen.

Wer ist dafür besser geeignet als die Sozialdemokratie und ihre Jungsozialisten? Ein führendes Jusomitglied – aktiver Jugendzentrumskämpfer, versteht sich – und einige Kumpane gründen einen gemeinnützigen Verein (ISJ), schwören aufs Grundgesetz, erlangten die Förderungswürdigkeit, bewerben sich als Träger für ein JZ, halten an der „Selbstverwaltung" fest und werden von der SPD gegen die böse CDU im Rat unterstützt.

Die Sache hat für die Jugendlichen mehrere Haken: Wo Förderungswürdigkeit anerkannt wird, kann sie entzogen werden, wenn die Gemeinnützigkeit nicht mehr gegeben ist. Nutzen Jugendliche ein JZ, das z.B. vom ISJ selbstverwaltet wird, als Operationsbasis gegen ihre Ausbeuter, verstößt das gegen den Grundsatz der Gemeinnützigkeit, denn es schadet den Kapitalisten. Sie werden mittels eines Parlamentarischen Aktes diese Förderungswürdigkeit zu entziehen suchen. Dagegen zu kämpfen wird schwer sein, wenn man dann in seinen Reihen Leute hat, die aufs Grundgesetz und parlamentarische „Vorstöße" der Parteikollegen und ähnlichen Zauber schwören.

Die Coesfelder Jugendlichen haben in der letzten Zeit zwei große Erfolge erzielt. Obwohl die Bourgeoisie alles daran setzte, mittels zweier Prozesse die Bewegung im Jugendzentrum zu zerschlagen, konnten die Jugendlichen diese Angriffe durch ein einheitliches Auftreten vor dem „Hohen Gericht" vereiteln. Diese Einheit war es auch, die die Herren Richter derart in Panik versetzte, daß sie einen zweiten Prozeß, bei dem für sie rein juristisch nichts zu verlieren war, absagten. Bei diesem Prozeß war ein Mitglied der JZ-Bewegung der Rädelsführerschaft angeklagt. Damals war eine Demonstration durchgeführt worden, weil ein Fixer, der in ein Krankenhaus gehört hätte, gegen den Willen der Ärzte in den Knast verschleppt worden war, und sich kurz darauf auf Entzug erhängt hatte. Die Hauptforderung war damals „Völlige Aufklärung der Todesumstände im Gefängnis", und genau das wäre bei dem Prozeß passiert. Da wäre dann z.B. herausgekommen, daß ein gewisser Herr BRÄUTIGAM, Jugendrichter am Coesfelder Amtsgericht, den Haftbefehl, oder besser das Todesurteil für den Fixer unterschrieben hat. Außerdem wäre dann herausgekommen, daß der bürgerliche Staatsapparat weder Willens noch in der Lage ist, den Drogenabhängigen zu helfen. Seine „Hilfe" besteht in Coesfeld nur aus Razzien, Kontrollen oder Inhaftierungen der Drogenabhängigen. So wurde vor kurzem z.B. ein Fixer zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gegen all diese Unterdrückung hat sich vor einigen Jahren ein Teil der Coesfelder Jugendlichen im Arbeitskreis JZ organisiert, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu erkämpfen. Der AKJ gibt z.B. den „Hammer" heraus, eine Zeitung, die von den Jugendlichen selbständig erstellt und verkauft wird. In dieser Zeitung wird die Notwendigkeit eines JZ an der aktuellen Lage der Jugendlichen in Coesfeld nachgewiesen, und das ist wohl auch der Grund, weshalb der „Hammer" in Coesfeld relativ guten Anklang findet. Die Arbeit des AKJ hat nun die Stadt dazu gezwungen, ihre Totschweigetaktik aufzugeben und „Gesprächsbereitschaft anzudeuten", um nicht vor der Coesfelder Bevölkerung in Sachen JZ vollkommen isoliert zu werden.

MRCA-Tornado – 25 Milliarden für die Kriegsvorbereitung

z.reb. In diesen Tagen werden die ersten in Serienproduktion hergestellten Flugzeuge MRCA (Multi Role Combat Aircraft = Mehrzweckkampfflugzeug) Tornado ausgeliefert. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Preis für das Flugzeug von ursprünglich 10 Mio. auf über 30 Mio., der Systempreis (incl. Ersatzteile, Entwicklung, Ausbildung, Wartung etc.) von ursprünglich 25 auf jetzt 76 Mio. DM gestiegen ist. Insgesamt ergibt das bis 1987 – bis zu diesem Zeitpunkt sollen Luftwaffe und Marine mit insgesamt 320 Maschinen ausgerüstet werden – 25 Milliarden DM.

Die Planung für den Tornado geht auf die 1. Hälfte der 60er Jahre zurück. Sie ist Ausdruck der veränderten Militärstrategie der westlichen Imperialisten, wie auch des Versuchs der europäischen Imperialisten, sich aus der Abhängigkeit vom US-Imperialismus zu lösen. Der Übergang von der Strategie der massiven Vergeltung zur Strategie der flexiblen Antwort wurde zum einen durch die Erfahrungen des Korea-Krieges erzwungen, andererseits durch den Farbwechsel der Sowjetunion, der dazu führte, daß die westlichen Imperialisten sich nicht mehr allein für den eigenen Angriff, sondern auch auf einen Angriff der Sozialimperialisten rüsten mußten. Der Starfighter ist Ausdruck der alten Militärstrategie. Solange nur der eigene Angriff vorbereitet werden mußte, reichte das Schönwetterflugzeug, das weitreichend Bomben und Atombomben mit geringer Zielgenauigkeit werfen konnte, aus.

Flugeigenschaften und Bewaffnung des Tornado spiegeln den Einsatzzweck wider. Weil die Imperialisten damit rechnen müssen, daß ihre Flugplätze zerbombt werden, kann der Tornado mit ausgeschwenkten Flügeln auf relativ kurzen Strecken – z.B. auch auf Autobahnen – starten und landen. Mit zwei Triebwerken erreicht er mehr als doppelte Schallgeschwindigkeit im Höhenflug und Überschallgeschwindigkeit im Tiefflug. Mit einem ,,Terrain-Folge-Radar" kann in nur 60 m Höhe geflogen werden, wobei das Radar automatisch über alle Hindernisse hinwegsteuert. Dies ist die einzige Möglichkeit, um die Flugabwehr der Sozialimperialisten zu unterfliegen. Gleichzeitig sichert das Radar die Allwetter-Einsatzmöglichkeit. 2 Düsentriebwerke erlauben erhebliche Zuladungen an Munition und große Wendigkeit im Luftkampf. Die Reichweite des Tornado wird geheim gehalten. Neben dieser Luftwaffenversion wird für die Marine eine besondere Version mit Radareinrichtungen zur Aufklärung gebaut, darauf ausgerichtet, die Flotteneinheiten der Sozialimperialisten aufzuspüren und mit Cormoran Luft-Schiff-Raketen anzugreifen. Bewaffnet ist die Tornado mit zwei 2,7 cm Bordkanonen (für Luft- und Erdkampf) und kann bestückt werden mit Luft-Boden und Luft-Luft-Raketen. Herzstück der Bewaffnung ist eine geheime Flächenfeuerwaffe. ,,Die 4600 Kilo schwere Flächenfeuerwaffe soll aus 4000 Sprengkörpern bestehen, die von der Tornadobesatzung in 90 Variationen ‚abgeregnet' werden kann. 5 Munitionsarten können, so heißt es, als Hohlladungsbombe Panzeransammlungen vernichten, als Flachlandungsmine Geländeabschnitte sprengen, als Startbahnbombe Flugzeuge auch in Stahlbetonbunkern treffen und als Splitterbombe Flugplätze zuschütten." (Truppenpraxis 6/79)

Die letzten beiden Einsatzmöglichkeiten sind direkt auf den eigenen Angriff zugeschnitten, der notwendig den Versuch umfassen muß, die Luftwaffe der Sozialimperialisten möglichst noch am Boden zu vernichten. Die ersten Einsatzmöglichkeiten zeigen die Strategie gegen einen Panzervorstoß als Angriff auf die Panzerspitzen und Zerstörung der Nachschublinien. Kein Wunder, daß die BRD-Imperialisten über diese Waffe gegen ihre sozialimperialistischen Konkurrenten begeistert sind.

Von einer besonderen Bedeutung ist der Tornado aber auch für die BRD-Imperialisten in der Konkurrenz mit den US-Imperialisten und im Kampf um die Hegemonie um Europa. ,,Niemand hat es ja für möglich gehalten, daß wir so ohne weiteres ein solches Flugzeug bauen würden, und wir werden auch in Zukunft sicherzustellen haben, daß wir technologisch im Bereich der Waffenproduktion nicht wieder ins zweite Glied zurückfallen." So formuliert Kriegsminister Apel den mit dem Tornado geltend gemachten Anspruch. Gebaut wird der Tornado von einer eigens dafür geschaffenen Gesellschaft, an der MBB und die British Aircraft Corporation mit je 42,5% und Aeritalia mit 15% beteiligt sind. Sitz dieser Gesellschaft ist München. So sind die kleineren europäischen Länder schon ausgeschaltet, die italienischen Imperialisten ins zweite Glied verwiesen. Mit den französischen Imperialisten wird die Konkurrenz zur Mirage sich zuspitzen. Ausgetragen wird diese auf dem Rücken der Volksmassen, aus denen die 25 Milliarden herausgepreßt werden. Sie allerdings können auch den Einsatz verhindern. Bei aller Technik wird sich dieses Flugzeug ohne Wartung, Nachschub und Bodentruppen keinen Meter erheben können.

Büsums Fischer: ,,Bei uns kein Raketenschießen" – Kampf gegen Raketenübung und Napalm

r.wik. Mit 30 Mio. DM hatte sich das Verteidigungsministerium in Bonn an der Eindeichung der Meldorfer Bucht beteiligt und dafür den bereits 1973 fertiggestellten Südteil des Speicherkooges als Truppenübungsplatz erhalten. Die 4800 ha des neuen Kooges, der 1978 fertiggestellt wurde, verteilen sich nach 1280 ha als landwirtschaftliche Nutzungsfläche, 1160 ha Schafsweide, 500 ha Naturschutzgebiet und 1500 ha militärisches Übungsgelände. Bereits 1968 wurden zwischen den Vertretern des Kreises und dem Verteidigungsministerium Rahmenbedingungen für die Nutzung dieses Geländes vereinbart. Zu Beginn dieses Jahres unterrichtete die Waffenerprobungsstelle in Eckernförde Landrat Buhse über die erweiterten und neuen Übungspläne der Bundeswehrführung. Auf dem Übungsgelände des Speicherkooges sollen Napalm- und Brandbomben getestet werden. Des weiteren soll das militärische Sperrgebiet um zwei Zonen mit einem Durchmesser von 30 km erweitert werden, um Feldhaubitzen und Raketen erproben zu können. Damit werden die Fanggründe von Büsums Fischern sowie die Aus- und Einfahrtswege des Büsumers Hafens gesperrt. Landrat Buhse stimmt diesen Plänen zu. Vorgesehen sind für's erste:

– 30 Juli: Erprobungsschießen von insgesamt acht Raketen im Auftrag von Messerschmidt-Bölkow-Blohm,

– ab 22. September: Erprobung von Munition für eine leichte Feldhaubitze im Auftrag von Rheinmetall,

– munitionstechnische Untersuchungen innerhalb des Sperrgebietes des Übungsplatzes von insgesamt 6 Wochen, täglich Abwurf von Napalm- und Flächenbrandbomben.

Als sich nach dem Abwurf der ersten Brandbomben der Kampf gegen die Pläne der Bundeswehr entwickelte, kündigte der Büsumer Gemeinderat weitere Maßnahmen für den Fall an, daß die Übungen weiter durchgeführt werden: ,,Bei der wirtschaftlich schwierigen Lage muß im Interesse unserer vom Fremdenverkehr und der Fischerei lebenden Bevölkerung alles vermieden werden, was zu Störungen ihrer Erwerbszweige führen kann". Die, wenn vorerst auch nur zeitweise Sperrung der Sperrgebiete, bedroht die Existenz vieler Fischer, die zudem gezwungen sind, im Sommer Zimmer an Touristen zur vermieten. Hausbesitzer und Kaufleute sind auf den Fremdenverkehr angewiesen. Zu dem Beschluß des Büsumer Gemeinderates, dem sich auch der Gemeinderat von Friedrichskoog anschloß, teilte Landrat Buhse mit, er könne die Sorgen der Gemeindevertretungen nicht teilen.

Am 11. Juli wurde auf einer Beratung zwischen Vertretern des Verteidigungsministeriums, der Landesregierung und des Kreises in Kiel, an der auch die Bürgermeister von Büsum und Friedrichskoog teilnahmen, der vorläufige Stopp für den Abwurf von Napalm- und Brandbomben beschlossen. Das Raketenschießen soll unter Teilnahme von Gemeindevertretern weiter stattfinden.

Das Kalkül jedoch, durch vorläufigen Stopp des Abwurfs von Napalm die Ausdehnung des militärischen Sperrgebietes und das Raketenschießen durchzusetzen, geht nicht auf: ,,Wir sind zu den Vereinbarungen in Kiel nicht gefragt worden. Sie gehen uns nichts an. Wir werden die Raketenversuche ignorieren und im Sperrgebiet weiter fischen, wie an jedem anderen Tag auch. Da bei gutem Wetter sich ständig Schiffe im Sperrgebiet befinden, kann das Raketenschießen nicht stattfinden", erklärte der Vorsitzende des Büsumer Fischereivereins Kock.

GSG 9-Chef Wegener in Israel: Erfahrungsaustausch und militärische Zusammenarbeit

z.gkr. Besorgt befaßte sich am 17.7. der Bonner ,,Generalanzeiger" mit der Einsatzbereitschaft der GSG 9, der Truppe, die in Mogadischu Schmidts Befehle ausführte. Dabei ließ er gleich mit heraus, daß sich der Chef dieser Truppe, Wegener, auf einer Vortragsreise in Israel befinde. Dort referiere er vor Polizisten, Grenztruppen und Armeeangehörigen über die ,,Bekämpfung von Terroristen". Die BRD-Imperialisten haben ein großes Interesse an der Erhaltung dieses Kolonialstaats, was liegt da näher, als die eigenen Erfahrungen und die anderer Unterdrücker weiterzugeben? Die GSG 9 wurde unter Auswertung der ,,Erfahrungen" der amerikanischen Sondereinheiten Green Berets und Marines in Vietnam aufgebaut. Israel hat 1974, ebenfalls bei der Grenzpolizei, eine Sondereinheit aufgestellt, die in großen Zügen der GSG 9 entspricht. Keine Frage, die BRD-Imperialisten haben mitgemischt. Wegener hat als Auszeichnung das rote Barett der israelischen Fallschirmjäger erhalten. ,,‚Zakal', Israels Armee, wird schon gewußt haben, warum sie diesen Mann damit auszeichnet." (Rolf Tophoven, ein schmieriger Bewunderer der GSG 9)

Offizielle Stellen der BRD-Imperialisten sind vorsichtig, ihre militärische Unterstützung herauszulassen, seit sie 1965 ihr erstes Militärhilfeabkommen mit dem Zionistenstaat – offiziell – abbrechen mußten, nachdem ¾ der versprochenen Waffen für insgesamt 320 Millionen DM geliefert waren. Sie mußten sie einstellen, weil sie nicht alleine auf die Karte Israels setzen, sondern versuchen wollten, über eine Spaltung der arabischen Staaten voranzukommen. Ein Teil der militärischen Zusammenarbeit ging dabei nach wie vor über das Schahregime.

Offener wird jetzt wieder die Zusammenarbeit betrieben: Im Frühjahr war der Vorsitzende des Verteidigungspolitischen Ausschusses des Bundestags, Wörner, in Israel, und Apel, Kriegsminister der BRD-Imperialisten, unterstreicht bei der Eröffnung einer von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an der Bundeswehrhochschule Hamburg veranstalteten Ausstellung zum Thema ,,Vom Land Palästina zum Staat Israel – eine Region im Wandel" im April 79: ,,Die Tatsache, daß es heute einen Militärattaché in Israel gibt, daß Bundeswehrmaschinen mit Luftwaffensoldaten in Uniform auf dem Ben-Gurion-Flughafen bei Tel-Aviv landen, auch dann, wenn sie nicht einen prominenten Politiker zu einem Staatsbesuch fliegen, wäre vor einigen Jahren noch nicht selbstverständlich gewesen."



Grenzpolizei des Zionistenstaates. Ihr Kommandeur, Generalmajor Zvi Bar: ,,Grüßen Sie den Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9 und seine Jungs, und sagen Sie ihm, daß wir Israelis seine Einheit nach Ausbildung, Bewaffnung und Konzeption für die beste der Welt halten – das sagen im übrigen auch amerikanische Experten. Was ihnen noch fehlt, ist die praktische Erfahrung im Einsatz. Doch ich bin davon überzeugt, daß sich die GSG 9 auch im Ernstfall bewähren wird!" Wenige Wochen später bewährte sie sich in Mogadischu. (Bild und Zitat nach Tophoven, GSG 9, Kommando gegen Terrorismus)

Luft-Raketen. Herzstück der Bewaffnung ist eine geheime Flächenfeuerwaffe. ,,Die 4600 Kilo schwere Flächenfeuerwaffe soll aus 4000 Sprengkörpern bestehen, die von der Tornadobesatzung in 90 Variationen ‚abgeregnet' werden kann. 5 Munitionsarten können, so heißt es, als Hohlladungsbombe Panzeransammlungen vernichten, als Flachlandungsmine Geländeabschnitte sprengen, als Startbahnbombe Flugzeuge auch in Stahlbetonbunkern treffen und als Splitterbombe Flugplätze zuschütten." (Truppenpraxis 6/79)

Die letzten beiden Einsatzmöglichkeiten sind direkt auf den eigenen Angriff zugeschnitten, der notwendig den Versuch umfassen muß, die Luftwaffe der Sozialimperialisten möglichst noch am Boden zu vernichten. Die ersten Einsatzmöglichkeiten zeigen die Strategie gegen einen Panzervorstoß als Angriff auf die Panzerspitzen und Zerstörung der Nachschublinien. Kein Wunder, daß die BRD-Imperialisten über diese Waffe gegen ihre sozialimperialistischen Konkurrenten begeistert sind.

Von einer besonderen Bedeutung ist der Tornado aber auch für die BRD-Imperialisten in der Konkurrenz mit den US-Imperialisten und im Kampf um die Hegemonie um Europa. ,,Niemand hat es ja für möglich gehalten, daß wir so ohne weiteres ein solches Flugzeug bauen würden, und wir werden auch in Zukunft sicherzustellen haben, daß wir technologisch im Bereich der Waffenproduktion nicht wieder ins zweite Glied zurückfallen." So formuliert Kriegsminister Apel den mit dem Tornado geltend gemachten Anspruch. Gebaut wird der Tornado von einer eigens dafür geschaffenen Gesellschaft, an der MBB und die British Aircraft Corporation mit je 42,5% und Aeritalia mit 15% beteiligt sind. Sitz dieser Gesellschaft ist München. So sind die kleineren europäischen Länder schon ausgeschaltet, die italienischen Imperialisten ins zweite Glied verwiesen. Mit den französischen Imperialisten wird die Konkurrenz zur Mirage sich zuspitzen. Ausgetragen wird diese auf dem Rücken der Volksmassen, aus denen die 25 Milliarden herausgepreßt werden. Sie allerdings können auch den Einsatz verhindern. Bei aller Technik wird sich dieses Flugzeug ohne Wartung, Nachschub und Bodentruppen keinen Meter erheben können.

z.gkr. Besorgt befaßte sich am 17.7. der Bonner ,,Generalanzeiger" mit der Einsatzbereitschaft der GSG 9, der Truppe, die in Mogadischu Schmidts Befehle ausführte. Dabei ließ er gleich mit heraus, daß sich der Chef dieser Truppe, Wegener, auf einer Vortragsreise in Israel befinde. Dort referiere er vor Polizisten, Grenztruppen und Armeeangehörigen über die ,,Bekämpfung von Terroristen". Die BRD-Imperialisten haben ein großes Interesse an der Erhaltung dieses Kolonialstaats, was liegt da näher, als die eigenen Erfahrungen und die anderer Unterdrücker weiterzugeben? Die GSG 9 wurde unter Auswertung der ,,Erfahrungen" der amerikanischen Sondereinheiten Green Berets und Marines in Vietnam aufgebaut. Israel hat 1974, ebenfalls bei der Grenzpolizei, eine Sondereinheit aufgestellt, die in großen Zügen der GSG 9 entspricht. Keine Frage, die BRD-Imperialisten haben mitgemischt. Wegener hat als Auszeichnung das rote Barett der israelischen Fallschirmjäger erhalten. ,,‚Zakal', Israels Armee, wird schon gewußt haben, warum sie diesen Mann damit auszeichnet." (Rolf Tophoven, ein schmieriger Bewunderer der GSG 9)

Offizielle Stellen der BRD-Imperialisten sind vorsichtig, ihre militärische Unterstützung herauszulassen, seit sie 1965 ihr erstes Militärhilfeabkommen mit dem Zionistenstaat – offiziell – abbrechen mußten, nachdem ¾ der versprochenen Waffen für insgesamt 320 Millionen DM geliefert waren. Sie mußten sie einstellen, weil sie nicht alleine auf die Karte Israels setzen, sondern versuchen wollten, über eine Spaltung der arabischen Staaten voranzukommen. Ein Teil der militärischen Zusammenarbeit ging dabei nach wie vor über das Schahregime.

Offener wird jetzt wieder die Zusammenarbeit betrieben: Im Frühjahr war der Vorsitzende des Verteidigungspolitischen Ausschusses des Bundestags, Wörner, in Israel, und Apel, Kriegsminister der BRD-Imperialisten, unterstreicht bei der Eröffnung einer von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft an der Bundeswehrhochschule Hamburg veranstalteten Ausstellung zum Thema ,,Vom Land Palästina zum Staat Israel – eine Region im Wandel" im April 79: ,,Die Tatsache, daß es heute einen Militärattaché in Israel gibt, daß Bundeswehrmaschinen mit Luftwaffensoldaten in Uniform auf dem Ben-Gurion-Flughafen bei Tel-Aviv landen, auch dann, wenn sie nicht einen prominenten Politiker zu

Grenzpolizei des Zionistenstaates. Ihr Kommandeur, Generalmajor Zvi Bar: ,,Grüßen Sie den Kommandeur der Grenzschutzgruppe 9 und seine Jungs, und sagen Sie ihm, daß wir Israelis seine Einheit nach Ausbildung, Bewaffnung und Konzeption für die beste der Welt halten – das sagen im übrigen auch amerikanische Experten. Was ihnen noch fehlt, ist die praktische Erfahrung im Einsatz. Doch ich bin davon überzeugt, daß sich die GSG 9 auch im Ernstfall bewähren wird!" Wenige Wochen später bewährte sie sich in Mogadischu. (Bild und Zitat nach Tophoven, GSG 9, Kommando gegen Terrorismus)

Nach SALT jetzt NALT – Manöver der Supermächte gegen die Anrainerstaaten des Indischen Ozeans

z.rua. Auf ihrem Wiener Treffen anläßlich der Unterzeichnung von SALT II sind Carter und Breschnew übereingekommen, im Zuge ihrer ,,Entspannungsbereitschaft" die im März 1977 eingerichtete sowjetisch-amerikanische Arbeitsgruppe über den Indischen Ozean wiederzubeleben. Am vorletzten Wochenende hat die 5. Tagung dieser Arbeitsgruppe begonnen. Sie soll für den Indischen Ozean ein NALT-Abkommen (Naval Arms Limitation Treaty) erarbeiten. Verhandlungsgegenstand ist die *Begrenzung* der Flotten beider Supermächte. Nach bisher vorliegenden Vorschlägen soll die jeweilige Präsenz auf Grundlage von Schiffstage-Einheiten (wobei ein Flugzeugträger 7 Einheiten zählen soll, ein Zerstörer nur eine usw.) oder von Tonnage-Einheiten festgelegt werden. Mit diesem Manöver wollen die Supermächte den Kampf der Länder der Dritten Welt und insbesondere der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans für den *Abzug aller fremden Flotten und die Auflösung der Militärstützpunkte* durchkreuzen und ihre Präsenz vertraglich absichern.

Die Beherrschung des Indischen Ozeans ermöglicht den Zugriff auf die Ölreichtümer des Nahen und Mittleren Ostens und sichert den freien Zugang zur Kap-Route in den Atlantik und in den Pazifik. Im Zuge ihrer Kriegsvorbereitungen bauen die Supermächte ihre Präsenz stark aus. Die US-Imperialisten haben den von Britannien gepachteten mitten im Indischen Ozean gelegenen Stützpunkt Diego Garcia von einer Auftankstation in einen mehrere ha großen Landeplatz für Flugzeuge ausgebaut. Der Marinestützpunkt North West Cape in Australien wurde im Laufe dieses Jahres modernisiert. Seit dem 6. Juni ist die in Bahrain stationierte US-Flotte auf 4 Kriegsschiffe erweitert worden, die Anzahl der ständig im Arabischen Golf operierenden US-Schiffe wurde von 5 auf 9 ausgedehnt. Gegenwärtig arbeiten die US-Imperialisten neben den Plänen für eine Eingreiftruppe von 110000 Mann an einer Struktur für ein neu einzurichtendes West-Asien-Kommando. An Stelle der ,,Constellation", die in den Pazifik zurückbeordert wurde, soll der Flugzeugträger ,,Midway" das Hauptschiff der neu eingerichteten 5. US-Flotte im Indischen Ozean sein.

Die Sozialimperialisten haben mit der Besitznahme von Cam Ranh in Vietnam einen wesentlichen Eckpfeiler für ihren Zugang zum Indischen Ozean erlangt. Sie sind in der mißlichen Lage, außer in der VDR Jemen und im Irak über keine *festen* Stützpunkte im Indischen Ozean mehr zu verfügen. In Singapur haben sie deshalb eine Werft-Aktiengesellschaft gegründet, die für Auftank- und Ausrüstungsmöglichkeiten allemal gut ist. Seit 1968 haben sie ihre ständig im Indischen Ozean über Wasser operierende Flotte von 10 auf 25 Kriegsschiffe erweitert, die Anzahl der atomgetriebenen U-Boote, die mehrere Monate im offenen Meer operieren können, ist nicht erfaßt. Aus der von Flottenadmiral Gorschkow propagierten ,,Position der Stärke" heraus schaffen sie sich mit massiven Flottenaufmärschen unter Verletzung der territorialen Hoheit insbesondere der Inselstaaten Ankerplätze, meist in Beobachtungsweite der US-Stützpunkte.



Gegen die Bedrohung durch die Kriegsflotten der Supermächte und deren zunehmende Rivalität haben die Anrainerstaaten des Indischen Ozeans mit Unterstützung der Dritten Welt insgesamt 1971 in der UNO-Generalversammlung eine Erklärung erkämpft, die die Schaffung des Indischen Ozeans als Zone des Friedens zum Ziel hat. Die imperialistischen Militärstützpunkte sollen aufgelöst und die fremden Flotten abgezogen werden. 7 Jahre hat es gedauert, bis die Supermächte überhaupt an den Verhandlungstisch gezwungen werden konnten. Vom 2. bis 17. Juli fand in New York die von der Generalversammlung 1978 beschlossene Konferenz der Anrainerstaaten statt, zu der die Supermächte geladen waren.

Ihr Auftreten war dreist. Der US-Delegierte Wilkinson lehnte die Forderung der Länder der Dritten Welt als vollständig unakzeptabel ab und wollte die Deklaration der UNO so verstanden wissen, daß sie *gerade* allen Staaten den freien und uneingeschränkten Zugang zum Indischen Ozean eröffne. Der sowjetische Delegierte Mendelevich bestritt zum wiederholten Male die Existenz sowjetischer Basen und versuchte, die Sowjetunion als *bedrohte* Nation darzustellen. Den Tatbestand der Rivalität mit der US-Supermacht bestritt er lakonisch unter Hinweis darauf, daß die USA am weitesten vom Indischen Ozean entfernt lägen und schlußfolgerte: ,,Das Gebiet ist von strategischer Bedeutung für die Sowjetunion, nicht aber für die USA. Wie könnte es da eine Rivalität geben?" (The Statesman, Indien, 5.7.1979). Beide Supermächte betonten die Bereitschaft zu *zweiseitigen* Verhandlungen über die *Beschränkung* ihrer Flotten.

Der indische Delegierte Mishra griff diese Vorschläge an und erklärte: ,,Ohne daß die Supermächte ihre Intentionen zur Intensivierung ihrer Rivalität und zur Stärkung ihrer militärischen Kräfte auf dauerhafter Basis nicht wirklich aufgeben, sind die bilateralen Gespräche ungeeignet, zu einer Verwirklichung der UNO-Erklärung zu führen." Der Delegierte Pakistans Naik rief die Anrainerstaaten dazu auf, zur Sicherung der Region gegen die Supermächte einen regionalen Verhaltenskodex zu entwickeln.

UdSSR: Kapitalistischer Arbeitsmarkt Millionenfache industrielle Reservearmee

z.pek. „In der UdSSR wird an der Entwicklung eines automatisierten Planberechnungssystems gearbeitet. Dazu gehört das Untersystem ‚Verteilung und Umverteilung der Arbeitskräfte'.“(Sowjetunion heute) Als Folge kapitalistischer Rationalisierung ist im Planjahrfünft 1971-75 in der Sowjetunion die Arbeitskraft von insgesamt 20 Mio. Arbeitern freigesetzt worden. Über 10 Mio. Bauern sind seit 1966 ihrer Existenzgrundlage auf dem Lande beraubt und die Städte getrieben worden.



Zwangsvermittlung computergesteuert. Büro für Arbeitsvermittlung in Moskau.

Die Bedingungen hoher Arbeitskräftenachfrage, die Phase der Ausdehnung der Produktion, während der die Arbeiter das Lohnniveau durch eigene Kündigung und Wechsel in eine besser bezahlte Arbeitsstelle individuell zu verteidigen suchten und es zuweilen gar heben konnten, ist vorüber. Umgekehrt sind es jetzt die staatskapitalistischen Betriebe, die die Kündigungen aussprechen. Nach dem 1970 reformierten sowjetischen Arbeitsgesetz ist Krankheit von mehr als 4 Monaten ausreichender Kündigungsgrund.

Alle in der Zucker-, Konserven- und Fischverarbeitungsindustrie sowie den Forstbetrieben Beschäftigten sind „Saisonarbeiter“; Wenn ihre Beschäftigung endet, erhalten sie kein Arbeitslosengeld, allenfalls 2 Wochenlöhne an „Überbrückungsgeld“. Die statistische Dauer der „Überbrückungszeit“ von einem Monat bei Männern, zwei Monaten bei Frauen ist der bekanntermaßen nivellierende Durchschnitt.

Über die seit 1967 in fast allen größeren Städten geschaffenen „Büros für Arbeitsvermittlung“ werden jährlich rund 15 Mio. Arbeiter zwangsvermittelt, vor allem in den Hohen Norden und den Fernen Osten. Die im Rahmen der dortigen Erschließungsprojekte gezahlten Lohnzulagen bis zur Höhe des doppelten Durchschnittslohns sind gerade so hoch, den nackten Zwang kurzfristig zu verdecken, und nie genug, die höheren Lebenshaltungskosten in diesen Regionen auszugleichen.

Geldstrafen sorgen für Arbeitsdisziplin in der DDR

z.krk. Ralf sitzt an der Warenausgabe eines Kaufhauses. Aus Versehen gibt er auf einen unbezahlten Kassenzettel Waren aus. Der Wert: 286,90 M. Die für den Berieb zuständige Konfliktkommission verurteilt ihn zur vollen Ersetzung des Schadens. Eine Rolle beim Urteil hat gespielt, daß Ralf „ein Mann ohne Einsicht, ohne Initiative“ ist. „Er läßt sich oft rückwirkend krankschreiben (gemeinsam mit seiner Verlobten!) das heißt er gibt die (rückwirkend ausgestellten) Krankenscheine stets mehrere Tage verspätet ab.“ (Tribüne 76/79) Ein anderes Beispiel: Ein junger Bauarbeiter wird in angetrunkenem Zustand von seinem Arbeitsplatz auf der Baustelle nach Hause geschickt. Aus Wut schlägt er eine Fensterscheibe ein und zertrümmert einen Spind. Das Urteil der Konfliktkommission: Schadensersatz und Geldstrafe von 129 M. (Der Durchschnittslohn betrug 1977 954 M laut Statistischem Jahrbuch der DDR, 1978)

„Die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches über die materielle Verantwortlichkeit des Werktätigen sind so gestaltet, daß bei ihrer richtigen Handhabung sowohl politisch-ideologisch als auch materiell-erzieherisch auf den Schädiger mit dem Ziel eingewirkt wird, künftig gewissenhaft die Arbeitspflichten einzuhalten“, sagt zur beabsichtigten Wirkung solcher Maßnahmen Gerhard Kirschner, Staatsanwalt in der DDR. Seit 1968 sind die sog. gesellschaftlichen Gerichte in der Verfassung der DDR verankert. Konfliktkommissionen in den Betrieben und Schiedskommissionen in den Wohngebieten behandeln als „gewählte Organe der Erziehung und Selbsterziehung der Bürger“ Arbeitsrechtssachen bzw. Vergehen von unerheblichem Ausmaß. Im Ergebnis einer Beratung über die Auseinandersetzung zwischen dem Arbeiter eines Betriebes und der Betriebsleitung legt die Konfliktkommission sog. Erziehungsmaßnahmen fest, z.B. sich beim Kollektiv zu entschuldigen, die Verpflichtung zur Wiedergutmachung des Schadens oder zur Zahlung einer Geldbuße bis zu 150 M. Die Zahl der betrieblichen Streitfälle steigt von Jahr zu Jahr, im vergangenen Jahr waren es 40000. Dem entsprechend vermehren sich auch die Konfliktkommissionen: 1971 23000, 1976 24600, 1979 über 25000. Nach dem Bericht eines Mitgliedes der Konfliktkommission im NARVA-Kombinat machen die Verletzungen der „sozialistischen Arbeitsdisziplin“ 53% der behandelten Fälle aus.

Arbeiter das Lohnniveau durch eigene sten in diesen Regionen auszugleichen.

Geldstrafen sorgen für Arbeitsdisziplin in der DDR

z.krk. Ralf sitzt an der Warenausgabe eines Kaufhauses. Aus Versehen gibt er auf einen unbezahlten Kassenzettel Waren aus. Der Wert: 286,90 M. Die für den Berieb zuständige Konfliktkommission verurteilt ihn zur vollen Ersetzung des Schadens. Eine Rolle beim Urteil hat gespielt, daß Ralf „ein Mann ohne Einsicht, ohne Initiative“ ist. „Er läßt sich oft rückwirkend krankschreiben (gemeinsam mit seiner Verlobten!) das heißt er gibt die (rückwirkend ausgestellten) Krankenscheine stets mehrere Tage verspätet ab.“ (Tribüne 76/79) Ein anderes Beispiel: Ein junger Bauarbeiter wird in angetrunkenem Zustand von seinem Arbeitsplatz auf der Baustelle nach Hause geschickt. Aus Wut schlägt er eine Fensterscheibe ein und zertrümmert einen Spind. Das Urteil der Konfliktkommission: Schadensersatz und Geldstrafe von 129 M. (Der Durchschnittslohn betrug 1977 954 M laut Statistischem Jahrbuch der DDR, 1978)

„Die Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches über die materielle Verantwortlichkeit des Werktätigen sind so gestaltet, daß bei ihrer richtigen Handhabung sowohl politisch-ideologisch als auch materiell-erzieherisch auf den Schädiger mit dem Ziel eingewirkt wird, künftig gewissenhaft die Arbeitspflichten einzuhalten“, sagt zur beabsichtigten Wirkung solcher Maßnahmen Gerhard Kirschner, Staatsanwalt in der DDR. Seit 1968 sind die sog. gesellschaftlichen Gerichte in der Verfassung der DDR verankert. Konfliktkommissionen in den Betrieben und Schiedskommissionen in den Wohngebieten behandeln als „gewählte Organe der Erziehung und Selbsterziehung der Bürger“ Arbeitsrechtssachen bzw. Vergehen von unerheblichem Ausmaß. Im Ergebnis einer Beratung über die Auseinandersetzung zwischen dem Arbeiter eines Betriebes und der Betriebsleitung legt die Konfliktkommission sog. Erziehungsmaßnahmen fest, z.B. sich beim Kollektiv zu entschuldigen, die Verpflichtung zur Wiedergutmachung des Schadens oder zur Zahlung einer Geldbuße bis zu 150 M. Die Zahl der betrieblichen Streitfälle steigt von Jahr zu Jahr, im vergangenen Jahr waren es 40000. Dem entsprechend vermehren sich auch die Konfliktkommissionen: 1971 23000, 1976 24600, 1979 über 25000. Nach dem Bericht eines Mitgliedes der Konfliktkommission im NARVA-Kombinat machen die Verletzungen der „sozialistischen Arbeitsdisziplin“ 53% der behandelten Fälle aus.

CSSR: Reform des Lohnsystems als „Ausgleich“ für Teuerungswelle

z.anb. Zum 23. Juli wurden in der CSSR die Preise für Energiestoffe (Gas, Kohle, Strom, Benzin) um 50% erhöht; Superbenzin kostet jetzt umgerechnet 2,75 DM pro Liter. Anfang Juni hatte die Zeitung „Svet Hospodarstvi“ (Wirtschaftsleben) die Bilanz der Lohnentwicklung seit 1976 gezogen: „... war ein schnelleres Wachstum der Löhne zu beobachten, als ursprünglich vorgesehen war.“ 3% Wachstum der Lohnkosten pro Jahr erfordere nun strengere Maßnahmen, die „jene Organisationen treffen sol-



Die steigende Ausbeutung verlangt den Konsum von mehr Fleisch, Eiern, Fett.

len, die das Lohnlimit um mehr als 0,5% überschreiten“. Offensichtlich waren es nicht wenige Betriebe, in denen die Arbeiter einen Zuschlag erkämpften, meist eine Erhöhung der Zulagen, denn diese werden aus den betrieblichen Lohnfonds gezahlt.

Über das „Experiment Wirtschaftsführung“, an dem 1978 zahlreiche Betriebe zwangsweise teilnehmen mußten, wurden die Zulagen an die „Gewinne“ gebunden, ein schlichtes Produktivitätsabkommen. Dieser Angriff auf den Lohnstandard blieb stecken: Die tschechoslowakischen Arbeiter haben sich Pausen genommen, das Tempo gedrosselt, die Intensität verringert. Der Produktionsausstoß ist bei weitem nicht erwartungsgemäß gestiegen; und wenn er stieg, sank massiv die Qualität der Produkte; bis zu 100% mehr Reklamationen versetzen die Bourgeois in Aufruhr.

Zum 1.1.79 wurde daraufhin die „Verlustbeteiligung“ eingeführt, d.h. Abzüge vom Lohn für Widerstand gegen die Kennziffern der Ausbeutung. Es ist nicht dahergesagt, wenn die neuen Bourgeois jetzt mit „sicheren Schwierigkeiten bei der planmäßigen Vorgangsweise auf dem Lohnsektor 1979“ rechnen. Sie wollen den *Durchschnitts*lohn um 1% senken, das Zulagensystem mit der „Stimulierung der Maschinenauslastung“ koppeln, den Bankrott des Plans gewaltsam bereinigen. Die Teuerungswelle ist in diesem Kalkül der Vorwand, um über den Betrug, man wolle sie „ausgleichen“, die Lohnreform durchzusetzen. Auch wenn man kaum von Streiks in Betrieben der CSSR hört – die Bilanzen der revisionistischen Bourgeoisie beweisen, daß die Arbeiterklasse am Beginn eines Aufschwungs ihrer Kämpfe steht.

Streikaktionen in jugoslawischen Betrieben

Die Regierung erkennt das Streikrecht an

z.anb. Trotz anhaltender Steigerung der Industrieproduktion – seit 1974 um 33,4% –, trotz der Zunahme der Beschäftigtenzahl im Jahre 1978 um weitere 4% ist die wirtschaftliche Lage Jugoslawiens schärfer als im Vorjahr durch die Tributdienste an die imperialistischen Beutelschneider angespannt. Die Handelsbilanz wies im ersten Quartal 1979 ein Rekorddefizit von 1,6 Mrd. Dollar auf (1978: insgesamt 4,3 Mrd.), die Deckung der Importe durch die Exporte sank erstmalig seit 1953 unter die 50%-Grenze. 34% des im Vorjahr erwirtschafteten Sozialprodukts flossen in Schuldendienstzahlungen für fällige Kredite. Dies während gleichzeitig durch die kapitalistische Rationalisierung in den westlichen imperialistischen Ländern seit 1974 rund 400000 jugoslawische Arbeiter zurückkehrten und bis 1978 eine Mio. neuer Arbeitsplätze in Jugoslawien geschaffen wurden.

Immer noch gibt es 700000 Arbeitslose, der Bau neuer Produktionsanlagen kann nicht beschleunigt werden, weil die Devisen fehlen, um die teure Maschinerie zu kaufen. Die EG-Imperialisten sperren ihre Märkte nach wie vor für zahlreiche jugoslawische Exportwaren und – warten ab. Am 19. Juli hat die jugoslawische Bundesversammlung die wirtschaftliche Entwicklung beraten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren, vor allem in den Teilrepubliken Serbien und Kroatien, mehrere Tausend Arbeiter in den Streik getreten, weil ihnen die Löhne nicht mehr in vol-



Versammlung im Betrieb während der Arbeitszeit – es gibt heftige Debatten darüber, ob die wirtschaftliche Lage Lohnsenkung rechtfertigen kann.

ler Höhe ausbezahlt wurden. Angesichts der anhaltenden Inflation von 15% bei Lebensmitteln (seit Januar 79) und der unlängst beschlossenen Benzinpreissteigerungen wurde die Lage für die Arbeiterfamilien, die zur Zeit durchschnittlich 5410 Dinar (ca. 550 DM) zur Verfügung haben, unerträglich.

Bereits Ende Juni hatte das Zentralkomitee des Bundes der Kommunisten festgestellt, daß „in der Finanzierung der Entwicklung die Wirtschaftsbetriebe immer mehr auf Kredite angewiesen sind“ (Tanjug, 27.6.), denn die Abgaben an den staatlichen Fonds wachsen rascher, als die Einnahmen der Betriebe. Durch die Streikaktionen setzen sich die Arbeiter dagegen zur Wehr, die Differenz durch Lohnkürzung zu begleichen.

Bereits im Sommer letzten Jahres hatte es einen Aufschwung betrieblicher Streikaktionen gegeben. Sie führten zu einer breiten grundsätzlichen Debatte über die Rechte der Arbeiter in der jugoslawischen Presse. Jovanov, ein führender Gewerkschafter aus Slowenien, griff damals die Position an, Streiks seien illegitim in einem Gesellschaftssystem, in dem die Arbeiter die Betriebe selbstverwalten.

„Von Lenins Klassendefinition und von der Definition der Arbeiterklasse in Jugoslawien ausgehend und unter Berücksichtigung dessen, daß die streikenden Arbeiter sich von jenen sozialen Schichten und Gruppen unterscheiden, die wegen des Besitzes der gesellschaftlichen Macht bei der Verteilung der Gelder und der sonstigen materiellen Güter bestreikt werden, ist der Streik ein Konflikt mit Klassencharakter.“ („Start“, Zagreb, 6.9.78)

Jovanov bezog sich auf die Auswertung von zahlreichen Streikaktionen in Betrieben Serbiens und Mazedoniens, deren Verlauf in Protokollen der Arbeiterratssitzungen dokumentiert wurde. Ein Beispiel:

„*10.40 Uhr.* Ein Transportarbeiter im schmutzigen blauen Arbeitskittel: *Hier wird über Disziplin und bessere Arbeit geredet, aber wir brauchen jetzt erstmal ein bißchen Geld. Wozu haben wir denn unser Mandat und die neuen Verfassungsartikel, als dazu, daß wir das jetzt hier beschließen können?* –

Der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses erklärt, man sei sich bewußt gewesen, daß die Lebenshaltungskosten im laufenden Jahr um 28% gestiegen seien, wohingegen das persönliche Einkommen fast stagniert habe ... aber die Bestimmungen ließen jetzt keine andere Wahl.

10.54 Uhr. Ein Mineur von der Arbeitseinheit Gesteinsabbau schlägt vor, vom Überschuß ein zusätzliches Monatsgehalt jetzt und ein weiteres halbes im nächsten Jahr auszuzahlen: *Wir arbeiten und die anderen haben das Geld und können ihren Frauen Kleider kaufen! ...*

Der Generaldirektor meldet sich, redet sehr eindringlich: *Wir haben ein Gesetz, ich wiederhole, ein Gesetz! Dagegen können wir nichts beschließen, das muß jedem ganz klar sein! ... Mein Gehalt ist doch ein plastisches Beispiel dafür, daß die Einschränkung uns alle trifft: ich bekomme auch nicht mehr wie letztes Jahr!*

Der Mineur, im Gesicht rot vor Erregung, wendet sich zum Meister, der vor dem Generaldirektor beschwichtigend gesprochen hatte: *Du hast gut reden! ... Wenn das so weitergeht, dann brauchen wir nicht in die kapitalistischen Länder zu gehen, dann haben wir ihn hier bei uns!*“(Zit. in: *Wirtschaftlicher Dienst Südosteuropa)* In dieser Arbeiterratssitzung überstimmen die Arbeiter die Betriebsleitung, auch die Meister sind für Auszahlung der Überschüsse. Wenig später wird die Sitzung erneut einberufen, der Beschluß revidiert.

Während noch 1969 das ZK des BDKJ in einer Erklärung zur Streikfrage festhielt, „daß in unserem Selbstverwaltungssystem Arbeitsniederlegungen nicht der Weg zur Lösung der Probleme und Schwierigkeiten sein können“ („Komunist“, 25.12.1969), vertrat Vladimir Bakaric, Mitglied des ZK auf dessen Sitzung im Dezember letzten Jahres die Auffassung, daß die Streiks gerechtfertigt sind und sich „im Zusammenhang mit dem Erlaß von Regulativen über die Verteilung der persönlichen Einkommen, über die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und wegen Wohnungen ereignen“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.79) Damit kritisierte er offen das vier Wochen zuvor erlassene Gesetz, demzufolge in „defizitären“ Betrieben nicht mehr die volle Lohnsumme zur Auszahlung kommen sollte. Die Parteizeitung „Borba“ setzte sich mit den Kampfaktionen der Arbeiter gegen dieses Gesetz auseinander und gab zu bedenken, daß die Arbeiter nur dann für die Steigerung der Produktivität mobilisiert werden können, wenn sie selbst davon eine Besserung ihrer materiellen Lage erfahren.

Nun hat auch der Gewerkschaftsbund der Teilrepublik Kroatien in einer Untersuchung über 22 Streiks der letzten Wochen erklärt, daß „Arbeitsniederlegungen nicht im voraus zu verurteilen sind“ (Tanjug, 12.7.79) Als Mitglied des Staatspräsidiums erläuterte Bakaric am 16. Juni in einem Interview für das Belgrader Fernsehen die Haltung der Regierung: „Von keinem Streik haben wir Schaden gehabt, sondern nur Nutzen ... wir haben angenommen, daß alles in Ordnung ist, bis die Arbeiter uns gewarnt haben, daß es nicht so ist. Zu Streiks ist es in jenen Betrieben gekommen, wo die Bürokratie und Technokratie den Arbeitern das Recht entziehen wollte, über das Einkommen zu entscheiden. Besser gesagt, dies ist ein Kampf gegen den Entzug von Rechten, die sie erworben haben.“ (Tanjug,16.7.79)

sammlung die wirtschaftliche Entwicklung beraten. Bis zu diesem Zeitpunkt waren, vor allem in den Teilrepubliken Serbien und Kroatien, mehrere Tausend Arbeiter in den Streik getreten, weil ihnen die Löhne nicht mehr in vol-

beiterratssitzungen dokumentiert wurde. Ein Beispiel:

„*10.40 Uhr.* Ein Transportarbeiter im schmutzigen blauen Arbeitskittel: *Hier wird über Disziplin und bessere*



Versammlung im Betrieb während der Arbeitszeit – es gibt heftige Debatten darüber, ob die wirtschaftliche Lage Lohnsenkung rechtfertigen kann.

ler Höhe ausbezahlt wurden. Angesichts der anhaltenden Inflation von 15% bei Lebensmitteln (seit Januar 79) und der unlängst beschlossenen Benzinpreissteigerungen wurde die Lage

Arbeit geredet, aber wir brauchen jetzt erstmal ein bißchen Geld. Wozu haben wir denn unser Mandat und die neuen Verfassungsartikel, als dazu, daß wir das jetzt hier beschließen können? –

verwaltungssystem Arbeitsniederlegungen nicht der Weg zur Lösung der Probleme und Schwierigkeiten sein können“ („Komunist“, 25.12.1969), vertrat Vladimir Bakaric, Mitglied des ZK auf dessen Sitzung im Dezember letzten Jahres die Auffassung, daß die Streiks gerechtfertigt sind und sich „im Zusammenhang mit dem Erlaß von Regulativen über die Verteilung der persönlichen Einkommen, über die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen und wegen Wohnungen ereignen“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.79) Damit kritisierte er offen das vier Wochen zuvor erlassene Gesetz, demzufolge in „defizitären“ Betrieben nicht mehr die volle Lohnsumme zur Auszahlung kommen sollte. Die Parteizeitung „Borba“ setzte sich mit den Kampfaktionen der Arbeiter gegen dieses Gesetz auseinander und gab zu bedenken, daß die Arbeiter nur dann für die Steigerung der Produktivität mobilisiert werden können, wenn sie selbst davon eine Besserung ihrer materiellen Lage erfahren.

Nun hat auch der Gewerkschaftsbund der Teilrepublik Kroatien in einer Untersuchung über 22 Streiks der letzten Wochen erklärt, daß „Arbeitsniederlegungen nicht im voraus zu verurteilen sind“ (Tanjug, 12.7.79) Als Mitglied des Staatspräsidiums erläuterte Bakaric am 16. Juni in einem Interview für das Belgrader Fernsehen die Haltung der Regierung: „Von keinem Streik haben wir Schaden gehabt, sondern nur Nutzen ... wir haben ange-

Erfolgreicher Befreiungskampf auf den Phillippinen

z.mat.Sydney. Samar, die östlichste der philippinischen Inseln und reich an Bauxit, Uran und Edelholz, ist eine der Problemzonen für seine Regierung, sagte Marcos in einer Rede an die Nation am 12. Juni. Die Imperialisten wollen an ihre Reichtümer heran. 40 Mio. US-Dollar wollen sie durch Australien in die Entwicklung der Insel fließen lassen. Fast alle Dörfer und Städte auf Samar sind nur mit dem Boot zu erreichen. Den Imperialisten dient das dazu, ihre Erschließungspläne als „landwirtschaftliches Entwicklungsprogramm“ zu verkleiden: Hauptsächlich geht es um den Straßen- und Brückenbau. Doch die philippinische Regierung hat Schwierigkeiten, diese Pläne durchzusetzen. Aus ¾ der Insel ist seine Verwaltung von der Neuen Volksarmee NPA der Kommunistischen Partei vertrieben worden, die Bauern haben sich in Widerstandsgruppen organisiert. Wo die Großgrundbesitzer sich weigern, den Bauern den vollen Anteil an der Ernte zu geben, organisiert die NPA einen Ernteboykott. In mehreren Dörfern sind Genossenschaften gebildet worden, so daß die Bauern gar nicht mehr für die Großgrundbesitzer arbeiten müssen. Vor einigen Wochen hat Marcos Verteidigungsminister Enrile nach Samar zur Inspektion geschickt. Seine Empfehlung war der sofortige Abzug einer Marine- und einer Polizeieinheit, die bei der Bevölkerung zu verhaßt waren. Sie sollen jetzt durch Truppen aus Manila und Palawan ersetzt werden.

Neue „Mitte-Links-Regierung“ soll Gewerkschaften spalten

z.ulg.Rom. Nach Andreotti ist in der letzten Woche auch der sozialistische Sekretär Craxi mit seinem Versuch gescheitert, die neue italienische Regierung zu bilden. Dabei ist sich die Finanzbourgeoisie einig: Eine Regierungsbeteiligung der Sozialisten soll für „konstruktive“ Opposition der Revisionisten und zusätzliche Spaltung der Arbeiterbewegung sorgen. Die PSI ist an der Führung von zwei der drei großen Gewerkschaftsbünde beteiligt. Die 1962 erstmals gebildetete „Mitte-Links-Koalition“ war Anfang der 70er Jahre unter dem Ansturm der Arbeiterkämpfe zerbrochen, der Stimmanteil der Sozialisten in einem Jahrzehnt von knapp 14 auf unter 10% gefallen. Die Schwierigkeit bei der geplanten Neuauflage ist, daß die Arbeiterklasse zwar geschwächt, aber keineswegs geschlagen ist. Die großen Lohnkämpfe der letzten Wochen haben das erneut gezeigt. Die Sozialisten wollten daher eine neue Regierung Andreotti nur „technisch“ durch Stimmenthaltung unterstützen. Das hat der DC nicht gereicht. Dann der Auftrag an Craxi. Aber da sahen sich die Christdemokraten zu einer „subalternen Rolle“ verdammt. Also wieder nichts. Derweil regiert Andreotti mit Präsidialdekreten weiter, die, wenn das Parlament nicht in der vorgeschriebenen Frist zustimmt, einfach erneuert werden. Eine Übergangsregierung unter dem Lohnsenkungsexperten Pandolfi soll jetzt für die nötige „Abkühlung“ zwischen den bürgerlichen Parteien sorgen.

Neuer Gesundheitsminister: Beitragserhöhung

z.inl.Paris. Frankreichs neuer Gesundheitsminister Barrot hat sich vorge-

Euskadi braucht das Selbstbestimmungsrecht

Entwurf für das Autonomiestatut des Baskenlandes vorgelegt

z.jon.Paris. Am 21.7. billigte die Verfassungskommission des spanischen Parlaments einstimmig den Entwurf für ein Autonomiestatut des Baskenlandes. Der Vorsitzende der Kommission, Emilio Atard, ein alter Reaktionär, erklärte bewegt, ,,daß die Möglichkeit besteht, anderthalb Jahrhunderte Konfrontation und gegenseitiges Unverständnis zwischen den Basken und dem Rest des spanischen Staates zu beenden. Insofern erleben wir einen historischen Augenblick.'' Auch der Revisionistenführer Santiago Carrillo war gerührt. Er sprach von einem ,,Sieg der Völker Spaniens''. Die Imperialisten atmeten auf. ,,Die baskische Bombe entschärft'', lautete die Überschrift über die Meldung zu dem Statut im Pariser Figaro.

Die spanischen Bourgeois wie die Imperialisten hoffen, daß sie dem baskischen Volk mit dem Linsengericht von etwas Selbst*verwaltung* nach diesem Statut das *Selbstbestimmungsrecht* abkaufen können. Der Figaro beschreibt das geplante Manöver genüßlich so: ,,Es wird ihr (der ETA) jetzt schwerfallen, mit der Unterstützung des Volkes zu rechnen, die sie bis jetzt genießt. Umso mehr, als das Baskenland jetzt außer der Autorität über sein Schulwesen und seine Steuern auch seine eigene Polizei... haben wird. Werden es die Terroristen wagen, auf einen baskischen Polizisten zu schießen?''

Wird das Manöver gelingen? Die Verhandlungen über ein Autonomiestatut für Katalonien stocken, weil die katalonische nationale Bewegung die im baskischen Statut vorgesehene Einschränkung nationaler Rechte nicht hinnehmen will. Die Abgeordneten der Sozialistischen Partei Andalusiens sind den Verhandlungen über das Baskenstatut ferngeblieben, weil darin das Selbstbestimmungsrecht negiert wird. Herri Batsuna, die baskische Partei, die für die Lostrennung Euskadis vom spanischen Staat eintritt, erklärte nach kurzem Zögern, sie werde das Statut bekämpfen. In mehreren baskischen Städten hat es Zusammenstöße zwischen Befürwortern und Gegnern des Statuts gegeben. Die baskische nationale Bewegung ist durch das Bündnis ihrer bürgerlichen Führer mit dem spanischen Staat geschwächt. Die Bewegung für das Selbstbestimmungsrecht wird sich aber nicht unterdrücken lassen, weil sie untrennbar mit dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung verbunden ist.

Durch die Kämpfe der Bauern gegen den Feudalismus hat das baskische Volk über Jahrhunderte seine Selbständigkeit gegenüber dem spanischen Zentralstaat verteidigen können. Erst im 19. Jahrhundert gelingt es der spanischen Bourgeoisie, die ,,alten Rechte'' zu beseitigen und dem britischen Kapital Zugang zu den Eisenerzminen Euskadis zu verschaffen. Im Kampf gegen die faschistischen Angriffe auf die spanische Republik erkämpft sich das baskische Volk 1936 wieder einen Teil seiner Rechte. Auf sich allein gestellt, hält die euskadische Republik 1936 – 37 über ein Jahr lang den faschistischen spanischen, italienischen und deutschen Truppen stand. Im gleichen Maße wie die Plünderung der natürlichen Reichtümer Euskadis und die Ausbeutung seiner Arbeiter steigert der Franco-Faschismus die nationale Unterdrückung. Bis heute ist Euskadi der Teil Spaniens mit der höchsten Industriekonzentration und Polizeidichte zugleich. Die Streikkämpfe in den 50er und 60er Jahren gehen Hand in Hand mit der Entfaltung der Massendemonstrationen für demokratische Rechte und der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die ETA. Ein Sprecher der ETA erklärte 1976 in einem Interview: ,,Vor dem Bürgerkrieg war der baskische Nationalismus eine Erscheinung der Mittelklassen. Jetzt ist er eine Sache der Arbeiterklasse, auch für die vielen nicht-baskischen spanischen Arbeiter, die in unsere Fabriken gekommen sind. Sie sehen, wieviel besser wir dran wären, wenn wir eine eigene Regierung zur Regelung unserer Angelegenheiten hätten.'' Die Arbeiterklasse erhebt in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und imperialistische Plünderung die Forderung nach uneingeschränkter Demokratie, die für die unterdrückten Nationen das Recht auf Lostrennung von dem Staat umfaßt, der Ausbeutung und Plünderung organisiert.

Nach wie vor ist der spanische Staat ein Völkergefängnis. Nebenstehend haben wir die Paragraphen der neuen Verfassung und des Baskenstatuts dokumentiert, in denen die Einschränkungen der nach Francos Tod erkämpften Rechte der unterdrückten Nationalitäten festgelegt sind. Mit der ,,Liberalisierung'' nach 1975 und der Vorbereitung der EG-Aufnahme Spaniens hat das imperialistische Kapital seinen Zugriff auf Spanien noch verstärkt.

In Euskadi hat die Arbeitslosigkeit Anfang 1978 erstmals den Durchschnitt des Gesamtstaats überschritten. Die Verschärfung des Klassenkampfes drückt sich in Euskadi in der Zunahme der Demonstrationen gegen die Anwesenheit der spanischen Polizei und der bewaffneten Aktionen der ETA aus. Das in großer Eile entworfene Autonomiestatut soll die Grundlage für eine Kampagne gegen das Selbstbestimmungsrecht und den ,,Terrorismus der ETA'' bilden. Eine solche Kampagne mit großen Demonstrationen unter der Führung von Revisionisten und Reformisten gab es schon im Oktober vorigen Jahres. Zumindest in Euskadi hatte sie nicht den erhofften Erfolg. Als die Polizei Gegendemonstranten angriff, vereinigten sich an verschiedenen Orten Demonstranten ,,für'' und ,,gegen den Terrorismus'' und kämpften gemeinsam gegen die spanische Polizei.

Dokumentation

Spanische Verfassung von 1978:

Art. 2. Die spanische Verfassung ist auf die unauflösliche Einheit der spanischen Nation gegründet, dem gemeinsamen und unteilbaren Vaterland aller Spanier. Sie erkennt das Recht auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen an, die Spanien bilden, sowie ihre gegenseitige Solidarität, und garantiert sie.

Statut für das Baskenland (Entwurf)

Art. 1. Als Ausdruck seiner Nationalität und um zur Selbstregierung zu gelangen, konstituiert sich das baskische Volk oder Euskal-Herria als Autonome Gemeinschaft im spanischen Staat unter der Bezeichnung Euskadi oder Baskenland in Übereinstimmung mit der Verfassung und diesem Statut, das sein Grundgesetz ist. (...)

Art. 12. In folgenden Fragen ist die Autonome Gemeinschaft Baskenland für die Ausführung der Gesetzgebung des Staates zuständig:
1. Straf- und Strafvollzugsgesetzgebung, Zivilrecht, Handelsrecht
2. Arbeitsrecht (...)
4. Intellektuelles und industrielles Eigentum (...)

Art. 16. (...) Unbeschadet Art. 27 der Verfassung ist die Autonome Gemeinschaft Baskenland für das Unterrichtswesen in ganzem Umfang zuständig. (...)

Art. 17. 1.... sind die Behörden des Baskenlandes für die Einrichtung einer Autonomen Polizei zum Schutz der Personen und Güter und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung im Autonomen Territorium zuständig. (...)

5. Ungeachtet der vorgenannten Bestimmungen können die Sicherheitstruppen und Einheiten des Staates in die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung der Autonomen Gemeinschaft in folgenden Fällen eingreifen:
a) auf Verlangen der Regierung des Baskenlandes...
b) auf eigene Initiative, wenn sie meinen, daß das allgemeine Interesse des Staates schwer gefährdet ist...

6. In allen Fällen der Ausrufung von Notstand, Ausnahme oder Belagerungszustand sind alle Polizeikräfte des Baskenlandes den direkten Befehlen der entsprechenden Zivil- oder Militärbehörden unterstellt. (...)

Spanische Verfassung von 1978

Art. 155. 1. Wenn eine Autonome Gemeinschaft nicht ihre Verpflichtungen aus der Verfassung oder den anderen Gesetzen erfüllt oder so handelt, daß sie den allgemeinen Interessen Spaniens schadet, kann die Regierung... die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um sie zu zwingen, diese Verpflichtungen einzuhalten, oder um das erwähnte allgemeine Interesse zu schützen.

Pintasilgo turtelt mit den Revisionisten
Die Arbeiterklasse Portugals pfeift darauf

z.rua. Am Freitag den 13. Juli hat der portugiesische Präsident Eanes für Oktober/November vorfristige Neuwahlen angekündigt. Als 10. Regierung seit 1974 war auch Mota Pinto bei der Durchsetzung des Plünderprogramms von IWF und EG gescheitert. Innerhalb des ersten Halbjahres '79 sind die Preise um 27% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die staatliche Lohnleitlinie wurde auf 20% festgelegt, und selbst die können den Kapitalisten nur in zähen Kämpfen abgetrotzt werden. Gegen diese Maßnahmen wie gegen die von Mota Pinto betriebene Rückgabe des Bodens der Kooperativen an die ehemaligen Großgrundbesitzer haben die Arbeiter und Landarbeiter in großen Streiks die Wirtschaft des Landes mehrfach lahmgelegt.

Offen läßt sich das IWF-Programm gegen die Volksmassen nicht durchsetzen. Die bürgerlichen Parteien ordnen die Landschaft. Nachdem sich die christliche-reaktionäre CDS und die sozialdemokratische PSD zur Allianz zusammengeschlossen haben, wird am Bündnis Sozialisten/Revisionisten/ ,,Neutrale'' als ,,Gegenpol'' gezimmert, dem sich die Arbeiter und Bauern ausliefern sollen. Zu diesem Zweck berief Eanes die ,,neutrale'' Maria Lurdes da Pintasilgo (zu deutsch Stieglitz) zur Regierungschefin. Frau, Katholikin, unter Caetano Abgeordnete in der Ständekammer, unter Spinola Staatssekretärin, unter Goncalves Sozialministerin, seither Botschafterin bei der Unesco und damit ,,Kennerin

tonte nach einer Audienz die Notwendigkeit, ,,eine Regierung zu formieren, die dialogbereit ist und Konflikte vermeidet''. Die von den Revisionisten besetzte Gewerkschaftszentrale der Intersindical begrüßte in einer Stellungnahme die Ernennung Pintasilgos und rief dazu auf, in den Betrieben in den nächsten Monaten Ruhe zu bewahren, ,,weil die Arbeiter während der Wahl-



Streikversammlung der Arbeiter von Panasqueira im Mai 1979.

kampagne soziale Ruhe wollen''.

Die Arbeiter sind da anderer Meinung. Zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen traten am 18.7. die Beschäftigten des Fernsehens in den Streik, am 19.7. streikten die Druckarbeiter Lissabons und berieten über einen nationalen Streik, für den 25.7. haben Delegierte von 200 Kooperativen die Landarbeiter zum nationalen Streik aufge-

Wird das Manöver gelingen? Die Verhandlungen über ein Autonomiestatut für Katalonien stocken, weil die katalonische nationale Bewegung die im baskischen Statut vorgesehene Einschränkung nationaler Rechte nicht hinnehmen will. Die Abgeordneten der Sozialistischen Partei Andalusiens sind den Verhandlungen über das Baskenstatut ferngeblieben, weil darin das Selbstbestimmungsrecht negiert wird. Herri Batsuna, die baskische Partei, die für die Lostrennung Euskadis vom spanischen Staat eintritt, erklärte nach kurzem Zögern, sie werde das Statut bekämpfen. In mehreren baskischen Städten hat es Zusammenstöße zwischen Befürwortern und Gegnern des

mit der Entfaltung der Massendemonstrationen für demokratische Rechte und der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durch die ETA. Ein Sprecher der ETA erklärte 1976 in einem Interview: ,,Vor dem Bürgerkrieg war der baskische Nationalismus eine Erscheinung der Mittelklassen. Jetzt ist er eine Sache der Arbeiterklasse, auch für die vielen nicht-baskischen spanischen Arbeiter, die in unsere Fabriken gekommen sind. Sie sehen, wieviel besser wir dran wären, wenn wir eine eigene Regierung zur Regelung unserer Angelegenheiten hätten.'' Die Arbeiterklasse erhebt in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und imperialistische Plünderung die Forderung nach uneingeschränkter

griff, vereinigten sich an verschiedenen Orten Demonstranten ,,für'' und ,,gegen den Terrorismus'' und kämpften gemeinsam gegen die spanische Polizei.

Dokumentation

Spanische Verfassung von 1978:

Art. 2. Die spanische Verfassung ist auf die unauflösliche Einheit der spanischen Nation gegründet, dem gemeinsamen und unteilbaren Vaterland aller Spanier. Sie erkennt das Recht auf Autonomie der Nationalitäten und Regionen an, die Spanien bilden, sowie ihre gegenseitige Solidarität, und garantiert sie.



Unter der Franco-Diktatur war sowohl der Gebrauch der baskischen Sprache (Euskara) wie das Zeigen der Fahne von Euskadi verboten. Beide Verbote haben die Massen im Kampf um nationale Rechte durchbrochen.

rung seit 1974 war auch Mota Pinto bei der Durchsetzung des Plünderprogramms von IWF und EG gescheitert. Innerhalb des ersten Halbjahres '79 sind die Preise um 27% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die staatliche Lohnleitlinie wurde auf 20% festgelegt, und selbst die können den Kapitalisten nur in zähen Kämpfen abgetrotzt werden. Gegen diese Maßnahmen wie gegen die von Mota Pinto betriebene Rückgabe des Bodens der Kooperativen an die ehemaligen Großgrundbesitzer haben die Arbeiter und Landarbeiter in großen Streiks die Wirtschaft des Landes mehrfach lahmgelegt.

Offen läßt sich das IWF-Programm gegen die Volksmassen nicht durchsetzen. Die bürgerlichen Parteien ordnen die Landschaft. Nachdem sich die christliche-reaktionäre CDS und die sozialdemokratische PSD zur Allianz zusammengeschlossen haben, wird am Bündnis Sozialisten/Revisionisten/ ,,Neutrale'' als ,,Gegenpol'' gezimmert, dem sich die Arbeiter und Bauern ausliefern sollen. Zu diesem Zweck berief Eanes die ,,neutrale'' Maria Lurdes da Pintasilgo (zu deutsch Stieglitz) zur Regierungschefin. Frau, Katholikin, unter Caetano Abgeordnete in der Ständekammer, unter Spinola Staatssekretärin, unter Goncalves Sozialministerin, seither Botschafterin bei der Unesco und damit ,,Kennerin

der 3.-Welt-Atmosphäre'' – kurz mit allen Wassern gewaschen. Mit Programm und Kabinettsbildung ist sie zur Zeit noch befaßt. Fest steht, daß Außen-, Innen- und Verteidigungsminister Mota Pintos im Amt bleiben.

Sozialisten und Revisionisten zeigen sich einem Bündnis auf Zeit nicht abgeneigt. Soares bestätigte Pintasilgo ,,das nötige Profil'' und Cunhal be-

besetzte Gewerkschaftszentrale der Intersindical begrüßte in einer Stellungnahme die Ernennung Pintasilgos und rief dazu auf, in den Betrieben in den nächsten Monaten Ruhe zu bewahren, ,,weil die Arbeiter während der Wahl-



Streikversammlung der Arbeiter von Panasqueira im Mai 1979.

kampagne soziale Ruhe wollen''.

Die Arbeiter sind da anderer Meinung. Zur Durchsetzung von Lohnerhöhungen traten am 18.7. die Beschäftigten des Fernsehens in den Streik, am 19.7. streikten die Druckarbeiter Lissabons und berieten über einen nationalen Streik, für den 25.7. haben Delegierte von 200 Kooperativen die Landarbeiter zum nationalen Streik aufge-

rufen. Die Beschäftigten der Lissaboner Metro legten seit dem 17.7. mehrfach während der Hauptgeschäftszeit den Verkehr lahm. Am 20.7. traten die Beschäftigten von SEL in den Streik gegen 316 Entlassungen, in den dem Anglo-American Konzern gehörenden Wolfram-Minen von Panasqueira streiken die Arbeiter seit Monaten für höhere Löhne und die 5-Tage-Woche.

---

stellt. Am 25.7. beschloß die Regierung, das 13-Milliarden-Loch in den Krankenkassen so zu stopfen: ,,*Sonderbeitrag'' aller Lohnabhängigen* in Höhe von 1% des Bruttolohns, ab 1.8.

18 Monate lang zu zahlen. *Budgetbegrenzung der Krankenhäuser* und Vorbereitung eines Gesetzes zur kostendeckenden Finanzierung. *Arzthonorare* werden bis Januar 1980 nicht erhöht, auf den Umsatz der *Apotheker* wird eine Abgabe erhoben. Die *Medikamentverschreibung* wird begrenzt. Baldige *Erhöhung von Tabak- und Alkoholsteuer* zur ,,Begrenzung der Mißbräuche''. Die französischen Imperialisten wollen den Vorsprung, den sie bei der ,,Kostendämpfung'' haben, unbedingt halten. Kürzere Liegezeiten (1978: 12 Tage), höhere Bettenbelegung, niedrigere Kosten für Krankenhausaufenthalte – Ehrenberg kann noch hinzulernen. Jetzt will Barrot aufholen in der Ausplünderung der Lohnabhängigen. Im Dezember '78 mußten von 3000 FF Bruttolohn 238 FF Sozialversicherung gezahlt werden. Im Januar '79 275. Mit der zweiten Erhöhung in diesem Jahr sind es 305 FF. Das sind 28,1% Steigerung in neun Monaten. 10% vom Arbeiterlohn sind die Ausbeute dieser Plünderung. Die westdeutschen Imperialisten liegen da noch um über fünf Punkte vorn.

Neue Regierung in Indien

z.hef. Der indische Staatspräsident Reddy beauftragte am 26. Juli Charan Singh mit der Bildung einer neuen Regierung. Singh hatte den Austritt von inzwischen 78 Abgeordneten aus der bisherigen Regierungspartei JANATA angeführt und damit Ministerpräsident Desai zu Fall gebracht. Desai war 1977 nach der Notstandsdiktatur Indira Gandhis mit dem Auftrag an die Regierung gekommen, den Aufschwung der Klassenkämpfe, der sich gegen das Notstandsregime ankündigte, auf parlamentarische Bahnen zu lenken. Inzwischen ist die politische Herrschaft von Imperialisten, Großgrundbesitzern und Teilen der indischen Bourgeoisie in einer noch tieferen Krise. Desai ist am sprunghaften Anwachsen der revolutionären Bewegung auf dem Land und der Arbeiterbewegung gescheitert. Singh wird als Vertreter der Bauern in Nordindien ausgegeben – er soll unterdrücken *und* spalten. Die Sozialimperialisten, die nach dem Sturz Indira Gandhis in Indien etwas an Boden verloren hatten, sind beteiligt. Die fünf ,,linken'' Parteien im Parlament erklärten unter Führung der Revisionisten gemeinsam, sie würden die neue Regierung unterstützen.

Wojtyla reist fürs Abendland: Jetzt UNO-Predigt angekündigt

z.ulg.Rom. Am 2.10., so hat der Vatikan jetzt bekanntgegeben, will Papst Johannes Paul II. die UNO-Generalversammlung mit einer Predigt beglücken. Die Linie ist bereits abgesteckt: ein paar verbale Zugeständnisse an die Forderungen der Dritten Welt, um Raum für Spaltung zu gewinnen. So hat Wojtyla in seiner Botschaft an die UNCTAD-Konferenz unter die zur Festlegung ,,gerechter'' Rohstoffpreise ,,ausnahmslos'' zu berücksichtigenden Erfordernisse eingeschmuggelt: ,,Es müßte für eine gerechte Aufteilung der materiellen und kulturellen Güter, die... immer für alle bestimmt sind, gesorgt werden.'' Welche Sünde, wenn sich ein Volk gegen die ,,Aufteilung'' seines ,,für alle bestimmten'' Reichtums bewaffnet zur Wehr setzt! Wojtyla kürzlich gegen die Revolution in Nicaragua: ,,Diese Situation muß uns zu der glühenden Anrufung des Herrn drängen, daß... sich mit gutem Willen eine Lösung in Gerechtigkeit und wahrem sozialen Frieden finden lasse.'' US-Außenminister Vance hat das so gut gefallen, daß er sein Plädoyer für Intervention in Nicaragua vor der OAS-Außenministerkonferenz mit dem Papstwort geschlossen hat. Geholfen hat auch das nicht mehr.

Ungarn/Rumänien: Verständigung über Fragen der Minderheiten

z.anb. Anfang 1978, während der KSZE-Konferenz, rieben sich Imperialistenjournalisten, einschließlich der sowjetischen, die Hände über neuerliche ,,Differenzen zwischen Ungarn und Rumänien'' bezüglich der Lage der jeweiligen nationalen Minderheit im Nachbarland. – In Rumänien leben in der Grenzregion zu Ungarn ca. 1,6 Mio. Ungarn, in Ungarn 20000 Rumänen. – Seit dem 17. Jahrhundert waren die beiden damaligen Donaufürstentümer Gegenstand heftigster Konkurrenz zwischen dem russischen Zarismus, dem Osmanischen Reich und der Habsburger Donaumonarchie. In den zahlreichen Kriegen wurde – nach dem jeweils obsiegenden Oberherren – das rumänische Grenzgebiet zu Ungarn dem einen oder anderen zugesprochen. Das setzte sich auch während der imperialistischen Weltkriege fort, in denen die reaktionäre Klasse in Ungarn wie Rumänien sich dem deutschen Faschismus andiente, bis dessen Niederlage durch die sowjetische Rote Armee im Bündnis mit den revolutionären Arbeitern und Bauern dieser Länder besiegelt wurde. Bei dem ersten offiziellen Gespräch über die Fragen der Minderheiten hat der rumänische Präsident Ceaucescu 1977 erklärt, die Anerkennung der staatlichen Souveränität sei die Voraussetzung und die jeweilige nationale Minderheit solle als Brücke der Freundschaft zwischen beiden Völkern betrachtet werden. Am 18. Juli wurde nun die Öffnung zusätzlicher Grenzübergangsstellen beschlossen sowie die Einrichtung von Konsulaten in Debrecen (Ungarn) und Cluj Napoca (Rumänien).

„Wirren in Afrika" – Die afrikanischen Staaten antworten mit der Gründung der OAU

z.scc. 1944 – noch waren die deutschen Imperialisten nicht geschlagen, da waren ihre französischen Konkurrenten bereits damit beschäftigt, die Ausgangspositionen für zukünftige Schlachten um die Weltherrschaft abzustecken – erklärte de Gaulle: „Die Zwecke des zivilisatorischen Werks, das Frankreich in seinen Kolonien vollbringt, schließen ... jede Möglichkeit einer Entwicklung außerhalb des imperialen französischen Blocks aus." Um hinzuzufügen: „Selbst in ferner Zukunft". Die „ferne Zukunft" dauerte nicht einmal 20 Jahre. Bis 1963 hatten 29 afrikanische Staaten, darunter 15 ehemalige französische, ihre Unabhängigkeit erkämpft.

Die Geschichtsprofessoren pflegen diesen revolutionären Aufbruch der afrikanischen Völker unter dem Stichwort „Wirren in Afrika" abzuhandeln. Da hätten die Kolonialmächte ihre Kolonien „überstürzt in die Unabhängigkeit entlassen", so daß nicht nur „kein geordneter und anerkannter einheimischer Verwaltungs- und Regierungsapparat vorhanden war", sondern Grenzstreitigkeiten und bewaffnete Konflikte die Herausbildung der afrikanischen Nationalstaaten begleiteten.

Wie kurz, nebenbei bemerkt, ist doch das „Gedächtnis" dieser Geschichtsschreiber: Die Geschichte der Bildung und Abgrenzung der europäischen Nationen trieft nur so vom Blut der Arbeiter und Bauern. Was hier jedoch (im vorhergehenden Band läßt sich's dann nachschlagen) höchsten sittlichen Zwecken, der Schaffung zivilisierter bürgerlicher Gemeinwesen, diente und mit dem Prädikat „weltgeschichtliche Ereignisse" versehen wird, sind dort – eben „Wirren".

Natürlich liegt der Fall anders. Fast überall in Afrika sind durch die willkürlichen Grenzziehungen seitens der Kolonialmächte Völker auseinandergerissen, während die Widersprüche zwischen verschiedenen Völkern innerhalb eines Staatsgebietes jahrzehntelang geschürt worden sind. Aber nicht genug mit diesen Ergebnissen des „zivilisatorischen Werkes": Gerade die französischen Imperialisten haben, auch nachdem sie als Kolonialherren vertrieben, Afrika mit einem Netz von Einmischung, Subversion, Aggression und Spaltung überzogen, um solchermaßen ihre neokoloniale Ausbeutung zu verewigen.

Schon bald, nachdem sie die unterjochten Nationen „unwiderruflich" zum untrennbaren Bestandteil Frankreichs erklärt hatten, konnten die französischen Imperialisten diese Position gegen den Sturm des Befreiungskampfes vor allem der nordafrikanischen Völker nicht mehr halten. Sie änderten schrittweise die Taktik, um ihre Kolonien 1958 dann – bereits zwei Jahre zuvor hatten Marokko und Tunesien das Kolonialjoch abgeschüttelt – zu Mitgliedern der „Communauté" (Gemeinschaft) zu erklären, die über ihre „interne Autonomie" beschließen „durften". Wobei die wesentlichen Staatsangelegenheiten in den „zivilisierten" Händen der Kolonialherren verblieben. Die guineischen Volksmassen erklärten ihre sofortige Unabhängigkeit, die Unabhängigkeit der übrigen afrikanischen Kolonien aber konnte Frankreich noch einmal um zwei Jahre herausschieben.

Zwei Jahre, in denen sie die Weichen für zukünftige neokoloniale Kontrolle, Einmischung und Spaltung zu stellen versuchten. 1960 konnten sie ihren ehemaligen Kolonien und nun unabhängigen Staaten Kooperationsverträge aufdrücken, die diese zwölf Jahre später, als innerhalb weniger Wochen über die Hälfte der Staaten die Revision verlangte, als reine Sklavenverträge bezeichneten. Den größten Teil ihrer Kolonialbeamten beließen die französischen Imperialisten in den Verwaltungsapparaten der neuen Staaten; noch 1977 haben sie diese mit fast 33000 „Entwicklungshelfern" und weiteren 11000 „Erziehungsbeamten" infiltriert. Über die Franc-Zone konnten sie sich auf lange Zeit das Monopol im Außenhandel der west- und zentralafrikanischen Staaten, d.h. ihre Rohstoffe und Absatzmärkte, sichern und ihren wirtschaftlichen Aufbau unterminieren. Durch Militärabkommen mit zwölf afrikanischen Staaten erhoben sie Anspruch auf Stützpunkt-, Stationierungs- und Interventions„rechte". Allein bis 1964 sind diese Abkommen offiziell zehnmal „wirksam" geworden – so etwa, als französische Paras den 1964 gestürzten Staatschef von Gabun wiedereinsetzten –, die „diskreten" Einsätze, d.h. ungezählten Subversionen, nicht mitgerechnet.

1959 noch hatten die französischen Imperialisten Vertreter ihrer Kolonien auf der Konferenz von Abidjan Beschlüsse gegen den algerischen Befreiungskampf fassen lassen, in direkter Antwort auf die Konferenz von Accra, auf der kurz zuvor die unabhängigen Staaten Afrikas allen Befreiungsbestrebungen ihre bedingungslose Unterstützung zugesagt hatten. Unter Ausnutzung der Knebelverträge konnten sie die von ihnen provozierte Spaltung in den folgenden Jahren noch vertiefen. Bis 1963 zerfallen die inzwischen weitgehend unabhängigen afrikanischen Staaten praktisch in zwei Blöcke, die in den wesentlichen Fragen des Befreiungskampfes, der US-Intervention im Kongo und dem algerischen Befreiungskampf, uneins sind.

Lang indes hält der unverhüllte Triumph der Imperialisten nicht an. 1963, kann man lesen, sei Afrika „hoffnungslos" zersplittert und uneins. Grenzkonflikte zwischen Mali und Mauretanien, Marokko und Mauretanien, dann Marokko und Algerien, Somalia und Äthiopien, Somalia und Kenia. 1963 gründen 32 unabhängige afrikanische Staaten, einschließlich Mali, Mauretanien, Marokko, Al-

Tunesien das Kolonialjoch abgeschüttelt – zu Mitgliedern der „Communauté" (Gemeinschaft) zu erklären, die über ihre „interne Autonomie" beschließen „durften". Wobei die wesentlichen Staatsangelegenheiten in den „zivilisierten" Händen der Kolonialherren verblieben. Die guineischen Volksmassen erklärten ihre sofortige Unabhängigkeit, die Unabhängigkeit der übrigen afrikanischen Kolonien aber konnte Frankreich noch einmal um zwei Jahre herausschieben.

Zwei Jahre, in denen sie die Weichen für zukünftige neokoloniale Kontrolle, Einmischung und Spaltung zu stellen versuchten. 1960 konnten sie ihren ehemaligen Kolonien und nun unabhängigen Staaten Kooperationsverträge aufdrücken, die diese zwölf Jahre später, als innerhalb weniger Wochen über die Hälfte der Staaten die Revision verlangte, als reine Sklavenverträge bezeichneten. Den größten Teil ihrer Kolonialbeamten beließen die französischen Imperialisten in den Verwaltungsapparaten der neuen Staaten; noch 1977 haben sie diese mit fast 33000 „Entwicklungshelfern" und weiteren 11000 „Erziehungsbeamten" infiltriert. Über die Franc-Zone konnten sie sich auf lange Zeit das Monopol im Außenhandel der west- und zentralafrikanischen Staaten, d.h. ihre Rohstoffe und Absatzmärkte, sichern und ihren wirtschaftlichen Aufbau unterminieren. Durch Militärabkommen mit zwölf afrikanischen Staaten erhoben sie Anspruch auf Stützpunkt-, Stationierungs- und Interventions„rechte". Allein bis 1964 sind diese Abkommen offiziell zehnmal „wirksam" geworden – so etwa, als französische Paras den 1964 gestürzten Staatschef von Gabun wiedereinsetzten –, die „diskreten" Einsätze, d.h. ungezählten Subversionen, nicht mitgerechnet.

1959 noch hatten die französischen Imperialisten Vertreter ihrer Kolonien auf der Konferenz von Abidjan Beschlüsse gegen den algerischen Befreiungskampf fassen lassen, in direkter Antwort auf die Konferenz von Accra, auf der kurz zuvor die unabhängigen Staaten Afrikas allen Befreiungsbestrebungen ihre bedingungslose Unterstützung zugesagt hatten. Unter Ausnutzung der Knebelverträge konnten sie die von ihnen provozierte Spaltung in den folgenden Jahren noch vertiefen. Bis 1963 zerfallen die inzwischen weitgehend unabhängigen afrikanischen Staaten praktisch in zwei Blöcke, die in den wesentlichen Fragen des Befreiungskampfes, der US-Intervention im Kongo und dem algerischen Befreiungskampf, uneins sind.

Lang indes hält der unverhüllte Triumph der Imperialisten nicht an. 1963, kann man lesen, sei Afrika „hoffnungslos" zersplittert und uneins. Grenzkonflikte zwischen Mali und Mauretanien, Marokko und Mauretanien, dann Marokko und Algerien, Somalia und Äthiopien, Somalia und Kenia. 1963 gründen 32 unabhängige afrikanische Staaten, einschließlich Mali, Mauretanien, Marokko, Al-

gerien, Somalia, Äthiopien und Kenia, die Organisation für Afrikanische Einheit. Sie beschließen, ihre Kräfte im Kampf zur völligen Befreiung Afrikas vom Kolonialismus zu vereinen, die Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu entwickeln, und fordern die Auflösung aller fremden Militärstützpunkte in Afrika. Mit Macht hat sich das Streben der afrikanischen Völker nach Einheit gegen alle Spaltung, Einmischung, Subversion und Aggression durch die Imperialisten Bahn gebrochen. Zwar konnte in den folgenden Jahren nur ein Teil der Grenzkonflikte beigelegt werden; aber mit dem Grundsatz, die bestehenden Grenzen anzuerkennen, wurde den rastlosen Versuchen der Imperialisten, auf innerafrikanischen Widersprüchen ihr neokoloniales Süppchen zu kochen, eine Schranke gesetzt.

Die Volksmassen des Tschad verteidigen ihre Revolution und die Einheit des Landes

z.gek. Mitte Februar dieses Jahres mußte General Malloum, der letzte Statthalter des französischen Imperialismus, das Flugzeug besteigen und ins Exil gehen. Kurz darauf zogen, entsprechend dem Ergebnis der nationalen Versöhnungskonferenz von Kano, die Truppen der FROLINAT, der Nationalen Befreiungsfront des Tschad, in die Hauptstadt N'djamena ein. Goukouni Oueddei, der Führer der FROLINAT in der letzten, entscheidenden Phase des Kampfes seit 1976, trat an die Spitze einer Regierung der nationalen Einheit. Sie besteht weiter aus der MPLT, einer vor Jahren von der FROLINAT abgesplitterten kleineren Befreiungsorganisation; Hissène Habré, ehemaligem Frontkommandeur der FROLINAT, der im letzten Jahr mit seinen „Streitkräften des Nordens" (FAN) eine Koalition mit Malloum eingegangen war, und einen Teil der noch intakten Regierungstruppen zu sich herübergezogen hat; und schließlich, als vierter Komponente, einigen nationalbürgerlichen Elementen der alten Regierung. Streiks und Demonstrationen der Arbeiter, Regierungsangestellten, Lehrer und Schüler sowie der kleinen Händler und Handwerker in fast allen Städten des Tschad, vor allem aber der militärische Sieg der FROLINAT über die dritte Militärintervention der französischen Imperialisten, deren Truppen sich aus ihren drei, vier befestigten Stützpunkten kaum noch heraustrauten, haben das alte Regime zu Fall gebracht. Meutereien der verbliebenen Regierungstruppen, aber auch Kämpfe innerhalb der von der FROLINAT zeitweise abgesplitterten Befreiungsbewegungen, der MPLT sowie früher schon der „Vulkan-Streitkräfte", in deren Verlauf die alten spalterischen Führer abgesetzt und die Einheit mit der FROLINAT wiederhergestellt wurde, waren ausschlaggebend für das Zustandekommen der breiten Einheitsfront.

Aber noch vor dem ersten Zusammentreten der Regierung der nationalen Einheit mußte Goukouni Oueddei am 20. April der Weltöffentlichkeit mitteilen, daß der Tschad Opfer einer Aggression aus dem Norden geworden sei. Ausgehend vom Aozou-Streifen, den Libyen schon 1973 okkupiert hatte, drang eine motorisierte, gepanzerte, aus der Luft versorgte Expeditionstruppe tief in den Tschad ein. Die geringen Überreste der „Vulkan-Streitkräfte" unter ihrem früheren Kommandeur Ahmed Acyl gaben den Deckmantel ab; im Kern handelt es sich um eine Art libyscher Fremdenlegion, eine „islamische Armee", die seit längerem im Süden Libyens aufgebaut worden ist und auch bereits in Uganda im Einsatz war, verstärkt durch Kader der regulären libyschen Armee. Zur selben Zeit begann Nigeria eine Wirtschaftsblockade gegen den Tschad und lieferte vor allem keinen Tropfen Öl und Benzin mehr. Schließlich traf sich, ebenfalls am 20. April, in Doba, im tiefen Süden des Landes, eine Konferenz unter der Leitung des Gendarmeriegenerals Kamougé, der sich an die Spitze einer separatistischen „Vereinigten Front des Südens" stellt. Anfang Mai reiste Kamougé nach Libyen und wird seither von Flugzeugen ohne Hoheitszeichen, ebenfalls von Libyen aus, mit Nachschub versorgt.

Anfang Juli hatte die libysche Expeditionstruppe die Provinzhauptstadt Faya-Largeau im Norden eingeschlossen. Im Süden standen Truppen des Generals Kamougé, im Kern die 2000 Mann starke Gendarmerie des alten Regimes, 100 km südlich der Hauptstadt. Angesichts der Gefahr einer Teilung des Landes rief die Regierung zum Widerstandskrieg auf. Am 28. und 29. Juni haben Einheiten der FROLINAT, zusammen mit den Dorfmilizen den Invasoren eine Reihe schwerer Schläge versetzt und die Belagerung Faya-Largeaus gebrochen. Aber nach wie vor halten die von Libyen ausgesandten Truppen weite Teile des Nordens besetzt und regruppieren sich.

Um die Widersprüche zwischen ihren Feinden auszunutzen, hat die von der FROLINAT geführte Regierung vor kurzem die verbliebenen französischen Interventionstruppen aufgefordert, ihren vereinbarten Abzug vorläufig aufzuschieben. Diese haben sich, seit der Zusammenbruch des alten Regimes unaufhaltsam geworden war, der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit nicht mehr widersetzt. Als alte Kater unter den imperialistischen Mächten wittern sie, daß hinter den Separatisten im Süden und von Libyen geschickten Truppen in Wahrheit andere stehen, die den französischen Imperialismus im Tschad beerben wollen: die beiden Supermächte.

Die US-Imperialisten haben bereits seit 1975 verstärkte Anstrengungen in dieser Richtung gemacht. Die US-AID, eine Tarnorganisation des CIA, verbrachte einen Teil ihrer Leute, nachdem sie aus Laos hinausgeworfen worden waren, in den Tschad. 1978 schloß die Carter-Regierung mit Malloum ein Waffenhilfe-Abkommen, als Gegenleistung für die Übertragung der Ausbeutungsrechte auf die im Süden entdeckten Ölfelder an US-Monopole. Die Conoco war beim Sturz Malloums gerade dabei, die Produktion aufzunehmen. Ausgehandelt hat die Verträge mit den USA eben der Gendarmeriegeneral Kamougé, zu der Zeit Außenminister. Er war im übrigen auch damals schon geschickt genug, ebenfalls die Sowjetunion um Waffenlieferungen für den Kampf gegen die die FROLINAT anzugehen und 1976 auch zu erhalten.

Die Spaltungsversuche der Imperialisten setzen an tatsächlichen Widersprüchen unter den Volksmassen des Tschad an. Der Tschad ist ein Vielvölkerstaat, mit vielfältigen Mischungen zwischen arabischen und afrikanischen Völkern und Sprachen. Der dichtbesiedelte tiefe Süden, wo die afrikanischen Sara die Masse der Bevölkerung bilden, war mit seinen fruchtbaren Böden und häufigeren Regenfällen seit jeher das Zentrum der Kolonialausbeutung. Die französischen Kolonialisten zwangen die Bauern, Baumwolle in Monokultur anzubauen. Zugleich setzten sie in den Dörfern „Häuptlinge" von ih-





Imperialisten, deren Truppen sich aus ihren drei, vier befestigten Stützpunkten kaum noch heraustrauten, haben das alte Regime zu Fall gebracht. Meutereien der verbliebenen Regierungstruppen, aber auch Kämpfe innerhalb der von der FROLINAT zeitweise abgesplitterten Befreiungsbewegungen, der MPLT sowie früher schon der „Vulkan-Streitkräfte", in deren Verlauf die alten spalterischen Führer abgesetzt und die Einheit mit der FROLINAT wiederhergestellt wurde, waren ausschlaggebend für das Zustandekommen der breiten Einheitsfront.

Aber noch vor dem ersten Zusammentreten der Regierung der nationalen Einheit mußte Goukouni Oueddei

sen. Im Süden standen Truppen des Generals Kamougé, im Kern die 2000 Mann starke Gendarmerie des alten Regimes, 100 km südlich der Hauptstadt. Angesichts der Gefahr einer Teilung des Landes rief die Regierung zum Widerstandskrieg auf. Am 28. und 29. Juni haben Einheiten der FROLINAT, zusammen mit den Dorfmilizen den Invasoren eine Reihe schwerer Schläge versetzt und die Belagerung Faya-Largeaus gebrochen. Aber nach wie vor halten die von Libyen ausgesandten Truppen weite Teile des Nordens besetzt und regruppieren sich.

Um die Widersprüche zwischen ihren Feinden auszunutzen, hat die von der FROLINAT geführte Regierung

rungen für den Kampf gegen die die FROLINAT anzugehen und 1976 auch zu erhalten.

Die Spaltungsversuche der Imperialisten setzen an tatsächlichen Widersprüchen unter den Volksmassen des Tschad an. Der Tschad ist ein Vielvölkerstaat, mit vielfältigen Mischungen zwischen arabischen und afrikanischen Völkern und Sprachen. Der dichtbesiedelte tiefe Süden, wo die afrikanischen Sara die Masse der Bevölkerung bilden, war mit seinen fruchtbaren Böden und häufigeren Regenfällen seit jeher das Zentrum der Kolonialausbeutung. Die französischen Kolonialisten zwangen die Bauern, Baumwolle in Monokultur anzubauen. Zugleich setzten sie in den Dörfern „Häuptlinge" von ih-





Links: Als „Süden" wird gewöhnlich nur der unterste Teil des Tschad mit den gesondert numerierten Departements, siehe Kartenfuß, bezeichnet, der Rest als der „Norden". – *Rechts:* Befreiungskämpfer hissen die Fahne der FROLINAT nach der Einnahme Faya-Largeaus im Frühjahr 1978.

Dokumente der Nationalen Befreiungsfront des Tschad (FROLINAT)

8-Punkte-Programm der FROLINAT vom 22. Juni 1966

1. Kampf mit allen Mitteln, um das neokoloniale und diktatorische Regime zu stürzen, das Frankreich unserem Volk seit dem 11. August 1960 auferlegt hat, nachdem es eine Clique von Marionetten an die Macht gehievt und dort gehalten hat, die willig sind, seine neue Politik durchzuführen; diese besteht darin, die Beherrschung, Unterdrückung und extreme Ausbeutung unseres Volkes in einer neuen Form zu verewigen, die die subtilste, gefährlichste, barbarischste, allerdings die letzte Form ist: die des Neo-Kolonialismus. Unser Ziel ist die Rückeroberung der vollständigen nationalen Unabhängigkeit unseres Vaterlandes.

2. Abzug aller ausländischen Militärbasen und Truppen, die auf dem Boden unseres Vaterlandes unterhalten werden und die nicht nur eine große dauernde Gefahr für die innere und äußere Sicherheit unseres Volkes darstellen, eine Entäußerung unserer Souveränität, sondern auch eine dauernde Bedrohung und Gefahr für die anderen afrikanischen Bruderländer, wie die Entsendung von Truppen aus dem Tschad während der Ereignisse in Kamerun und anderswo deutlich genug bewiesen hat.

3. Errichtung einer nationalen, demokratischen Koalitionsregierung des Volkes. Verwirklichung einer breiten und fortschrittlichen Demokratie, die die Freiheiten der Presse, des Wortes, der Versammlung, des Glaubens, des Verkehrs, der Vereinigung usw. gewährleistet. Freilassung aller politischen Gefangenen.

4. Durchführung einer konsequenten Landwirtschaftspolitik und radikalen Agrarreform. Unentgeltliche Verteilung des Landes an die armen Bauern entsprechend dem Prinzip „Das Land dem, der es bebaut". Hilfe und wirksame Unterstützung für die Bauern auf politischem, ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Erhöhung, Sicherung und Stabilisierung der Preise und des Ausstoßes landwirtschaftlicher Produktion.

5. Erhöhung der Löhne der Arbeiter um ein Drittel, Anhebung der Gehälter und der Bezüge der Staatsangestellten und Beamten, Aufhebung aller willkürlichen Steuern und Abgaben, Verringerung der Personensteuer. Arbeit für die Arbeitslosen. Verwirklichung der Gleichheit der Geschlechter. Unentgeltliche Pflege der Kranken. Fortdauernde Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes.

6. Unterstützung und Schutz für die kleinen und mittleren Handelsvertreter der großen ausländischen Firmen. Aufhebung des wirtschaftlichen Monopols der imperialistischen Länder, insbesondere Frankreichs und der anderen EG-Länder. Nationalisierung der Schlüsselsektoren der Industrie. Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft. Anwendung einer vernünftigen und ausgeglichenen staatlichen Ausgabenpolitik.

7. Entwicklung einer Kultur und Erziehung von demokratischem, fortschrittlichem und nationalem Charakter. Aufnahme des Arabischen neben dem Französischen als Amtssprache. Den Analphabetismus bekämpfen mit dem Ziel seiner völligen Beseitigung.

8. Einrichtung diplomatischer Beziehungen mit allen Staaten außer Israel und Südafrika, auf der Grundlage der 10 Prinzipien der Konferenz von Bandung und der 5 Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Eine Außenpolitik positiver Neutralität, Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, aktive Verteidigung des Weltfriedens.

Quelle: Tchad – Guerre de libération nationale, ed. par le Groupe d'Information sur le Tchad, Paris 1975

Die politische und militärische Organisation der FROLINAT, 1975

1960 hat Frankreich seinen Kolonien südlich der Sahara eine formelle Unabhängigkeit gegeben, und hat sie in Neokolonien verwandelt, indem sie ihren Interessen ergebene und zur Kollaboration bereite Männer an die Macht gebracht hat, die auf Kosten der breiten Massen unseres Volkes selbst von den „Wohltaten" der kolonialen Ausbeutung mitprofitiert haben. ... Es war das Fehlen einer Bourgeoisie mit eigener ökonomischer Basis, die Frankreich dazu gebracht hat, dem Volk des Tschad, wie in der Mehrzahl der anderen afrikanischen Länder der „Communauté française", die unpopuläre, tribalistische Clique des François Tombalbaye aufzuzwingen, deren einzige Tätigkeit darin bestand, die Strukturen der Kolonialherrschaft aufrechtzuerhalten und so die Kontinuität der kolonialen Ausbeutung zu garantieren.

(...)

Am 22. Juni 1966 wurde die Nationale Befreiungsfront des Tschad (FROLINAT) geschaffen, um den zahlreichen Revolten des Volkes ein objektives Ziel zu geben, um die Kämpfe zusammenzufassen und das Volk des Tschad in eine wirkliche Volkserhebung zur nationalen Befreiung zu führen, gegen die imperialistische Ausbeutung und ihre Ergebnisse: Unterentwicklung, Neo-Kolonialismus, etc.

Die FROLINAT als politische und militärische Organisation hat sich in folgender Weise organisiert:

– *Exekutivorgan* ist das Politische Büro, das vom Generalsekretär geleitet wird, und dessen Mitglieder aus dem Nationalen Revolutionsrat hervorgehen, der wiederum aus den gewählten Vertretern der verschiedenen politischen und militärischen Sektionen (innerhalb wie außerhalb des Tschad) zusammengesetzt ist.

ren Gnaden als Agenten der Kolonialverwaltung ein, für die die Bauern nach einem künstlichen System feudaler Mehrarbeit einen Teil ihres Bodens, den „Streifen", anzubauen hatten, dessen Produkt der „Häuptling" sich bei Ablieferung der Ernte an die Kolonialgesellschaften unter den Nagel riß. So wurde eine relativ breite Kompradorenschicht herangezogen, aus der die Kolonialisten sich auch ihr Verwaltungspersonal rekrutierten. Und so wurde „die Unabhängigkeit vorbereitet", als sie sich nicht mehr vermeiden ließ. Bis heute ist der Tschad eine Domäne vor allem französischer Banken und Kapitalgesellschaften.

Hauptexportprodukt (70%) ist die Baumwolle. Sie wird gefolgt von Vieh- und Fleischexporten. Diese kommen aus dem Norden und dem Zentrum des Landes. Die Bauern des Nordens sind seit Jahrhunderten Viehzüchter, mit Herden von 4,6 Mio. Rindern und 5,2 Mio. Ziegen (1975), die sie über große Strecken treiben müssen, um die spärliche Vegetation der Steppen- und Wüstengebiete zu nutzen. Wo es die kargen Böden und seltenen Niederschläge erlauben, bauen sie auch die traditionellen Lebensmittel weiter an. Die Kolonialmacht konnte im Norden nie in solcher Weise in das Dorf eindringen wie im tiefen Süden; sie lag in den Garnisonen bereit, um jede Rebellion in Blut zu ersticken und die Steuern einzutreiben, die ihr Hauptausbeutungsinstrument waren neben dem Handelsmonopol, das sie auf die Fleisch-und Viehexporte (vor allem in die Nachbarländer des Tschad) legte. Da der Befreiungskampf der Völker des Tschad von diesen nördlichen Gebieten seinen Ausgang genommen hat, beliebt die imperialistische Propaganda es so hinzustellen, als handele es sich um einen Konflikt zwischen früheren islamischen Sklavenhaltern und ihren Opfern, den afrikanischen Stämmen des Südens, die Christen oder Anhänger von Naturreligionen seien. Die Masche ist alt.

Zwischen dem 8. und 19. Jahrhundert haben sich auf dem Territorium des heutigen Tschad nacheinander und nebeneinander Fürstentümer und Königreiche gebildet, die seit 1085 den Islam zur Staatsreligion erhoben und sich jeweils die benachbarten Stämme tributpflichtig machten. Sklaverei in großem Stil kam erst auf, als die europäischen Mächte mit der Kolonisierung Südamerikas und der systematischen Kolonialwirtschaft in Minen und auf Plantagen begannen. Dafür wurde Afrika regelrecht entvölkert, Millionen auf Sklavenschiffe gebracht. Die Europäer verstanden es, die Völker Afrikas aufeinander zu hetzen. Zu dieser Zeit gab es auch in gewissem Umfang Sklavenjagden islamischer Fürsten und Händler aus dem Norden unter den afrikanischen Stämmen im Süden. Über Tripolis und Mobasa wurden die Sklaven auf europäische Schiffe verladen. Als die französischen Kolonialisten dann Ende des 19. Jahrhunderts,

freiungskampf der Völker des Tschad von diesen nördlichen Gebieten seinen Ausgang genommen hat, beliebt die imperialistische Propaganda es so hinzustellen, als handele es sich um einen Konflikt zwischen früheren islamischen Sklavenhaltern und ihren Opfern, den afrikanischen Stämmen des Südens, die Christen oder Anhänger von Naturreligionen seien. Die Masche ist alt.

Zwischen dem 8. und 19. Jahrhundert haben sich auf dem Territorium des heutigen Tschad nacheinander und nebeneinander Fürstentümer und Königreiche gebildet, die seit 1085 den Islam zur Staatsreligion erhoben und sich jeweils die benachbarten Stämme tributpflichtig machten. Sklaverei in großem Stil kam erst auf, als die europäischen Mächte mit der Kolonisierung Südamerikas und der systematischen Kolonialwirtschaft in Minen und auf Plantagen begannen. Dafür wurde Afrika regelrecht entvölkert, Millionen auf Sklavenschiffe gebracht. Die Europäer verstanden es, die Völker Afrikas aufeinander zu hetzen. Zu dieser Zeit gab es auch in gewissem Umfang Sklavenjagden islamischer Fürsten und Händler aus dem Norden unter den afrikanischen Stämmen im Süden. Über Tripolis und Mobasa wurden die Sklaven auf europäische Schiffe verladen. Als die französischen Kolonialisten dann Ende des 19. Jahrhunderts,

im Wettlauf mit Großbritannien, an die vollständige koloniale Eroberung Afrikas gingen, schürten sie im Tschad wie in anderen afrikanischen Ländern diese von ihnen selbst hervorgebrachten Widersprüche, traten sie – ausgerechnet sie! – als „Sklavenbefreier" auf.

Aber es waren die Bauernmassen im Süden, die am grausamsten unter der Kolonialausbeutung zu leiden hatten und bis heute leiden. Christlich wurde nur die schmale Kompradorenschicht. Die afrikanischen Bauern blieben „animistisch", d.h. sie beteten die Naturgewalten als Gottheiten an, was nur die elende Produktionsweise, zu der sie verurteilt wurden, zeigt. Das Programm der FROLINAT, das wir unten dokumentiert haben, ist eines der nationalen Befreiung und der sozialen Revolution, vor allem auf dem Land. Nirgendwo im Tschad ist objektiv dafür die Lage so reif wie eben im Süden. Aus diesem Grund sind die Voraussetzungen dafür, daß sich die Völker des Tschad im Kampf gegen den Imperialismus und das neo-koloniale Ausbeutungssystem sowie die feudalen Überreste zu einer einheitlichen Nation bilden, günstig. In dem Augenblick, wo der Staat zu einem Instrument dieses Kampfes wird, kann jede von den Imperialisten geschürte und von Kompradoren geführte Sezessionsbewegung nur noch zeitweise Erfolge erringen. Es war denn auch das immer zahlreichere Auftreten von Sara-Kämpfern aus dem Süden in den Reihen der FROLINAT-Armeen und das Übergreifen der Demonstrationen gegen die französische Militärintervention auf einige Städte im Süden, die den Niedergang des schwarzen Vassallenregimes Malloum einläuteten.

Weit schwerwiegender als die Widersprüche im Innern des Tschad sind die zwischen der von der FROLINAT geführten Regierung des Tschad und der Mehrzahl der Nachbarstaaten. Sie resultieren in der Hauptsache aus der Furcht dieser nationalbürgerlichen Regierungen vor einer nationaldemokratischen Revolution im Tschad. Davon hebt sich die Position der Regierung Libyens ab, die weitergehende Ziele verfolgt. Der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionsrates, Jalloud, hat erklärt: „Jede Lösung im Tschad, die nicht unsere Zustimmung hat, ist zum Scheitern verurteilt." In Tripolis ist faktisch eine Gegenregierung gebildet worden. Auch dieser Versuch Libyens, seine Hegemonie, zumindest über die nördliche Hälfte eines geteilten Tschad, zu errichten, wäre nicht allzu gefährlich, stünde nicht mit unbegrenztem Waffenkredit und Beratern die sozialimperialistische Sowjetunion dahinter. Es scheint, daß der Tschad, nach Pakistan und Bangla Desh, Tansania, Kampuchea, zu einem neuen Testfeld für den Erfolg dieser Spezialmethoden des Sozialimperialismus werden soll, zu Stützpunkten, Rohstoffquellen und exklusiven Märkten zu kommen, indem sie Regierungen einzelner Länder der 3. Welt ermutigen, sich als regionaler Hegemonist aufzuspielen.

Die strategische Lage des Tschad, mitten in Afrika, ist durchaus nicht gering einzuschätzen. Den Franzosen dienen ihre Basen dort als Zwischenstationen für die Verbindung mit der Flotte und den Stützpunkten im Indi-

sultieren in der Hauptsache aus der Furcht dieser nationalbürgerlichen Regierungen vor einer nationaldemokratischen Revolution im Tschad. Davon hebt sich die Position der Regierung Libyens ab, die weitergehende Ziele verfolgt. Der stellvertretende Vorsitzende des Revolutionsrates, Jalloud, hat erklärt: „Jede Lösung im Tschad, die nicht unsere Zustimmung hat, ist zum Scheitern verurteilt." In Tripolis ist faktisch eine Gegenregierung gebildet worden. Auch dieser Versuch Libyens, seine Hegemonie, zumindest über die nördliche Hälfte eines geteilten Tschad, zu errichten, wäre nicht allzu gefährlich, stünde nicht mit unbegrenztem Waffenkredit und Beratern die sozialimperialistische Sowjetunion dahinter. Es scheint, daß der Tschad, nach Pakistan und Bangla Desh, Tansania, Kampuchea, zu einem neuen Testfeld für den Erfolg dieser Spezialmethoden des Sozialimperialismus werden soll, zu Stützpunkten, Rohstoffquellen und exklusiven Märkten zu kommen, indem sie Regierungen einzelner Länder der 3. Welt ermutigen, sich als regionaler Hegemonist aufzuspielen.

Die strategische Lage des Tschad, mitten in Afrika, ist durchaus nicht gering einzuschätzen. Den Franzosen dienen ihre Basen dort als Zwischenstationen für die Verbindung mit der Flotte und den Stützpunkten im Indi-

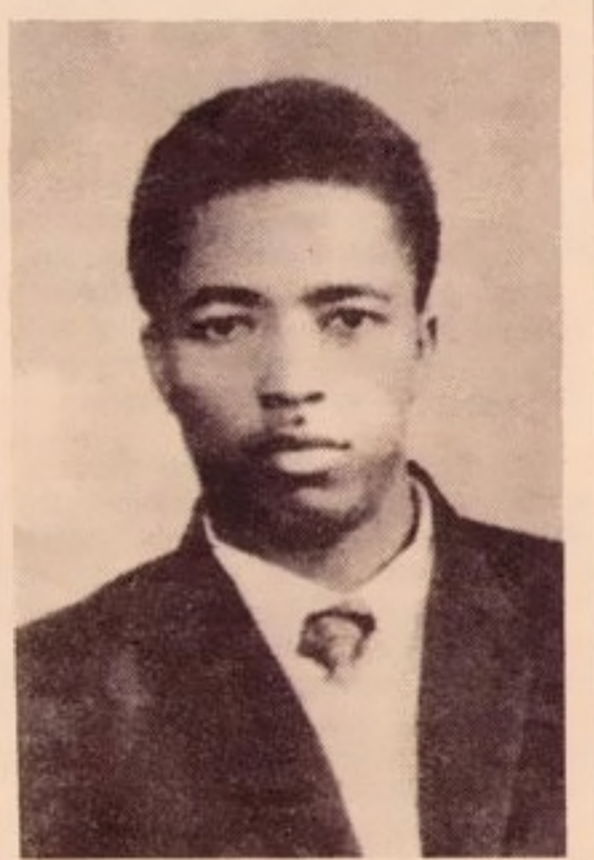
schen Ozean. Allein die „legitimen" Überflugrechte, die so etwas schafft, sind Gold wert. Gold wert sind möglicherweise auch die noch völlig unerschlossenen Bodenschätze in den Gebirgsketten des nördlichen Tschad. Nachgewiesen sind größere Lager an Uran, Bauxit, Wolfram, Blei – und Gold.

– Im *Ausland* werden Sektionen organisiert, je nach der Größe der jeweiligen tschadischen Gemeinde; jeder Sektor wird durch ein Zentrales Komitee geleitet ... (Anm. des Übers.: neben den heute ca. 4 Mio. Einwohnern des Tschad leben fast 1 Mio. Tschader im Ausland.)

– Im *Inland* bilden die Volksstreitkräfte einen Sektor. Sie werden vom Generalstab der Streitkräfte geleitet. Er ist das Exekutivorgan. Er wird aus den Mitgliedern des Militärrats gewählt, der selbst auf einem jährlichen Kongreß von Vertretern der Streitkräfte gewählt wird. Die Streitkräfte gliedern sich in Willayas (Militärregionen). Jeder Willaya wird von einem militärischen Kommandeur geleitet, dem ein militärischer und politischer Berater zur Seite steht. Dabei ist zu beachten, daß es sich um eine sehr dezentralisierte Struktur handelt. Jeder Willaya hat im Rahmen der festgelegten Generallinie weitgehende Selbständigkeit.

Die Volksstreitkräfte werden von den Selbstverteidigungsmilizen unterstützt, die die Bevölkerung gegen die Übergriffe des Feindes schützen und als Quelle dienen, woraus die Volksstreitkräfte ihre Kräfte schöpfen. Auf politischer Ebene gibt es die Volkskomitees, die sich mit der politischen Erziehung der Massen, ihrer Alphabetisierung und Versorgung befassen.

Quelle: Informationsbulletin der FROLINAT, November 1975



Ibrahim Abatcha, Gründer und erster Generalsekretär der FROLINAT, im Februar 1968 im Kampf gefallen.

1899: Vormarsch der französischen Kolonialisten scheitert an der britischen Eroberung des Sudan

z.elb. In den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts war der größte Teil des nordafrikanischen Kontinents in blutigen Kämpfen von den europäischen Kolonialisten unterworfen. Die britischen Kolonialisten hatten Sierra Leone, Ghana und Nigeria erobert, die französischen den Senegal, die Elfenbeinküste, Dahomey, „Französisch" Kongo, Algerien und Tunesien. Um Marokko und Ägypten gab es zwischen beiden Streit. Vor allem aber standen sich diese Kolonialmächte in heftiger Konkurrenz um die noch nicht eroberten Gebiete Zentralafrikas gegenüber. Der Tschad und Sudan war für beide der Dreh- und Angelpunkt, an dem sich entschied, welcher Kolonialist in der Beherrschung ganz Afrikas führend sein würde: Für die britischen Kolonialisten stellten diese beiden Länder das noch fehlende Bindeglied zwischen Ägypten und Südafrika dar, für die französischen das zwischen Westafrika und dem Osten, wo sie sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Djibouti festgesetzt hatten.

Der erste Versuch der französischen Kolonialisten 1880, von Algerien aus durch die Sahara bis zum Tschad-See vorzudringen, scheiterte kläglich am Kampf des Tuareg-Volkes, der Nomaden der Sahara. Die Niederlage war für die Kolonialisten derart niederschmetternd, daß sie erst nach zehn Jahren drei weitere Expeditionen wagten. Vom Senegal, Dahomey und dem französischen Kongo aus schickten sie Truppen los, die erst 1894 den Tschad-See erreichten. Von einer Beherrschung des Landes waren die französischen Kolonialisten weit entfernt. Ein Teil ihrer Truppen wurde im Kampf des Volkes vom Tschad unter Rabah vernichtet. Es dauerte weitere sechs Jahre, ehe die Aufstände niedergeschlagen, und nochmals 20 Jahre, ehe die Kolonialverwaltung errichtet werden konnte. Vollständig gelang die Unterwerfung niemals.

Mit der Eroberung des Tschad war ein wichtiges Teilziel der französischen Kolonialisten erreicht: Die Verbindung zwischen „Französisch" Äquitorial- und Westafrika war hergestellt. Es fehlte noch der Sudan. Hier aber waren die britischen Kolonialisten von Ägypten aus schon 1883 eingefallen. Sie stießen auf den erbitterten Widerstand der Mahdisten, die die britischen Truppen zunächst schlagen und Khartum einnehmen konnten. Unter dem Druck des – wenn auch langsamen – französischen Vormarsches entlang des Weißen Nil unternahmen die britischen Kolonialisten 1896 einen weiteren Feldzug, mit dem ihnen schließlich nach zwei Jahren die Unterwerfung der Mahdisten gelang. Nach einem schnellen Vormarsch gen Süden stießen sie in Fashoda, dem heutigen Kuduk, auf französische Truppen, die dort ihre Flagge gehißt hatten. Hart am Rande eines Krieges zwischen Frankreich und Großbritannien, der beide Kolonialstaaten in arge Bedrängnis wegen der nach wie vor rebellischen afrikanischen Völker gebracht hätte, schlossen sie 1899 ein Abkommen, in dem der Sudan den britischen Kolonialisten zugesprochen wurde.



Unterworfene tunesische Araber liefern ihre Waffen im französischen Militärlager ab. Zeichnung von der Eroberung Tunesiens aus dem Jahre 1881.

1960: Frankreich sichert sich den neokolonialen Zugriff

z.gek. Am 11. August 1960 mußte Frankreich auch dem Tschad die nationale Unabhängigkeit geben, nachdem es in Indochina und Algerien entscheidende Niederlagen erlitten hatte. Die französischen Kolonialisten hatten die Völker des Tschad nie vollständig unterwerfen können, am wenigsten die Völker des Nordens. Aber auch im Gebiet der im Süden des Landes lebenden Sara war es 1952 zu großen Kämpfen gegen die drückenden Kolonialsteuern gekommen; Militär rückte ein und unterdrückte die Unruhen blutig.

Mit Verträgen über die „Beziehungen zwischen Frankreich und dem Tschad" und über „militärischen Beistand" sicherte sich der französische Imperialismus auch nach 1960 den fast unumschränkten Zugriff auf das Nationalprodukt des Tschad. Das Budget des ersten Fünfjahrplans 1966 – 70 bestand zu 72% aus französischen Krediten.

Die Hauptsäulen der neokolonialen Ausplünderung des Tschad sind:

– Die Cotonfran (Société Cotonière Franco-Tschadienne), eine von französischen Textilkapitalisten und Banken 1926 gegründete Monopolgesellschaft, die den gesamten Aufkauf, die Verarbeitung und den Export der Baumwolle des Tschad kontrolliert. 1971 wird die Cotonfran in Cotontchad umgetauft, die Regierung übernimmt 45% des Kapitals, ohne daß sich am Charakter des Unternehmens etwas wesentliches ändert. Neben ihr steht jedoch inzwischen die Société Textile du Tchad (S.T.T.), in der neben französischem zu 35% auch BRD-Kapital steckt. Die S.T.T. hat das Monopol auf dem Textilsektor.

– Das französische Monopol Prodel kontrolliert Aufkauf, Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung sowohl des Lebendviehs wie des Schlachtviehs und der Milchwirtschaft, wovon sich die Bauern im Norden des Landes ernähren. Mehr als 1 Million Häute pro Jahr werden vor allem der Lederindustrie in Lyon zugeliefert.

– Ein französisches Monopol kontrolliert Zuckerindustrie, -import, und -export; ein französisch-israelisches Konsortium den Getreidehandel und die Mühlen; der tschadische Tabak geht in die französische Marke Bastos ein; das Biermonopol hält die Heineken-Brauerei aus den Niederlanden.

– An Industrie gab es (Stand 1976): eine Fahrradfabrik von Peugeot, sowie kleine Niederlassungen imperialistischer Automobilfirmen; in Planung waren eine Schweizer Uhrenfabrik und eine französische Fabrik für Lacke und Farben.



Unterworfene tunesische Araber liefern ihre Waffen im französischen Militärlager ab. Zeichnung von der Eroberung Tunesiens aus dem Jahre 1881.

dan den britischen Kolonialisten zugesprochen wurde.

1960: Frankreich sichert sich den neokolonialen Zugriff

z.gek. Am 11. August 1960 mußte Frankreich auch dem Tschad die nationale Unabhängigkeit geben, nachdem es in Indochina und Algerien entscheidende Niederlagen erlitten hatte. Die französischen Kolonialisten hatten die Völker des Tschad nie vollständig unterwerfen können, am wenigsten die Völker des Nordens. Aber auch im Gebiet der im Süden des Landes lebenden Sara war es 1952 zu großen Kämpfen gegen die drückenden Kolonialsteuern gekommen; Militär rückte ein und unterdrückte die Unruhen blutig.

Mit Verträgen über die „Beziehungen zwischen Frankreich und dem Tschad" und über „militärischen Beistand" sicherte sich der französische Imperialismus auch nach 1960 den fast unumschränkten Zugriff auf das Nationalprodukt des Tschad. Das Budget des ersten Fünfjahrplans 1966 – 70 bestand zu 72% aus französischen Krediten.

Die Hauptsäulen der neokolonialen Ausplünderung des Tschad sind:

– Die Cotonfran (Société Cotonière Franco-Tschadienne), eine von französischen Textilkapitalisten und Banken 1926 gegründete Monopolgesellschaft, die den gesamten Aufkauf, die Verarbeitung und den Export der Baumwolle des Tschad kontrolliert. 1971 wird die Cotonfran in Cotontchad umgetauft, die Regierung über-

nimmt 45% des Kapitals, ohne daß sich am Charakter des Unternehmens etwas wesentliches ändert. Neben ihr steht jedoch inzwischen die Société Textile du Tchad (S.T.T.), in der neben französischem zu 35% auch BRD-Kapital steckt. Die S.T.T. hat das Monopol auf dem Textilsektor.

– Das französische Monopol Prodel kontrolliert Aufkauf, Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung sowohl des Lebendviehs wie des Schlachtviehs und der Milchwirtschaft, wovon sich die Bauern im Norden des Landes ernähren. Mehr als 1 Million Häute pro Jahr werden vor allem der Lederindustrie in Lyon zugeliefert.

– Ein französisches Monopol kontrolliert Zuckerindustrie, -import, und -export; ein französisch-israelisches Konsortium den Getreidehandel und die Mühlen; der tschadische Tabak geht in die französische Marke Bastos ein; das Biermonopol hält die Heineken-Brauerei aus den Niederlanden.

– An Industrie gab es (Stand 1976): eine Fahrradfabrik von Peugeot, sowie kleine Niederlassungen imperialistischer Automobilfirmen; in Planung waren eine Schweizer Uhrenfabrik und eine französische Fabrik für Lacke und Farben.

Dies war, sieht man von den beträchtlichen Investitionen imperialistischer Monopole in die Erschließung der Ölquellen und Prospektierung der übrigen Bodenschätze ab, im Jahr 1976 im wesentlichen schon das Gesamtbild der Wirtschaft des Tschad, nach kaum 80 Jahren Kolonialismus und Neo-Kolonialismus.

Links: Ein tschadischer Bauer wird durch die Fremdenlegion zu Tode gefoltert, 1971. – *Rechts:* Ein Beobachtungsposten der FROLINAT, ebenfalls 1971.

1966: Mit Gründung der FROLINAT wird der bewaffnete Befreiungskampf aufgenommen

1957 werden im Tschad die ersten „allgemeinen Wahlen" abgehalten. Tombalbayes „Volkspartei des Tschad", auf die sich die französischen Imperialisten nach der Unabhängigkeit stützen, sitzt bereits 1958 im Sattel.

1962 verbietet Tombalbaye alle übrigen politischen Parteien und Organisationen, als sich zeigt, daß die UNT

z.gek. Die französische Kolonialmacht hatte die „Entlassung in die Unabhängigkeit" ihrer Kolonien wohl vorbereitet. Sie hatte in den 50er Jahren begrenzte Selbstverwaltungsrechte durch „Territorialversammlungen" gewährt, in denen neben französischen Siedlern auch Vertreter zugelassener einheimischer Parteien saßen, die die französische Oberherrschaft anerkannten.

(Tschadische Nationalunion), die einzige Partei, die gegen den Neo-Kolonialismus und das Verbleiben des Tschad in der „Communauté Française" auftritt, immer mehr Einfluß unter den Volksmassen gewinnt. Im September 1963 läßt er eine Volksdemonstration in N'djamena, die demokratische Rechte fordert, zusammenschießen. Die UNT geht in den Untergrund. Ibrahim Abatcha, der bereits 1958 ein 8-Punkte-Programm für die UNT ausgearbeitet hatte, das im wesentlichen dem späteren Programm der FROLINAT entspricht, trifft vom Exil in Algerien aus die nötigen Vorbereitungen zur Gründung einer Nationalen Befreiungsfront des Tschad. Kader der UNT lassen sich bereits seit 1965 in Ghana und der Volksdemokratischen Republik Korea politisch und militärisch ausbilden. Am 22. September 1966 tritt nach sorgfältiger Vorbereitung in Nyala im Sudan der Gründungskongress der FROLINAT zusammen und verabschiedet das 8-Punkte-Programm. Ibrahim Abatcha als Generalsekretär übernimmt selbst die Organisierung des bewaffneten Kampfes. Er fällt 1968 im Kampf, nachdem bereits zwei FROLINAT-Armeen im Guerillakampf weite Teile des Landes befreit haben. Am 28. August landen französische Fallschirmjäger.



Goukouni Oueddei (links) spricht mit den Soldaten der geschlagenen Regierungstruppen nach der Einnahme Faya-Largeaus durch die FROLINAT Anfang 1978.



Seit dem 1. Mai blockiert die Besatzung die Römö-Sylt-Fähre, um gegen die „Förde-Reederei“ (Flensburg) kollektive Tarifverträge durchzusetzen.



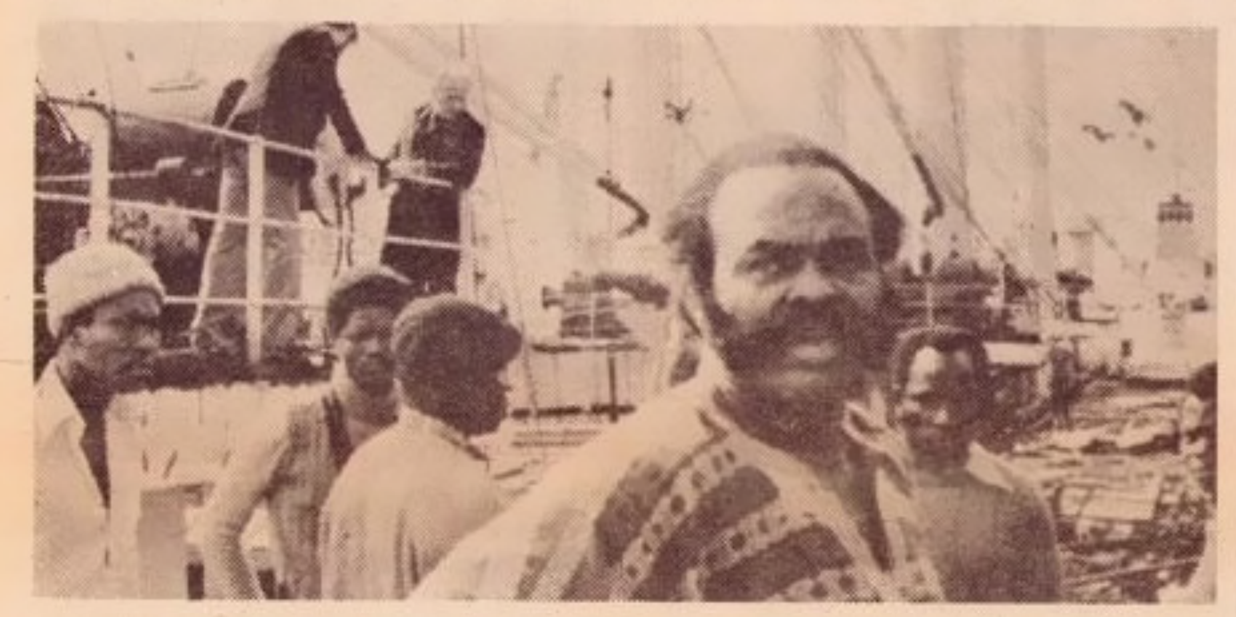
Viele andere Gewerkschaften unterstützen die Blockade der Seeleute. Viele kommen nach Feierabend und an den Wochenenden, um die Posten zu verstärken.



Auf einem Panama-Frachter streikten die Seeleute für bessere Heuern. (Bild: ÖTV-Magazin, 9/77)



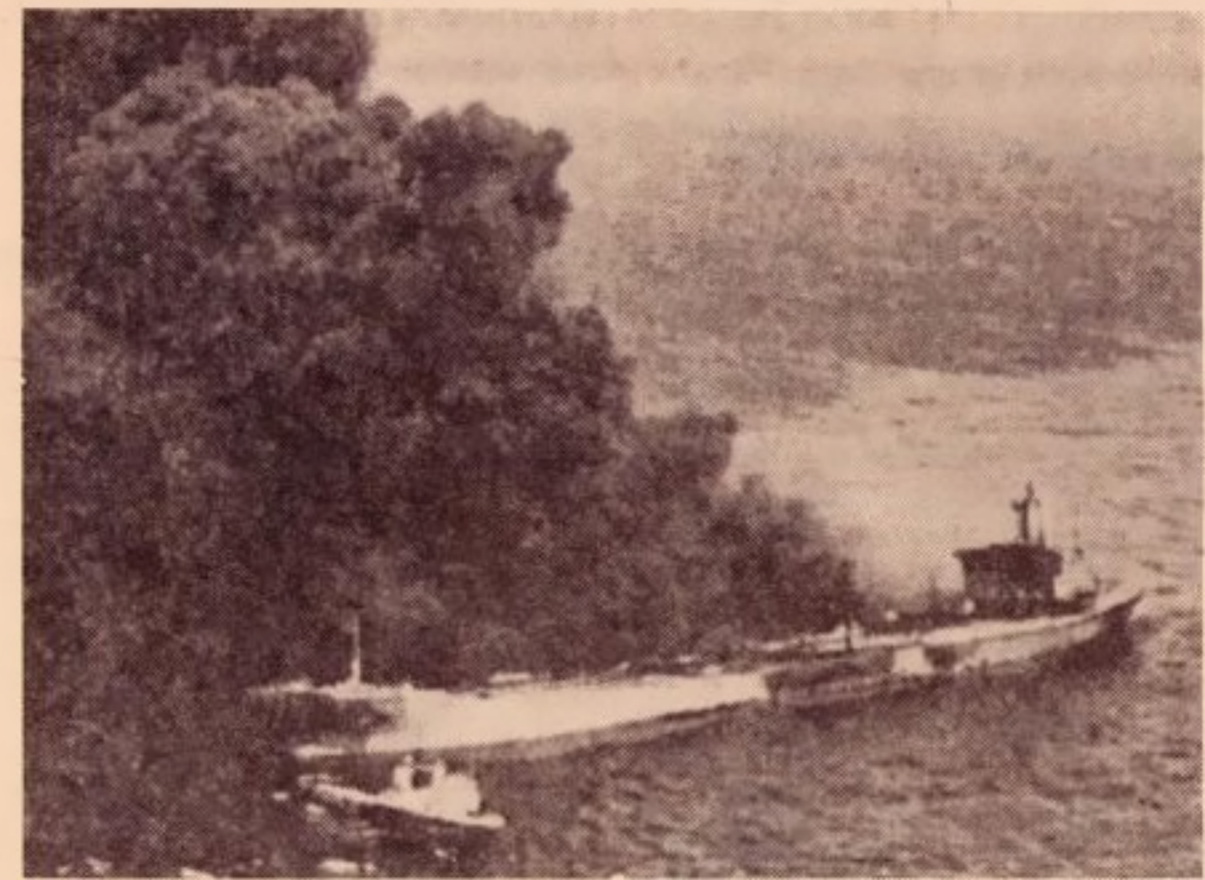
Viele andere Gewerkschaften unterstützen die Blockade der Seeleute. Viele kommen nach Feierabend und an den Wochenenden, um die Posten zu verstärken.



Auf einem Panama-Frachter streikten die Seeleute für bessere Heuern. (Bild: ÖTV-Magazin, 9/77)



Drei Tage lang streikten 1977 die jugoslawischen Seeleute des unter liberianischer Flagge fahrenden Hamburger Frachters Holstenburg für die Zahlung der Heuer nach ITF-Vereinbarungen. Der Reeder mußte schließlich auch die zu wenig gezahlte Heuer für das Jahr davor nachzahlen. (Bild: ÖTV-Magazin, 3/77)



Ein Tanker von 127000 BRT kommt bei einer Vollbremsung erst nach 17,8 Minuten zum Stillstand, mit einer Kursabweichung von 30°. Selbst bei kleinster Fahrstufe sind Schiffe dieser Größe nur begrenzt manövrierfähig. 1978 waren insgesamt 685 Tanker in Unfälle mit Verlusten verwickelt, davon 18 mit Totalschaden. Am 22.7. kollidierte die Aegean Captain (210000 t) mit der Atlantic Empress (292000 t) vor der Küste Trinidads. Falls die Schiffe auseinanderbrechen, können 600 Mio. l Öl ins Karibische Meer strömen, erklärte der Erdölminister von Trinidad und Tobago. Die immer schwerfälligeren Transportungeheuer sind Ausgeburten der imperialistischen Konkurrenz um die Senkung der Transportkosten. Der größte Tanker der Welt mit 550000 TDW gehört der Shell AG.

Fähre Römö-Sylt: Die dänischen Matrosen kämpfen um den Normalarbeitstag

z.bag.Aarhus. Das dänische Transport- und Verkehrswesen ist wegen der Insellage großer Teile des Landes in hohem Maße auf die Schiffahrt angewiesen. Neben der Handelsflotte spielt dabei der Fährverkehr zwischen den einzelnen Inseln und zwischen Dänemark und dem Ausland (England, Norwegen, Schweden, DDR und Bundesrepublik) mit rund 50 Routen eine wichtige Rolle. Stärker als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern gehen hier in den Warenwert Schiffsfrachtkosten ein. Entsprechend schärfer hat sich hier deshalb in den letzten Jahren der Kampf zwischen den Reederei-Kapitalisten (um die Senkung der Transportkosten) und den Besatzungen (um einen ausreichenden Lohn und die Beschränkung des Arbeitstages) entwickelt.

Einen ersten Höhepunkt fand dieser Kampf im Sommer 1977, als die dänischen Matrosen mehrere Wochen lang fast sämtliche Fährverbindungen bestreikten, um unter anderem Lohnerhöhungen von 25% und eine Senkung der monatlichen Arbeitszeit um 18 auf 150 Stunden durchzusetzen. Sie errangen einen Teilerfolg. Ein neuer Höhepunkt ist jetzt der Kampf der Besatzung der Fähre Römö – Sylt, die am 1. Mai von der Flensburger „Förde-Reederei“ aufgekauft und nach Zypern ausgeflaggt wurde, um damit unter anderem die Tarifverträge zu umgehen. Die Decksmannschaft und das Restaurationspersonal weigern sich, Einzelverträge zu unterschreiben, in denen es unter anderem heißt: „Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, jederzeit Überstunden zu leisten, wenn die Geschäftslage es erfordert.“ (§ 4). Mit Blockadeposten am Kai versuchen sie seit dem 1. Mai die Passagiere für den Boykott der Fähre zu gewinnen.

Im folgenden die wichtigsten Ergebnisse eines Rapport über „Arbeits- und Lebensbedingungen auf See“, herausgegeben von der Seeleutegewerkschaft in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Wissenschaftlern. Er beruht auf der Aussage von Seeleuten, die zur Decksmannschaft dänischer Handelsschiffe gehören. Allerdings zeigt dieser Rapport nur die Tendenz, da von 900 befragten Seeleuten nicht mehr als 78 antworteten. Dazu ergänzende Informationen aus einem Interview mit dem für die Arbeit vor Ort zuständigen „Reisesekretär“ der dänischen Seemannsgewerkschaft Poul E. Christensen, zur Zeit Blockadeposten auf Römö.

Die tarifliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden, aufgeteilt entweder auf 5 Tage zu 8 Stunden, oder aber, bei Wachdienst, auf 7 Tage zu 8 Stunden mit einer Kompensation von je einem freien Tag pro Sonntagsdienst. Diese Arbeitszeit wird jedoch häufig verlängert, weil auf Grund von nicht eingehaltenen Bemannungsregeln häufig kein Ersatz-

Die Decksmannschaft und das Restaurationspersonal weigern sich, Einzelverträge zu unterschreiben, in denen es unter anderem heißt: „Der Arbeitnehmer verpflichtet sich, jederzeit Überstunden zu leisten, wenn die Geschäftslage es erfordert.“ (§ 4). Mit Blockadeposten am Kai versuchen sie seit dem 1. Mai die Passagiere für den Boykott der Fähre zu gewinnen.

Im folgenden die wichtigsten Ergebnisse eines Rapport über „Arbeits- und Lebensbedingungen auf See“, herausgegeben von der Seeleutegewerkschaft in Zusammenarbeit mit einer Gruppe von Wissenschaftlern. Er beruht auf der Aussage von Seeleuten, die zur Decksmannschaft dänischer Handelsschiffe gehören. Allerdings zeigt dieser Rapport nur die Tendenz, da von 900 befragten Seeleuten nicht mehr als 78 antworteten. Dazu ergänzende Informationen aus einem Interview mit dem für die Arbeit vor Ort zuständigen „Reisesekretär“ der dänischen Seemannsgewerkschaft Poul E. Christensen, zur Zeit Blockadeposten auf Römö.

Die tarifliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden, aufgeteilt entweder auf 5 Tage zu 8 Stunden, oder aber, bei Wachdienst, auf 7 Tage zu 8 Stunden mit einer Kompensation von je einem freien Tag pro Sonntagsdienst. Diese Arbeitszeit wird jedoch häufig verlängert, weil auf Grund von nicht eingehaltenen Bemannungsregeln häufig kein Ersatz-mann im Krankheitsfall vorhanden ist, oder weil wegen „unvorhergesehener Ereignisse“, wie Maschinenschaden, Verzögerungen beim Löschen oder schlechtes Wetter, Überstunden gemacht werden müssen. Ein besonderes Problem ist die „unfreiwillige Freizeit“, die dadurch entsteht, daß z. B. Fähren häufig die Nacht über nicht im Heimathafen der Besatzung liegen. Kürzlich haben die Matrosen der Samsö-Route durchgesetzt, daß sie in solchen Fällen Lohn für 4 Stunden über die eigentliche Arbeitszeit hinaus bekommen.

Was den Urlaub betrifft, so scheinen die Seeleute wenigstens damit reich gesegnet zu sein. Auf die Frage des Rapports, wieviele Monate im Jahr der Matrose auf See sei, antworteten 27%: 6 bis 7 Monate; 47%: 8 bis 10 Monate und nur 9 % über 10 Monate. Dahinter verbirgt sich jedoch folgendes: will ein Matrose Urlaub machen, heuert er in der Regel ab, weil er kaum damit rechnen kann, nach drei Wochen genau sein Schiff im Hafen zu finden. Während der drei Wochen plus der durch Wochenenddienste erworbenen zusätzlichen freienTage bezahlt ihm der Kapitalist den Lohn plus Urlaubsgeld weiter. Danach meldet der Matrose sich arbeitslos. Wegen der harten Arbeitsbedingungen braucht er eine längere Reproduktionszeit, außerdem muß er die verkümmerten Beziehungen zu Familie, Kollegen und Freunden „nachholen“. Häufig findet er jedoch auch erst nach längerer Zeit wieder ein Schiff, ist also einfach arbeitslos.

Auch der Lohn scheint auf den ersten Blick ausreichend zu sein. Immerhin verdient ein dänischer Matrose inzwischen umgerechnet rund 4000 DM im Monat; die nächstgrößere Gruppe der Besatzungsmitglieder, Stewarts und Meßleute rund ein Drittel weniger, der Erste Steuermann rund ein Drittel mehr. Dieser Lohn setzt sich aber aus einem relativ niedrigen Grundlohn und vielen Zuschlägen zusammen, die vor allem mit Überstunden erkauft werden müssen. Bei den Matrosen ist das besonders krass: da ist das Verhältnis zwischen der fixen Heuer und den Zuschlägen fast 50 zu 50, und fast ein Drittel des Lohns stammt aus Überstunden oder ist Kompensation für Sonntagsarbeit. Außerdem gehen von den 4000 DM fast 50% an Steuern weg. Nun hört man häufig: das ist doch aber trotzdem Spitzenlohn, weil die doch eigentlich nichts verbrauchen, mit Kost und Logis an Bord. Dazu sagt der Rapport, daß ca. 70% eine Wohnung oder ein Zimmer an Land haben, wofür natürlich das ganze Jahr über Miete gezahlt werden muß. Außerdem ist der Aufenthalt in den Häfen für die Seeleute teuer, weil ihnen da viel Geld für Hotelzimmer, Essen im Restaurant und für ein bißchen Entspannung und Vergnügen abgenommen wird. Mit der Kost und Logis an Bord hat es folgende Bewandnis (aus dem erwähnten Interview:)

„Ihr habt Kost und Logis an Bord, das heißt, die Bezahlung für das Essen

Auch der Lohn scheint auf den ersten Blick ausreichend zu sein. Immerhin verdient ein dänischer Matrose inzwischen umgerechnet rund 4000 DM im Monat; die nächstgrößere Gruppe der Besatzungsmitglieder, Stewarts und Meßleute rund ein Drittel weniger, der Erste Steuermann rund ein Drittel mehr. Dieser Lohn setzt sich aber aus einem relativ niedrigen Grundlohn und vielen Zuschlägen zusammen, die vor allem mit Überstunden erkauft werden müssen. Bei den Matrosen ist das besonders krass: da ist das Verhältnis zwischen der fixen Heuer und den Zuschlägen fast 50 zu 50, und fast ein Drittel des Lohns stammt aus Überstunden oder ist Kompensation für Sonntagsarbeit. Außerdem gehen von den 4000 DM fast 50% an Steuern weg. Nun hört man häufig: das ist doch aber trotzdem Spitzenlohn, weil die doch eigentlich nichts verbrauchen, mit Kost und Logis an Bord. Dazu sagt der Rapport, daß ca. 70% eine Wohnung oder ein Zimmer an Land haben, wofür natürlich das ganze Jahr über Miete gezahlt werden muß. Außerdem ist der Aufenthalt in den Häfen für die Seeleute teuer, weil ihnen da viel Geld für Hotelzimmer, Essen im Restaurant und für ein bißchen Entspannung und Vergnügen abgenommen wird. Mit der Kost und Logis an Bord hat es folgende Bewandnis (aus dem erwähnten Interview:)

„Ihr habt Kost und Logis an Bord, das heißt, die Bezahlung für das Essen
z. B. wird indirekt von Eurem Lohn abgezogen. 63% der Befragten im Rapport sind nicht zufrieden mit dem Essen an Bord. Heißt das, Ihr bezahlt eigentlich viel Geld für schlechtes Essen?“

Poul E. Christensen: „Was die Reeder nicht mehr vom Lohn wegnehmen können, weil wir da Tarife haben, versuchen sie z. B. über das Essen einzusparen. Es ist zu wenig, und es ist von schlechter Qualität. Es wird zusammengestellt nach Vorschriften, die aus der Zeit stammen, wo man noch keine Vitamine und so etwas kannte. Das schlimmste ist aber, daß die Köche unqualifiziert sind. Da sparen die Reeder doppelt, mit den Lohnkosten dazu. Je kleiner das Schiff, desto schlechter der Koch. Bei einer Besatzung von sechs und darunter gibt es nur einen Küchenjungen bzw. ein Küchenmädchen.“

Aus dem Rapport geht hervor, daß 27% schlechte Zähne und 22% Magen- und Darmkrankheiten haben. Kost und Logis an Bord bedeutet also nichts anderes, als daß die Reederei-Kapitalisten die Möglichkeit haben, den Preis der Ware Arbeitskraft noch einmal über teures und schlechtes Essen unter ihrer Regie zu senken.

58% der Matrosen geben im Rapport an, einen oder mehrere Arbeitsunfälle gehabt zu haben. 62% klagen über Lärm, 57% über Hitze, 55% über ungesunde Körperhaltung bei der Arbeit (viel Arbeit in gebückter und Kopfüber-Haltung), 44% über giftige Dämpfe bei Malerarbeiten, 53% über Staub, 52% über Kälte, ebensoviele über Wetterveränderungen und 51% über Vibrationen. Neben den bereits erwähnten Magen- und Darmbeschwerden sind die häufigsten Krankheiten: Kopfschmerzen, Rückenschmerzen, Husten und Schlafschwierigkeiten.

Diese Unfälle, Krankheiten und Beschwerden sind einerseits auf die Intensität und die häufig abnormen Bedingungen bei der Arbeit an Bord zurückzuführen, andererseits auf fehlende Sicherheitsvorkehrungen und mangelhafte Information über Unfallgefahren. Ungefähr die Hälfte gibt im Rapport an, keine Instruktionen für Malerarbeiten, Tankreinigung, Rostklopfen und Stauen erhalten zu haben. 54% der Seeleute, die immerhin durchschnittlich 8 Jahre an Bord gearbeitet haben, geben an, nie einen Sicherheitsrepräsentanten auf ihrem Schiff gesehen zu haben. Die staatliche Sicherheitskontrolle besteht häufig darin, daß die Beamten sich 14 Tage vorher anmelden, mit dem Kapitän Cognak trinken und in ihren Papieren vermerken, daß das Schiff in Ordnung ist. Über die Behandlung von Unfällen und Krankheiten berichten einige Matrosen im Rapport: „Wenn ein Unfall passiert, ist in der Regel kein Arzt da, sondern nur der Erste Steuermann, der einen sogenannten Samariterkursus mitgemacht hat ... An Land würde man für die meisten Sachen, die uns hier passieren, sofort krankgeschrieben werden, aber das gibts hier nicht auf See. Von wegen in der Koje liegen

über Vibrationen. Neben den bereits erwähnten Magen- und Darmbeschwerden sind die häufigsten Krankheiten: Kopfschmerzen, Rückenschmerzen, Husten und Schlafschwierigkeiten.

Diese Unfälle, Krankheiten und Beschwerden sind einerseits auf die Intensität und die häufig abnormen Bedingungen bei der Arbeit an Bord zurückzuführen, andererseits auf fehlende Sicherheitsvorkehrungen und mangelhafte Information über Unfallgefahren. Ungefähr die Hälfte gibt im Rapport an, keine Instruktionen für Malerarbeiten, Tankreinigung, Rostklopfen und Stauen erhalten zu haben. 54% der Seeleute, die immerhin durchschnittlich 8 Jahre an Bord gearbeitet haben, geben an, nie einen Sicherheitsrepräsentanten auf ihrem Schiff gesehen zu haben. Die staatliche Sicherheitskontrolle besteht häufig darin, daß die Beamten sich 14 Tage vorher anmelden, mit dem Kapitän Cognak trinken und in ihren Papieren vermerken, daß das Schiff in Ordnung ist. Über die Behandlung von Unfällen und Krankheiten berichten einige Matrosen im Rapport: „Wenn ein Unfall passiert, ist in der Regel kein Arzt da, sondern nur der Erste Steuermann, der einen sogenannten Samariterkursus mitgemacht hat ... An Land würde man für die meisten Sachen, die uns hier passieren, sofort krankgeschrieben werden, aber das gibts hier nicht auf See. Von wegen in der Koje liegen
und so ... Ein Beispiel: ich bin mit jemandem gefahren, der einen Bruch hatte, und der ging auf, als wir im Tank arbeiteten. Da wurde er auf Ausguck geschickt. Nichts mit Koje, der kriegte 12 Stunden Ausguck.“

Rapide Ruinierung der Binnenschiffer-Familienunternehmen

z.gug. Der meistbefahrene Binnenwasserweg Westdeutschlands, tonnagemäßig gerechnet, ist nach wie vor der Rhein, transportiert werden von den Binnenschiffern vor allem Kies, Ton, Kraftstoffe, Heizöl, Kohle, Steine, Erden, Salz und chemische Grundstoffe.



1965 waren in Westdeutschland noch 13100 Personen in der Binnenschiffahrt beschäftigt, bis 1976 ist ihre Zahl nach Schätzungen auf 7100 gesunken, die Zahl der Lohnabhängigen in der Binnenschiffahrt ist sogar um über 50% zurückgegangen. In einer Untersuchung gibt das belgische Institut für Binnenschiffahrt als Gründe dafür an, daß viele Schiffer die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verloren hätten, sich eine andere Beschäftigung suchten und ihren Kinder empfehlen, einen anderen Beruf zu ergreifen, und daß finanzielle Schwierigkeiten viele zwingen, ihr Schiff abzuwracken.

Die Ruinierung zahlreicher Binnenschiffer resultiert aus ihrer mangelnden Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Transportzweigen. 1955 wurden in Westdeutschland 27,5% des gesamten Inlandverkehrs mit Binnenschiffen befördert, 1974 betrug der Anteil nur noch 16,6%. Konkurrenzfähig gegenüber anderen Transportzweigen kann in der Binnenschiffahrt nur bleiben, wer seine Kapazität ausbaut, und das ist für die überwiegend familienbetriebenen Binnenschiffahrtsunternehmen nicht möglich, denn 1975 besaßen 85,6% aller Binnenschiffahrtsunternehmen nur ein Schiff. Von den insgesamt 24517 Binnenschiffen 1975 hatten 2331 Schiffe eine Tonnage von 250 t und weniger. 10444 hatten 250 – 400 t und nur 1260 Schiffe hatten eine Tonnage von 1500 t und mehr. Außer dem Konkurrenzdruck durch die übrigen Transportunternehmen müßten die familienbetriebenen Binnenschiffer dem Konkurrenzdruck der großen Binnenschiffahrtsunternehmen standhalten, wie z.B. der Stinnes Reederei, der Reederei Jaeger und der Rhenus-WTAG. Die großen Unternehmungen transportieren billiger, so daß die kleinen Binnenschiffer aufgrund der für sie zu niedrigen Tarife ihre Kosten nicht decken können, zudem erhalten sie immer weniger Aufträge.

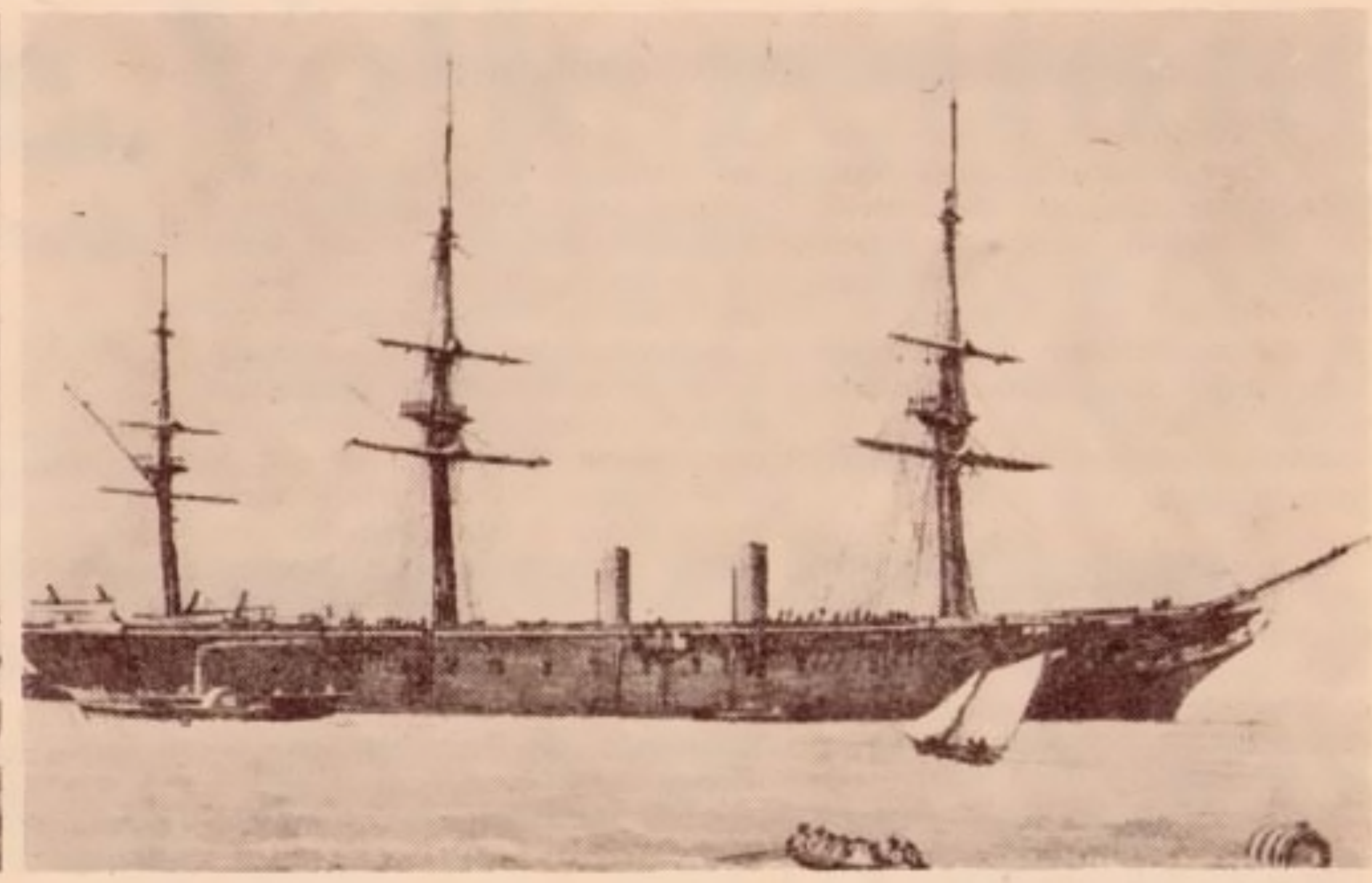
Die niederländischen Binnenschiffer sind angesichts ihrer bedrohten Existenz vom 2. bis zum 9. Januar in diesem Jahr in den Streik getreten für eine gesetzliche Regelung der Verteilung der Frachten, jetzt müssen die Frachten in den Niederlanden öffentlich über die Börse ausgerufen werden. Indem sie alle internationalen Frachten verweigerten, haben die belgischen, französischen und westdeutschen Binnenschiffer sie in diesem Streik unterstützt.



Der „Adler von Lübeck": Die hansischen Kaufleute beherrschten die Handelsschiffahrt auf Nord- und Ostsee im späten Mittelalter. 1470 umfaßte die Handelsflotte der Hanse rund 1000 Kriegs- und Handelsschiffe mit einer Gesamttraglast von 65000 Tonnen.



Die Traglast der „Swallow" (1788): 1200 Tonnen. Speziell für „Kolonialfahrten" entwickelt, waren die Schiffe der East Indiaman mit Kanonen bestückt.



Die „Warrior" (1860) war das erste gepanzerte seetüchtige Schiff, das ganz aus Eisen bestand. Der Einsatz der Dampfkraft zum Antrieb der Schiffe war die entscheidende Revolutionierung des Schiffbaus. Dampfantrieb und die Ablösung der alten hölzernen Bauweise beschleunigten die Geschwindigkeit und vergrößerten Laderaum und Traglast um ein Vielfaches.

Ein Abschnitt des Rapport heißt: „Isolation, Irritation und Depression". Über die Hälfte fühlt sich auf See „von der Umwelt isoliert", und ist häufig depremiert. Diese Isolation läßt sich meist auch durch die Aufenthalte an Land nicht durchbrechen. Ein Matrose: „Wenn man auf See fährt, und nach einer Weile wiederkommt, dann denkt man, daß alles noch so ist, wie man es verlassen hat. Aber das ist es nicht, das ist alles völlig verändert, die Freunde sind weg oder interessieren sich inzwischen für andere Sachen." Ein anderer: „Wenn man mal zu Hause ist, will man gern alle zusammen besuchen, nicht nur die Familie, sondern auch alle Freunde, und dann fährt man furchtbar viel rum und einen richtigen Kontakt kriegt man trotzdem nicht." Und ein Dritter: „ Es ist auch verflucht schwer, ein richtiges Verhältnis mit einer Frau zu finden. Eine Frau, die einen Seemann heiraten will, die muß schon ganz besonders sein, ich meine, die muß sich damit abfinden, daß man fast immer weg ist."

An Bord selbst macht sich diese Isolation vor allem dadurch bemerkbar, daß die Mannschaften kaum erfahren, „was zu Hause passiert". 90% vermissen Informationen durch Radio, Fernsehen und Zeitungen an Bord. „Zeitungen z. B.. Da kommen drei Stück an Bord, und die behalten die da oben für sich. Wir kriegen sie, wenn es den Herren mal paßt. Manchmal dauert es vierzehn Tage oder sogar zwei Monate – dann bekommen wir plötzlich einen ganzen Haufen". – „Alles, was wir an Bord haben, hat man mehrere Male gelesen, vorwärts und rückwärts. Findet man mal etwas Neues, hebt man es fürs Wochenende auf." – „Wir fühlen uns wie Analphabeten, wenn wir nach Hause kommen". Was in diesen

sen hat. Aber das ist es nicht, das ist alles völlig verändert, die Freunde sind weg oder interessieren sich inzwischen für andere Sachen." Ein anderer: „Wenn man mal zu Hause ist, will man gern alle zusammen besuchen, nicht nur die Familie, sondern auch alle Freunde, und dann fährt man furchtbar viel rum und einen richtigen Kontakt kriegt man trotzdem nicht." Und ein Dritter: „ Es ist auch verflucht schwer, ein richtiges Verhältnis mit einer Frau zu finden. Eine Frau, die einen Seemann heiraten will, die muß schon ganz besonders sein, ich meine, die muß sich damit abfinden, daß man fast immer weg ist."

An Bord selbst macht sich diese Isolation vor allem dadurch bemerkbar, daß die Mannschaften kaum erfahren, „was zu Hause passiert". 90% vermissen Informationen durch Radio, Fernsehen und Zeitungen an Bord. „Zeitungen z. B.. Da kommen drei Stück an Bord, und die behalten die da oben für sich. Wir kriegen sie, wenn es den Herren mal paßt. Manchmal dauert es vierzehn Tage oder sogar zwei Monate – dann bekommen wir plötzlich einen ganzen Haufen". – „Alles, was wir an Bord haben, hat man mehrere Male gelesen, vorwärts und rückwärts. Findet man mal etwas Neues, hebt man es fürs Wochenende auf." – „Wir fühlen uns wie Analphabeten, wenn wir nach Hause kommen". Was in diesen

Aussagen zum Ausdruck kommt, ist die Isolation der Seeleute vom Leben und Kampf ihrer Klasse. Sie erfahren oft wochenlang nicht, wie z. B. die Tarifverhandlungen laufen und können deshalb auch nur schwer mit Forderungen und Aktionen eingreifen.

Die Kapitalisten haben über die Funkverbindung zum Schiff die Verbindung zur Außenwelt unter Kontrolle und üben oft genug darüber eine Zensur aus.

Die durch die Isolation und die harte Arbeit bedingte „Irritation" äußert sich nach landläufiger Meinung oft in wüstem Suff und schweren Schlägereien. In Wirklichkeit geht diese Wut natürlich in eine bestimmte Richtung. 10% sagen im Rapport, daß es Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Kollegen gibt, während 51% Konflikte mit der Schiffsführung angeben. Das fängt bei den Steuermännern an, die, so ein Matrose, häufig geradezu militärische Disziplin einzuführen versuchen. Aber damit kommen sie meist nicht durch.

Die Seeleute müssen die Verbindung zur Arbeiterklasse ihres Landes herstellen und die Verbindung untereinander über die internationale Gewerkschaftsbewegung stärken. Daß das nicht nur nötig, sondern auch möglich ist, zeigt ein weiteres Mal der Kampf der Matrosen der Römö – Sylt-Fähre. Er ist von Anfang an von vielen Einzelgewerkschaften des Landes unterstützt worden, teils mit Geldsammlungen, teils mit Unterstützung der Blockadeaktionen durch Kollegen aus anderen Gewerkschaften, teils durch gemeinsame Demonstrationen, wie Anfang Juni in Flensburg. Als die Zementfahrer des Portland-Konzerns im Juni für die Herabsetzung der Überstunden kämpften und dabei den Verkehr der Hauptstadt eine Stunde lang stillegten, geschah das ausdrücklich auch aus Protest gegen die Angriffe der Polizei auf die streikenden Matrosen von Römö. Jetzt hat die Gewerkschaft HK (Handel und Büro) beschlossen, die Blockade der Römö – Sylt-Route mit der Einstellung der Lieferung von Wa-

10% sagen im Rapport, daß es Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den Kollegen gibt, während 51% Konflikte mit der Schiffsführung angeben. Das fängt bei den Steuermännern an, die, so ein Matrose, häufig geradezu militärische Disziplin einzuführen versuchen. Aber damit kommen sie meist nicht durch.

Die Seeleute müssen die Verbindung zur Arbeiterklasse ihres Landes herstellen und die Verbindung untereinander über die internationale Gewerkschaftsbewegung stärken. Daß das nicht nur nötig, sondern auch möglich ist, zeigt ein weiteres Mal der Kampf der Matrosen der Römö – Sylt-Fähre. Er ist von Anfang an von vielen Einzelgewerkschaften des Landes unterstützt worden, teils mit Geldsammlungen, teils mit Unterstützung der Blockadeaktionen durch Kollegen aus anderen Gewerkschaften, teils durch gemeinsame Demonstrationen, wie Anfang Juni in Flensburg. Als die Zementfahrer des Portland-Konzerns im Juni für die Herabsetzung der Überstunden kämpften und dabei den Verkehr der Hauptstadt eine Stunde lang stillegten, geschah das ausdrücklich auch aus Protest gegen die Angriffe der Polizei auf die streikenden Matrosen von Römö. Jetzt hat die Gewerkschaft HK (Handel und Büro) beschlossen, die Blockade der Römö – Sylt-Route mit der Einstellung der Lieferung von Wa-

ren und Dienstleistungen für die Fördereederei zu unterstützen. Die deutschen Gewerkschaften, vor allem die ÖTV, zögern noch sich zu beteiligen. Der Internationale Transportarbeiterverband unterstützt die Sache bereits.

Langer Kampf um Mindestheuer für Seeleute aller Nationalitäten

z.gug. Auf Beschluß der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF), einer weltweiten Gewerkschaftsvereinigung, wird der unter panamaischer Flagge fahrende Hamburger Frachter „Marabu Porr" gegenwärtig mit Unterstützung der englischen Arbeiter im englischen Hafen Hull festgehalten. Die Forderung ist Bezahlung der jugoslawischen Mannschaft nicht unter ITF-Tarif. Vor 2 Jahren setzte eine nigerianische Mannschaft eines griechischen Frachters mit einem Streik im Bremer Hafen, unterstützt durch die ÖTV, eine Heuer nach ITF-Vereinbarungen durch, die Matrosen hatten vorher 416 (ITF: 1221) Mark erhalten, der Koch z.B. 406 (ITF: 906) Mark.

Vom November 1896 bis zum Februar 1897 streikten in Hamburg die Hafenarbeiter, Ewersführer (Küsten- und Fischfahrzeugarbeiter) und Seeleute. Die Forderungen der Seeleute waren: Bezahlung von 75 Mark Heuer monatlich für Matrosen und Trimmer (Kohlearbeiter), für Heizer 85 Mark, 50 Pfennig je Überstunde, Beseitigung der „Landhaifische" (private Arbeitsvermittler) und Ersetzung durch Heuerbüros. Der Streik endete mit einer Niederlage der Arbeiter, u.a. auch, weil es den Reedereikapitalisten gelang, Streikbrecher aus anderen Ländern einzusetzen.

1897 In London tagt der erste „Internationale Kongreß der Hafenarbeiter, Seeleute und Binnenschiffer" und gründete die ITF, 1906 waren bereits 22 Organisationen aus 13 Ländern angeschlossen.

April 1919 Auf einer Konferenz niederländischer, englischer, belgischer und deutscher Transportarbeitergewerkschaften wurde beschlossen, die während des Krieges auseinandergefallene ITF wieder aufzubauen, Mitte der 20er Jahre zählte sie bereits 2,2 Mio. Mitglieder.

1928 Die Konferenz der ITF in Stockholm, 35 Länder und 77 Organisationen waren vertreten, legte als Schwerpunkt der Arbeit die Organisierung der Arbeiter in Kolonien und Halbkolonien fest. 1930 waren bereits 10 außereuropäische Länder Mitglied der ITF: Argentinien, Brasilien, Kanada, Australien, Britisch-Indien, Niederländisch-Indien, Palästina, China, Kuba, Japan.

1949 Nach der Niederlage des Faschismus tritt die ÖTV erneut in die ITF ein.

B. Traven, „Das Totenschiff"

z.gug. „Zweiter Offizier? No, Sir. Ich war nicht zweiter Offizier auf diesem Eimer. Ich war einfacher Deckarbeiter, ganz schlicht Arbeiter. Sehen Sie, Herr, Matrosen gibt es ja kaum noch, werden auch nicht mehr verlangt. So ein modernes Frachtschiff ist gar kein eigentliches Schiff mehr. Es ist eine schwimmende Maschine. Und daß eine Maschine Matrosen zur Bedienung braucht, glauben Sie ja gewiß selbst nicht, auch wenn Sie sonst nichts von Schiffen verstehen sollten. Arbeiter braucht diese Maschine und Ingenieure."

Die Hauptperson des Romans „Das Totenschiff" von B. Traven, Gerald Gale, hat sich damit vorgestellt. Er arbeitet als Anstreicher auf einem Schiff, das Baumwolle von New Orleans nach Antwerpen transportiert. Von einem Nachtausflug in Antwerpen kommt er erst an den Kai zurück, nachdem der Frachter vorzeitig den Hafen in Richtung USA, seiner Heimat, verlassen hat, mitsamt seinem Paß und Seemannsbuch. In Antwerpen greift ihn die Polizei auf, schiebt ihn ab nach Rotterdam, von dort gelangt er nach Paris, wo ihm der amerikanische Konsul keine neuen Papiere ausstellen will, weil er sich nicht ausweisen kann. Schließlich gerät er nach Barcelona. Dort wird er von einem Mannschaftsmitglied des Frachters Yorikke angeheuert, während es an ihm im Hafen vorbeifährt. Die Yorikke, die zum „Höllenerbarmen niederträchtig" aussieht und „alle Leute unter dem Schiffsnotgesetz bekam ... und der Lotse schon an Bord war". Ihre Fracht besteht, wie der Leser zusammen mit Gale später erfährt, aus Waffen und

eigentliches Schiff mehr. Es ist eine schwimmende Maschine. Und daß eine Maschine Matrosen zur Bedienung braucht, glauben Sie ja gewiß selbst nicht, auch wenn Sie sonst nichts von Schiffen verstehen sollten. Arbeiter braucht diese Maschine und Ingenieure."

Die Hauptperson des Romans „Das Totenschiff" von B. Traven, Gerald Gale, hat sich damit vorgestellt. Er arbeitet als Anstreicher auf einem Schiff, das Baumwolle von New Orleans nach Antwerpen transportiert. Von einem Nachtausflug in Antwerpen kommt er erst an den Kai zurück, nachdem der Frachter vorzeitig den Hafen in Richtung USA, seiner Heimat, verlassen hat, mitsamt seinem Paß und Seemannsbuch. In Antwerpen greift ihn die Polizei auf, schiebt ihn ab nach Rotterdam, von dort gelangt er nach Paris, wo ihm der amerikanische Konsul keine neuen Papiere ausstellen will, weil er sich nicht ausweisen kann. Schließlich gerät er nach Barcelona. Dort wird er von einem Mannschaftsmitglied des Frachters Yorikke angeheuert, während es an ihm im Hafen vorbeifährt. Die Yorikke, die zum „Höllenerbarmen niederträchtig" aussieht und „alle Leute unter dem Schiffsnotgesetz bekam ... und der Lotse schon an Bord war". Ihre Fracht besteht, wie der Leser zusammen mit Gale später erfährt, aus Waffen und

Munition, getarnt in Kakao- und Pflaumenmuskisten. Auf diese Weise geheuert, muß Gale jeden Lohn und jede Arbeit annehmen, Essen und Unterkünfte sind miserabel, die Arbeit schwer und die Überstunden reichlich. Zusammen mit dem Polen Stanislaw arbeitet er mit den übrigen Heizern an den Feuerkesseln:

„Der Heizer schrie wie besessen und nahm einen gewaltigen Anlauf, um eine neue Serie von Flüchen und Verwünschungen loszulassen ... als ich fragte: ‚Heizer, was ist denn los?' da heulte er wie eine blutrünstige Bestie: ‚Sechs Roste sind rausgefallen. Heilige verhur-...'

Gefallene Roste einzusetzen ist selbst auf einem gesunden Eimer kein Vergnügen, wie ich später erfuhr. Es ist immer eine ärgerliche Sache. ... Auf der Yorikke aber war es Blutarbeit. Diese Barren lagen mit ihren Nocken auf einer Querleiste vorn und auf einer Querleiste am Ende des Feuerungskanals...

Die Leisten waren verschmort. Die Roste lagen mit ihren Nocken nur auf winzigen Narben jener abgeschmorten Querbalken. Beim Aufbrechen der Schlacke brauchte man nur einen Millimeter zu unvorsichtig zu sein, oder die Schlacke brauchte nur sehr fest zu sitzen, dann rutschte ein Rostbarren ab und fiel hinunter in den Aschfall. Der Rostbarren war glühend und mußte aus dem Aschfall herausgefischt werden mit einem merkwürdigen Instrument, das Rostzange hieß und etwa zwanzig Kilo wog. Hatte man den Barren gefischt, so mußte er in den Feuerungskanal gehoben und in seine alte Lage gebracht werden ... Hatte man den Barren vorn glücklich drin, rutschte er hinten ab und fiel wieder in den Aschfall zurück, wo er abermals herausgefischt werden mußte, um das Einsetzen ein zweites Mal zu versuchen. Diesmal lag er hinten glücklich in der Narbe, aber er erreichte vorn nicht den Rest des Balkens und fiel nun vorn in den Aschfall ...

Handelte es sich nur um einen Barren, so war das schon das Schlimmste, was man sich nur an Arbeit vorstellen kann. Aber durch das Fischen und durch das Einlegen stieß man zuweilen einen Nachbarbarren an, und der folgte dem Rufe und fiel gehorsam auch nach in den Aschfall, dabei seinen nächsten Nachbarn mit sich reißend ...

Während dieser Fischzeit und Einlegezeit brannte das Feuer in dem Kanal natürlich lustig weiter, die Barren waren glühend, die Zange war glühend, das Schüreisen, mit dem die Barren



Rest des Balkens und fiel nun vorn in den Aschfall ...

Handelte es sich nur um einen Barren, so war das schon das Schlimmste, was man sich nur an Arbeit vorstellen kann. Aber durch das Fischen und durch das Einlegen stieß man zuweilen einen Nachbarbarren an, und der folgte dem Rufe und fiel gehorsam auch nach in den Aschfall, dabei seinen nächsten Nachbarn mit sich reißend ...

Während dieser Fischzeit und Einlegezeit brannte das Feuer in dem Kanal natürlich lustig weiter, die Barren waren glühend, die Zange war glühend, das Schüreisen, mit dem die Barren



Die Besatzung des italienischen Frachters Hermosa setzt mit einem Streik im Oktober 1978 in Bremen, unterstützt von der ÖTV, die Bezahlung nach ITF durch. (Bild: ÖTV-Magazin, 1/79)

während des Einlegens von unten aus gestützt wurden, war glühend, und die Barren hatten ein Gewicht, daß sie selbst dann eine ansehnliche Last darstellten, wenn sie eiskalt waren und man sie in den Armen vor sich tragen konnte. Ununterbrochen durfte man nicht an den Barren arbeiten, weil die übrigen Feuer bedient werden mußten, damit sie nicht verlöschten. Alles, was an vorrätiger Kohle im Kesselraum lag, wurde in der Zeit aufgefressen und mußte nachgeschleppt werden ...

Aus den fernsten Winkeln des Schiffes mußte die Kohle geschleppt werden, denn die Kohlenbunker lagen da, wo sie am wenigsten Laderaum wegnehmen konnten. Die Laderäume waren die Hauptsache. Ihretwegen fährt die Yorikke, ihretwegen fährt jedes Schiff ... Wo ein Winkel frei war, der als Laderaum nicht verwendet werden konnte, da wurde Kohle verbunkert, von da mußte sie weggeschleppt werden. In einer Wache von vier Stunden verbrauchten die neun Feuer der Yorikke mehr als vierzehnhundertfünfzig volle schwere Schaufeln Kohle. Diese vierzehnhundertfünfzig Schaufeln mußten herbeigeschleppt werden. Und das mußte getan werden neben dem Ausschlacken, neben dem Aschfallziehen, neben dem Aschehieven und, in besonders gebenedeiten Wachen, neben dem Rosteinsetzen.

Das mußte getan werden von nur einem Kohleschlepp, dem dreckigsten Mann der ganzen Mannschaft, dem verachtetsten, der weder eine Matratze hatte noch eine Decke, noch ein Kissen, noch einen Teller, noch eine Gabel, noch eine Tasse, mußte getan werden von einem Mann, dem satt zu essen zu geben nicht durchführbar war, weil die Kompanie behauptete, sonst nicht konkurrenzfähig sein zu können. Und daß Kompanien konkurrenzfähig sein müssen, darauf achtet sogar der Staat."

Der Roman endet damit, daß Pippin, wie Gale von Stanislaw genannt wird, und Stanislaw bei einem Landgang in Dakkar auf Veranlassung des Chefs eines englischen Dampfers gekidnappt werden, weil dort die Heizer fehlen. Dieses Schiff sinkt, die einzigen Überlebenden sind die beiden. Sie treiben, mit Tauen haben sie sich auf einem Holzstück befestigt, einige Tage auf dem Meer. Stanislaw beginnt zu phantasieren, löst das Tau, das ihn an dem treibenden Holz gehalten hat. Er ertrinkt.

Traven, der Name ist ein Pseudonym und die Identität des Schriftstel-

das mußte getan werden neben dem Ausschlacken, neben dem Aschfallziehen, neben dem Aschehieven und, in besonders gebenedeiten Wachen, neben dem Rosteinsetzen.

Das mußte getan werden von nur einem Kohleschlepp, dem dreckigsten Mann der ganzen Mannschaft, dem verachtetsten, der weder eine Matratze hatte noch eine Decke, noch ein Kissen, noch einen Teller, noch eine Gabel, noch eine Tasse, mußte getan werden von einem Mann, dem satt zu essen zu geben nicht durchführbar war, weil die Kompanie behauptete, sonst nicht konkurrenzfähig sein zu können. Und daß Kompanien konkurrenzfähig sein müssen, darauf achtet sogar der Staat."

Der Roman endet damit, daß Pippin, wie Gale von Stanislaw genannt wird, und Stanislaw bei einem Landgang in Dakkar auf Veranlassung des Chefs eines englischen Dampfers gekidnappt werden, weil dort die Heizer fehlen. Dieses Schiff sinkt, die einzigen Überlebenden sind die beiden. Sie treiben, mit Tauen haben sie sich auf einem Holzstück befestigt, einige Tage auf dem Meer. Stanislaw beginnt zu phantasieren, löst das Tau, das ihn an dem treibenden Holz gehalten hat. Er ertrinkt.

Traven, der Name ist ein Pseudonym und die Identität des Schriftstel-

lers ist nicht bekannt, hat zahlreiche Romane geschrieben, viele während der Weimarer Republik. Er hat seine Romane ausschließlich von der Büchergilde Gutenberg, dem Verlag der Gewerkschaft, verlegen lassen, einige Romane sind auch als Serien in den USA und in Deutschland in Zeitungen z. B. im „Vorwärts" abgedruckt worden. Als „Das Totenschiff" 1926 veröffentlicht wurde, wurden in 4 Wochen 100000 Exemplare gekauft; unter der faschistischen Herrschaft der Finanzbourgeoisie stand es auf der Liste der verbotenen Bücher.

Im „Totenschiff", das wegen seiner unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen so heißt, bleibt Traven die Antwort schuldig, was der Ausweg ist aus der Lage, die er schildert. Mit einigen seiner Weltanschauungen, die er meist an das Ende eines Kapitels plaziert, kann man nicht übereinstimmen, wie z.B., daß es erst Sklaven gab, über die sich dann Diktatoren erhoben. Nicht einverstanden ist man beim Lesen ebenfalls damit, daß sich Pippin und Stanislaw über die Waffenlieferungen nur insoweit Gedanken machen, daß in den Büchsen nicht tatsächlich Pflaumenmus oder Kakao drin ist. Seine Kritik am Bürokratismus des Staates und seiner Unterdrückung findet man richtig bis zu dem Punkt, an dem er sie ausdehnt auf jeden Staat, gleichgültig, welchen Charakter er hat, sei er bürgerlich oder proletarisch.

Dennoch lohnt es sich bestimmt, diesen Roman zu lesen, der spannend und lehrreich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Seeleute auf einem Frachter zu Beginn dieses Jahrhunderts schildert.

„Geschichtemachende Persönlichkeiten“

z.brr. Konrad Adenauer, erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, war eine überaus bedeutende Persönlichkeit für die Gründung dieser Republik, steht in den Schulbüchern. Konrad Adenauer bekam in den Nachkriegsjahren darüberhinaus die Ehre zugesprochen, sich als „Vater der deutsch-französischen Freundschaft“ bezeichnen und feiern zu lassen.

Es ist unrühmlich für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung dieser Republik, doch nicht zu leugnen: die Kritik an und der Angriff auf Adenauer seitens der Gewerkschaftsbewegung und seitens der KPD nach 1945 war selten ausreichend treffend. Statt dessen gibt es viele Episoden über den Kanzler und das, was er vorher gemacht hat. Typisch z.B. folgendes Zitat aus W.G. Burchett (Der Kalte Krieg in Deutschland, 1950): „Adenauer, ein Schützling des Vatikans, Führer der rheinischen Katholiken, steht in engstem Kontakt mit den Ruhrbaronen und unterhält durch Kardinal Frings in Köln ebenso gute Beziehungen zum Vatikan... Adenauer war ein großer Bewunderer Mussolinis. Nachdem der italienische Diktator sich mit dem Vatikan geeinigt hatte, sandte ihm Adenauer ein Telegramm, in dem er versicherte: ‚Der Name Mussolinis wird in goldenen Buchstaben in die Geschichte der katholischen Kirche eingeschrieben werden.‘“ Bestimmt nicht uninteressant, was dieser damalige Korrespondent der englischen Zeitung Daily Express publizierte. Jedoch, genügt die Kritik, wenn das von Sprechern der Arbeiterbewegung aufgenommen wird? Genügt es, wenn Max Reimann als Vorsitzender der KPD nach 1945 in der entscheidenden Sitzung des Parlamentarischen Rates gegen den vorliegenden Verfassungsentwurf zur Besiegelung der Spaltung Deutschlands gegen Adenauer ausführt: „Wer ist denn der politische Repräsentant der reaktionären Mächte im Westen Deutschlands? Es ist doch kein andrer als Herr Dr. Adenauer, der Präsident dieses Parlamentarischen Rates, der heute den Schlußstrich unter das von ihnen gemäß den Befehlen der westlichen Besatzungsmächte erarbeitete Grundgesetz für den separaten Weststaat zieht. Welche Genugtuung muß das für diesen Herrn Dr. Adenauer sein, der schon 1919 mit seinen separatistischen Bemühungen einsetzte, daß ihm nun endlich nach so langen Jahren gelungen ist, was er im Grunde stets gewollt hat!“ Mit Sicherheit war das ein ungeschickter Angriff auf den Vertreter des Monopolkapitals. Mit Sicherheit waren auch die Worte Reimanns an die sozialdemokratische Fraktion unplaziert: „Sie, meine Herren Sozialdemokraten, haben diesmal nicht wie damals die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gegen diese separatistischen Bestrebungen (gemeint sind die Bestrebungen Adenauers im Jahre 1919, das Rheinland von Deutschland loszulösen, der Verf.) ge-

was dieser damalige Korrespondent der englischen Zeitung Daily Express publizierte. Jedoch, genügt die Kritik, wenn das von Sprechern der Arbeiterbewegung aufgenommen wird? Genügt es, wenn Max Reimann als Vorsitzender der KPD nach 1945 in der entscheidenden Sitzung des Parlamentarischen Rates gegen den vorliegenden Verfassungsentwurf zur Besiegelung der Spaltung Deutschlands gegen Adenauer ausführt: „Wer ist denn der politische Repräsentant der reaktionären Mächte im Westen Deutschlands? Es ist doch kein andrer als Herr Dr. Adenauer, der Präsident dieses Parlamentarischen Rates, der heute den Schlußstrich unter das von ihnen gemäß den Befehlen der westlichen Besatzungsmächte erarbeitete Grundgesetz für den separaten Weststaat zieht. Welche Genugtuung muß das für diesen Herrn Dr. Adenauer sein, der schon 1919 mit seinen separatistischen Bemühungen einsetzte, daß ihm nun endlich nach so langen Jahren gelungen ist, was er im Grunde stets gewollt hat!“ Mit Sicherheit war das ein ungeschickter Angriff auf den Vertreter des Monopolkapitals. Mit Sicherheit waren auch die Worte Reimanns an die sozialdemokratische Fraktion unplaziert: „Sie, meine Herren Sozialdemokraten, haben diesmal nicht wie damals die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei gegen diese separatistischen Bestrebungen (gemeint sind die Bestrebungen Adenauers im Jahre 1919, das Rheinland von Deutschland loszulösen, der Verf.) ge-
kämpft. Heute leisten Sie ihnen und Herrn Dr. Adenauer in seinen Bestrebungen, Deutschland zu spalten, aktive Unterstützung.“

Die Ungeschicktheit der Angriffe auf Adenauer wird offenbar bei der sich bei der damaligen Sitzung des Parlamentarischen Rates gleich an Max Reimann anschließenden Rede Konrad Adenauers, der sich in keinster Weise für die Politik gegenüber der Arbeiterklasse und des Volkes zu rechtfertigen braucht und gegenüber Max Reimann ausführen kann: „Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Worte sprechen zu den Vorgängen vor jetzt 30 Jahren, nicht um dem Herrn Reimann zu antworten – auf Herrn Reimann komme ich noch zurück –, sondern ich möchte hier folgendes gegenüber den Behauptungen des Herrn Reimann feststellen: Wenn Herr Reimann sagt, ich hätte jemals die Loslösung der Rheinlande vom Deutschen Reich betrieben, so sagt Herr Reimann die Unwahrheit und er spricht wider besseres Wissen.“

Lediglich als „Separatist“ vom Vorsitzenden der KPD angegriffen hat es Konrad Adenauer leichter, im Dienste der Monopolherren die Unterwerfung der Arbeiterbewegung unter die Restauration des Kapitalismus zu forcieren. Am 14.12.1950 schreibt er an den Vorsitzenden des DGB, Hans Böckler, folgenden in der Sprache deutlichen wie auch unverschämten Brief: „In einem demokratischen Staatswesen kann es einen Streik gegen die verfassungsmäßigen Gesetzgebungsorgane nicht geben. Das Koalitionsrecht, auf das sie sich berufen, sichert nur das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden. Es kann keine Rede davon sein, das die verfassungsgesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit einer organisierten Minderheit, die die Gewerkschaften vom Ganzen aus gesehen sind, das Recht gibt, durch Niederlegung der Arbeit die Wirtschaft lahmzulegen, um dadurch bestimmte Akte der Gesetzgebung zu erzwingen.“ Am 19.9.1950 bereits beschloß die Adenauer-Regierung eine Ausnahmeverordnung zur Säuberung des Öffentlichen Dienstes. Am 27.9.1950 war bereits das Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtet worden. Von Anfang an war Konrad Adenauer gegen die Bestrebungen der UdSSR eingetreten, die zum Inhalt hatten, die Einheit Deutschlands zu wahren und einen Friedensvertrag abzuschließen. Gegenüber den entsprechenden Angeboten der UdSSR stellt Adenauer rückblickend fest: „Ich war der Auffassung, der Gegensatz zwischen Rußland und den freien Völkern werde ständig wachsen... Es lag im Interesse der Vereinigten Staaten, daß Deutschland wieder stark würde. Daher konnten die zahlreichen Diskriminierungen... das Besatzungsstatut und die Bestimmungen über unsere Entwaffnung, die sie mit sich brachten, nur vorrübergehender Natur sein. Das waren Leitgedanken meiner Politik.“ So wie es bei Konrad Adenauer wichtig ist, seine Politik nicht in unwichtigen Anekdoten, sondern auf Grundlage der Absichten der Kapitalisten zu untersuchen, wäre es ebenso bei der „Personaldebatte“

gungen zu bilden. Es kann keine Rede davon sein, das die verfassungsgesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit einer organisierten Minderheit, die die Gewerkschaften vom Ganzen aus gesehen sind, das Recht gibt, durch Niederlegung der Arbeit die Wirtschaft lahmzulegen, um dadurch bestimmte Akte der Gesetzgebung zu erzwingen.“ Am 19.9.1950 bereits beschloß die Adenauer-Regierung eine Ausnahmeverordnung zur Säuberung des Öffentlichen Dienstes. Am 27.9.1950 war bereits das Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtet worden. Von Anfang an war Konrad Adenauer gegen die Bestrebungen der UdSSR eingetreten, die zum Inhalt hatten, die Einheit Deutschlands zu wahren und einen Friedensvertrag abzuschließen. Gegenüber den entsprechenden Angeboten der UdSSR stellt Adenauer rückblickend fest: „Ich war der Auffassung, der Gegensatz zwischen Rußland und den freien Völkern werde ständig wachsen... Es lag im Interesse der Vereinigten Staaten, daß Deutschland wieder stark würde. Daher konnten die zahlreichen Diskriminierungen... das Besatzungsstatut und die Bestimmungen über unsere Entwaffnung, die sie mit sich brachten, nur vorrübergehender Natur sein. Das waren Leitgedanken meiner Politik.“ So wie es bei Konrad Adenauer wichtig ist, seine Politik nicht in unwichtigen Anekdoten, sondern auf Grundlage der Absichten der Kapitalisten zu untersuchen, wäre es ebenso bei der „Personaldebatte“
um F.J. Strauß günstig und auch wichtig, seine Absichten weniger in „vor Gewalttätigkeit strotzenden Zitaten“ als in den, wenn man so will, eher nüchternen Absichten und Vorhaben der westdeutschen Monopolherren zu suchen.

Nach der Zerschlagung des Nazi-Regimes durch die Alliierten: Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag

Quellenheft zum revolutionären Volksbildungsprogramm

Der US-Imperialismus wird der größte internationale Ausbeuter und Unterdrücker

Der Zweite Weltkrieg selbst ist durch diese Krise hervorgebracht worden. Jede der zwei kapitalistischen Koalitionen, die sich während des Krieges ineinander verbissen hatten, rechnete darauf, den Gegner zu schlagen und die Weltherrschaft zu erlangen. Darin suchten sie den Ausweg aus der Krise. Die Vereinigten Staaten von Amerika rechneten darauf, ihre gefährlichsten Konkurrenten, Deutschland und Japan, auszuschalten, die ausländischen Märkte sowie die Weltrohstoffressourcen an sich zu reißen und die Weltherrschaft zu erlangen. Der Krieg hat diese Hoffnung jedoch nicht erfüllt.
(aus: J.W.Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus, Berlin 1952, S.31)

Kalter Krieg ... zur Unterdrückung der Völker

Natürlich meine ich nicht, daß die USA-Reaktionäre nicht daran denken, die Sowjetunion zu überfallen. Die Sowjetunion ist der Verteidiger des Weltfriedens, sie ist ein mächtiger Faktor, der die Errichtung der Welthegemonie der USA-Reaktionäre verhindert. Dank der Existenz der Sowjetunion können die Reaktionäre der USA und der ganzen Welt ihre ehrgeizigen Pläne unmöglich verwirklichen. Daher hegen die USA-Reaktionäre einen blindwütigen Haß gegen die Sowjetunion und träumen in der Tat davon, diesen sozialistischen Staat zu vernichten. Da aber die USA-Reaktionäre jetzt, kurze Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, so viel Lärm um einen Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion machen und die Atmosphäre verpesten, kann man nicht umhin, sich ihre wahren Ziele anzusehen, und es stellt sich heraus, daß sie unter dem Deckmantel antisowjetischer Parolen tollwütig über die amerikanischen Arbeiter und demokratisch gesinnten Menschen in den USA herfallen und alle Länder, die Gegenstand ihrer Expansion sind, in Anhängsel der USA verwandeln.
(aus: Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Band IV, Beijing, 1969, S.100f)

Eisenhower: „Mit Westdeutschland auf unserer Seite ...“

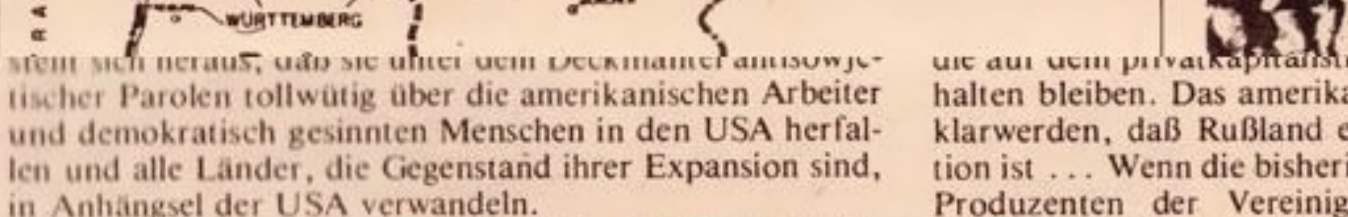
Hier im Herzen Europas liegt ein 246000 Quadratmeter großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißigen und hochqualifizierten Arbeitskräften. Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der jährlichen Stahlproduktion der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebiets und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten Gegebenheiten in Europa überhaupt. Als dem geographischen Zentrum Europas kommt Westdeutschland eine große strategische Bedeutung für die Verteidigung des Kontinents zu. Mit Westdeutschland auf unserer Seite werden die NATO-Streitkräfte eine fest durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden.

US-Senator Eastland über die Rolle Deutschlands

Wir sind auf dem besten Wege, die besten Grundsätze christlicher Zivilisation aufzugeben ... Es handelt sich bei dem trostlosen Schicksal Deutschlands ... um die gesamten Beziehungen zwischen der östlichen und der westlichen Zivilisation. Deutschland ist stets eine Grenzmark gewesen. Deutschland ist stets die Aufgabe zugefallen, eine Zivilisation, die mehr als 2000 Jahre alt ist, gegen die orientalischen Horden zu verteidigen ... Deutschland ist der Schlußstein des gesamten (europäischen) Baus, und Deutschland muß auf jede nur erdenkliche Weise einer demokratischen, freiheitsliebenden, christlichen Gesellschaft, die auf dem privatkapitalistischen System aufgebaut ist, erhalten bleiben. Das amerikanische Volk muß sich darüber klarwerden, daß Rußland eine räuberische aggressive Nation ist ... Wenn die bisherige Politik verfolgt wird und die Produzenten der Vereinigten Staaten ihren deutschen Markt verlieren, so würde das eine unheilvolle Wirkung auf unsere gesamte Volkswirtschaft haben ...

Die Staatsmacht wird durch die Alliierten ausgeübt





stellt sich heraus, daß sie unter dem Deckmantel antisowjetischer Parolen tollwütig über die amerikanischen Arbeiter und demokratisch gesinnten Menschen in den USA herfallen und alle Länder, die Gegenstand ihrer Expansion sind, in Anhängsel der USA verwandeln.
(aus: Mao Zedong, Ausgewählte Werke, Band IV, Beijing, 1969, S.100f)

die auf dem privatkapitalistischen System aufgebaut ist, erhalten bleiben. Das amerikanische Volk muß sich darüber klarwerden, daß Rußland eine räuberische aggressive Nation ist ... Wenn die bisherige Politik verfolgt wird und die Produzenten der Vereinigten Staaten ihren deutschen Markt verlieren, so würde das eine unheilvolle Wirkung auf unsere gesamte Volkswirtschaft haben ...

Die Staatsmacht wird durch die Alliierten ausgeübt





Bewachter Zuckerrübentransport

Die Londoner 6-Mächte-Konferenz

Über das Ergebnis der Konferenz wurde folgendes Kommuniqué herausgegeben:

2. Die Rolle der Deutschen Wirtschaft in der europäischen Wirtschaft und Kontrolle des Ruhrgebietes

a) ... wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß für das politische und wirtschaftliche Wohlergehen der Länder Westeuropas und eines demokratischen Deutschlands eine enge Verbindung ihres wirtschaftlichen Lebens erzielt werden muß. Diese enge Verbindung, welche Deutschland in die Lage versetzen wird, am Wiederaufbau Europas teilzunehmen und dazu beizutragen, ist durch den Einschluß der Bizone und der französischen Besatzungszone in den europäischen Wiederaufbaurat als vollwertige Mitglieder am 16. April sichergestellt worden.
b) Es wurde vereinbart, die Bildung einer internationalen Körperschaft für die Kontrolle des Ruhrgebiets zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, die Beneluxländer und Deutschland vertreten sein sollen.

3a) Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Organisation Deutschlands

... Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszone in Deutschland eine gemeinsame Sitzung abhalten sollten. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten ermächtigt werden, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, um eine Verfassung auszuarbeiten, die von den teilnehmenden Staaten gebilligt werden soll.
Die Verfassung soll es den Deutschen ermöglichen, ihrerseits zur Beendigung der augenblicklichen Teilung Deutschlands beizutragen, nicht durch die Wiederherstellung eines zentral regierten Reiches, sondern durch eine föderalistische Regierung, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt, zur gleichen Zeit eine angemessene zentrale Körperschaft vorsieht und die Rechte und Freiheiten des einzelnen Menschen garantiert. Wenn die von der verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeitete Verfassung diesen Forderungen nicht entgegensteht, werden die Militärgouverneure genehmigen, daß sie der Bevölkerung der einzelnen Staaten zur Ratifizierung vorgelegt werde ...

Sicherheit

a) Allgemeine Vorkehrungen: Die Delegationen der USA, Großbritanniens und Frankreichs wiederholten erneut die feste Ansicht ihrer Regierungen, daß es keinen allgemeinen Abzug ihrer Besatzungstruppen aus Deutschland geben dürfe, ehe nicht der Frieden in Europa gesichert ist und ehe vorherige Beratungen stattgefunden haben ...

Sowjetischer Plan zur Frage der wirtschaftlichen Prinzipien und des Industrieniveaus der deutschen Nachkriegswirtschaft, sowie zur Frage der Reparationen, London, 8. Dezember 1947

Der Alliierte Kontrollrat soll sobald wie möglich deutsche Zentralverwaltungen einsetzen, die für ganz Deutschland gültige Entscheidungen treffen können, und zwar auf den im Potsdamer Abkommen festgelegten Gebieten wie auch auf den Gebieten der Ernährung und Landwirtschaft. Diese Zentralverwaltungen werden von Viermächtezweigstellen der alliierten Kontrollbehörden überwacht und gelenkt...

3. Wenn zentrale deutsche Verwaltungsstellen eingesetzt und die Methoden, wie Deutschland seine Reparationen leisten und anderen wichtigen Verpflichtungen nachkommen soll, beschlossen worden sind, dann sollen die Zonengrenzen aufgehoben und die Möglichkeiten für einen freien Warenaustausch in ganz Deutschland geschaffen werden.

4. Das Ruhrgebiet soll unter eine gemeinsame Kontrolle der vier Großmächte gestellt werden.

5. Das Finanz- und Währungssystem soll auf einer ganz Deutschland umfassenden Basis reformiert werden ...